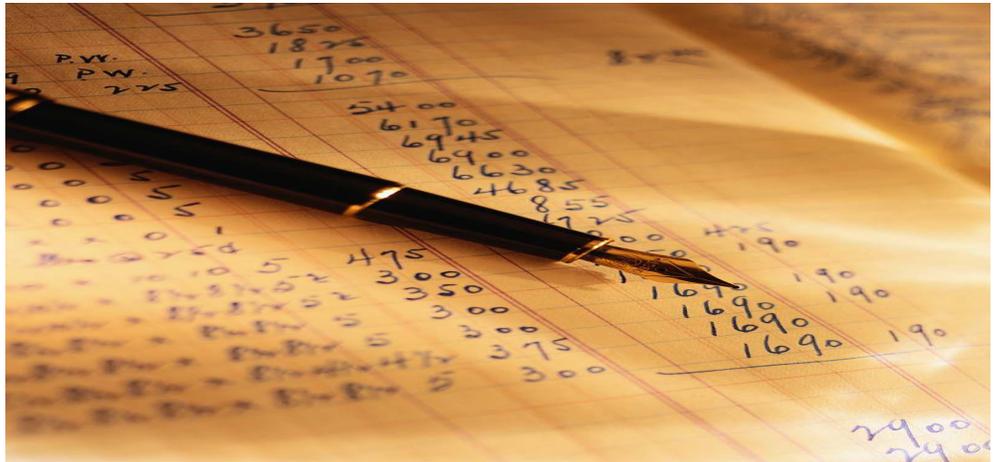


# Jahresabschluss 2006

---



---

Ergebnisrechnung  
Finanzrechnung  
Bilanz  
Lagebericht

des Kreises Lippe  
für das Jahr 2006



**Lippe**service





## **Inhaltsverzeichnis:**

<b>1.</b>	<b>Zusammenfassung der Gesamtergebnisse .....</b>	<b>3</b>
1.1	Ergebnisrechnung .....	5
1.2	Finanzrechnung .....	7
1.3	Gesamtergebnisrechnung .....	9
1.4	Gesamtfinanzrechnung .....	11
1.5	Schlussbilanz zum 31.12.2006 .....	13
1.5.1	Schlussbilanz aus KIRP .....	13
1.5.2	Veränderungen Eröffnungsbilanz – Schlussbilanz .....	17
1.6	Teilrechnungen nach NKF- und FB-Struktur .....	27
<b>2.</b>	<b>Anhang zum Jahresabschluss .....</b>	<b>41</b>
2.1	Anlagenspiegel 2006 .....	43
2.1.1	Erläuterungen zum Anlagenspiegel .....	47
2.2	Forderungsspiegel .....	55
2.2.1	Erläuterungen zum Forderungsspiegel .....	55
	Gebührenforderungen .....	56
	Beitragsforderungen .....	56
	Steuerforderungen .....	56
	Forderungen aus Transferleistungen .....	56
	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen .....	57
	Privatrechtliche Forderungen .....	59
2.3.1	Erläuterungen zum Verbindlichkeitspiegel .....	62
	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen .....	62
	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung .....	62
	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung .....	62
	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen .....	63
	Sonstige Verbindlichkeiten .....	63
2.4	Erläuterung zu weiteren Bilanzpositionen .....	65
2.4.1	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, § 44 Abs. GemHVO .....	65
2.4.2	Gesonderte Erläuterungen gem. § 44 Abs. 2 GemHVO .....	66
2.4.3	sonstige Erläuterungen zu Bilanzpositionen .....	74
<b>3.</b>	<b>Allgemeiner Jahresrückblick, Lagebericht .....</b>	<b>79</b>
3.1	Rückblick auf die Umstellung der Haushaltswirtschaft .....	79
3.2	Praktische Veränderungen durch das NKF .....	86
3.3	Anforderungen an den neuen Jahresabschluss .....	90
3.4	Allgemeine Budgetentwicklung im Laufe des Jahres .....	97
3.4.1	Budgetentwicklung der Gemeinden und Gemeindeverbände .....	97
3.4.2	Budgetentwicklung des Kreises Lippe .....	98
3.5	Wesentliche allgemeine Ertrags- und Aufwandspositionen .....	103
3.5.1	Ertragspositionen .....	103
	Kreisumlage .....	103
	Kosten nach dem SGB II / SGB XII .....	107
	Jugendamtsumlage .....	108
	Erziehungsberatungsumlage .....	109
	Gesamtschulumlage .....	109
	Zuweisungen im Rahmen des GFG .....	110



---

Jagdsteuer.....	113
Zinserträge.....	114
Gebühreneinnahmen nach Fachbereichen .....	115
3.5.2 Aufwandspositionen .....	118
Landschaftsverbandsumlage .....	118
Personalaufwendungen und Personalauszahlungen .....	119
Zinsaufwand .....	121
3.6 Wesentliche Einzahlungen und Auszahlungen .....	122
Entwicklung des Kassenkreditbestandes .....	122
Wesentliche Investitionen .....	124
Tilgung und Neuaufnahme von Krediten .....	126
3.7 Wesentliche Entwicklungen und fachübergreifende Projekte .....	127
3.7.1 Masterplan Lippe .....	127
3.7.2 Dienstleistungsunternehmen/Bürger- & UnternehmerService .....	128
3.7.3 Jugend braucht Zukunft .....	129
3.7.4 Weiterentwicklung der Lippe Pro Arbeit gGmbH .....	130
3.7.5 Weiterführung des Projektes "eGovernment" .....	132
3.7.6 Durchführung einer Produktkritik.....	132
3.7.7 PPP-Modell "Straßen im Kreis Lippe" .....	133
3.7.8 Projekt "Lippe 2020 – Gemeinsam in die Zukunft" .....	133
3.7.9 25-jähriges Jubiläum des Kreishauses .....	135
3.7.10 Neustrukturierung des Landestheaters Detmolds .....	135
3.7.11 Tag der "Erneuerbaren Energien" .....	135
3.7.12 Lipperlandhalle.....	135
<b>4. Teilrechnungen der Fachbereiche mit Erläuterungen .....</b>	<b>137</b>
4.1 Teilrechnung FB 1.....	137
4.2 Teilrechnung FB 2.....	141
4.3 Teilrechnung RB Bevölkerungsschutz .....	145
4.4 Teilrechnung FB 3.....	147
4.5 Teilrechnung FB 4.....	155
4.6 Teilrechnung FB 5.....	165
4.7 Teilrechnung BUS / Bürger- und Unternehmerservice.....	169
4.8 Teilrechnung Referat.....	171
4.9 Teilrechnung Revision .....	173
4.10 Teilrechnung Kreispolizeibehörde.....	175
4.11 Teilrechnung Allgemeine Finanzierung.....	177
<b>5. Bilanzkennzahlen und Risikobewertung .....</b>	<b>179</b>
5.1 Kennzahlenvergleich .....	179
5.1.1 Kennzahlen zur Vermögensstruktur .....	180
5.1.2 Kennzahlen zur Kapitalstruktur.....	181
5.1.3 Kennzahlen zur horizontalen Bilanzstruktur.....	183
5.2 Risikobewertung / Chancen .....	187
5.2.1 Gesamtkonzept zur Familien-, Kinder- und Jugendförderung .....	187
5.2.2 Entwicklung der Kosten SGB II.....	188
5.2.3 Entwicklung der Kosten für die Grundsicherung im Alter .....	189
5.2.4 Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen .....	190
<b>6. Übersicht über die Mandatsträger .....</b>	<b>194</b>

## **1. Zusammenfassung der Gesamtergebnisse und Aufstellungs- und Bestätigungsvermerk:**

**1. Der nachstehende Entwurf des Jahresabschluss des Jahres 2006 einschließlich der Änderung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 für den Kreis Lippe:**

**wurde aufgestellt:**

**Detmold, 22.08.2007**

In Vertretung



Schäfer  
Kreiskämmerer

**bestätigt:**

**Detmold, 22.08.2007**



Heuwinkel  
Landrat

**2. Der Entwurf des Jahresabschlusses wird dem Kreistag zur Feststellung zugeleitet:**



Heuwinkel  
Landrat

### **Beschlussempfehlungen<sup>1</sup>:**

1. Der Kreistag des Kreises Lippe stellt den Jahresabschluss nach Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss fest.
2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 19.321.980,71 € wird der Ausgleichrücklage entnommen.
3. Die Ansätze der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 werden wie nachstehend dargestellt berichtet.<sup>2</sup>
4. Dem Landrat wird Entlastung erteilt.

---

<sup>1</sup> nachrichtlich, Beschlussvorlagen werden nach Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss zu einem späteren Zeitpunkt erstellt.

<sup>2</sup> Die Eröffnungsbilanz gilt mit Beschluss über den Jahresabschluss als berichtet.





## 1.1 Ergebnisrechnung

Gesamtergebnisrechnung	2006 Antrag	2006 Nachtrag	2006 Ergebnis	Veränderung
Ordentliche Erträge	247.005	248.302	253.266	+ 4.964
Finanzerträge	1.733	1.358	1.899	+ 541
<b>Erträge</b>	<b>248.738</b>	<b>249.660</b>	<b>255.165</b>	<b>+ 5.505</b>
Ordentliche Aufwendungen	256.812	264.070	270.795	+ 6.725
Zinsaufwand und ähnliches	3.306	3.706	3.692	- 14
<b>Aufwendungen</b>	<b>260.118</b>	<b>267.776</b>	<b>274.487</b>	<b>+ 6.711</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-11.380</b>	<b>-18.116</b>	<b>-19.322</b>	<b>- 1.206</b>

In der Gesamtergebnisrechnung verschlechtert sich das Ergebnis gegenüber dem Planansatz (Nachtrag 2006) um weitere **1.206 T€** auf ein Haushaltsdefizit von rd. **19.322 T€**. Der Haushaltsausgleich kann durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage herbeigeführt werden (§ 75 GO).

Die weitere Verschlechterung gegenüber dem Planansatz ist dabei allerdings ausschließlich auf erhebliche, bei Planaufstellung noch nicht absehbare Budgetveränderungen zurückzuführen. So wurde erstmals eine bisher nicht veranschlagte Zuführung zu Rückstellungen für drohende Betriebsverluste der Eigenbetriebe in Höhe von **4.712 T€** aufwandswirksam gebildet. Zusätzlich ergaben sich bei der Planaufstellung nicht berücksichtigte Mindererträge in Höhe von rd. **2.180 T€** bei der Verbuchung der Ersatzleistungen der Eigenbetriebe (vgl. nähere Ausführungen im Bericht des FB 1). Bereinigt um diese „Sondereffekte“ ergibt sich im sonstigen Budgetvollzug gegenüber dem Planansatz des Nachtrages eine Ergebnisverbesserung von rd. **5,6 Mio. €**.



## 1.2 Finanzrechnung

Gesamtfinanzrechnung	2006 Antrag	2006 Nachtrag	2006 Ergebnis	Veränderung
Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	248.982	249.905	254.733	+ 4.828
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	20.787	20.787	9.181	- 11.606
Einzahlung aus Finanzierungstätigkeit	8.117	8.117	4.639	- 3.478
<b>Einzahlungen gesamt</b>	<b>277.886</b>	<b>278.809</b>	<b>268.553</b>	<b>- 10.256</b>
Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	261.706	269.186	272.496	+ 3.310
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	25.345	25.345	9.788	- 15.557
Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit	5.419	5.419	5.227	- 192
<b>Auszahlungen gesamt</b>	<b>292.470</b>	<b>299.950</b>	<b>287.511</b>	<b>- 12.439</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-14.584</b>	<b>-21.141</b>	<b>-18.958</b>	<b>+ 2.183</b>

In der Gesamtfinanzrechnung verbessert sich das Ergebnis gegenüber dem Planansatz (Nachtrag 2006) um **2.183 T€**, der Liquiditätssaldo vermindert sich damit von 21.141 T€ auf nunmehr **18.958 T€**. Das Liquiditätsdefizit wurde aufgefangen durch die Neuaufnahme von Liquiditätsdarlehen (Kassenkredite) in Höhe von 11 Mio. €, im Übrigen durch die Verringerung der Liquididen Mittel. Auf die weiteren detaillierten Ausführungen wird verwiesen.



**1.3 Gesamtergebnisrechnung**

Nr.	Bezeichnung	Jahresergebnis 2005	fortgeschrieb. Ansatz des Rechnungsjahres 2006	Ist Ergebnis des Rechnungsjahres 2006	Vergleich Ansatz/Ist (Sp.3 / Sp.2) 2006
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	5.196.038,00	5.200.302,84	4.264,84
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.223.103,40	192.462.408,00	193.779.226,77	1.316.818,77
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	2.922.915,00	5.614.205,50	2.691.290,50
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	18.215.734,00	21.024.338,62	2.808.604,62
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	30.223,50	452.284,00	581.793,23	129.509,23
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	27.013.974,00	24.589.349,64	2.424.624,36-
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.074,59	2.038.913,00	2.476.338,49	437.425,49
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	2.255.401,49	248.302.266,00	253.265.555,09	4.963.289,09
11	- Personalaufwendungen	789.293,10	33.926.136,00	29.666.445,44	4.259.690,56-
12	- Versorgungsaufwendungen	29.434,77	445.000,00	3.024.847,72	2.579.847,72
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	1.823.890,00	1.604.150,31	219.739,69-
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.510,88	1.096.605,00	1.008.117,75	88.487,25-
15	- Transferaufwendungen	1.356.050,00	149.992.911,00	155.587.313,18	5.594.402,18
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	107.844,33	76.785.546,00	79.904.138,59	3.118.592,59
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.284.133,08	264.070.088,00	270.795.012,99	6.724.924,99
18	<b>= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 10 und 17)</b>	<b>28.731,59-</b>	<b>15.767.822,00-</b>	<b>17.529.457,90-</b>	<b>1.761.635,90-</b>
19	+ Finanzerträge	0,00	1.358.135,00	1.899.315,14	541.180,14
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	3.706.090,00	3.691.837,95	14.252,05-
21	= Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)	0,00	2.347.955,00-	1.792.522,81-	555.432,19
22	= Ordentliches Ergebnis (=Zeilen 18 und 21)	28.731,59-	18.115.777,00-	19.321.980,71-	1.206.203,71-
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0,00	0,00	0,00
26	<b>= Jahresergebnis (=Zeilen 22 und 25)</b>	<b>28.731,59-</b>	<b>18.115.777,00-</b>	<b>19.321.980,71-</b>	<b>1.206.203,71-</b>



Lippeservice

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

**1.4 Gesamtfinanzrechnung**

- Seite 1 -

Nr.	Bezeichnung	Jahresergebnis 2005	fortgeschrieb. Ansatz des Rechnungsjahres 2006	Ist Ergebnis des Rechnungsjahres 2006	Vergleich Ansatz/Ist (Sp.3 / Sp.2) 2006
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	5.196.038,00	5.201.071,01	5.033,01
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.223.103,40	192.825.639,00	192.706.157,94	119.481,06-
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	2.922.915,00	4.013.206,32	1.090.291,32
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	18.005.251,00	16.357.003,67	1.648.247,33-
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	30.223,50	452.284,00	568.898,89	116.614,89
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	27.169.212,00	29.287.516,14	2.118.304,14
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	1.975.160,00	4.704.627,20	2.729.467,20
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	1.358.135,00	1.894.659,52	536.524,52
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.253.326,90	249.904.634,00	254.733.140,69	4.828.506,69
10	- Personalauszahlungen	3.048,88	32.801.136,00	27.447.181,46	5.353.954,54-
11	- Versorgungsauszahlungen	3.750,08	645.000,00	5.875.016,72	5.230.016,72
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	1.821.640,00	1.725.552,40	96.087,60-
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	4.206.090,00	4.073.379,66	132.710,34-
14	- Transferauszahlungen	1.355.800,00	152.857.911,00	157.269.056,28	4.411.145,28
15	- Sonstige Auszahlungen	105.581,56	76.854.063,00	76.106.133,49	747.929,51-
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.468.180,52	269.185.840,00	272.496.320,01	3.310.480,01
17	<b>= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 9 und 16)</b>	<b>785.146,38</b>	<b>19.281.206,00-</b>	<b>17.763.179,32-</b>	<b>1.518.026,68</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

## GESAMTFINANZRECHNUNG - Seite 2

Nr.	Bezeichnung	Jahresergebnis 2005	fortgeschrieb. Ansatz des Rechnungsjahres 2006	Ist Ergebnis des Rechnungsjahres 2006	Vergleich Ansatz/Ist (Sp.3 / Sp.2) 2006
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	5.969.950,86	993.078,00	792.328,32	200.749,68-
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	10.000,00	39.857,95	29.857,95
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	19.763.970,00	8.329.015,00	11.434.955,00-
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	20.000,00	19.659,30	340,70-
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.969.950,86	20.787.048,00	9.180.860,57	11.606.187,43-
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.644,88	1.032.800,00	319.562,68	713.237,32-
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	2.551.936,00	1.011.290,38	1.540.645,62-
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	1.241.388,00	762.609,36	478.778,64-
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	4.579.670,00	6.339.500,00	1.759.830,00
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	5.000,00	3.988.500,00	1.354.861,53	2.633.638,47-
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	11.950.500,00	0,00	11.950.500,00-
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.644,88	25.344.794,00	9.787.823,95	15.556.970,05-
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (=Zeilen 23 und 30)	5.963.305,98	4.557.746,00-	606.963,38-	3.950.782,62
32	<b>= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (=Zeilen 17 und 31)</b>	<b>6.748.452,36</b>	<b>23.838.952,00-</b>	<b>18.370.142,70-</b>	<b>5.468.809,30</b>
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	8.117.056,00	4.638.783,02	3.478.272,98-
34	+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	14.000.000,00	14.000.000,00
35	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	5.419.000,00	5.227.249,11	191.750,89-
36	- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	3.000.000,00	3.000.000,00
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0,00	2.698.056,00	10.411.533,91	7.713.477,91
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (=Zeilen 32 und 37)	6.748.452,36	21.140.896,00-	7.958.608,79-	13.182.287,21
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
40	+ Bestand an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
41	= Liquide Mittel (=Zeilen 38,39 und 40)	6.748.452,36	21.140.896,00-	7.958.608,79-	13.182.287,21

**1.5 Schlussbilanz zum 31.12.2006****1.5.1 Schlussbilanz aus KIRP**

B I L A N Z - AKTIVA in EUR  
 von Monat : 01/06 bis 12/06

AA000000	A. AUFWENDUNGEN FÜR ERWEITERUNG DES GESCHÄFTSBETRIEBES		
-----			
AA000001	0.1 Centabsplittung AnBu EÜ		43,23-
AB000000	B. ANLAGEVERMÖGEN		
-----			
AB100000	I. Immaterielle Vermögensgegenstände		666.697,00
AB200000	II. Sachanlagen		
AB212100	1. Unbebaute Grundstücke und grundstücks- gleiche Rechte		
AB212110	a) Grünflächen	2.903.583,00	
AB212120	b) Ackerland	23.589,00	
AB212130	c) Wald, Forsten	0,00	
AB212140	d) Sonstige unbebaute Grundstücke	0,00	2.927.172,00
-----			
AB212200	2. Bebaute Grundstücke und grundstücks- gleiche Rechte		
AB212210	a) Kindertageseinrichtungen	0,00	
AB212220	b) Schulen	0,00	
AB212230	c) Wohnbauten	0,00	
AB212240	d) Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	2.581.503,00	
-----			
AB212300	3. Infrastrukturvermögen		
AB212310	a) Grund und Boden des Infrastruktur- vermögens	0,00	
AB212320	b) Brücken und Tunnel	0,00	
AB212330	c) Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	
AB212340	d) Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	
AB212350	e) Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	0,00	
AB212360	f) Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	0,00	2.581.503,00
-----			
AB212400	4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	615.274,09	
AB212500	5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	
AB212600	6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeugen	3.514.234,00	
AB212700	7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	670.198,00	
AB212800	8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	79.889,00	4.879.595,09
-----			
AB313000	III. Finanzanlagen		
AB313100	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	71.877.713,00	
AB313200	2. Beteiligungen	7.128.840,00	
AB313300	3. Sondervermögen	143.731.059,77	
AB313400	4. Wertpapiere des Anlagevermögens	57.358.155,96	
AB313500	5. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	12.858.707,21	
AB313600	6. Ausleihungen an Beteiligungen	112.595,86	
AB313700	7. Ausleihungen an Sondervermögen	27.286.966,86	
AB313800	8. Sonstige Ausleihungen	1.066.132,52	321.420.171,18
-----			

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

B I L A N Z - AKTIVA in EUR  
 von Monat : 01/06 bis 12/06

AC000000	C. UMLAUFVERMÖGEN		
-----			
AC321000	I. Vorräte		
AC321100	1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	228.976,57	
AC321200	2. Geleistete Anzahlungen	0,00	228.976,57
-----			
AC322000	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
AC322100	1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Tarifleistungen		
AC322110	a) Gebühren	1.726.339,59	
AC322120	b) Beiträge	558.123,21	
AC322130	c) Steuern	13.280,43	
AC322140	d) Forderungen aus Transferleistungen	6.057.713,77	
AC322150	e) Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	29.517.744,53	37.873.201,53
-----			
AC322200	2. Sonstige Forderungen		
AC322210	a) gegenüber dem privaten Bereich	499.050,85	
AC322220	b) gegenüber dem öffentlichen Bereich	28.354,61	
AC322230	c) gegen verbundene Unternehmen	0,00	
AC322240	d) gegen Beteiligungen	406.888,30	
AC322250	e) gegen Sondervermögen	0,00	934.293,76
-----			
AC322300	3. Sonstige Vermögensgegenstände		0,00
AC323000	IV. Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00
AC324000	V. Liquide Mittel		1.947.765,75
AD000000	D. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
-----			
AD100000	I. Aktive Rechnungsabgrenzung	4.889.513,81	
-----			
<b>AZ999999</b>	<b>SUMME AKTIV</b>		<b>378.348.846,46</b>

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

B I L A N Z - PASSIVA in EUR  
 von Monat : 01/06 bis 12/06

PA000000 A. EIGENKAPITAL

Jahresergebnis 2006:	-19.321.980,71
zzgl. Rest Ergebnisrechnung Revision 2005	- 367,82
Insqesamt	<u>-19.322.348,53</u>

PA111000	I. Allgemeine Rücklage	94.253.231,67	
PA112000	II. Sonderrücklagen	0,00	
PA113000	III. Ausgleichsrücklage	47.141.989,77	
PA114000	IV. Jahresüberschuss/Fehlbetrag	19.322.348,53-	122.072.872,91

PB000000 B. SONDERPOSTEN

PB221000	I. für Zuwendungen	4.489.860,00	
PB222000	II. für Beiträge	0,00	
PB223000	III. für den Gebührenaussgleich	2.560.446,89	
PB224000	IV. Sonstige Sonderposten	883.548,00	7.933.854,89

PC000000 C. RÜCKSTELLUNGEN

PC331000	I. Pensionsrückstellungen	110.700.333,00	
PC332000	II. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	25.000,00	
PC333000	III. Instandhaltungsrückstellungen	0,00	
PC334000	IV. Sonstige Rückstellungen	12.324.234,65	123.049.567,65

PD000000 D. VERBINDLICHKEITEN

PD441000	I. Anleihen	0,00	
PD442000	II. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
PD442100	1. von verbundenen Unternehmen	200.000,00	
PD442200	2. von Beteiligungen	0,00	
PD442300	3. von Sondervermögen	0,00	
PD442400	4. vom öffentlichen Bereich	27.596.244,58	
PD442500	5. vom privaten Kreditmarkt	41.151.296,45	68.947.541,03

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

B I L A N Z - PASSIVA in EUR  
 von Monat : 01/06 bis 12/06

PD443000	III. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	33.000.000,00
PD444000	IV. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommt	0,00
PD445000	V. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	259.479,25
PD446000	VI. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.001.671,36
PD447000	VII. Sonstige Verbindlichkeiten	20.432.049,22
PE000000	E. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN -----	1.651.810,15
<b>PZ999999</b>	<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>378.348.846,46</b>

**S U M M E N B L A T T**

JAHRESERGEBNIS	19.321.980,71
SUMME AKTIVA	378.348.846,46
SUMME PASSIVA	378.348.846,46-
VERRECHNUNGSKONTEN	0,00
SUMME N.ZUGEORD.POSIT. <sup>3</sup>	7.958.608,79-
Sonstige Reports	0,00
	=====
	7.958.608,79-
	=====
	Finanzrechnungskonten 0,00

Die Schlussbilanz zum 31.12.2006 beruht auf der vom Kreistag beschlossenen Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 unter Einbeziehung der notwendigen Berichtigungen und den Ergebnissen der Haushaltswirtschaft des Jahrs 2006. Die Berichtigung der Eröffnungsbilanz (§ 92 Abs. 7 GO) und die einzelnen Begründung ergeben sich aus der Aufstellung zu Ziffer 1.5.2.

<sup>3</sup> Entspricht dem Ergebnis der Finanzrechnung, d.h. der Verminderung der Liquiden Mittel (Veränderung der Bilanzposition 7.983.108,79 inkl. veränderter Ausweisung Bestand Handvorschüsse)

**1.5.2 Veränderungen Eröffnungsbilanz – Schlussbilanz**

	Enbringung	Änderung	Entwurf	Veränderung
Aktiva	Entwurf	Stand 01.01.2006	Schlussbilanz	
<b>Cent-Absplittung Anlagenbuchhaltung</b>	<b>0,00</b>	<b>-43,23</b>	<b>-43,23</b>	<b>0,00</b>
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>337.135.026,90</b>	<b>336.571.416,58</b>	<b>332.475.138,27</b>	<b>-4.096.278,31</b>
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>629.974,00</b>	<b>629.974,00</b>	<b>666.697,00</b>	<b>36.723,00</b>
<b>II. Sachanlagen</b>	<b>10.324.891,49</b>	<b>10.346.736,00</b>	<b>10.388.270,09</b>	<b>41.534,09</b>
1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2.702.654,45	2.700.613,00	2.927.172,00	226.559,00
a) Grünflächen	2.680.320,75	2.678.280,00	2.903.583,00	225.303,00
b) Ackerland	22.333,70	22.333,00	23.589,00	1.256,00
c) Wald, Forsten	0,00	0,00	0,00	0,00
d) Sonstige unbebaute Grundstücke	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit	2.642.559,00	2.642.559,00	2.581.503,00	-61.056,00
a) Kinder- und Jugendeinrichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00
b) Schulen	0,00	0,00	0,00	0,00
c) Wohnbauten	0,00	0,00	0,00	0,00
d) Sonstigen Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden	2.642.559,00	2.642.559,00	2.581.503,00	-61.056,00
3. Infrastrukturvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
a) Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
b) Brücken und Tunnel	0,00	0,00	0,00	0,00
c) Gleisanlagen mit Streckenausüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
d) Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
e) Straßennetz einschl. Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
f) Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	617.724,00	617.724,00	615.274,09	-2.449,91
5. Kunstgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3.561.195,00	3.585.076,00	3.514.234,00	-70.842,00
8. Betriebs- und Geschäftsausstattung	710.065,25	710.073,00	670.198,00	-39.875,00
9. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	90.693,79	90.691,00	79.889,00	-10.802,00
<b>III. Finanzanlagen</b>	<b>326.180.161,41</b>	<b>325.594.706,58</b>	<b>321.420.171,18</b>	<b>-4.174.535,40</b>
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	64.451.882,00	67.277.713,00	71.877.713,00	4.600.000,00
2. Beteiligungen	6.763.394,00	6.389.340,00	7.128.840,00	739.500,00
3. Sondervermögen	144.752.649,69	141.414.758,94	143.731.059,77	2.316.300,83
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	65.890.947,91	66.015.086,89	57.358.155,96	-8.656.930,93
5. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	12.858.707,21	12.858.707,21	12.858.707,21	0,00
6. Ausleihungen an Beteiligungen	198.529,19	198.529,19	112.595,86	-85.933,33
7. Ausleihungen an Sondervermögen	30.321.190,19	30.329.125,69	27.286.966,86	-3.042.158,83
8. Sonstige Ausleihungen	942.861,22	1.111.445,66	1.066.132,52	-45.313,14
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>40.898.112,13</b>	<b>41.161.182,01</b>	<b>40.984.237,61</b>	<b>-176.944,40</b>
<b>I. Vorräte</b>	<b>230.611,90</b>	<b>228.976,57</b>	<b>228.976,57</b>	<b>0,00</b>
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	230.611,90	228.976,57	228.976,57	0,00
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>30.736.625,69</b>	<b>31.001.330,90</b>	<b>38.807.495,29</b>	<b>7.806.164,39</b>
1. Öfft.-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	28.412.836,85	28.671.553,63	37.873.201,53	9.201.647,90
a) Gebühren	1.539.076,31	1.310.223,72	1.726.339,59	416.115,87
b) Beiträge	431.093,62	418.220,99	558.123,21	139.902,22
c) Steuern	14.048,60	14.048,60	13.280,43	-768,17
d) Forderungen aus Transferleistungen	1.904.597,02	1.882.713,15	6.057.713,77	4.175.000,62
e) Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	24.524.021,30	25.046.347,17	29.517.744,53	4.471.397,36
2. Privatrechtliche Forderungen	2.323.788,84	2.329.777,27	934.293,76	-1.395.485,11
a) gegen den privaten Bereich	392.178,94	398.167,37	499.050,85	100.883,48
b) gegen den öffentlichen Bereich	151.321,60	151.321,60	28.354,61	-122.966,99
c) gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00
d) gegen Beteiligungen	406.888,30	406.888,30	406.888,30	0,00
e) gegen Sondervermögen	1.373.400,00	1.373.400,00	0,00	-1.373.400,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>III. Wertpapiere des Umlaufvermögens</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>IV. Liquide Mittel</b>	<b>9.930.874,54</b>	<b>9.930.874,54</b>	<b>1.947.765,75</b>	<b>-7.983.108,79</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>4.468.568,78</b>	<b>4.468.568,78</b>	<b>4.889.513,81</b>	<b>420.945,03</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>382.501.707,81</b>	<b>382.201.124,14</b>	<b>378.348.846,46</b>	<b>-3.852.277,68</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Entwurf der Schlussbilanz nach § 41 GemHVO Passiva	Einbringung Entwurf	Änderung Stand 01.01.2006	Entwurf Schlussbilanz	Veränderung
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>146.119.074,35</b>	<b>141.425.951,58</b>	<b>122.072.872,91</b>	<b>-19.353.078,67</b>
I. Allgemeine Rücklage	97.381.600,54	94.253.219,85	94.253.231,67	11,82
II. Sonderrücklagen	31.115,69	31.115,69	0,00	-31.115,69
III. Ausgleichsrücklage	48.706.358,12	47.141.983,86	47.141.989,77	5,91
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	-367,82	-19.322.348,53	-19.321.980,71
<b>B. Sonderposten</b>	<b>2.644.192,00</b>	<b>5.084.618,00</b>	<b>7.933.854,89</b>	<b>2.849.236,89</b>
I. Zuwendungen	1.934.921,00	4.377.273,00	4.489.860,00	112.587,00
II. Beiträge	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Gebührenaussgleich	0,00	0,00	2.560.446,89	2.560.446,89
IV. sonstige Sonderposten	709.271,00	707.345,00	883.548,00	176.203,00
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>120.994.065,19</b>	<b>122.504.051,99</b>	<b>123.049.567,65</b>	<b>545.515,66</b>
I. Pensionsrückstellungen	112.390.581,00	113.719.034,00	110.700.333,00	-3.018.701,00
II. Rückstellungen für die Reaktivierung und Nachsorgen von Deponien	35.128,31	35.128,31	25.000,00	-10.128,31
III. Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00
IV. Sonstige Rückstellungen	8.568.355,88	8.749.889,68	12.324.234,65	3.574.344,97
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>110.607.733,91</b>	<b>111.049.859,15</b>	<b>123.640.740,86</b>	<b>12.590.881,71</b>
I. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00
II. Verbindlichkeiten aus Krediten	69.692.737,54	69.692.737,54	68.947.541,03	-745.196,51
1. von verbundenen Unternehmen,	0,00	0,00	200.000,00	200.000,00
2. von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00
3. von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
4. von öffentlichen Bereich	26.179.108,77	26.179.108,77	27.596.244,58	1.417.135,81
5. vom privaten Kreditmarkt	43.513.628,77	43.513.628,77	41.151.296,45	-2.362.332,32
III. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	22.000.000,00	22.000.000,00	33.000.000,00	11.000.000,00
IV. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00	0,00	0,00
V. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00	259.479,25	259.479,25
VI. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	900.000,00	827.836,89	1.001.671,36	173.834,47
VII. Sonstige Verbindlichkeiten	18.014.996,37	18.529.284,72	20.432.049,22	1.902.764,50
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2.136.643,42</b>	<b>2.136.643,42</b>	<b>1.651.810,15</b>	<b>-484.833,27</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>382.501.708,87</b>	<b>382.201.124,14</b>	<b>378.348.846,46</b>	<b>-3.852.277,68</b>

Erläuterungen zur Schlussbilanz und den Veränderungen gegenüber der Eröffnungsbilanz finden sich im Anhang zum Jahresabschluss unter Ziffer 2 des Berichts. Neben dem verbindlich vorgeschriebenen Anlage-, Forderungs- und Verbindlichkeitspiegel sind weitere Veränderungen / Besonderheiten unter Ziffer 2.4 des Berichts erläutert. Veränderungen der geänderten Eröffnungsbilanz gegenüber der beschlossenen Eröffnungsbilanz:

Zugänge Aktiva	+ 0,96%
Abgänge Aktiva	- 1,04%
Veränderung Bilanzsumme	- 0,08%
Zugänge Verbindlichkeiten	+ 0,40%
Zugänge Rückstellungen	+ 1,25%
Zugänge Sonderposten (Umschichtung Eigenkapital)	+92,29%
Veränderung Eigenkapital/Ausgleichsrücklage	- 3,21%

**Fazit:** Die Veränderungen der Eröffnungsbilanz bewegen sich, Sonderposten ausgenommen, im marginalen Bereich. Die Veränderung des Eigenkapitals ist im wesentlichen auf die Einführung eines neuen Sonderpostens für die in den Jahren 1997-2005 erhaltenen Investitionspauschalen des Landes NRW zurück zu führen. Dies ist ohne Auswirkungen auf das wirtschaftliche Eigenkapital, da hier die Sonderposten wieder einbezogen werden.

## **Erläuterungen zur Änderung der Eröffnungsbilanz**

Der Entwurf der Eröffnungsbilanz wurde dem Kreistag am 12.05.2006 zugeleitet, mit Schreiben gleichen Datums wurde der Entwurf dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses und der Revision zur Prüfung gem. § 92 GO NW zugeleitet.

Die Revision hat diesen Entwurf zwischenzeitlich geprüft, für die Eröffnungsbilanz nebst Lagebericht wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Der Bericht über die Prüfung der Eröffnungsbilanz des Kreises Lippe zum 01.01.2006 wurde im Rechnungsprüfungsausschuss am 21.05.2007 beraten, dieser hat den Bericht als seinen eigenen anerkannt und dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen (Vorlage DS-Nr. 80/2007).

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 18.06.2007 (Vorlage DS-Nr. 81/2007) die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Eröffnungsbilanz beschlossen, die Eröffnungsbilanz wurde im Kreisblatt vom 10.07.2007 öffentlich bekannt gemacht.

Ergibt sich bei der Aufstellung späterer Jahresabschlüsse, dass in der Eröffnungsbilanz Vermögensgegenstände oder Sonderposten oder Schulden fehlerhaft angesetzt sind, so ist der Wertansatz gem. § 92 Abs. 7 GO NW zu berichtigen oder nachzuholen. Die Eröffnungsbilanz gilt dann als geändert. Eine Berichtigung kann letztmals im vierten der Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss vorgenommen werden. Vorherige Jahresabschlüsse sind nicht zu berichtigen.

Die Notwendigkeit zur Änderung der Entwurfs der Eröffnungsbilanz in einigen Positionen ergibt sich insbesondere:

- aus der Prüfung des Entwurfs der Eröffnungsbilanz durch die Revision und der Umsetzung der vorliegenden Prüfungsbemerkungen,
- durch weitere Sachverhaltsaufklärungen,
- durch neuere Erkenntnisse im Rahmen des NKF - Umstellungsprozesses als auch durch weitere Erkenntnisse im Rahmen der Haushaltsausführung 2006.

Die vorliegende Änderung des Entwurfs der Eröffnungsbilanz wird zeitgleich der Revision mit der Bitte um Prüfung zugeleitet, eine Beschlussfassung über die Änderung ist mit der Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2006 im Dezember 2007 vorgesehen.

**Erläuterung der einzelnen Veränderungen der Bilanzposten****A. Aktiva** **-300.565,94 €****Cent - Absplittung Anlagenbuchhaltung** **- 43,23 €**

Die KIRP – Anlagenbuchhaltung kann im Rahmen der weiteren Bewirtschaftung der Anlagegüter (Abschreibungen) nur volle Eurobeträge verarbeiten, daher werden bei der Erstübernahme aller Anlagegüter in das System Cent - Beträge ausgebucht und gesondert in der Bilanz ausgewiesen. Der Saldo aus den Cent - Absplittungen auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz bleibt unter der Bilanzposition Cent -Absplittung Anlagenbuchhaltung auf Dauer in der Bilanz stehen. Insoweit ergeben sich auf bei den folgenden Bilanzpositionen teilweise geringfügige Abweichungen, es wird insoweit auf diese Ausführungen verwiesen.

Bei Neuzugängen in der Anlagenbuchhaltung werden im Rahmen der laufenden Bewirtschaftung die Cent - Beträge als Sofort-Abschreibung bei den jeweiligen Produkten verbucht.

**Grund und Boden aus Ersatzgeldern** **-2.040,75 €**

Korrektur von Rundungsfehlern, bedingt durch die Datenersterfassung in Excel-Tabellen (verdeckte Weitergabe von mehreren Nachkommastellen) und Korrektur von Rundungsdifferenzen bei der Aufteilung der Grunderwerbskosten auf einzelne Flurstücke.

**Ackerland** **-0,70 €**

Vgl. Cent - Absplittung, Korrektur von Rundungsfehlern

**Maschinen und technische Anlagen** **+23.881,00 €**

Korrektur eines Umrechnungsfehlers (Umrechnung der Anschaffungskosten von DM in Euro)

**Betriebs- und Geschäftsausstattung** **+7,75 €**

Die Revision wurde bereits in 2005 als NKF – Pilotbereich geführt, die dort seinerzeit angeschafften und bilanzierten Anlagegüter (vorwiegend Aktenvernichter im Bereich des Datenschutzes) waren mit den bereits in der Anlagenbuchhaltung bilanzierten Zeitwerten zum 01.01.2006 auszuweisen. Hier ergeben sich durch die für 2005 im Pilotbereich bereits verbuchte Abschreibung teilweise geringe Abweichungen je Anlagegut zum Bilanzstichtag 01.01.2006. Korrektur von Rundungsfehlern.

**Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau** **-2,79 €**

Vgl. Cent - Absplittung.

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>+2.825.831,00 €</b>
<b>Beteiligungen</b>	<b>-374.054,00 €</b>
<b>Sondervermögen</b>	<b>-3.337.890,75 €</b>
<b>Wertpapiere des Anlagevermögens</b>	<b>+124.138,98 €</b>

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind im Entwurf der Eröffnungsbilanz nach dem Substanzwertverfahren auf der Grundlage der seinerzeit vorliegenden Bilanzen (Bilanzstichtag 31.12.2004) bewertet worden. Nachdem zwischenzeitlich die Bilanzen zum Bilanzstichtag 31.12.2005 vorliegen, ist die Bewertung aktualisiert worden. Lediglich für die Betreiber-gesellschaft Lipperlandhalle liegt bisher eine aktuelle Bilanz zum Bilanzstichtag 31.12.2005 nicht vor, hier ist die Bewertung zunächst unverändert.

Die Beteiligungen, Sondervermögen und die weiteren, untergeordneten Beteiligungen des Kreises Lippe sind im Entwurf der Eröffnungsbilanz nach der Eigenkapitalspiegelmethode auf der Grundlage der seinerzeit vorliegenden Bilanzen (Bilanzstichtag 31.12.2004) bzw. durch Bewertung des anteiligen Kapital-, Anlage- und Grundvermögens bewertet worden. Nachdem zwischenzeitlich die Bilanzen zum Bilanzstichtag 31.12.2005 vorliegen, ist die Bewertung aktualisiert worden.

**Ausleihungen an Sondermögen** **+7.935,50 €**

Die wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen dem Kreis Lippe – Kernhaushalt – und dem Eigenbetrieb ISB – Sparte Gebäudewirtschaft – waren im Laufe des Jahres 2006 Gegenstand von Erörterungsgesprächen. Im Sinne einer beiderseitigen Bilanzbereinigung wurde eine gegenseitige Abstimmung und weitgehende Ausbuchung der wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten angestrebt. In diesem Zusammenhang waren die bilanzierten Ausleihungen zu korrigieren.

**Sonstige Ausleihungen** **+168.584,44 €**

Der Fachbereich 3 – Jugend, Soziales und Gesundheit – hat in den Jahren 1993 und 1995 im Rahmen der Förderung multifunktionaler Altenhilfereinrichtungen Darlehen an die Ev. Ref. Kirchengemeinde Augustdorf und die Wohnheim Oerlinghausen GmbH gewährt. Diese Ausleihungen sind im Rahmen der Eröffnungsbilanz versehentlich nicht bilanziert worden und sind nunmehr mit der aktuellen Restschuld zum Bilanzstichtag zu bilanzieren.

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

### **Vorräte Roh- und Hilfsstoffe**

**-1.635,33 €**

Korrektur des Eröffnungsbilanzwertes um die zum Bilanzstichtag bereits abgelaufenen und damit zu entwertenden AU- und HU - Plaketten im Bereich der Fahrzeugzulassung.

### **Öffentlich-rechtliche Forderungen**

**283.249,51 €**

Korrektur der aus dem Altverfahren übernommenen Kasseneinnahmereste, teilweise waren die Beträge „lediglich“ zu falschen Bilanzkonten übernommen. Insoweit ist ein Kontentausch im Rahmen der Änderung der Eröffnungsbilanz vorzunehmen. In Höhe von rd. 208 T€ waren die übernommenen Kasseneinnahmereste zu vermindern, da diese aus einer fehlerhaften Umbuchung von Soll- und Ist-Eingängen bereits aus dem Jahr 2000 resultierten, d.h. die entsprechende Forderung bestand tatsächlich zum Bilanzstichtag nicht mehr.

Darüber hinaus waren die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen zu korrigieren, da im Rahmen der weiteren Sachbearbeitung festgestellt wurde, dass das bisher vorliegende versicherungsmathematische Gutachten nicht vollständig war (einige Mitarbeiter waren nicht berücksichtigt). Die korrigierten Werte für die Pensions- und Beihilferückstellungen auf der Passivseite der Bilanz (vgl. dort) führen auch zu erhöhten Forderungen gegen die Klinikum Lippe GmbH für die dort beschäftigten / in der Vergangenheit beschäftigten Beamten. (Erstatt. Pensionsrückstellung + 431.455.- €; Erstatt. Beihilferückstellung + 63.165.- €).

### **Weitere Korrekturen ergaben sich durch:**

- die Abrechnung der VBL-Beiträge für das Jahr 2005, hier ergab sich für die Eigenbetriebe ein Nachzahlungsbetrag in Höhe von 10.960,83 €.
- die Abrechnung von Nebenkostenguthaben aus dem Verbrauchsjahr 2005 in 2006 in Höhe von 3.707,38 € und
- die Berichtigung / Verminderung einer gegen den EB ISB ausgewiesenen Forderung um 698,02 € (Korrektur eines Berechnungsfehlers)
- die Ausweisung der Bestände in den Handvorschusskassen der Außenstellen als Forderung in der Bilanz. Die bisherige Ausweisung als liquide Mittel hat sich im täglichen Buchungsgeschäft nicht bewährt.

### **Privatrechtliche Forderungen**

**5.973,43 €**

Neben der veränderten Zuordnung einzelner Forderungen aus Kasseneinnahmeresten waren die Forderungen aus Arbeitgeberdarlehen zum Bilanzstichtag 01.01.2006 aufgrund eines Übertragungsfehlers um 100.- € zu vermindern.

**Jahresabschluss zum 31.12.2006****Liquide Mittel** **-24.500,00 €**

Um eine transparente Darstellung der gewährten Handvorschüsse zu gewährleisten, ist eine Ausweisung unter der Bilanzposition „Forderungen gegen Handvorschuss“ erfolgt, die liquiden Mittel stellen nunmehr „lediglich“ die Geldbestände auf den Konten dar.

**B. Passiva** **-300.567,00 €****Allgemeine Rücklage** **-3.128.368,87 €**

Die Veränderung errechnet sich aus den dargestellten sonstigen Änderungen auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz.

**Ausgleichsrücklage** **-1.564.368,35 €**

Die Veränderung errechnet sich aus den dargestellten sonstigen Änderungen auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz, die Ausgleichsrücklage wurde gem. § 75 Abs. 3 GO NW festgesetzt in Höhe von 1/3 des Eigenkapitals.

**Jahresüberschuss / Fehlbetrag** **- 367,82 €**

Die Revision wurde bereits in 2005 als NKF – Pilotbereich geführt, der Jahresabschluss 2005 wurde durch einen Zuschuss aus dem Kreishaushalt (Zuführung an den NKF – Pilotbereich Revision) in der Finanzrechnung ausgeglichen (Zuschuss in Höhe der zahlungswirksam gewordenen Belastungen). Die Ergebnisrechnung hat mit einem Fehlbetrag in Höhe von 367,82 € abgeschlossen, der durch den Kernhaushalt bisher nicht ausgeglichen und im Entwurf der Eröffnungsbilanz versehentlich nicht ausgewiesen wurde.

**Sonderposten aus Zuwendungen** **2.442.352,00 €**

- Korrektur von Rundungsdifferenzen und Cent – Absplittung, vgl. vorstehend.
- Einstellung eines Sonderpostens für die in den Jahren 1997 bis 2005 gezahlte allgemeine Investitionspauschale des Landes NRW in Höhe von insgesamt 2.442.526.- €. Auch bei der allgemeinen Investitionspauschale des Landes NRW handelt es sich nach zwischenzeitlich herrschender Meinung um Zuwendungen für Investitionen mit Zweckbindung, die damit gem. § 43 Abs. 5 GemHVO als Sonderposten zu passivieren und entsprechend der Nutzungsdauer der damit bezuschussten Vermögensgegenstände ertragswirksam aufzulösen sind. Von einer Zuordnung des Zahlbetrages zu einzelnen Vermögensgegenständen wurde abgesehen, die durchschnittliche Nut-

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

zungsdauer der in der Anlagenbuchhaltung aktivierten Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 9 Jahre. Die in der Vergangenheit gezahlten allgemeinen Investitionspauschalen wurden daher für den Bilanzstichtag 01.01.2006 9 Jahre rückwirkend ab 1997 zugrunde gelegt.

### **Sonstige Sonderposten** **-1.926,00 €**

Vgl. Korrektur Bilanzposition Grund und Boden aus Ersatzgeldern und Cent – Absplittung Anlagenbuchhaltung

### **Pensionsrückstellungen** **1.328.453,00 €**

Die Korrektur des fehlerhaften versicherungsmathematischen Gutachtens (fehlende MitarbeiterInnen) bedingt um 43.532.- € steigende Pensionsrückstellungen für aktive Beamte und um 1.115.272.- € höhere Pensionsrückstellungen für VersorgungsempfängerInnen. Die Beihilferückstellungen steigen um 6.373.- bzw. 163.276.- €.

### **Sonstige Rückstellungen** **181.533,80 €**

- Durch eine veränderte Berechnung der Versorgungskasse auf der Grundlage von Echtdateien (keine pauschalierte Berechnung) ergeben sich um 118.380.- € höhere Rückstellungen für Ausgleichsansprüche nach § 107b BeamtVG.
- Rückstellung Klageverfahren OVG Münster – Kindergeldanrechnung Grundsicherung im Alter. Aufgrund der zwischenzeitlich abgeschlossenen Nachberechnungen reduziert sich der Nachzahlungsanspruch der Anspruchsberechtigten um 237.873,62 €, die Abwicklung ist abgeschlossen.
- Rückstellung für Körperschaftssteuer aus Beteiligungen. Für die Beteiligung an dem Betrieb gewerblicher Art Radio Lippe GmbH und Co KG ist der Kreis Lippe körperschaftssteuerpflichtig, aufgrund der positiven Ertragslage waren Steuererklärungen für die Jahre 1999 bis 2005 abzugeben, für die Jahre 2004 und 2005 sind Zahlungsverpflichtungen in Höhe von rd. 25.000.- € zu erwarten. Diese sind bisher nicht bilanziert.
- Rückstellung für das Beratungsmandat PPP Straßen. Bei der Abrechnung der Beratungsleistungen aus dem Jahr 2005 waren verschiedene Forderungen der betreuten Anwaltskanzlei zunächst strittig, diese wurden zunächst nicht beglichen, ebenso ist eine Bilanzierung als Rückstellung unterblieben. Zwischenzeitlich sind die Streitig-

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

keiten geklärt, es besteht eine weitere Zahlungsverpflichtung in Höhe von 9.604,80 €, damit sind alle Forderungen abgegolten.

- Rückstellungen Sozial- und Jugendhilfe. Die im Entwurf der Eröffnungsbilanz bilanzierten Rückstellungen waren nicht ausreichend, die Zahlungsverpflichtungen aus Vorjahren abzugelten, die Rückstellung erhöht sich um 237.873,62 €.
- Rückstellung für Urlaub und Überstunden. Die in 2003 rückwirkend ausgesprochene Streichung eines arbeitsfreien Tages für Beamte war rechtswidrig (Urteil BVerwG 15.12.2005), so dass dieser Anspruch nachträglich einzuräumen war. Da es sich um einen periodenfremden Aufwand handelt, war eine Rückstellung in Höhe von 28.549.- € für den AZV-Tag 2003 zu bilden.

### **Verbindlichkeiten aus Transferleistungen - 72.163,11 €**

Zum Bilanzstichtag 01.01.2006 lagen entgegen ersten Hochrechnungen „lediglich“ bisher nicht beglichene Rechnungen in Höhe von 827.836,89 € vor, so dass die ursprünglich eingestellte Verbindlichkeit aus Transferleistungen in Höhe von 900.000.- € um 72.163,11 € zu reduzieren war.

### **Sonstige Verbindlichkeiten 514.288,35 €**

Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus zunächst nicht gemeldeten Zahlungsverpflichtungen für das Jahr 2005, die erst in 2006 abgewickelt werden konnten. Im Einzelnen:

➤ Verbindlichkeiten Umsatzsteuer	15.107,50 €
➤ Korrektur Mietforderungen EB ISB – Sparte Gebäude	-10.858,09 €
➤ Softwarekosten für 2005	4.294,29 €
➤ KRZ - Kosten 2005 FB 1 (Übertragungsfehler)	18.186,86 €
➤ Nachzahlung Nebenkostenabrechnung 2004/2005	1.621,75 €
➤ Nachzahlung VBL-Beiträge 2005	23.942,42 €
➤ Korrektur Verbindlichkeiten aus Handvorschussabrechnung	10,90 €
➤ Softwareanschaffungen 2004	3.248,00 €
➤ Sonstige Verbindlichkeiten gegen EB ISB (bisher nicht bilanziert)	251.652,52 €
➤ Sonstige Verbindlichkeiten gegen EB Schulen (bisher nicht bilanziert)	207.082,20 €

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber dem EB ISB handelt es sich um bisher nicht anerkannte sonstige Forderungen des Eigenbetriebs gegen den Kreis (nicht aus Mietzahlungen), die nach weiterer Sachverhaltsklärung nachträglich zu bilanzieren sind.

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber dem EB Schulen handelt es sich um eine Zahlungsverpflichtung für die ab dem 01.01.2006 in den Eigenbetrieb übernommene Lipperlandhalle. Die Zahlungsverpflichtung betrifft das Kalenderjahr 2005 und wurde erst im Jahr 2006 im EB Schulen abgewickelt, insoweit besteht eine noch in die Eröffnungsbilanz aufzunehmende Forderung gegen den Kreis Lippe.

Darüber hinaus weist der vorgelegte Entwurf der Eröffnungsbilanz in Aktiva und Passiva eine Rundungsdifferenz in Höhe von 1,06 € aus, die nunmehr ebenfalls zu korrigieren ist. Die in der Anlage dargestellten Werte stimmen mit den in die Finanzbuchhaltung übergebenen Werten überein und sind Grundlage für das weitere Buchungsgeschäft, insbesondere auch für den ebenfalls vorgelegten Entwurf des Jahresabschlusses 2006.

**1.6 Teilrechnungen nach NKF- und FB-Struktur**

## Produktübersicht nach Neuem Kommunalem Finanzmanagement

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>001 Innere Verwaltung</b>						
<b>001 001 Unterstützung der Verwaltungsführung</b>						
001 001 001 Leitung der Verwaltung, Beratung/Projekte	-622.044 €	-589.244,30 €	32.799,70 €	-1.547.838 €	-1.556.402,43 €	-8.564,43 €
001 001 002 Unterstützung der Politik, Sitzungsdienst	-1.021.898 €	-841.776,16 €	180.121,84 €	-1.002.123 €	-848.642,44 €	153.480,56 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-1.643.942 €</b>	<b>-1.431.020,46 €</b>	<b>212.921,54 €</b>	<b>-2.549.961 €</b>	<b>-2.405.044,87 €</b>	<b>144.916,13 €</b>
<b>001 002 Interessenvertretung</b>						
001 002 001 Gleichstellung	-157.067 €	-167.197,34 €	-10.130,34 €	-159.242 €	-168.996,83 €	-9.754,83 €
001 002 002 Personalrat	-138.660 €	-154.493,66 €	-15.833,66 €	-133.212 €	-162.571,06 €	-29.359,06 €
001 002 003 Schwerbeh. Vertretung	-14.592 €	-4.606,84 €	9.985,16 €	-14.310 €	-5.220,21 €	9.089,79 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-310.319 €</b>	<b>-326.297,84 €</b>	<b>-15.978,84 €</b>	<b>-306.764 €</b>	<b>-336.788,10 €</b>	<b>-30.024,10 €</b>
<b>001 003 Zentrale Dienste</b>						
001 003 001 Bürgerservice	-250.622 €	-248.660,32 €	1.961,68 €	-247.998 €	-253.283,07 €	-5.285,07 €
001 003 002 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-175.775 €	-190.614,21 €	-14.839,21 €	-178.343 €	-205.003,96 €	-26.660,96 €
001 003 003 Recht	-372.040 €	-351.017,52 €	21.022,48 €	-347.889 €	-350.830,70 €	-2.941,70 €
001 003 004 Submissionsstelle	-108.237 €	-100.737,22 €	7.499,78 €	-102.598 €	-103.867,24 €	-1.269,24 €
001 003 005 Datenschutz	-74.471 €	-67.393,34 €	7.077,66 €	-73.694 €	-67.769,80 €	5.924,20 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-981.145 €</b>	<b>-958.422,61 €</b>	<b>22.722,39 €</b>	<b>-950.522 €</b>	<b>-980.754,77 €</b>	<b>-30.232,77 €</b>
<b>001 004 Personal, Organisation, Finanzen</b>						
001 004 001 Personalbetreuung	-1.408.789 €	-1.490.697,14 €	-81.908,14 €	-1.257.081 €	-1.033.252,37 €	223.828,63 €
001 004 002 Beihilfe	-140.864 €	-132.789,52 €	8.074,48 €	-138.153 €	-136.403,17 €	1.749,83 €
001 004 003 Personalentwicklung	-407.719 €	-346.127,72 €	61.591,28 €	-392.405 €	-353.196,27 €	39.208,73 €
001 004 004 Ausbildung	-1.067.359 €	-861.301,68 €	206.057,32 €	-1.040.257 €	-888.264,52 €	151.992,48 €
001 004 005 Finanzmanagement	-2.456.632 €	-2.218.315,88 €	238.316,12 €	-2.552.599 €	-2.175.827,09 €	376.771,91 €
001 004 006 Kasse (Zahlungsabwicklung)	-737.022 €	-702.301,32 €	34.720,68 €	-731.095 €	1.480.158,55 €	2.211.253,55 €
001 004 007 Organisationsangelegenheiten	-430.305 €	-367.458,29 €	62.846,71 €	-405.442 €	-369.951,32 €	35.490,68 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-6.648.690 €</b>	<b>-6.118.991,55 €</b>	<b>529.698,45 €</b>	<b>-6.517.032 €</b>	<b>-3.476.736,19 €</b>	<b>3.040.295,81 €</b>
<b>001 005 Kommunalaufsicht</b>						
001 005 001 Kommunalaufsicht	-185.187 €	-165.505,72 €	19.681,28 €	-173.079 €	-172.204,63 €	874,37 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-185.187 €</b>	<b>-165.505,72 €</b>	<b>19.681,28 €</b>	<b>-173.079 €</b>	<b>-172.204,63 €</b>	<b>874,37 €</b>
<b>001 006 Rechnungsprüfung</b>						
001 006 001 Prüfungen	-589.906 €	-552.506,47 €	37.399,53 €	-552.801 €	-586.941,71 €	-34.140,71 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-589.906 €</b>	<b>-552.506,47 €</b>	<b>37.399,53 €</b>	<b>-552.801 €</b>	<b>-586.941,71 €</b>	<b>-34.140,71 €</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>001 007 Polizeiverwaltung</b>						
001 007 001 Polizeiverwaltung	-415.569 €	-381.634,51 €	33.934,49 €	-384.657 €	-403.392,65 €	-18.735,65 €
001 007 002 Ordnungsbehördliche Aufgaben	-141.893 €	-127.314,94 €	14.578,06 €	-132.518 €	-140.058,81 €	-7.540,81 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-557.462 €</b>	<b>-508.949,45 €</b>	<b>48.512,55 €</b>	<b>-517.175 €</b>	<b>-543.451,46 €</b>	<b>-26.276,46 €</b>
<b>Summe Produktbereich 001</b>	<b>-10.916.651 €</b>	<b>-10.061.694,10 €</b>	<b>854.956,90 €</b>	<b>-11.567.334 €</b>	<b>-8.501.921,73 €</b>	<b>3.065.412,27 €</b>
<b>002 Sicherheit und Ordnung</b>						
<b>002 001 Allg. Sicherheit und Ordnung</b>						
002 001 001 Allg. Gefahrenabwehr	-97.443 €	-87.745,35 €	9.697,65 €	-91.510 €	-91.378,75 €	131,25 €
002 001 002 Gewerbeangelegenheiten	-86.613 €	-80.653,51 €	5.959,49 €	-77.404 €	-57.422,84 €	19.981,16 €
002 001 003 Jagd- und Fischereianglegenheiten	-92.433 €	-60.670,80 €	31.762,20 €	-81.199 €	-65.693,43 €	15.505,57 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-276.489 €</b>	<b>-229.069,66 €</b>	<b>47.419,34 €</b>	<b>-250.113 €</b>	<b>-214.495,02 €</b>	<b>35.617,98 €</b>
<b>002 002 Tiergesundheit und Tierschutz</b>						
002 002 001 Tierseuchenbekämpfung	-638.259 €	-562.821,18 €	75.437,82 €	-616.751 €	-575.439,78 €	41.311,22 €
002 002 002 Überwachung von Tierarznei- und Futtermitteln	-96.269 €	-86.046,98 €	10.222,02 €	-93.541 €	-88.473,06 €	5.067,94 €
002 002 003 Tier- und Artenschutz	-217.560 €	-188.094,24 €	29.465,76 €	-202.815 €	-196.319,19 €	6.495,81 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-952.088 €</b>	<b>-836.962,40 €</b>	<b>115.125,60 €</b>	<b>-913.107 €</b>	<b>-860.232,03 €</b>	<b>52.874,97 €</b>
<b>002 003 Lebensmittel- und Fleischhygieneüberwachung</b>						
002 003 001 Überwachung von Betrieben	-168.589 €	-168.600,47 €	-11,47 €	-155.442 €	-170.026,98 €	-14.584,98 €
002 003 002 Schlachtier- und Fleischbeschau	-73.547 €	-71.298,19 €	2.248,81 €	-75.061 €	-102.491,14 €	-27.430,14 €
002 003 003 Lebensmittelüberwachung	-1.059.379 €	-970.165,58 €	89.213,42 €	-1.049.452 €	-985.868,02 €	63.583,98 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-1.301.515 €</b>	<b>-1.210.064,24 €</b>	<b>91.450,76 €</b>	<b>-1.279.955 €</b>	<b>-1.258.386,14 €</b>	<b>21.568,86 €</b>
<b>002 004 Regelung des Aufenthalts von Ausländern</b>						
002 004 001 Aufenthaltsregelung von Ausländern außer Asylbewerbern	-353.909 €	-314.170,63 €	39.738,37 €	-336.740 €	-329.545,29 €	7.194,71 €
002 004 002 Aufenthaltsregelung von Asylbewerbern	-285.377 €	-292.569,27 €	-7.192,27 €	-273.115 €	-294.427,11 €	-21.312,11 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-639.286 €</b>	<b>-606.739,90 €</b>	<b>32.546,10 €</b>	<b>-609.855 €</b>	<b>-623.972,40 €</b>	<b>-14.117,40 €</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>002 005 Einwohnerangelegenheiten und Personenstandswesen</b>						
002 005 001 Regelung der deutschen Staatsangehörigkeit	-110.099 €	-80.146,76 €	29.952,24 €	-103.508 €	-86.801,47 €	16.706,53 €
002 005 002 Einwohner, Personenstand, Namensänderung	-74.917 €	-70.718,82 €	4.198,18 €	-74.009 €	-72.646,94 €	1.362,06 €
002 005 003 Wahlen	-90.236 €	-49.355,19 €	40.880,81 €	-87.553 €	-48.803,41 €	38.749,59 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-275.252 €</b>	<b>-200.220,77 €</b>	<b>75.031,23 €</b>	<b>-265.070 €</b>	<b>-208.251,82 €</b>	<b>56.818,18 €</b>
<b>002 006 Verkehrssicherung</b>						
002 006 001 Verkehrsüberwachung	180.214 €	465.254,60 €	285.040,60 €	121.207 €	242.153,30 €	120.946,30 €
002 006 002 Polizeiliche Ordnungswidrigkeiten	476.879 €	433.157,63 €	-43.721,37 €	478.448 €	575.703,69 €	97.255,69 €
002 006 003 Verkehrslenkung, -regelung und -erziehung	-203.113 €	-171.918,53 €	31.194,47 €	-182.973 €	-178.080,58 €	4.892,42 €
002 006 004 Genehmigungspflichtige Straßenbenutzung	-84.808 €	-68.014,48 €	16.793,52 €	-80.166 €	-69.339,69 €	10.826,31 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>369.172 €</b>	<b>658.479,22 €</b>	<b>289.307,22 €</b>	<b>336.516 €</b>	<b>570.436,72 €</b>	<b>233.920,72 €</b>
<b>002 007 Fahr- und Beförderungserlaubnisse</b>						
002 007 001 Fahrerlaubnisse	-158.622 €	-122.333,47 €	36.288,53 €	-140.585 €	-183.569,17 €	-42.984,17 €
002 007 002 Straßenverkehrsrechtliche Erlaubnisse	-99.983 €	-90.855,77 €	9.127,23 €	-93.060 €	-99.103,57 €	-6.043,57 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-258.605 €</b>	<b>-213.189,24 €</b>	<b>45.415,76 €</b>	<b>-233.645 €</b>	<b>-282.672,74 €</b>	<b>-49.027,74 €</b>
<b>002 008 Fahrzeugzulassungen</b>						
002 008 001 Zulassungen	1.021.708 €	1.733.769,75 €	712.061,75 €	1.066.138 €	1.429.185,84 €	363.047,84 €
002 008 002 Überwachung der Halterpflichten	-179.103 €	-382.009,60 €	-202.906,60 €	-174.390 €	-405.720,17 €	-231.330,17 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>842.605 €</b>	<b>1.351.760,15 €</b>	<b>509.155,15 €</b>	<b>891.748 €</b>	<b>1.023.465,67 €</b>	<b>131.717,67 €</b>
<b>002 009 Bevölkerungsschutz</b>						
002 009 001 Serviceleistungen des Feuerwehrausbildungszentrums	-1.007.419 €	-1.056.384,54 €	-48.965,54 €	-1.493.121 €	-481.443,15 €	1.011.677,85 €
002 009 002 Katastrophenschutz	-162.279 €	-186.107,05 €	-23.828,05 €	-223.351 €	-194.013,01 €	29.337,99 €
002 009 003 Vorbeugender Brandschutz	-141.144 €	-151.077,37 €	-9.933,37 €	-144.050 €	-154.017,62 €	-9.967,62 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-1.310.842 €</b>	<b>-1.393.568,96 €</b>	<b>-82.726,96 €</b>	<b>-1.860.522 €</b>	<b>-829.473,78 €</b>	<b>1.031.048,22 €</b>
<b>002 010 Rettungsdienst</b>						
002 010 001 Leitstelle	24.218 €	0,00 €	-24.218,00 €	-859.219 €	-814.343,94 €	44.875,06 €
002 010 002 Rettungsdienst	609.554 €	267.901,54 €	-341.652,46 €	1.247.133 €	777.600,33 €	-469.532,67 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>633.772 €</b>	<b>267.901,54 €</b>	<b>-365.870,46 €</b>	<b>387.914 €</b>	<b>-36.743,61 €</b>	<b>-424.657,61 €</b>
<b>Summe Produktbereich 002</b>	<b>-3.168.528 €</b>	<b>-2.411.674,26 €</b>	<b>756.853,74 €</b>	<b>-3.796.089 €</b>	<b>-2.720.325,15 €</b>	<b>1.075.763,85 €</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>003 Schulträgeraufgaben</b>						
<b>003 001 Zentrale schulbezogene Leistungen des Schulträgers</b>						
003 001 001 Medienzentrum	-265.257 €	-314.202,06 €	-48.945,06 €	-305.532 €	-288.721,66 €	16.810,34 €
003 001 002 Schulamtsverwaltung	-388.683 €	-362.498,22 €	26.184,78 €	-376.990 €	-378.741,15 €	-1.751,15 €
003 001 003 RegioNet/Schulprojekte und Bildungsförderung	-569.007 €	-370.179,88 €	198.827,12 €	-713.235 €	-515.848,74 €	197.386,26 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-1.222.947 €</b>	<b>-1.046.880,16 €</b>	<b>176.066,84 €</b>	<b>-1.395.757 €</b>	<b>-1.183.311,55 €</b>	<b>212.445,45 €</b>
<b>Summe Produktbereich 003</b>	<b>-1.222.947 €</b>	<b>-1.046.880,16 €</b>	<b>176.066,84 €</b>	<b>-1.395.757 €</b>	<b>-1.183.311,55 €</b>	<b>212.445,45 €</b>
<b>004 Kultur</b>						
<b>004 001 Kulturförderung</b>						
004 001 001 Kulturförderung	-2.822.128 €	-2.850.380,02 €	-28.252,02 €	-2.843.394 €	-2.910.913,95 €	-67.519,95 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-2.822.128 €</b>	<b>-2.850.380,02 €</b>	<b>-28.252,02 €</b>	<b>-2.843.394 €</b>	<b>-2.910.913,95 €</b>	<b>-67.519,95 €</b>
<b>Summe Produktbereich 004</b>	<b>-2.822.128 €</b>	<b>-2.850.380,02 €</b>	<b>-28.252,02 €</b>	<b>-2.843.394 €</b>	<b>-2.910.913,95 €</b>	<b>-67.519,95 €</b>
<b>005 Soziale Leistungen</b>						
<b>005 001 Aufsicht über Einrichtungen</b>						
005 001 001 Heim- und Versicherungsaufsicht	-209.751 €	-209.956,71 €	-205,71 €	-203.681 €	-222.127,22 €	-18.446,22 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-209.751 €</b>	<b>-209.956,71 €</b>	<b>-205,71 €</b>	<b>-203.681 €</b>	<b>-222.127,22 €</b>	<b>-18.446,22 €</b>
<b>005 002 Hilfen bei Krankheit, Behinderung, Pflegebedürftigkeit</b>						
005 002 001 Ambulante pflegerische Versorgung	-2.292.142 €	-2.324.251,69 €	-32.109,69 €	-2.285.204 €	-2.275.812,84 €	9.391,16 €
005 002 002 Teil- und vollstationäre pflegerische Versorgung	-13.027.691 €	-12.966.179,33 €	61.511,67 €	-12.978.251 €	-13.097.359,03 €	-119.108,03 €
005 002 003 Hilfen bei Krankheit und Alter	-1.984.439 €	-2.388.412,64 €	-403.973,64 €	-2.392.590 €	-2.402.330,75 €	-9.740,75 €
005 002 004 Hilfen bei Behinderung	-1.890.321 €	-2.190.694,08 €	-300.373,08 €	-1.904.802 €	-2.027.395,60 €	-122.593,60 €
005 002 005 Betreuungsstelle	-310.593 €	-292.022,67 €	18.570,33 €	-300.342 €	-307.478,92 €	-7.136,92 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-19.505.186 €</b>	<b>-20.161.560,41 €</b>	<b>-656.374,41 €</b>	<b>-19.861.189 €</b>	<b>-20.110.377,14 €</b>	<b>-249.188,14 €</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>005 003 Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen</b>						
005 003 001 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	-27.511,211 €	-26.617.085,33 €	894.125,67 €	-27.477,749 €	-27.183.259,53 €	294.489,47 €
005 003 002 Hilfen zur Sicherung des Lebensunterhaltes	-1.340,065 €	-1.305.121,69 €	34.943,31 €	-1.333,479 €	-1.289.187,04 €	44.291,96 €
005 003 003 Grundsicherung	-8.059,711 €	-8.082.414,87 €	-22.703,87 €	-8.940,449 €	-9.334.088,96 €	-393.639,96 €
005 003 004 Kriegsopferfürsorge, Entschädigungsleistungen	-81,934 €	-60.281,63 €	21.652,37 €	-79,647 €	-47.779,54 €	31.867,46 €
005 003 005 Ausbildungsförderung / Unterhaltssicherung	-285,195 €	-287.638,70 €	-2.443,70 €	-280,089 €	-295.653,88 €	-15.564,88 €
005 003 006 Förderung von sozialen Einrichtungen und Diensten	-1.060,209 €	-986.695,39 €	73.513,61 €	-1.058,979 €	-998.857,25 €	60.121,75 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-38.338,325 €</b>	<b>-37.339.237,61 €</b>	<b>999.087,39 €</b>	<b>-39.170,392 €</b>	<b>-39.148.826,20 €</b>	<b>21.565,80 €</b>
<b>Summe Produktbereich 005</b>	<b>-58.053,262 €</b>	<b>-57.710.754,73 €</b>	<b>342.507,27 €</b>	<b>-59.235,262 €</b>	<b>-59.481.330,56 €</b>	<b>-246.068,56 €</b>
<b>006 Kinder, Jugend- und Familienhilfe</b>						
<b>006 001 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung</b>						
006 001 001 Tageseinrichtungen	-10.441,786 €	-10.540.675,86 €	-98.889,86 €	-10.986,237 €	-11.201.995,28 €	-215.758,28 €
006 001 002 Tagespflege	-177,484 €	-177.111,38 €	372,62 €	-176,944 €	-164.412,48 €	12.531,52 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-10.619,270 €</b>	<b>-10.717.787,24 €</b>	<b>-98.517,24 €</b>	<b>-11.163,181 €</b>	<b>-11.366.407,76 €</b>	<b>-203.226,76 €</b>
<b>006 002 Kinder- und Jugendarbeit</b>						
006 002 001 Jugendarbeit	-1.213,979 €	-1.127.236,80 €	86.742,20 €	-1.260,522 €	-1.130.700,00 €	129.822,00 €
006 002 002 Jugendschutz	-146,580 €	-144.665,05 €	1.914,95 €	-148,153 €	-147.825,23 €	327,77 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-1.360,559 €</b>	<b>-1.271.901,85 €</b>	<b>88.657,15 €</b>	<b>-1.408,675 €</b>	<b>-1.278.525,23 €</b>	<b>130.149,77 €</b>
<b>006 003 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien</b>						
006 003 001 Ambulante Hilfen	-3.149,907 €	-3.078.191,22 €	71.715,78 €	-3.420,019 €	-3.322.579,99 €	97.439,01 €
006 003 002 Betreutes Wohnen	-550,100 €	-364.715,80 €	185.384,20 €	-545,209 €	-450.639,64 €	94.569,36 €
006 003 003 Heimerziehung	-5.500,678 €	-5.557.493,26 €	-56.815,26 €	-5.836,110 €	-5.917.501,91 €	-81.391,91 €
006 003 004 Pflegefamilien und Adoptionen	-1.066,590 €	-1.150.619,97 €	-84.029,97 €	-1.057,540 €	-1.202.676,34 €	-145.136,34 €
006 003 005 Erziehungs- und Familienberatung	-627,442 €	-623.361,35 €	4.080,65 €	-633,124 €	-638.333,73 €	-5.209,73 €
006 003 006 Beratungen durch den allgemeinen Sozialdienst	-736,190 €	-674.630,59 €	61.559,41 €	-730,021 €	-687.503,61 €	42.517,39 €
006 003 007 Unterhaltsvorschuss	-968,739 €	114.375,31 €	1.083.114,31 €	-962,637 €	-1.034.142,41 €	-71.505,41 €
006 003 008 Beratungen / Beurkundungen, Beistandschaften, Amtsvormundschaften	-223,234 €	-202.054,99 €	21.179,01 €	-212,188 €	-210.177,13 €	2.010,87 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-12.822,880 €</b>	<b>-11.536.691,87 €</b>	<b>1.286.188,13 €</b>	<b>-13.396,848 €</b>	<b>-13.463.554,76 €</b>	<b>-66.706,76 €</b>
<b>Summe Produktbereich 006</b>	<b>-24.802,709 €</b>	<b>-23.526.380,96 €</b>	<b>1.276.328,04 €</b>	<b>-25.968,704 €</b>	<b>-26.108.487,75 €</b>	<b>-139.783,75 €</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>007 Gesundheitsdienste</b>						
<b>007 001 Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz</b>						
007 001 001 Kinder- und Jugendgesundheit	-873.528 €	-891.055,20 €	-17.527,20 €	-871.134 €	-894.411,07 €	-23.277,07 €
007 001 002 Gesundheitsschutz und Umweltmedizin	-602.254 €	-553.688,92 €	48.565,08 €	-579.848 €	-560.338,29 €	19.509,71 €
007 001 003 Gutachten	-413.656 €	-358.302,69 €	55.353,31 €	-421.363 €	-386.853,96 €	34.509,04 €
007 001 004 Medizinalaufsicht	-201.509 €	-172.333,83 €	29.175,17 €	-192.457 €	-181.495,50 €	10.961,50 €
007 001 005 Sozialpsychiatrische Versorgung	-530.278 €	-529.398,05 €	879,95 €	-528.549 €	-542.749,43 €	-14.200,43 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-2.621.225 €</b>	<b>-2.504.778,69 €</b>	<b>116.446,31 €</b>	<b>-2.593.351 €</b>	<b>-2.565.848,25 €</b>	<b>27.502,75 €</b>
<b>Summe Produktbereich 007</b>	<b>-2.621.225 €</b>	<b>-2.504.778,69 €</b>	<b>116.446,31 €</b>	<b>-2.593.351 €</b>	<b>-2.565.848,25 €</b>	<b>27.502,75 €</b>
<b>008 Sportförderung</b>						
<b>008 001 Sportförderung</b>						
008 001 001 Sportförderung	-230.703 €	-258.724,17 €	-28.021,17 €	-230.461 €	-257.342,94 €	-26.881,94 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-230.703 €</b>	<b>-258.724,17 €</b>	<b>-28.021,17 €</b>	<b>-230.461 €</b>	<b>-257.342,94 €</b>	<b>-26.881,94 €</b>
<b>Summe Produktbereich 008</b>	<b>-230.703 €</b>	<b>-258.724,17 €</b>	<b>-28.021,17 €</b>	<b>-230.461 €</b>	<b>-257.342,94 €</b>	<b>-26.881,94 €</b>
<b>009 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen</b>						
<b>009 001 Räumliche Planung und Entwicklung</b>						
009 001 001 Raum- und Bauleitplanung	-163.270 €	-168.354,35 €	-5.084,35 €	-165.877 €	-169.682,48 €	-3.805,48 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-163.270 €</b>	<b>-168.354,35 €</b>	<b>-5.084,35 €</b>	<b>-165.877 €</b>	<b>-169.682,48 €</b>	<b>-3.805,48 €</b>



Jahresabschluss zum 31.12.2006

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>009 002 Vermessung und Kataster, Wertermittlungen</b>						
009 002 001 Auftragsvermessungen	-240.420 €	-254.783,48 €	-14.363,48 €	-240.628 €	-336.879,65 €	-96.251,65 €
009 002 002 Übernahme von Vermessungen	-763.878 €	-753.186,60 €	10.691,40 €	-779.240 €	-792.422,02 €	-13.182,02 €
009 002 003 Topografie	-843.968 €	-813.300,64 €	30.667,36 €	-873.199 €	-846.549,07 €	26.649,93 €
009 002 004 Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	-221.900 €	-206.372,08 €	15.527,92 €	-194.115 €	-187.330,71 €	6.784,29 €
009 002 005 Erhalt und Erneuerung der Katastergrundlagen	-1.268.909 €	-1.208.800,06 €	60.108,94 €	-1.287.814 €	-1.259.025,87 €	28.788,13 €
009 002 006 Benutzung des Liegenschaftskatasters	-97.562 €	-116.293,95 €	-18.731,95 €	-421.399 €	-478.743,48 €	-57.344,48 €
009 002 007 Führung, Auswertung und Auskünfte aus der Kaufpreissammlung / Bodenrichtwerte und Marktanalysen	-286.199 €	-243.102,43 €	43.096,57 €	-288.706 €	-254.832,94 €	33.873,06 €
009 002 008 Wertgutachten, Wertauskünfte und Stellungnahmen	-26.367 €	6.997,51 €	33.364,51 €	-32.649 €	8.826,98 €	41.475,98 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-3.749.203 €</b>	<b>-3.588.841,73 €</b>	<b>160.361,27 €</b>	<b>-4.117.750 €</b>	<b>-4.146.956,76 €</b>	<b>-29.206,76 €</b>
<b>Summe Produktbereich 009</b>	<b>-3.912.473 €</b>	<b>-3.757.196,08 €</b>	<b>155.276,92 €</b>	<b>-4.283.627 €</b>	<b>-4.316.639,24 €</b>	<b>-33.012,24 €</b>
<b>010 Bauen und Wohnen</b>						
<b>010 001 Bauaufsichtliche Genehmigungsverfahren</b>						
010 001 001 Bauaufsichtliche Genehmigungsverfahren	-94.822 €	21.394,20 €	116.216,20 €	-89.733 €	-4.206,56 €	85.526,44 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-94.822 €</b>	<b>21.394,20 €</b>	<b>116.216,20 €</b>	<b>-89.733 €</b>	<b>-4.206,56 €</b>	<b>85.526,44 €</b>
<b>010 002 Andere bauaufsichtliche Verfahren</b>						
010 002 001 Andere bauaufsichtliche Verfahren	-19.676 €	-65.937,34 €	-46.261,34 €	-20.063 €	-19.752,85 €	310,15 €
010 002 002 Ordnungsbehördliche Maßnahmen	-80.068 €	-116.223,19 €	-36.155,19 €	-77.341 €	-121.105,74 €	-43.764,74 €
010 002 003 Obere Bauaufsicht / Obere Denkmalbehörde	-76.398 €	-73.185,13 €	3.212,87 €	-72.125 €	-74.742,99 €	-2.617,99 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-176.142 €</b>	<b>-255.345,66 €</b>	<b>-79.203,66 €</b>	<b>-169.529 €</b>	<b>-215.601,58 €</b>	<b>-46.072,58 €</b>
<b>010 003 Mittelbewilligung und Wohnungswirtschaft</b>						
010 003 001 Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen	-156.453 €	-67.036,85 €	89.416,15 €	-149.930 €	-72.769,18 €	77.160,82 €
010 003 002 Überwachung / Sicherung von Sozialwohnungen	-86.826 €	-61.131,39 €	25.694,61 €	-82.475 €	-63.791,84 €	18.683,16 €
010 003 003 Abbau Fehlsubventionierung	-67.812 €	-71.276,87 €	-3.464,87 €	-67.857 €	-72.369,52 €	-4.512,52 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-311.091 €</b>	<b>-199.445,11 €</b>	<b>111.645,89 €</b>	<b>-300.262 €</b>	<b>-208.930,54 €</b>	<b>91.331,46 €</b>
<b>Summe Produktbereich 010</b>	<b>-582.055 €</b>	<b>-433.396,57 €</b>	<b>148.658,43 €</b>	<b>-559.524 €</b>	<b>-428.738,68 €</b>	<b>130.785,32 €</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>011 Ver- und Entsorgung</b>						
<b>011 001 Abfallentsorgung und Abfallwirtschaft</b>						
011 001 001 Sicherstellung der Abfallentsorgung	-603 €	72.495,67 €	73.098,67 €	2.079 €	55.065,87 €	52.986,87 €
011 001 002 Sicherstellung der Abfallwirtschaft	-95.615 €	-3.481,53 €	92.133,47 €	-89.692 €	56.696,70 €	146.388,70 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-96.218 €</b>	<b>69.014,14 €</b>	<b>165.232,14 €</b>	<b>-87.613 €</b>	<b>111.762,57 €</b>	<b>199.375,57 €</b>
<b>Summe Produktbereich 011</b>	<b>-96.218 €</b>	<b>69.014,14 €</b>	<b>165.232,14 €</b>	<b>-87.613 €</b>	<b>111.762,57 €</b>	<b>199.375,57 €</b>
<b>012 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV</b>						
nicht belegt						
<b>013 Natur- und Landschaftspflege</b>						
<b>013 001 Natur und Landschaft</b>						
013 001 001 Freiraumschutz und -entwicklung	-708.962 €	-719.661,58 €	-10.699,58 €	-716.030 €	-733.382,37 €	-17.352,37 €
013 001 002 Landschaftspflege	-951.308 €	-760.949,72 €	190.358,28 €	-1.829.266 €	-1.170.827,96 €	658.438,04 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-1.660.270 €</b>	<b>-1.480.611,30 €</b>	<b>179.658,70 €</b>	<b>-2.545.296 €</b>	<b>-1.904.210,33 €</b>	<b>641.085,67 €</b>
<b>013 002 Wasserwirtschaft</b>						
013 002 001 Oberflächengewässer	-941.571 €	-815.987,19 €	125.583,81 €	-938.879 €	-832.523,79 €	106.355,21 €
013 002 002 Grundwasser	-281.478 €	-244.981,02 €	36.496,98 €	-275.243 €	-252.388,72 €	22.854,28 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-1.223.049 €</b>	<b>-1.060.968,21 €</b>	<b>162.080,79 €</b>	<b>-1.214.122 €</b>	<b>-1.084.912,51 €</b>	<b>129.209,49 €</b>
<b>Summe Produktbereich 013</b>	<b>-2.883.319 €</b>	<b>-2.541.579,51 €</b>	<b>341.739,49 €</b>	<b>-3.759.418 €</b>	<b>-2.989.122,84 €</b>	<b>770.295,16 €</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>014 Umweltschutz</b>						
<b>014 001 Klima und Boden</b>						
014 001 001 Allgemeiner Klimaschutz; Agenda 21	-73.564 €	-55.948,87 €	17.615,13 €	-70.377 €	-57.967,40 €	12.409,60 €
014 001 002 Schutz des Bodens	-101.653 €	-111.367,75 €	-9.714,75 €	-88.442 €	-132.245,89 €	-43.803,89 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-175.217 €</b>	<b>-167.316,62 €</b>	<b>7.900,38 €</b>	<b>-158.819 €</b>	<b>-190.213,29 €</b>	<b>-31.394,29 €</b>
<b>Summe Produktbereich 014</b>	<b>-175.217 €</b>	<b>-167.316,62 €</b>	<b>7.900,38 €</b>	<b>-158.819 €</b>	<b>-190.213,29 €</b>	<b>-31.394,29 €</b>
<b>015 Wirtschaft und Tourismus</b>						
<b>015 001 Wirtschaftsförderung und Beteiligungen</b>						
015 001 001 Wirtschafts- und Strukturförderung	-863.354 €	-888.383,29 €	-25.029,29 €	-863.268 €	-901.863,03 €	-38.595,03 €
015 001 002 Beteiligungen	-1.397.906 €	-1.308.397,71 €	89.508,29 €	-7.414.328 €	-6.760.615,87 €	653.712,13 €
015 001 003 Zuführungen an die EB	-16.896.943 €	-23.719.402,72 €	-6.822.459,72 €	-19.539.944 €	-19.091.753,32 €	448.190,68 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>-19.158.203 €</b>	<b>-25.916.183,72 €</b>	<b>-6.757.980,72 €</b>	<b>-27.817.540 €</b>	<b>-26.754.232,22 €</b>	<b>1.063.307,78 €</b>
<b>Summe Produktbereich 015</b>	<b>-19.158.203 €</b>	<b>-25.916.183,72 €</b>	<b>-6.757.980,72 €</b>	<b>-27.817.540 €</b>	<b>-26.754.232,22 €</b>	<b>1.063.307,78 €</b>
<b>016 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>						
<b>016 001 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>						
016 001 001 Steuern, allg. Zuweisungen und allg. Umlagen	115.089.861 €	116.121.048,67 €	1.031.187,67 €	115.678.581 €	115.956.836,76 €	278.255,76 €
016 001 002 Sonstige allg. Finanzwirtschaft	-2.560.000 €	-2.325.103,93 €	234.896,07 €	7.477.416 €	3.634.434,47 €	-3.842.981,53 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>112.529.861 €</b>	<b>113.795.944,74 €</b>	<b>1.266.083,74 €</b>	<b>123.155.997 €</b>	<b>119.591.271,23 €</b>	<b>-3.564.725,77 €</b>
<b>Summe Produktbereich 016</b>	<b>112.529.861 €</b>	<b>113.795.944,74 €</b>	<b>1.266.083,74 €</b>	<b>123.155.997 €</b>	<b>119.591.271,23 €</b>	<b>-3.564.725,77 €</b>
<b>017 Stiftungen</b>						
nicht belegt						
<b>099 Durchlaufende Gelder</b>				<b>0 €</b>	<b>-253.214,44 €</b>	<b>-253.214,44 €</b>
<b>Gesamthaushalt</b>	<b>-18.115.777 €</b>	<b>-19.321.980,71 €</b>	<b>-1.206.203,71 €</b>	<b>-21.140.896 €</b>	<b>-18.958.608,79 €</b>	<b>2.182.287,21 €</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

## Produktübersicht nach Fachbereichen

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>FB 1 - Service</b>						
001 002 001 Gleichstellung	-157.067 €	-167.197,34	-10.130,34 €	-159.242 €	-168.996,83 €	-9.754,83 €
001 002 002 Personalrat	-138.660 €	-154.493,66	-15.833,66 €	-133.212 €	-162.571,06 €	-29.359,06 €
001 002 003 Schwerbeh. Vertretung	-14.592 €	-4.606,84	9.985,16 €	-14.310 €	-5.220,21 €	9.089,79 €
001 003 003 Recht	-372.040 €	-351.017,52	21.022,48 €	-347.889 €	-350.830,70 €	-2.941,70 €
001 004 001 Personalbetreuung	-1.408.789 €	-1.490.697,14	-81.908,14 €	-1.257.081 €	-1.033.252,37 €	223.828,63 €
001 004 002 Beihilfe	-140.864 €	-132.789,52	8.074,48 €	-138.153 €	-136.403,17 €	1.749,83 €
001 004 003 Personalentwicklung	-407.719 €	-346.127,72	61.591,28 €	-392.405 €	-353.196,27 €	39.208,73 €
001 004 004 Ausbildung	-1.067.359 €	-861.301,68	206.057,32 €	-1.040.257 €	-888.264,52 €	151.992,48 €
001 004 005 Finanzmanagement	-2.456.632 €	-2.218.315,88	238.316,12 €	-2.552.599 €	-2.175.827,09 €	376.771,91 €
001 004 006 Kasse (Zahlungsabwicklung)	-737.022 €	-702.301,32	34.720,68 €	-731.095 €	1.480.158,55 €	2.211.253,55 €
001 004 007 Organisationsangelegenheiten	-430.305 €	-367.458,29	62.846,71 €	-405.442 €	-369.951,32 €	35.490,68 €
015 001 002 Beteiligungen	-1.397.906 €	-1.308.397,71	89.508,29 €	-7.414.328 €	-6.760.615,87 €	653.712,13 €
015 001 003 Zuführungen an die EB	-16.896.943 €	-23.719.402,72	-6.822.459,72 €	-19.539.944 €	-19.091.753,32 €	448.190,68 €
	<b>-25.625.898 €</b>	<b>-31.824.107,34</b>	<b>-6.198.209,34 €</b>	<b>-34.125.957 €</b>	<b>-30.016.724,18 €</b>	<b>4.109.232,82 €</b>
<b>Bürger- und Unternehmensservice - BUS</b>						
001 003 001 Bürgerservice	-250.622 €	-248.660,32	1.961,68 €	-247.998 €	-253.283,07 €	-5.285,07 €
001 003 002 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-175.775 €	-190.614,21	-14.839,21 €	-178.343 €	-205.003,96 €	-26.660,96 €
002 009 003 Vorbeugender Brandschutz	-141.144 €	-151.077,37	-9.933,37 €	-144.050 €	-154.017,62 €	-9.967,62 €
009 001 001 Raum- und Bauleitplanung	-163.270 €	-168.354,35	-5.084,35 €	-165.877 €	-169.682,48 €	-3.805,48 €
010 001 001 Bauaufsichtliche Genehmigungsverfahren	-94.822 €	21.394,20	116.216,20 €	-89.733 €	-4.206,56 €	85.526,44 €
010 002 001 Andere bauaufsichtliche Verfahren	-19.676 €	-65.937,34	-46.261,34 €	-20.063 €	-19.752,85 €	310,15 €
010 002 002 Ordnungsbehördliche Maßnahmen	-80.068 €	-116.223,19	-36.155,19 €	-77.341 €	-121.105,74 €	-43.764,74 €
010 002 003 Obere Bauaufsicht / Obere Denkmalbehörde	-76.398 €	-73.185,13	3.212,87 €	-72.125 €	-74.742,99 €	-2.617,99 €
015 001 001 Wirtschafts- und Strukturförderung	-863.354 €	-888.383,29	-25.029,29 €	-863.268 €	-901.863,03 €	-38.595,03 €
	<b>-1.865.129 €</b>	<b>-1.881.041,00</b>	<b>-15.912,00 €</b>	<b>-1.858.798 €</b>	<b>-1.903.658,30 €</b>	<b>-44.860,30 €</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Produkt	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>FB 2 - Ordnung</b>						
002 001 001 Allg. Gefahrenabwehr	-97.443 €	-87.745,35	9.697,65 €	-91.510 €	-91.378,75 €	131,25 €
002 001 002 Gewerbeangelegenheiten	-86.613 €	-80.653,51	5.959,49 €	-77.404 €	-57.422,84 €	19.981,16 €
002 001 003 Jagd- und Fischereianglegenheiten	-92.433 €	-60.670,80	31.762,20 €	-81.199 €	-65.693,43 €	15.505,57 €
002 002 001 Tierseuchenbekämpfung	-638.259 €	-562.821,18	75.437,82 €	-616.751 €	-575.439,78 €	41.311,22 €
002 002 002 Überwachung von Tierarznei- und Futtermitteln	-96.269 €	-86.046,98	10.222,02 €	-93.541 €	-88.473,06 €	5.067,94 €
002 002 003 Tier- und Artenschutz	-217.560 €	-188.094,24	29.465,76 €	-202.815 €	-196.319,19 €	6.495,81 €
002 003 001 Überwachung von Betrieben	-168.589 €	-168.600,47	-11,47 €	-155.442 €	-170.026,98 €	-14.584,98 €
002 003 002 Schlachtier- und Fleischbeschau	-73.547 €	-71.298,19	2.248,81 €	-75.061 €	-102.491,14 €	-27.430,14 €
002 003 003 Lebensmittelüberwachung	-1.059.379 €	-970.165,58	89.213,42 €	-1.049.452 €	-985.868,02 €	63.583,98 €
002 004 001 Aufenthaltsregelung von Ausländern außer Asylbewerbern	-353.909 €	-314.170,63	39.738,37 €	-336.740 €	-329.545,29 €	7.194,71 €
002 004 002 Aufenthaltsregelung von Asylbewerbern	-285.377 €	-292.569,27	-7.192,27 €	-273.115 €	-294.427,11 €	-21.312,11 €
002 005 001 Regelung der deutschen Staatsangehörigkeit	-110.099 €	-80.146,76	29.952,24 €	-103.508 €	-86.801,47 €	16.706,53 €
002 005 002 Einwohner, Personenstand, Namensänderung	-74.917 €	-70.718,82	4.198,18 €	-74.009 €	-72.646,94 €	1.362,06 €
002 006 001 Verkehrsüberwachung	180.214 €	465.254,60	285.040,60 €	121.207 €	242.153,30 €	120.946,30 €
002 006 002 Polizeiliche Ordnungswidrigkeiten	476.879 €	433.157,63	-43.721,37 €	478.448 €	575.703,69 €	97.255,69 €
002 006 003 Verkehrslenkung, -regelung und -erziehung	-203.113 €	-171.918,53	31.194,47 €	-182.973 €	-178.080,58 €	4.892,42 €
002 006 004 Genehmigungspflichtige Straßenbenutzung	-84.808 €	-68.014,48	16.793,52 €	-80.166 €	-69.339,69 €	10.826,31 €
002 007 001 Fahrerlaubnisse	-158.622 €	-122.333,47	36.288,53 €	-140.585 €	-183.569,17 €	-42.984,17 €
002 007 002 Straßenverkehrsrechtliche Erlaubnisse	-99.983 €	-90.855,77	9.127,23 €	-93.060 €	-99.103,57 €	-6.043,57 €
002 008 001 Zulassungen	1.021.708 €	1.733.769,75	712.061,75 €	1.066.138 €	1.429.185,84 €	363.047,84 €
002 008 002 Überwachung der Halterpflichten	-179.103 €	-382.009,60	-202.906,60 €	-174.390 €	-405.720,17 €	-231.330,17 €
	<b>-2.401.222 €</b>	<b>-1.236.651,65</b>	<b>1.164.570,35 €</b>	<b>-2.235.928 €</b>	<b>-1.805.304,35 €</b>	<b>430.623,65 €</b>
<b>Regiebetrieb Bevölkerungsschutz</b>						
002 009 001 Serviceleistungen des Feuerwehrausbildungszentrums	-1.007.419 €	-1.056.384,54	-48.965,54 €	-1.493.121 €	-481.742,55 €	1.011.677,85 €
002 009 002 Katastrophenschutz	-162.279 €	-186.107,05	-23.828,05 €	-223.351 €	-194.013,01 €	29.337,99 €
002 010 001 Leitstelle	24.218 €	0,00	-24.218,00 €	-859.219 €	-814.343,94 €	44.875,06 €
002 010 002 Rettungsdienst	609.554 €	267.901,54	-341.652,46 €	1.247.133 €	777.600,33 €	-469.532,67 €
	<b>-535.926 €</b>	<b>-974.590,05</b>	<b>-438.664,05 €</b>	<b>-1.328.558 €</b>	<b>-712.499,17 €</b>	<b>616.358,23 €</b>



Jahresabschluss zum 31.12.2006

Produkt	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>FB 3 - Jugend, Soziales und Gesundheit</b>						
003 001 001 Medienzentrum	-265.257 €	-314.202,06	-48.945,06 €	-305.532 €	-288.721,66 €	16.810,34 €
003 001 002 Schulamtsverwaltung	-388.683 €	-362.498,22	26.184,78 €	-376.990 €	-378.741,15 €	-1.751,15 €
003 001 003 RegioNet/Schulprojekte und Bildungsförderung	-569.007 €	-370.179,88	198.827,12 €	-713.235 €	-515.848,74 €	197.386,26 €
004 001 001 Kulturförderung	-2.822.128 €	-2.850.380,02	-28.252,02 €	-2.843.394 €	-2.910.913,95 €	-67.519,95 €
005 001 001 Heim- und Versicherungsaufsicht	-209.751 €	-209.956,71	-205,71 €	-203.681 €	-222.127,22 €	-18.446,22 €
005 002 001 Ambulante pflegerische Versorgung	-2.292.142 €	-2.324.251,69	-32.109,69 €	-2.285.204 €	-2.275.812,84 €	9.391,16 €
005 002 002 Teil- und vollstationäre pflegerische Versorgung	-13.027.691 €	-12.966.179,33	61.511,67 €	-12.978.251 €	-13.097.359,03 €	-119.108,03 €
005 002 003 Hilfen bei Krankheit und Alter	-1.984.439 €	-2.388.412,64	-403.973,64 €	-2.392.590 €	-2.402.330,75 €	-9.740,75 €
005 002 004 Hilfen bei Behinderung	-1.890.321 €	-2.190.694,08	-300.373,08 €	-1.904.802 €	-2.027.395,60 €	-122.593,60 €
005 002 005 Betreuungsstelle	-310.593 €	-292.022,67	18.570,33 €	-300.342 €	-307.478,92 €	-7.136,92 €
005 003 001 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	-27.511.211 €	-26.617.085,33	894.125,67 €	-27.477.749 €	-27.183.259,53 €	294.489,47 €
005 003 002 Hilfen zur Sicherung des Lebensunterhaltes	-1.340.065 €	-1.305.121,69	34.943,31 €	-1.333.479 €	-1.289.187,04 €	44.291,96 €
005 003 003 Grundsicherung	-8.059.711 €	-8.082.414,87	-22.703,87 €	-8.940.449 €	-9.334.088,96 €	-393.639,96 €
005 003 004 Kriegsofopferfürsorge, Entschädigungsleistungen	-81.934 €	-60.281,63	21.652,37 €	-79.647 €	-47.779,54 €	31.867,46 €
005 003 005 Ausbildungsförderung / Unterhaltssicherung	-285.195 €	-287.638,70	-2.443,70 €	-280.089 €	-295.653,88 €	-15.564,88 €
005 003 006 Förderung von sozialen Einrichtungen und Diensten	-1.060.209 €	-986.695,39	73.513,61 €	-1.058.979 €	-998.857,25 €	60.121,75 €
006 001 001 Tageseinrichtungen	-10.441.786 €	-10.540.675,86	-98.889,86 €	-10.986.237 €	-11.201.995,28 €	-215.758,28 €
006 001 002 Tagespflege	-177.484 €	-177.111,38	372,62 €	-176.944 €	-164.412,48 €	12.531,52 €
006 002 001 Jugendarbeit	-1.213.979 €	-1.127.236,80	86.742,20 €	-1.260.522 €	-1.130.700,00 €	129.822,00 €
006 002 002 Jugendschutz	-146.580 €	-144.665,05	1.914,95 €	-148.153 €	-147.825,23 €	327,77 €
006 003 001 Ambulante Hilfen	-3.149.907 €	-3.078.191,22	71.715,78 €	-3.420.019 €	-3.322.579,99 €	97.439,01 €
006 003 002 Betreutes Wohnen	-550.100 €	-364.715,80	185.384,20 €	-545.209 €	-450.639,64 €	94.569,36 €
006 003 003 Heimerziehung	-5.500.678 €	-5.557.493,26	-56.815,26 €	-5.836.110 €	-5.917.501,91 €	-81.391,91 €
006 003 004 Pflegefamilien und Adoptionen	-1.066.590 €	-1.150.619,97	-84.029,97 €	-1.057.540 €	-1.202.676,34 €	-145.136,34 €
006 003 005 Erziehungs- und Familienberatung	-627.442 €	-623.361,35	4.080,65 €	-633.124 €	-638.333,73 €	-5.209,73 €
006 003 006 Beratungen durch den allgemeinen Sozialdienst	-736.190 €	-674.630,59	61.559,41 €	-730.021 €	-687.503,11 €	42.517,39 €
006 003 007 Unterhaltsvorschuss	-968.739 €	114.375,31	1.083.114,31 €	-962.637 €	-1.034.142,41 €	-71.505,41 €
006 003 008 Beratungen / Beurkundungen, Beistandschaften, Amtsvormundschaften	-223.234 €	-202.054,99	21.179,01 €	-212.188 €	-210.177,13 €	2.010,87 €
007 001 001 Kinder- und Jugendgesundheit	-873.528 €	-891.055,20	-17.527,20 €	-871.134 €	-894.411,07 €	-23.277,07 €
007 001 002 Gesundheitsschutz und Umweltmedizin	-602.254 €	-553.688,92	48.565,08 €	-579.848 €	-560.338,29 €	19.509,71 €
007 001 003 Gutachten	-413.656 €	-358.302,69	55.353,31 €	-421.363 €	-386.853,96 €	34.509,04 €
007 001 004 Medizinalaufsicht	-201.509 €	-172.333,83	29.175,17 €	-192.457 €	-181.495,50 €	10.961,50 €
007 001 005 Sozialpsychiatrische Versorgung	-530.278 €	-529.398,05	879,95 €	-528.549 €	-542.749,43 €	-14.200,43 €
008 001 001 Sportförderung	-230.703 €	-258.724,17	-28.021,17 €	-230.461 €	-257.342,94 €	-26.881,94 €
	<b>-89.752.974 €</b>	<b>-87.897.898,73</b>	<b>1.855.075,27 €</b>	<b>-92.266.929 €</b>	<b>-92.507.234,50 €</b>	<b>-240.306,00 €</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Produkt	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>FB 4 - Umwelt</b>						
010 003 001 Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen	-156.453 €	-67.036,85	89.416,15 €	-149.930 €	-72.769,18 €	77.160,82 €
010 003 002 Überwachung / Sicherung von Sozialwohnungen	-86.826 €	-61.131,39	25.694,61 €	-82.475 €	-63.791,84 €	18.683,16 €
010 003 003 Abbau Fehlsubventionierung	-67.812 €	-71.276,87	-3.464,87 €	-67.857 €	-72.369,52 €	-4.512,52 €
011 001 001 Sicherstellung der Abfallentsorgung	-603 €	72.495,67	73.098,67 €	2.079 €	55.065,87 €	52.986,87 €
011 001 002 Sicherstellung der Abfallwirtschaft	-95.615 €	-3.481,53	92.133,47 €	-89.692 €	56.696,70 €	146.388,70 €
013 001 001 Freiraumschutz und -entwicklung	-708.962 €	-719.661,58	-10.699,58 €	-716.030 €	-733.382,37 €	-17.352,37 €
013 001 002 Landschaftspflege	-951.308 €	-760.949,72	190.358,28 €	-1.829.266 €	-1.170.827,96 €	658.438,04 €
013 002 001 Oberflächengewässer	-941.571 €	-815.987,19	125.583,81 €	-938.879 €	-832.523,79 €	106.355,21 €
013 002 002 Grundwasser	-281.478 €	-244.981,02	36.496,98 €	-275.243 €	-252.388,72 €	22.854,28 €
014 001 001 Allgemeiner Klimaschutz; Agenda 21	-73.564 €	-55.948,87	17.615,13 €	-70.377 €	-57.967,40 €	12.409,60 €
014 001 002 Schutz des Bodens	-101.653 €	-111.367,75	-9.714,75 €	-88.442 €	-132.245,89 €	-43.803,89 €
	<b>-3.465.845 €</b>	<b>-2.839.327,10</b>	<b>626.517,90 €</b>	<b>-4.306.112 €</b>	<b>-3.276.504,10 €</b>	<b>1.029.607,90 €</b>
<b>FB 5 - Vermessung und Kataster</b>						
009 002 001 Auftragsvermessungen	-240.420 €	-254.783,48	-14.363,48 €	-240.628 €	-336.879,65 €	-96.251,65 €
009 002 002 Übernahme von Vermessungen	-763.878 €	-753.186,60	10.691,40 €	-779.240 €	-792.422,02 €	-13.182,02 €
009 002 003 Topografie	-843.968 €	-813.300,64	30.667,36 €	-873.199 €	-846.549,07 €	26.649,93 €
009 002 004 Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	-221.900 €	-206.372,08	15.527,92 €	-194.115 €	-187.330,71 €	6.784,29 €
009 002 005 Erhalt und Erneuerung der Katastergrundlagen	-1.268.909 €	-1.208.800,06	60.108,94 €	-1.287.814 €	-1.259.025,87 €	28.788,13 €
009 002 006 Benutzung des Liegenschaftskatasters	-97.562 €	-116.293,95	-18.731,95 €	-421.399 €	-478.743,48 €	-57.344,48 €
009 002 007 Führung, Auswertung und Auskünfte aus der Kaufpreissammlung / Bodenrichtwerte und Marktanalysen	-286.199 €	-243.102,43	43.096,57 €	-288.706 €	-217.992,71 €	33.873,06 €
009 002 008 Wertgutachten, Wertauskünfte und Stellungnahmen	-26.367 €	6.997,51	33.364,51 €	-32.649 €	8.826,98 €	41.475,98 €
	<b>-3.749.203 €</b>	<b>-3.588.841,73</b>	<b>160.361,27 €</b>	<b>-4.117.750 €</b>	<b>-4.110.116,53 €</b>	<b>-29.206,76 €</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Produkt	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
<b>Referat</b>						
001 001 001 Leitung der Verwaltung, Beratung/Projekte	-622.044 €	-589.244,30	32.799,70 €	-1.547.838 €	-1.556.402,43 €	-8.564,43 €
001 001 002 Unterstützung der Politik, Sitzungsdienst	-1.021.898 €	-841.776,16	180.121,84 €	-1.002.123 €	-848.642,44 €	153.480,56 €
	<b>-1.643.942 €</b>	<b>-1.431.020,46</b>	<b>212.921,54 €</b>	<b>-2.549.961 €</b>	<b>-2.405.044,87 €</b>	<b>144.916,13 €</b>
<b>Revision</b>						
001 003 004 Submissionsstelle	-108.237 €	-100.737,22	7.499,78 €	-102.598 €	-103.867,24 €	-1.269,24 €
001 003 005 Datenschutz	-74.471 €	-67.393,34	7.077,66 €	-73.694 €	-67.769,80 €	5.924,20 €
001 005 001 Kommunalaufsicht	-185.187 €	-165.505,72	19.681,28 €	-173.079 €	-172.204,63 €	874,37 €
001 006 001 Prüfungen	-589.906 €	-552.506,47	37.399,53 €	-552.801 €	-586.941,71 €	-34.140,71 €
002 005 003 Wahlen	-90.236 €	-49.355,19	40.880,81 €	-87.553 €	-48.803,41 €	38.749,59 €
	<b>-1.048.037 €</b>	<b>-935.497,94</b>	<b>112.539,06 €</b>	<b>-989.725 €</b>	<b>-979.586,79 €</b>	<b>10.138,21 €</b>
<b>Kreispolizeibehörde</b>						
001 007 001 Polizeiverwaltung	-415.569 €	-381.634,51	33.934,49 €	-384.657 €	-403.392,65 €	-18.735,65 €
001 007 002 Ordnungsbehördliche Aufgaben	-141.893 €	-127.314,94	14.578,06 €	-132.518 €	-140.058,81 €	-7.540,81 €
	<b>-557.462 €</b>	<b>-508.949,45</b>	<b>48.512,55 €</b>	<b>-517.175 €</b>	<b>-543.451,46 €</b>	<b>-26.276,46 €</b>
<b>Allgemeine Finanzierung</b>						
016 001 001 Steuern, allg. Zuweisungen und allg. Umlagen	115.089.861 €	116.121.048,67	1.031.187,67 €	115.678.581 €	115.956.836,76 €	278.255,76 €
016 001 002 Sonstige allg. Finanzwirtschaft	-2.560.000 €	-2.325.103,93	234.896,07 €	7.477.416 €	5.481.719,55 €	-3.842.981,53 €
	<b>112.529.861 €</b>	<b>113.795.944,74</b>	<b>1.266.083,74 €</b>	<b>123.155.997 €</b>	<b>121.438.556,31 €</b>	<b>-3.564.725,77 €</b>
<b>Durchlaufende Gelder</b>						
	<b>0 €</b>		<b>0,00 €</b>	<b>0 €</b>	<b>-253.214,44 €</b>	<b>-253.214,44 €</b>
<b>Gesamthaushalt</b>	<b>-18.115.777 €</b>	<b>-19.321.980,71 €</b>	<b>-1.206.203,71 €</b>	<b>-21.140.896 €</b>	<b>-17.074.782 €</b>	<b>2.182.287,21 €</b>

## **2. Anhang zum Jahresabschluss**

Dem Jahresabschluss, bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Bilanz ist ein Anhang beizufügen. Der nähere Inhalt ist in § 44 GemHVO geregelt.

Dem Anhang beizufügen sind ein Anlagenspiegel, ein Forderungs- und ein Verbindlichkeitspiegel (§ 44 Abs. 3 GemHVO), hierzu sind amtliche Muster zur Gemeindeordnung und GemHVO veröffentlicht.

Die entsprechenden Nachweisspiegel sind nachstehend abgedruckt, die wesentlichen Veränderungen gegenüber der Eröffnungsbilanz sind anschließend kurz erläutert.





## Jahresabschluss zum 31.12.2006

**2.1 Anlagenspiegel 2006**

Postenbezeichnung	AHK Stand am 31.12 des Vorjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr (+)	Umbuchungen im Haushaltsjahr (-)
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6
0.1 Centabsplittung Anbu EÜ					
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	629.974,00	192.533,00	16.779,00	0,00	0,00
1.2 Sachanlagen					
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte					
1.2.1.1 Grünflächen	2.678.280,00	225.303,00	0,00	0,00	0,00
1.2.1.2 Ackerland	22.333,00	1.256,00	0,00	0,00	0,00
1.2.1.3 Wald, Forsten					
1.2.1.4 Sonst. unbebaute Grundstücke					
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte					
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinricht.					
1.2.2.2 Schulen					
1.2.2.3 Wohnbauten					
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	2.703.615,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.3 Infrastrukturvermögen					
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens					
1.2.3.2 Brücken und Tunnel					
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen					
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen					
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungs-					
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens					
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	629.500,00	0,00	0,00	9.460,09	0,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler					
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3.585.076,00	430.775,00	29.180,00	70.718,00	0,00
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	710.073,00	146.042,00	10.975,00	0,00	0,00
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	90.691,00	88.606,00	19.229,91	0,00	80.178,09
1.3 Finanzanlagen					
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	67.277.713,00	4.600.000,00	0,00	5.500.000,00	5.500.000,00
1.3.2 Beteiligungen	6.389.340,00	739.500,00	0,00	3.651,00	3.651,00
1.3.3 Sondervermögen	141.414.758,94	1.182.940,00	0,00	1.133.360,83	0,00
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	66.015.086,89	0,00	0,00	89.239,23	89.239,23
1.3.5 Ausleihungen					
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	12.858.707,21	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.5.2 an Beteiligungen	198.529,19	0,00	85.933,33	0,00	0,00
1.3.5.3 an Sondervermögen	30.329.125,69	0,00	1.908.798,00	16.800,00	1.150.160,83
1.3.5.3 Sonstige Ausleihungen	1.111.445,66	0,00	45.313,14	0,00	0,00
<b>SUMME GESAMT:</b>	<b>336.644.248,58</b>	<b>7.606.955,00</b>	<b>2.116.208,38</b>	<b>6.823.229,15</b>	<b>6.823.229,15</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

## ANLAGENSPIEGEL 2006

Postenbezeichnung	Abschreibung Anfangsbestand <b>Spalte 7</b>	Abschreibungen im Haushalts- jahr <b>Spalte 8</b>	Zuschreibungen im Haushalts- jahr <b>Spalte 9</b>	Abgänge auf Abschreibungen im HHJ <b>Spalte 10</b>	Kum. AfA (auch aus Vor- jahren) <b>Spalte 11</b>
0.1 Centabsplittung Anbu EÜ					
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	142.980,00	0,00	3.949,00-	139.031,00
1.2 Sachanlagen					
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte					
1.2.1.1 Grünflächen					
1.2.1.2 Ackerland					
1.2.1.3 Wald, Forsten					
1.2.1.4 Sonst. unbebaute Grundstücke					
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte					
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinricht.					
1.2.2.2 Schulen					
1.2.2.3 Wohnbauten					
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	61.056,00	61.056,00	0,00	0,00	122.112,00
1.2.3 Infrastrukturvermögen					
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens					
1.2.3.2 Brücken und Tunnel					
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen					
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen					
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungs-					
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens					
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	11.776,00	11.910,00	0,00	0,00	23.686,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler					
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	0,00	551.834,00	0,00	8.679,00-	543.155,00
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	180.121,00	0,00	5.179,00-	174.942,00
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau					
1.3 Finanzanlagen					
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen					
1.3.2 Beteiligungen					
1.3.3 Sondervermögen					
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens					
1.3.5 Ausleihungen					
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen					
1.3.5.2 an Beteiligungen					
1.3.5.3 an Sondervermögen					
1.3.5.3 Sonstige Ausleihungen					
<b>SUMME GESAMT:</b>	<b>72.832,00</b>	<b>947.901,00</b>	<b>0,00</b>	<b>17.807,00-</b>	<b>1.002.926,00</b>



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

## ANLAGENSPIEGEL 2006

Postenbezeichnung	Buchwert am 31.12 d. Haus- haltsjahres <b>Spalte 12</b>	Buchwert am 31.12 des Vorjahres <b>Spalte 13</b>	SoPo Erhalten am 31.12. des Vorjahres	SoPo Zugänge Haushaltsjahr	SoPo Abgänge Haushaltsjahr
0.1 Centabsplittung Anbu EÜ					
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	666.697,00	629.974,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Sachanlagen					
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte					
1.2.1.1 Grünflächen	2.903.583,00	2.678.280,00	0,00	0,00	0,00
1.2.1.2 Ackerland	23.589,00	22.333,00	0,00	0,00	0,00
1.2.1.3 Wald, Forsten					
1.2.1.4 Sonst. unbebaute Grundstücke					
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte					
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinricht.					
1.2.2.2 Schulen					
1.2.2.3 Wohnbauten					
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	2.581.503,00	2.642.559,00	0,00	0,00	0,00
1.2.3 Infrastrukturvermögen					
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens					
1.2.3.2 Brücken und Tunnel					
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen					
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen					
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungs-					
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens					
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	615.274,09	617.724,00	0,00	0,00	0,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler					
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3.514.234,00	3.585.076,00	0,00	0,00	0,00
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	670.198,00	710.073,00	0,00	0,00	0,00
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	79.889,00	90.691,00	0,00	0,00	0,00
1.3 Finanzanlagen					
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	71.877.713,00	67.277.713,00	0,00	0,00	0,00
1.3.2 Beteiligungen	7.128.840,00	6.389.340,00	0,00	0,00	0,00
1.3.3 Sondervermögen	143.731.059,77	141.414.758,94	0,00	0,00	0,00
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	66.015.086,89	66.015.086,89	0,00	0,00	0,00
1.3.5 Ausleihungen					
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	12.858.707,21	12.858.707,21	0,00	0,00	0,00
1.3.5.2 an Beteiligungen	112.595,86	198.529,19	0,00	0,00	0,00
1.3.5.3 an Sondervermögen	27.286.966,86	30.329.125,69	0,00	0,00	0,00
1.3.5.3 Sonstige Ausleihungen	1.066.132,52	1.111.445,66	0,00	0,00	0,00
<b>SUMME GESAMT:</b>	<b>341.132.069,20</b>	<b>336.571.416,58</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

**Jahresabschluss zum 31.12.2006****Sonderposten****ANLAGENSPIEGEL 2006**

Postenbezeichnung	Buchwert am 31.12 d. Haus- haltsjahres	Buchwert am 31.12 des Vorjahres	SoPo Erhalten am 31.12. des Vorjahres	SoPo Zugänge Haushaltsjahr	SoPo Abgänge Haushaltsjahr
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6
2.1 für Zuwendungen	0,00	0,00	4.386.662,00	800.759,00	0,00
2.4 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00	707.345,00	176.203,00	0,00
<b>SUMME GESAMT:</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>5.094.007,00</b>	<b>976.962,00</b>	<b>0,00</b>

**Sonderposten****ANLAGENSPIEGEL 2006**

Postenbezeichnung	SoPo Umbuch.+ Haushaltsjahr	SoPo Umbuch.- Haushaltsjahr	SoPo Erträge Auflösung Anfangsbestand	SoPo Erträge Auflösung im Haushaltsjahr	SoPo Erträge Abgang Aufl.im Haushaltsjahr
	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12
2.1 für Zuwendungen	0,00	0,00	9.389,00	688.172,00	0,00
<b>SUMME GESAMT:</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>9.389,00</b>	<b>688.172,00</b>	<b>0,00</b>

**Sonderposten****ANLAGENSPIEGEL 2006**

Postenbezeichnung	kum.SoPo Ertr. (auch aus Vor- jahren)	SoPo Buchwert 31.12.d. Haus- haltsjahres	SoPo Buchwert 31.12. des Vorjahres
	Spalte 13	Spalte 14	Spalte 15
2.1 für Zuwendungen	697.561,00	4.489.860,00	4.377.273,00
2.4 Sonstige Sonderposten	0,00	883.548,00	707.345,00
<b>SUMME GESAMT:</b>	<b>697.561,00</b>	<b>5.373.408,00</b>	<b>5.084.618,00</b>

## 2.1.1 Erläuterungen zum Anlagenspiegel

### **Teil 1 – Aktiva (Anlagevermögen)**

Der Anlagenspiegel stellt die Entwicklung einzelner Bestandteile des Anlagevermögens im abgelaufenen Haushaltsjahr detailliert dar und weist auf Seite 1 zunächst die Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagevermögens aus. Das Anlagevermögen ist in Spalte 2 mit dem Bilanzwert zum 01.01.2006 ausgewiesen (vgl. Eröffnungsbilanz).

**Hinweis:** Bei den Bilanzpositionen 1.2.2.4 – Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude sowie 1.2.4 – Bauten auf fremdem Grund und Boden – wird in Spalte 2 des Anlagenspiegels ausnahmsweise der Bilanzwert zum 01.01.2005 ausgewiesen und die in 2005 bereits aufgelaufenen Abschreibungen in Spalte 7 – Abschreibung Anfangsbestand –, da die Anlagegüter vom Gutachterausschuss des Kreises Lippe bereits zum Stichtag 01.01.2005 bewertet worden waren. Der Eröffnungsbilanzwert ergibt sich hier durch Saldierung der Spalten 2 und 7 des Anlagenspiegels.

#### Anlagenzugänge – Spalte 3:

Die Anlagenzugänge sind in Spalte 3 des Anlagenspiegels ausgewiesen, insgesamt wurde Anlagevermögen in einem Volumen von **7.606.955.- €** aktiviert. Insbesondere zu nennen sind hier die

- |  |               |
|--|---------------|
| • Eigenkapitalzuführung Klinikum Lippe           | 4.600.000.- € |
| • Eigenkapitalzuführung EB ISB – Sparte Straßen  | 1.000.000.- € |
| • Nachaktivierung Anlagevermögen EB Schulen      | 182.940.- €   |
| • Stammkapitaleinlage Landestheater Detmold GmbH | 739.500.- €   |

#### Anlagenabgänge – Spalte 4:

Anlagenabgänge waren in Höhe von 2.116.208,38 € zu verzeichnen, im Einzelnen setzt sich der Betrag wie folgt zusammen:

- |  |                   |
|--|-------------------|
| • Filmbühne Bußgeldstelle                | 12.924.- €        |
| • Softwarelizenz Zahlungsabwicklung      | 3.855.- €         |
| <b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b> | <b>16.779.- €</b> |

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

• Unfallschaden RTW LIP 2312	25.087.- €
• Totalschaden Endlosleiter FAZ	1.608.- €
• Veräußerung PKW Opel Astra / LIP 233	2.485.- €
<b>Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge</b>	<b>29.180.- €</b>
• OCE – Plotter FB 5	10.701.- €
• Fotoausrüstung Medienzentrum	274.- €
<b>Betriebs- und Geschäftsausstattung gesamt</b>	<b>10.975.- €</b>
• Kassenkredit GPZ GmbH (Rückzahlung)	83.333,33 €
• Darlehen Weserrenaissance-Museum (Tilgung)	2.600.- €
<b>Ausleihungen an Beteiligungen gesamt</b>	<b>85.933,33 €</b>
• Darlehen Landesverband Lippe (Tilgung)	5.446,26 €
• Darlehen Ev. Altenzentrum Augustdorf (Tilgung)	1.964,18 €
• Darlehen Wohnheim Oerlinghausen GmbH (Tilgung)	922,11 €
• Wohnungsbaudarlehen MitarbeiterInnen (Tilgung)	2.970,00 €
• Mitarbeiterdarlehen (Tilgung)	34.010,59 €
<b>Sonstige Ausleihungen gesamt</b>	<b>45.313,14 €</b>
• Ablösung Altdarlehen – EB ISB / Sparte Straßen	720.623.- €
• Ablösung Altdarlehen – EB ISB / Sparte BITS	150.000.- €
• Ablösung Altdarlehen – EB Schulen	1.019.975.- €
• Ablösung Kassenkredit EB ISB	18.200.- €
<b>Ausleihungen an Sondervermögen gesamt</b>	<b>1.908.798.- €</b>

Den Vermögensabgängen stehen teilweise Verkaufserlöse oder Ersatzleistungen Dritter gegenüber, diese Erträge sind bei den jeweiligen Produkten verbucht. Je nach Erlös ist ein positiver oder negativer Ertrag aus der Veräußerung von Anlagevermögen zu verzeichnen, insoweit wird auf die Teilergebnisrechnungen verwiesen.

**Anlageumbuchungen / Abgänge – Spalte 5:**

Einige Anlagegüter wurden bereits im NKF - Pilotbereich Revision geführt. Da 2005 noch ein anderer NKF - Kontenrahmen im Entwurf vorlag, ergab sich die Notwendigkeit, zahlreiche Anlagegüter aus diesem Pilotbereich auf andere Bilanzkonten umzubuchen.

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Weitere Umbuchungen ergaben sich durch die Aktivierung der zunächst auf Anlagen im Bau verbuchten Kosten nach Inbetriebnahme des Anlagegutes sowie durch eine Vereinbarung zwischen dem EB ISB – Sparte Gebäude und Immobilienwirtschaft mit dem Kernhaushalt über die Ausbuchung aller wechselseitigen Verbindlichkeiten und Forderungen.

Im Einzelnen:

• Umbau Rettungswache Lage (Herstellungsaufwand)	9.460,09 €
<b>Anlagen im Bau gesamt</b>	<b>9.460,09 €</b>
• Fahrgestell Neuanschaffung ELW 2 (bereits 2005 angeschafft)	41.141.- €
• Elektropumpe Brandsimulationsanlage	9.899.- €
• Lichtwellenleiteranbindung KRZ	19.678.- €
<b>Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge gesamt</b>	<b>70.718.- €</b>
<b>Eigenkapitalzuführung Klinikum Lippe 2005 (NKF - Pilot)</b>	<b>5.500.000.- €</b>
<b>Erwerb Aktienanteile LTM-AG 2005 (NKF - Pilot)</b>	<b>3.651.- €</b>
• Erwerb Anteile Interargem 2005 (NKF - Pilot)	89.234,40 €
• Erwerb Grundkapital OWL - Marketing 2005 (NKF - Pilot)	4,83 €
<b>Wertpapiere des Anlagevermögens gesamt</b>	<b>89.239,23 €</b>
• Umbuchung Kassenkredit – Altdarlehen EB ISB	16.800,00 €
• Umbuchung Altdarlehn EB ISB – Eigenkapitalzuführung (nach Umbuchung Kassenkredit)	1.133.360,83 €

### Anlageumbuchungen / Abgänge – Spalte 6:

Die in Spalte 6 ausgewiesenen Abgänge korrespondieren mit den in Zeile 5 ausgewiesenen Zugängen, wie der Vergleich der Gesamtsummen zeigt. Die Gesamtsumme je Anlagegut ergibt sich teilweise aus mehreren Einzelbeträgen bei den Zugängen.

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

### **Abschreibung Anfangsbestand – Spalte 7:**

Bei der in Spalte 7 ausgewiesenen Abschreibung handelt es sich um die Abschreibungen des Jahres 2005 auf die zum Stichtag 01.01.2005 bewerteten sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude sowie Bauten auf fremden Grund und Boden (vgl. oben).

### **Abschreibungen im Haushaltsjahr – Spalte 8:**

Insgesamt wurden unter Berücksichtigung des festgestellten Eröffnungsbilanzwertes bzw. unter Berücksichtigung der Anschaffungs- und Herstellungskosten und der in der NKF – Rahmentabelle vorgesehenen Gesamtnutzungsdauer Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von **947.901.- €** gebucht, die Aufwendungen wurden produktbezogen verbucht. Auch unter Berücksichtigung der zu verbuchenden Abschreibungen auf Forderungen konnte der Budgetansatz 2006 eingehalten werden.

### **Abgänge auf Abschreibungen – Spalte 10:**

Die Darstellung resultiert aus der KIRP - Buchungssystematik bei unterjährigen Anlageabgängen (vgl. Spalte 4). Hier wird zunächst zusammen mit dem Anlageabgang die gesamte Jahres - AFA gebucht, erst mit dem AfA-Lauf im Rahmen der Jahresrechnung wird der auf den Zeitraum Anlageabgang bis Jahresende entfallende AFA-Anteil wieder gegengebucht.

### **Kumulierte AFA – Spalte 11:**

Hier wird die bisher in der Anlagenbuchhaltung insgesamt darstellte Abschreibung dokumentiert. Die Jahresabschreibung 2006 auf Anlagevermögen ergibt sich aus der Saldierung der Spalten 8 und 10, zusätzlich berücksichtigt werden die Abschreibungen 2005 (Spalte 7).

### **Erläuterung zu den Anlagen im Bau:**

Als Anlagen im Bau werden Vermögensgegenstände bezeichnet, die in mehreren Arbeitsschritten hergestellt werden. Sie sind insoweit längere Zeit unfertig und damit nicht betriebsbereit. Der Bilanzposten Anlagen im Bau dient der Sammlung der einzelnen Herstellungskosten, die erst bei endgültiger Fertigstellung aktiviert werden. In die Eröffnungsbilanz waren Anlagen im Bau im Wert von rd. 90.695.- € eingestellt. Im Einzelnen ist im Laufe des Jahres wie folgt aktiviert / umgebucht worden:

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

<b>Anlage im Bau</b>	<b>Bestand 01.01.2006</b>	<b>Zugang</b>	<b>Umbuchung Aufwand</b>	<b>Aktivierung Anlagegut</b>	<b>Bestand 31.12.2006</b>
Umbau RW Lage	28.690.- €		19.230.- €	9.460.- €	0.- €
Lichtwellenleiteranbindung KRZ	10.961.- €	8.717.- €		19.678.- €	0.- €
Elektropumpe Brandsimulation	9.899.- €			9.899.- €	0.- €
Fahrgestell ELW 2	41.141.- €			41.141.- €	0.- €
Erweiterung FAZ	0.- €	12.000.- €			12.000.- €
NEF-Wache Klinikum	0.- €	67.889.- €			67.889.- €
	<b>90.691.- €</b>	<b>88.606.- €</b>	<b>19.230.- €</b>	<b>80.178.- €</b>	<b>79.889.- €</b>

**Teil 2 – Passiva (Sonderposten)**

In der Vergangenheit geleistete Zuwendungen Dritter zu Anlagegütern waren als Sonderposten in der Bilanz zu passivieren, soweit das damit finanzierte Anlagevermögen nach wie vor genutzt wird. Zum Bilanzstichtag wurden die Sonderposten aus Zuwendungen und die sonstigen Sonderposten mit einem Restwert von insgesamt 5.084.618.- € bilanziert (ohne Sonderposten für den Gebührenaussgleich). Die in die Eröffnungsbilanz eingestellten Sonderposten verteilen sich wie folgt:

<b>Sonderposten</b>	<b>SoPo 31.12.2005</b>	<b>Auflösung Vorjahr</b>	<b>Bilanzwert 01.01.2006</b>	<b>Zugang</b>	<b>Auflösung Ertrag</b>	<b>Bestand 31.12.2006</b>
Grunderwerb Landschaftspflege	1.136.073.- €		1.136.073.- €	123.- €		1.136.196.- €
Rettungswachen	465.000.- €	- 9.389.- €	455.611.- €		-11.910.-€	443.701.- €
Ausrüstung Rettungsdienst	275.874.- €		275.874.- €	158.858.- €	-39.552.- €	395.180.- €
Jugendverkehrsschule	37.722.- €		37.722.- €		- 2.901.- €	34.821.- €
Arbeitsplatzausstattung Behinderte	29.467.- €		29.467.- €		- 5.904.- €	23.563.- €
Investitions-pauschalen	2.442.526.- €		2.442.526.- €	588.718.- €	- 627.905.- €	2.403.339.- €
Grunderwerb Ersatzgelder	707.345.- €		707.345.- €	176.203.- €		883.548.- €
Feuerschutzpauschale	0.- €		0.- €	53.060.- €		53.060.- €
<b>Gesamt</b>	<b>5.094.007.-</b>	<b>- 9.389.-</b>	<b>5.084.618.-</b>	<b>976.962.-</b>	<b>- 688.172.-</b>	<b>5.373.408.-</b>

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Hinsichtlich der Rettungswachen wird auf die Erläuterungen zum Anlagevermögen verwiesen. Da diese bereits zum 01.01.2005 bewertet wurden, waren auch bei den Sonderposten Abschreibungen für das Jahr 2005 vorzunehmen.

### Zu den Zugängen ist folgendes anzumerken:

Für den **Grunderwerb** im Bereich der Landschaftspflege waren für ein bereits im Rahmen der Eröffnungsbilanz aktiviertes Grundstück die Notarkosten, die erst in 2006 abgewickelt werden konnten, als Nebenkosten zu aktivieren, entsprechend war auch eine Zuschreibung zu dem bereits erfassten Sonderposten vorzunehmen.

Im Bereich **Rettungsdienst** für die Neuanschaffung eines Einsatzleitfahrzeuges (ELW 2), Anschaffungskosten gesamt 201.112.- € mit Landesmitteln in Höhe von 158.858.- € gefördert, entsprechend war ein Sonderposten zu bilden.

Auch bei den allgemeinen **Investitionspauschalen** des Landes NRW handelt es sich nach zwischenzeitlich herrschender Meinung um Zuwendungen für Investitionen mit Zweckbindung, die damit gem. § 43 Abs. 5 GemHVO als Sonderposten zu passivieren und entsprechend der Nutzungsdauer der damit bezuschussten Vermögensgegenstände aufzulösen sind. Die im Jahr 2006 gezahlte allgemeine Investitionspauschale in Höhe von 588.718.- € wurde daher als Sonderposten eingebucht (vgl. hierzu auch Ziffer 3.5.1 – Schlüsselzuweisungen).

**Ersatzgelder** wurden in Höhe von 176.203.- € zum Grunderwerb im Bereich der Landschaftspflege eingesetzt und waren insoweit im Rahmen der Bilanz zu passivieren.

Die vom Land gezahlte **Feuerschutzpauschale** ist ebenfalls, sofern eine Verwendung im laufenden Haushaltshaltsjahr nicht sichergestellt ist, als Sonderposten zu passivieren. Die Zahlbeträge können dabei angespart werden, bis die Anschaffung eines entsprechenden Vermögensgegenstandes möglich ist. Der Restbestand aus 2005 war im Rahmen der Eröffnungsbilanz versehentlich als Sonderrücklage eingestellt worden und ist nunmehr zusammen mit den weiteren Zahlungen 2006 als Sonderposten ausgewiesen worden.

**Auflösung der Sonderposten:**

Die Auflösung der Sonderposten orientiert sich an der Nutzungsdauer der damit finanzierten Vermögensgegenstände, die entsprechenden Beträge wurden im Rahmen der Jahresabschlussbuchungen als Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen (Ertragskonto 4161) bzw. als Ertrag aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten (Ertragskonto 4571) bei den jeweiligen Produkten verbucht. Sofern die Vermögensgegenstände keiner Abschreibung unterlagen (Gründerwerb) oder die zur Verfügung gestellten Mittel noch nicht zweckentsprechend verwendet wurden (Feuerschutzpauschale), wurden keine Sonderposten aufgelöst.

Hinsichtlich der allgemeinen Investitionspauschale wurde von einer Zuordnung des Zahlbetrages zu einzelnen Vermögensgegenständen abgesehen. Die durchschnittliche Nutzungsdauer der in der Anlagenbuchhaltung aktivierten Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 9 Jahre, gleiches gilt für die in 2006 aktivierten Wirtschaftsgüter. Die in der Vergangenheit gezahlten allgemeinen Investitionspauschalen wurden daher für den Bilanzstichtag 01.01.2006 9 Jahre rückwirkend ab 1997 zugrunde gelegt, die Auflösung der Zahlbeträge erfolgte im Jahr der Auszahlung anteilig ab Juli (Investitionen i.d.R. erst nach Rechtskraft des Haushalts).

Aufzulösen waren daher im Jahr 2006 in den Jahren 1997 bis 2006 gezahlte Investitionspauschalen in Höhe von anteilig 582.665.- € (jeweiliger Jahreswert\*1/9). Für die im Jahr 2006 angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter, die im Jahr der Anschaffung der Sofortabschreibung unterliegen, wurde in gleicher Höhe die Investitionspauschale ertragswirksam aufgelöst (45.240.- €), so dass sich insgesamt eine ertragswirksame Auflösung der Investitionspauschalen in Höhe von **627.905.- €** ergibt. Von einer Zuordnung der Auflösungsbeträge zu den einzelnen Produkten wurde dabei abgesehen. Dies hätte einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand bedeutet, da dieser Vorgang für weit über 1.000 Anlagewerte (Jahr für Jahr) durchzuführen wäre. Der Ertrag aus der Auflösung der allgemeinen Investitionspauschale wurde vielmehr bei der allgemeinen Finanzierung verbucht (wie die Landeszuweisungen im übrigen auch). Auswirkungen auf Gebühren- und Entgeltrechnungen ergeben sich beim Kreis Lippe dadurch nicht.



## 2.2 Forderungsspiegel

<b>Forderungsspiegel zum 31.12.06</b>					
Art der Forderungen	Gesamtbetrag des Haushalts- jahres Stand 31.12.06	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag zu Jahresbeginn Stand 01.01.06
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4	5
<b>1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen</b>	<b>37.873.202</b>	<b>37.455.041</b>	<b>418.161</b>	<b>0</b>	<b>28.671.554</b>
1.1 Gebühren	1.726.340	1.726.340			1.310.224
1.2 Beiträge	558.123	558.123			418.221
1.3 Steuern	13.280	13.280			14.049
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	6.057.714	6.057.714			1.882.713
1.5 sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	29.517.745	29.099.584	418.161		25.046.347
<b>2. Privatrechtliche Forderungen</b>	<b>934.294</b>	<b>934.294</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2.329.777</b>
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	499.051	499.051			398.167
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	28.355	28.355			151.322
2.3 gegen verbundene Unternehmen	0	0			0
2.4 gegen Beteiligungen	406.888	406.888			406.888
2.5 gegen Sondervermögen	0	0			1.373.400
<b>3. Sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Summe aller Forderungen</b>	<b>38.807.495</b>	<b>38.389.334</b>	<b>418.161</b>	<b>0</b>	<b>31.001.331</b>

### 2.2.1 Erläuterungen zum Forderungsspiegel

Der Forderungsspiegel soll den Stand und die Entwicklung einzelner Posten des Umlaufvermögens im Haushaltsjahr detailliert nachweisen. Um die Änderung der einzelnen Bilanzpositionen zu verdeutlichen, ist jeweils tabellarisch der Gesamtbetrag am Bilanzstichtag unter Angabe der Restlaufzeiten anzugeben.

Die Forderungen des Kreises Lippe gegen Dritte insgesamt sind im Laufe des Haushaltsjahres 2006 gegenüber dem Entwurf der Eröffnungsbilanz von rd. 31 Mio. € um rd. **7,8 Mio. €** auf nunmehr 38,8 Mio. € deutlich angestiegen.

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Hier ist zunächst darauf hinzuweisen, das in der Vergangenheit durch den Buchungsschluss in der Kreiskasse ab Mitte Dezember zum Soll gestellte Forderungen (Einnahmen) bereits auf das neue Haushaltsjahr gebucht wurden. Im NKF wurde nun erstmals für **alle** Amtshandlungen des ablaufenden Jahres bis einschließlich 31.12.2006 noch eine Ertragsbuchung des lfd. Jahres generiert, die bei Fälligkeit der Zahlung erst in 2007 zwangsläufig zum Bilanzstichtag 31.12.2006 eine noch offene Forderung erzeugt. Insofern ist der Anstieg von Forderungen in gewissem Umfang systembedingt durch die Buchungsumstellung bedingt.

### **Gebührenforderungen**

Die Gebührenforderungen steigen gegenüber der Eröffnungsbilanz um **rd. 416 T€** an. **Rd. + 135 T€** entfallen dabei auf Forderungen, die als Ertrag 2006 mit Fälligkeit in 2007 verbucht wurden und zum Bilanzstichtag noch nicht eingegangen waren (vgl. vorstehende Ausführungen).

### **Beitragsforderungen**

Die Beitragsforderungen (im wesentlichen Elternbeiträge) sind gegenüber der Eröffnungsbilanz um **rd. 140 T€** gestiegen. In Höhe von rd. 10 T€ ist auch dieser Anstieg auf Fälligkeit der Forderung erst in 2007 zurückzuführen. Im übrigen hat sich auch in den vergangenen Jahren schon ein stetiger Anstieg der noch offenen Forderung gezeigt, Beleg für die angespannte finanzielle Lage vieler Familien.

### **Steuerforderungen**

Die zum Bilanzstichtag noch offenen Steuerforderungen (Jagdsteuer) sind gegenüber der Eröffnungsbilanz nahezu unverändert.

### **Forderungen aus Transferleistungen**

Bei den Forderungen aus Transferleistungen fällt ein deutliche Anstieg der noch offenen Forderungen um **+4.174 T€** gegenüber der Eröffnungsbilanz auf. Während in der Vergangenheit bestimmte Forderungen erst nach Zahlungseingang gebucht wurden, werden mit NKF – Umstellung alle dem Grunde nach bestehenden Forderungen des Kreises Lippe gegen Dritte unverzüglich erfasst. Hier ergeben sich gravierende Veränderungen insbesondere in den Bereichen Unterhaltsvorschuss und Unterhaltsbeistandschaften.

Bei dem Produkt 006 003 007 - Unterhaltsvorschuss - wurden dem Grunde nach bestehende Rückforderungsansprüche gegen unterhaltspflichtige Elternteile in Höhe von rd. 2.460 T€ bilanziert, der tatsächliche Zahlungseingang beläuft sich auf rd. 316 T€ und

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

entspricht in etwa den Rechnungsergebnissen der Vorjahre. Trotz einer Intensivierung des Unterhaltsrückgriffs wird abzuwarten sein, inwieweit die dem Grunde nach bestehenden Forderungen tatsächlich realisierbar sind. Erfahrungswerte hierzu liegen noch nicht vor.

Da die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz zu 46,67% vom Land getragen werden, stehen den erhöhten Forderungen aus Transferleistungen auch entsprechend erhöhte Verbindlichkeiten aus Transferleistungen gegenüber (tatsächlich realisierte Einnahmen müssen in Höhe des o.a. Prozentsatzes an das Land NRW abgeführt werden). Insoweit ergibt sich eine Verbindlich aus UVG in Höhe von **1.008 T€**.

Im Rahmen der Unterhaltsbeistandschaften werden die Unterhaltsbeiträge vom Kreisjugendamt beigesteuert und nach Zahlungseingang an den erziehungsberechtigten Eltern teil weitergeleitet. Da es sich hier dem Grunde nach um durchlaufende Gelder handelt, wird mit der Sollstellung sowohl eine Forderung als auch eine Verbindlichkeit (Weiterleitungsverpflichtung) erzeugt, die Zahlungen schlagen sich nicht in der Ergebnisrechnung des Kreises Lippe nieder. Auch hier werden erstmals alle dem Grunde nach bestehenden Forderungen angeordnet, diese sind aber erfahrungsgemäß nur bedingt beiteilbar. Zum Bilanzstichtag 31.12.2006 weisen allein die Unterhaltsbeistandschaften noch offene Forderungen (und spiegelbildlich offene Verbindlichkeiten) in Höhe von rd. **1.600 T€** aus.

Darüber hinaus bestehen Zahlungsrückstände einiger kreisangehöriger Kommunen bei der Zahlung der Kreisumlagen.

### **Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen**

Bei den sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen ist gegenüber der Eröffnungsbilanz ebenfalls eine deutliche Steigerung um rd. + **4.471 T€** zu verzeichnen. Hier wirkt sich insbesondere die zum Jahreswechsel 2006 / 2007 erstmals vollständig im laufenden Buchungsgeschäft abzubildende Rechnungsabgrenzung aus.

Zur Vereinfachung der Buchungsabwicklung wurde vereinbart, die im Rahmen der Rechnungsabgrenzung zu buchenden Forderungen oder Verbindlichkeiten grundsätzlich über ein einheitliches Forderungs- oder Verbindlichkeitenkonto abzuwickeln, um die entsprechende Ausbuchung im Folgejahr sicherzustellen.

Erträge, die verursachungsgerecht dem Kalenderjahr 2006 zuzuordnen waren, jedoch erst in 2007 zahlungswirksam vereinnahmt werden konnten, wurden wie folgt verbucht:

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

### In 2006 - Einbuchung Forderung:

Sonstige öff.-rechtl. Forderung	A n	Ertrag
------------------------------------	--------	--------

### In 2007 - Ausbuchung Forderung:

Einzahlung	A n	Sonstige öff.-rechtl. Forderung
------------	--------	------------------------------------

Eine Vielzahl der zum Schlussbilanzstichtag 31.12.2006 eingebuchten sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen ist damit durch Zahlungseingang im Laufe des Jahres 2007 bereits wieder ausgebucht. Belastbare Aussagen zur Entwicklung der Forderungen werden insbesondere in diesem Bereich daher erst in den Folgejahren möglich sein.

Die in die Eröffnungsbilanz eingestellten sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Höhe von **1.893 T€** sind im Laufe des Jahres 2006 – soweit möglich - ausgebucht worden. Allerdings konnten Forderungen gegen das Land (Betriebskostenzuschüsse für Kindergärten aus den Jahren 2004 und 2005) in Höhe von jeweils **432 T€** nur teilweise realisiert werden, für das Jahr 2004 wurde lediglich eine Abschlagzahlung des Landes in Höhe von 252 T€ geleistet, so dass allein hier schon Forderungen in Höhe von rd. **612 T€** aus Vorjahren weiter zu verfolgen sind.

Im Rahmen der Rechnungsabgrenzung neu eingebucht wurden Forderungen in Höhe von rd. **3.750 T€**. (Ertrag 2006 / Realisierung der Einzahlung im Folgejahre). Besonders zu nennen sind hier:

- Betriebskostenzuschuss Kindergarten (Land) für 2006 390 T€
- Zuschüsse Bundesagentur für Arbeit 60 T€
- Kostenbeiträge/Aufwendungsersatz Sozialhilfe 75 T€
- Verwaltungsgebühren 70 T€
- Benutzungsgebühren (insbesondere Rettungsdienst) 2.596 T€
- Sonstige Entgelte 229 T€
- Kostenerstattungen 265 T€

Insbesondere die Spitzabrechnung für 2006 mit den Disponenten im Bereich des Rettungsdienstes führt hier zum Bilanzstichtag 31.12.2006 zu einem erheblichen Anstieg

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

der Forderungen. Insoweit wird auch auf die allgemeinen Ausführungen zur Entwicklung der Gebührenausgleichsrücklage und die Erläuterungen zum Budget des Regiebetriebs verwiesen.

### **Privatrechtliche Forderungen**

Die privatrechtlichen Forderungen gehen gegenüber der Eröffnungsbilanz um rd. - **1.395 T€** zurück. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Ausbuchung einer Forderung gegen Sondervermögen in Höhe von 1.373 T€ zurückzuführen. Die wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen dem Kreis Lippe – Kernhaushalt – und dem Eigenbetrieb ISB – Sparte Gebäudewirtschaft – waren im Laufe des Jahres 2006 Gegenstand von Erörterungsgesprächen. Im Sinne einer beiderseitigen Bilanzbereinigung wurde eine gegenseitige Abstimmung und weitgehende Ausbuchung der wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten angestrebt. Die Verbindlichkeiten des EB ISB – Sparte Gebäudewirtschaft – wurden mit sonstigen Forderungen des EB gegen den Kernhaushalt aufgerechnet, insoweit wurden die hier zunächst ausgewiesenen Forderungen aus Kasseneinnahmeresten des Vorjahres verrechnet. Hierdurch wurden sämtliche Abgrenzungspositionen zwischen ISB und Kreishaushalt aus der Vergangenheit bereinigt.



## 2.3 Verbindlichkeitspiegel

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag des Haushalts- jahres Stand 31.12.06 EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag zu Jahresbeginn Stand 01.01.06 EUR
		bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	
	1	2	3	4	5
<b>1. Anleihen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen</b>	<b>68.947.541</b>	<b>800.000</b>	<b>29.106.910</b>	<b>39.040.631</b>	<b>69.692.739</b>
2.1 von verbundenen Unternehmen	200.000	0	0	200.000	0
2.2 von Beteiligungen	0	0	0	0	0
2.3 von Sondervermögen	0	0	0	0	0
2.4 vom öffentlichen Bereich	27.596.245	0	9.681.545	17.914.700	26.179.109
2.4.1 vom Bund	4.000.000	0	4.000.000	0	4.000.000
2.4.2 vom Land	21.477.542	0	5.681.545	15.795.997	22.179.109
2.4.3 von Gemeinden/GV	0	0	0	0	0
2.4.4 von Zweckverbänden	0	0	0	0	0
2.4.5 vom sonst. öff. Bereich	2.118.703	0	0	2.118.703	0
2.4.6 vom sonst. öff. Sonderrechnung	0	0	0	0	0
2.5 vom privaten Kreditmarkt	41.151.296	800.000	19.425.365	20.925.931	43.513.630
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	40.640.296	800.000	19.425.365	20.414.931	43.002.630
2.5.2 von übrigen Kreditgebern	511.000	0	0	511.000	511.000
<b>3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung</b>	<b>33.000.000</b>	<b>33.000.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>22.000.000</b>
3.1 vom öffentlichen Bereich	0	0	0	0	0
3.2 vom privaten Kreditmarkt	33.000.000	33.000.000	0	0	22.000.000
<b>4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>5. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung</b>	<b>259.479</b>	<b>259.479</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen</b>	<b>1.001.671</b>	<b>1.001.671</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>827.837</b>
davon Transferleistungen aus Eröffnungsbilanz	0	0	0	0	827.837
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	-6.501	-6.501	0	0	0
Verbindlichkeiten UVG	1.008.172	1.008.172	0	0	0
<b>7. Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>20.307.441</b>	<b>20.307.441</b>			<b>18.529.285</b>
<b>8. Summe aller Verbindlichkeiten</b>	<b>123.516.132</b>	<b>55.368.591</b>	<b>29.106.910</b>	<b>39.040.631</b>	<b>111.049.861</b>
<b>Nachrichtlich anzugeben: Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten, z.B. Bürgschaften u.a., davon:</b>	<b>22.053.831</b>				<b>21.806.167</b>
- Abfallbeseitigungs-GmbH Lippe	0				574.692
- Erholungszentrum Schieder GmbH	626.571				672.112
- Weserfreizeitzentrum Kalletal-Varenholz GmbH	0				297.303
- Klinikum Lippe GmbH	20.037.060				20.137.060

### **2.3.1 Erläuterungen zum Verbindlichkeitspiegel**

Der Verbindlichkeitspiegel löst die kamerale Schuldenübersicht ab. Der Stand und die Entwicklung der Verbindlichkeiten im Haushaltsjahr werden detaillierter nachgewiesen. Um Änderungen nachvollziehbar zu machen, ist jeweils tabellarisch der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten am Bilanzstichtag unter Angabe der Restlaufzeiten anzugeben. Der Verbindlichkeitspiegel ist nach Gläubigern gegliedert, um die Struktur der Verschuldung der Kommune transparent zu machen.

Die Verbindlichkeiten des Kreises Lippe gegenüber Dritten sind im Laufe des Haushaltsjahres 2006 gegenüber dem Entwurf der Eröffnungsbilanz von rd. 111 Mio. € um rd. **12,6 Mio. €** auf nunmehr 123,6 Mio. € angestiegen. Gravierend wirkt sich hier insbesondere die **Neuaufnahme von Kassenkrediten in Höhe von 11 Mio. €** zur Liquiditätssicherung in der Finanzrechnung aus.

Im Übrigen ergeben sich folgende Veränderungen:

#### **Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen**

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind insgesamt um rd. 745 T€ zurückgegangen. Die Tilgung der Darlehen ist dabei planmäßig erfolgt.

#### **Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung**

Bereits der Gesamtfinanzplan (Nachtrag 2006) wies einen Liquiditätssaldo (Finanzmitteldefizit) aus in Höhe von **21.141 T€**

Im Rahmen des Budgetvollzugs ist es gelungen, dieses Defizit zu reduzieren auf insgesamt	<b>18.958 T€</b>
hierzu: Deckung aus dem Anfangsbestand der liquiden Mittel	<b>7.958 T€</b>
und durch die Aufnahme neuer Liquiditätsdarlehen	<b>11.000 T€</b>

#### **Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung**

Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung waren bisher nicht bilanziert und werden zum Bilanzstichtag 31.12.2006 erstmals in Höhe von **259 T€** ausgewiesen. Es handelt sich hier um Lieferantenrechnungen für Warenlieferungen und Dienstleistungen, die bereits in 2006 erbracht, jedoch erst in 2007 abgerechnet oder zur Zahlung fällig wurden.

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

### Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Bei den Verbindlichkeiten aus Transferleistungen wurden die in die Eröffnungsbilanz eingestellten Verbindlichkeiten für Zahlungsverpflichtungen im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe in Höhe von **828 T€** vollständig ausgebucht.

Durch die erstmalige Bilanzierung aller dem Grunde nach bestehender Unterhaltsforderungen (vgl. Erläuterungen Ziffer 1.6.2 zum Forderungsspiegel) bei dem Produkt 006 003 007 - Unterhaltsvorschuss – war auch die bestehende Abführungsverpflichtung von derzeit 46,67% der erzielten Einnahmen an das Land bilanziell darzustellen, insoweit war eine Verbindlichkeit aus UVG in Höhe von **1.008 T€** auszuweisen. Entsprechend der im laufenden Rechnungsjahr erzielten Erträge bzw. der zu verbuchenden Abschreibungen auf Forderungen ist diese Bilanzposition künftig anzupassen.

### Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten erhöhen sich gegenüber der Eröffnungsbilanz um rd. **1.902 T€**. Auch hier wirkt sich die Umstellung auf periodengerechte Zuordnung zum Jahresende / Jahresanfang aus (vgl. Ausführungen zu Ziffer 2.2.1 Forderungsspiegel).

Die im Rahmen der Unterhaltsbeistandschaften zum Soll gestellten Unterhaltsbeiträge beinhalten aufgrund der Weiterleitungsverpflichtung (durchlaufende Gelder) auch eine sonstige Verbindlichkeit für den Kreis Lippe. Auch hier werden erstmals alle dem Grunde nach bestehenden Forderungen und nicht nur die tatsächlich eingegangenen Zahlungsbeträge angeordnet. Die zum Bilanzstichtag 31.12.2006 noch ausgewiesenen offenen Unterhaltsforderungen in Höhe von rd. **1.600 T€** beinhalten spiegelbildlich auch eine sonstige Verbindlichkeit in gleicher Höhe. Diese wird automatisch mit der Einbuchung der Forderung erzeugt und nach Eingang von Zahlungen bei Weiterleitung der Gelder an die Unterhaltsberechtigten wieder ausgebucht.



## **2.4 Erläuterung zu weiteren Bilanzpositionen**

Im Anhang zur Bilanz sind gem. § 44 GemHVO zu den einzelnen Posten der Bilanz die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte dies beurteilen können. Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist zu beschreiben. Zu erläutern sind auch die im Verbindlichkeitspiegel ausgewiesenen Haftungsverhältnisse sowie alle Sachverhalte, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können.

### **2.4.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, § 44 Abs. GemHVO**

Hinsichtlich der verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wird zunächst auf die ausführlichen Darstellungen im Anhang zur Eröffnungsbilanz verwiesen.

Die in 2006 neu zu bilanzierenden / bewertenden Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten zzgl. evt. Nebenkosten gem. § 33 Abs. 2 GemHVO bilanziert; die Abschreibungen wurden linear auf die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes verteilt. Im Jahr der Anschaffung wurden die Abschreibungen nur anteilig ab dem Monat nach Fertigstellung gem. § 33 Abs. 2 GemHVO angesetzt.

Die voraussichtliche Nutzungsdauer wurde ermittelt anhand der NKF – Rahmentabelle für die Gesamtnutzungsdauer kommunaler Vermögensgegenstände, der Kreis Lippe legt dabei innerhalb der vorgegebenen Bandbreiten grundsätzlich eine mittlere Nutzungsdauer zugrunde (vgl. Anlage 15 zur Eröffnungsbilanz). Sofern hiervon im Einzelfall abgewichen wurde, sind die besonderen Gründe (z.B. geringe Beanspruchung) in der eingesetzten Inventarisierungssoftware dokumentiert, darüber hinaus sind die Abweichungen nachstehend unter ⇒ **Ziffer 2.4.2 f)** erläutert.

Sofern der zu aktivierende Vermögensgegenstand keiner der in der Rahmentabelle vorgegebenen Klassifizierung der Anlagegüter zugeordnet werden konnte, wurde zur Festlegung der durchschnittlichen Nutzungsdauer entweder auf Erfahrungswerte oder auf vergleichbare Anlagegüter zurückgegriffen.

Vereinzelt waren Nachaktivierungen zu bereits aktivierten Anlagegütern vorzunehmen (z.B. Aufrüstung einer bereits eingesetzten Telefonanlage, zusätzliche Ausstattung be-

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

reits eingesetzter Fahrzeuge). In der Inventarisierungssoftware wurde dokumentiert, inwieweit die Restnutzungsdauer durch die Nachaktivierung neu festgesetzt wurde.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten wertmäßig den Betrag von 410.- € ohne Umsatzsteuer nicht überschreiten, wurden als geringwertige Vermögensgegenstände erfasst und bereits im Haushaltsjahr 2006 abgeschrieben. Vermögensgegenstände unter 60.- € wurden unmittelbar als Aufwand verbucht (Wahlrecht gem. § 33 Abs. 4 GemHVO).

### **2.4.2 Gesonderte Erläuterungen gem. § 44 Abs. 2 GemHVO**

- a) **Besondere Umstände**, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt

Besonderheiten sind nicht erkennbar. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die Finanzanlagen des Kreises Lippe (Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen Wertpapiere des Anlagevermögens) im Rahmen der Änderung der Eröffnungsbilanz bewertet wurden auf der Grundlage der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Schlussbilanzen zum 31.12.2005. Zum Schlussbilanzstichtag 31.12.2006 lagen aktuellere Unterlagen nicht vor, so dass sich Wertveränderungen der Finanzanlagen grundsätzlich erst zeitverzögert darstellen lassen. Soweit erforderlich, wurden jedoch entsprechende Rückstellungen für drohende Verluste gebildet (§ 36 Abs.5 GemHVO, vgl. Bstb. d)

- b) **Abweichungen vom Grundsatz der Einzelbewertung** und von bisher angewandten Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden

Änderungen und Abweichungen haben sich nicht ergeben, auf die Ausführungen im Anhang zum Entwurf der Eröffnungsbilanz wird verwiesen.

- c) **Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung** - Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, für die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung gebildet worden sind

Fehlanzeige, auf die Ausführungen im Anhang zum Entwurf der Eröffnungsbilanz wird verwiesen.

**Jahresabschluss zum 31.12.2006****d) Sonstige Rückstellungen – Aufgliederung des Bilanzpostens -**

Die Bildung von Rückstellungen dient der periodengerechten Abbildung eines Aufwandes und ermöglicht die ergebnisneutrale Auszahlung in einer späteren Rechnungsperiode. Rückstellungen stellen Verpflichtungen gegenüber Dritten dar, die dem Grunde oder der Höhe nach noch ungewiss sind. Gem. § 44 Abs. 2 Ziffer 4 GemHVO ist die Bilanzposition „sonstige Rückstellungen“ gesondert anzugeben und zu erläutern, sofern es sich um wesentliche Beträge handelt. Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

Art der Rückstellung	EB	Änderung der EB	Zugang 2006	Abgang 2006	Stand 31.12.2006
Rückstellung Ausgleichsansprüche	175.799 €	294.179 €	12.847 €	0 €	307.026 €
Rückstellung Klageverfahren OVG	1.380.000 €	1.142.126 €	0 €	-1.142.126 €	0 €
Rückstellung Körperschaftssteuer	0 €	25.000 €	22.999 €	0 €	47.999 €
Rückstellung Teilzeitbeschäftigung	0 €	0 €	2.091 €	0 €	2.091 €
Rückstellung Betriebsverluste EB	0 €	0 €	4.711.995 €	0 €	4.711.995 €
Rückstellung Beratungsmandat PPP	0 €	9.605 €	0 €	0 €	9.605 €
Rückstellungen Jugendhilfe	1.893.440 €	1.893.440 €	700.000 €	-993.440 €	1.600.000 €
Rückstellungen Sozialhilfe	1.394.504 €	1.632.378 €	665.000 €	-1.632.378 €	665.000 €
Rückstellung RegioNET	170.000 €	170.000 €	0 €	-153.389 €	16.611 €
Rückstellung Innovationspauschale KRZ	172.000 €	172.000 €	196.054 €	-171.755 €	196.299 €
Rückstellung Prüfungsgebühr GPA	150.000 €	150.000 €	40.000 €	-65.331 €	124.669 €
Rückstellung interk. Zusammenarbeit	0 €	0 €	26.000 €	0 €	26.000 €
Rückstellung für Urlaub und Überstunden	1.319.213 €	1.347.762 €	17.076 €	-9.781 €	1.355.057 €
Rückstellung für Altersteilzeit	2.393.440 €	2.393.440 €	264.400 €	0 €	2.657.840 €
Rückstellung Investitionen EB ISB	880.000 €	880.000 €	13.954 €	-773.589 €	120.365 €
Rückstellung Investitionen Kernverwaltung	119.000 €	119.000 €	13.440 €	-132.440 €	0 €
sonstige Rückstellungen	914.400 €	914.400 €	0 €	-430.721 €	483.679 €
<b>Rückstellungen gesamt:</b>	<b>8.568.356 €</b>	<b>8.749.890 €</b>	<b>6.421.456 €</b>	<b>-5.504.950 €</b>	<b>12.324.235 €</b>

Die gebildeten sonstigen Rückstellungen sowie die Entwicklung im Jahr 2006 sind nachstehend kurz erläutert:

- **Ausgleichsansprüche nach § 107b BeamtVG**

Gem. § 107 BeamtVG hat der aufnehmende Dienstherr gegen den abgebenden Dienstherrn unter gewissen Voraussetzungen einen Anspruch auf anteilige Erstattung von Versorgungsbezügen. Für einen an einen anderen Dienstherrn abgegebenen Beamten wurde in die Eröffnungsbilanz auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Versorgungskasse bereits eine Rückstellung eingestellt. Durch Berücksichtigung eines weiteren Mitarbeiters ergibt sich die Notwendigkeit der Änderung der Eröffnungsbilanz.

- **Klageverfahren OVG Münster – Kindergeldanrechnung**

Das OVG Münster hat durch Urteil entschieden, dass die in der Vergangenheit praktizierte, bedarfsmindernde Kindergeldanrechnung im Rahmen der Grund-

sicherungsleistungen rechtswidrig war. Die ab Einführung der Grundsicherungsleistungen 2003 rechtswidrig einbehaltenen Beträge wurden nach Abschluss des o.a. Musterstreitverfahrens an die Betroffenen nachgezahlt, die Rückabwicklung wurde Anfang 2006 vollständig abgeschlossen. Gegenüber den ursprünglichen Berechnungen ist die Nachzahlungsverpflichtung rd. 238 T€ geringer ausgefallen, insoweit erfolgt eine Änderung der Eröffnungsbilanz. Die Rückstellung ist im Rahmen der Jahresrechnung 2006 vollständig aufgelöst worden.

- **Körperschaftsteuer Radio Lippe**

Das Finanzamt Detmold hat festgestellt, dass die Mitgesellschafter der Radio Lippe GmbH und Co KG aufgrund der positiven Entwicklung der Ertragslage für die Gewinne aus Vorjahren körperschaftsteuerpflichtig sind, entsprechende Steuerklärungen wurden für die Jahre 1999 bis 2005 abgegeben. Für die Kalenderjahre 2004 und 2005 wurde die Körperschaftsteuer zwischenzeitlich auf rd. 25 T€ festgesetzt. Insoweit war die Eröffnungsbilanz zu ändern.

Für 2006 wurde vom Finanzamt Detmold ein Vorauszahlungsbescheid in Höhe von 22.999.- € erteilt, dieser wird erst in 2007 kassenwirksam. Insoweit war im Rahmen der Jahresrechnung 2006 eine entsprechende Zuführung zu Rückstellungen zu buchen. Es wird derzeit geprüft, inwieweit durch Einbeziehung von weiteren Verlustvorträgen aus Vorjahren eine Reduzierung der Besteuerung erreicht werden kann.

- **Teilzeitbeschäftigung**

Die Zuführung wurde erforderlich durch Vereinbarung eines besonderen Arbeitszeitmodells. Bei derzeitiger Vollzeitbeschäftigung werden nur anteilige Bezüge ausgezahlt (analog Blockmodell Altersteilzeit). Die nicht ausgezahlten Bezüge werden einer Rückstellung zugeführt zur Finanzierung einer sich anschließenden Freizeitphase. Der abgebildete Personalaufwand entspricht damit der tatsächlich erbrachten Arbeitsleistung.

- **Betriebsverluste der Eigenbetriebe**

Die in den vergangenen Jahren entstandenen Betriebsverluste der Eigenbetriebe (2003 – 2005) sind in die Eröffnungsbilanz des Kreises Lippe bereits über die Bewertung des Sondervermögens (Eigenkapitalspiegelmethode) eingeflossen. Für die in 2006 planmäßig erwarteten Betriebsverluste wurde eine

Zuführung zu Rückstellungen gebucht. Über die endgültige Höhe wird nach Beschluss über die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe entschieden.

- **Beratungsmandat PPP Straßen**

Mit der begleitenden Anwaltssozietät und der Planungsgesellschaft waren Teilhonorarrechnungen aus 2005 strittig, die bisher nicht bilanziert waren. Einvernehmlich wurde eine weitergehende Zahlungsverpflichtung in Höhe von 9.605.- € anerkannt, diese war noch in die Eröffnungsbilanz einzustellen. Die Zahlungsabwicklung ist in 2007 erfolgt.

- **Rückstellungen Jugendhilfe**

Die eingestellte Rückstellung betrifft die Spitzabrechnung der Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen 2004 und 2005 sowie noch bestehende Zahlungsverpflichtungen für 2005 im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe.

Während die Betriebskostennachzahlung 2004 in Höhe des eingeplanten Betrages von 893.440.- € kassenwirksam geworden ist, wurden im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe (Rückstellung 100 T€) lediglich Auszahlungen für das Kalenderjahr 2005 in Höhe von 75.675.- € kassenwirksam. Die nicht benötigte Rückstellung in Höhe von 24.325.- € wurde im Rahmen der Jahresrechnung ertragswirksam aufgelöst.

Die Betriebskostennachzahlung 2005 wird erst in 2007 kassenwirksam, die Rückstellung ist insoweit (900 T€) im Rahmen der Jahresrechnung 2006 unverändert. Für die ausstehende Spitzabrechnung der Betriebskosten 2006 wurde der Rückstellung ergebniswirksam für 2006 ein Betrag in Höhe von 700 T€ zugeführt, so dass sich zum 31.12.2006 ein Bestand in Höhe von 1.600 T€ ergibt.

- **Rückstellungen Sozialhilfe**

Die eingestellte Rückstellung betrifft die zeitlich verzögerte Abrechnung der Krankenhilfearaufwendungen, noch bestehende Zahlungsverpflichtungen bei den Leistungen nach dem SGB II. und XII. Teil sowie ausstehende Spitzabrechnungen für die Familienunterstützenden Dienste der Lebenshilfe sowie die Frühförderleistungen. Insbesondere bei der Abrechnung der Krankenhilfeleistungen für 2005 haben sich deutlich höhere Auszahlungen als erwartet erge-

ben, so dass die Rückstellung durch Änderung der Eröffnungsbilanz um 237.874.- € zu erhöhen war. Die eingestellte Rückstellung ist im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2006 vollständig ausgebucht worden, insbesondere für die zeitlich verzögerte Abrechnung der Krankenhilfee aufwendungen 2006 mit dem Krankenkassen wurde eine erneute Zuführung zur Rückstellung in Höhe von 665.000.- € verbucht, dies entspricht dem Kontenstand zum 31.12.2006.

- **RegioNET**

Für die streitbefangenen Rückforderungen von Fördermitteln aus dem Europäischen Strukturfonds in Höhe von rd. 170 T€ wurde eine Rückstellung in die Eröffnungsbilanz eingestellt. Im Rahmen des Widerspruchsverfahren wurde die Rückzahlungsverpflichtung auf 153 T€ reduziert, entsprechend ist die Rückstellung kassenwirksam aufgelöst worden. Das Verfahren konnte in 2006 (Abrechnung der Verfahrenskosten) noch nicht vollständig abgeschlossen werden, insoweit wurde von einer Auflösung der Rückstellungen zunächst Abstand genommen.

- **Innovationspauschale KRZ**

Für nicht über Entgelte finanzierte Entwicklungsprojekte erhebt das Kommunale Rechenzentrum seit 2002 jährlich rückwirkend eine Innovationspauschale, aufgrund der Zahlbeträge der Vorjahre wurde eine Rückstellung in Höhe von 172 T€ in die Eröffnungsbilanz eingestellt. Die tatsächliche Zahlungsverpflichtung in Höhe von 171.755.- € (für 2005) wurde als Abgang in 2006 kassenwirksam.

Aufgrund der zu erwartenden Zahlungsverpflichtung für 2006 (in 2007) wurde zum Bilanzstichtag 31.12.2006 eine Zuführung zu Rückstellungen in Höhe von 196.054.- € gebucht.

- **Prüfungsgebühren Gemeindeprüfungsanstalt**

Für die rückwirkende überörtliche Prüfung der Haushaltswirtschaft, der Buchführung und Zahlungsabwicklung gem. § 105 Abs. 3 GO NRW erhebt die Gemeindeprüfungsanstalt NRW Gebühren, für die im September 2005 begonnene Prüfung der Haushaltsjahre 2001 bis 2004 wurden von der GPA voraussichtliche Kosten in Höhe von 150 bis 160 T€ benannt.

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Da sich die Prüfungstätigkeit ausschließlich auf Haushaltsjahre vor dem Eröffnungsbilanzstichtag bezog, wurde eine Rückstellung in Höhe von 150 T€ eingestellt. Eine erste Teilrechnung für die Überörtliche Prüfung wurde im Februar 2006 gestellt und in Höhe von 65.331.- € beglichen, die Schlussabrechnung steht derzeit noch aus.

Die Prüfung der Haushaltsführung 2006 wird einer späteren Prüfung vorbehalten sein, es wurde insoweit zunächst ein durchschnittlicher Jahresbetrag in Höhe von 40 T€ der Rückstellung neu zugeführt.

- **Interkommunale Zusammenarbeit**

Erstmals im Budget 2006 wurde ein Betrag in Höhe 500 T€ zur Förderung der interkommunalen Kooperation in Lippe veranschlagt. Für ein in 2006 begonnenes, aber noch nicht vollständig abgerechnetes Kooperationsprojekt war eine Rückstellung in Höhe von 26 T€ einzustellen.

- **Urlaub und Überstunden**

Der Jahresurlaubsanspruch stellt einen Aufwand des laufenden Haushaltsjahres dar, der teilweise häufig erst im Folgejahr in Anspruch genommen wird. Gleiches gilt für Überstunden, die erst im Folgejahr genommen bzw. vergütet werden. Für die Entgeltzahlungen während der periodenfremden Urlaubs- bzw. Gleitzeit sind Rückstellungen zu bilden. Zunächst wurde ein Rückstellungsbedarf in Höhe von 1.319.213.- € ermittelt.

Aufgrund einer tarifvertraglichen Vereinbarung wurde für ArbeitnehmerInnen ab 2003 der arbeitsfreie Tag gestrichen, für Beamte wurde diese Regelung rückwirkend ebenfalls übernommen. Das Bundesverwaltungsgericht hat diese Umsetzung wegen unzulässiger Rückwirkung für rechtswidrig erklärt. Die Landesregierung hat im Februar 2006 entschieden, dass allen MitarbeiterInnen, die 2003 einen Anspruch auf einen Freistellungstag hatten und diesen nicht mehr realisieren konnten, einmalig ein Tag Dienstbefreiung gewährt wird. Der Kreis Lippe hat sich dieser Regelung angeschlossen. Insoweit war ein weiterer Rückstellungsbedarf für periodenfremde Urlaubs-/Gleitzeit in Höhe 28.549.- € zu berücksichtigen. Die Rückstellung war daher in der Eröffnungsbilanz auf insgesamt 1.347.762.- € zu korrigieren.

Während sich der Rückstellungsbedarf für Überstunden zum Bilanzstichtag 31.12.2006 gegenüber dem Eröffnungsbilanzstichtag um 17.076.- € erhöht, vermindert sich der Rückstellungsbedarf für Überstunden um 9.781.- €. Die entsprechenden Zu- und Abgänge sind entsprechend verbucht.

- **Altersteilzeit**

Rückstellungen für Altersteilzeit wurden ursprünglich in Höhe von 2.393.440.- € bilanziert und unter der Bilanzposition Pensionsrückstellungen ausgewiesen. Zum Bilanzstichtag 31.12.2006 erhöht sich die Rückstellung um insgesamt netto 264.400.- € auf nunmehr 2.657.840.- €.

Darüber hinaus hat das Innenministerium NRW mit Runderlass vom 30.10.2006 die bisherigen Muster zur Gemeindehaushaltsverordnung geändert, danach sind nunmehr Rückstellungen für Altersteilzeit unter der Kontenklasse 28 (sonstige Rückstellungen) zu bilanzieren. Die entsprechende Umbuchung ist erfolgt.

- **Investitionen des EB ISB – Sparte Straßen**

Für bereits in den Vorjahren durchgeführte, aber noch nicht (end-)abgerechnete Investitionen im Bereich Straßenbau wurden im Rahmen der kameralen Jahresrechnung 2005 Haushaltsausgabereste in Höhe von 880 T€ eingestellt. Diese wurden als Rückstellung in das NKF überführt.

Abgerechnet wurden zwischenzeitlich Baumaßnahmen und Grunderwerbskosten in Höhe von rd. 760 T€, die verbleibenden 120 T€ wurden als Auszahlungsermächtigung erneut im Budget 2007 veranschlagt.

- **Investitionen in der Kernverwaltung**

Für bereits in den Vorjahren durchgeführte, aber noch nicht (end-) abgerechnete Investitionen im Regiebetrieb Bevölkerungsschutz und im Fachbereich 4 – Umwelt - wurden im Rahmen der kameralen Jahresrechnung 2005 Haushaltsausgabereste in Höhe von 119 T€ eingestellt. Diese wurden als Rückstellung in das NKF überführt.

Die tatsächlichen Zahlungsverpflichtungen sind in 2006 vollständig abgerechnet und kassenwirksam geworden, nicht benötigte Rückstellungen wurden in Höhe von 37.985.- € (Regiebetrieb Bevölkerungsschutz) bzw. 24.000.- € (FB

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

4 - Umwelt) ertragswirksam aufgelöst. Die Rückstellung ist damit in 2006 vollständig ausgebucht.

- **Sonstige Rückstellungen**

Weitere Rückstellungen wurden in die Eröffnungsbilanz eingestellt für evt. noch abzurechnende Prozesskosten (Verfahren Finanzmakler Koch), für vorzunehmende Zustiftungen an die Stiftung Standortsicherung, für ausstehende Abrechnungen mit den Sozialen Diensten, für evt. Zuführungen an die Umweltstiftung und für noch nicht geklärte Forderungen des Eigenbetriebs ISB.

Die Rückstellung für die Eigenbetriebe und die Sozialen Dienste wurde in 2006 kassenwirksam aufgelöst. An die Stiftung Standortsicherung wurden gem. Stiftungsvertrag Zustiftungen in gleicher Höhe wie die Zustiftungen Dritter (421.550.- €) geleistet. Da die Verfahren im Übrigen noch nicht endgültig abgeschlossen sind, wurde von einer Auflösung der Rückstellungen zunächst abgesehen.

e) **Abweichungen von der örtlichen Abschreibungstabelle** und von der standardmäßig vorgesehenen linearen Abschreibung

Abweichungen von der linearen Abschreibung sind nicht zu verzeichnen, folgende Abweichungen von der örtlichen Abschreibungstabelle / Besonderheiten bei der Festlegung der Nutzungsdauer haben sich ergeben:

Nr.	Vermögens-Gegenstand	Nutzung in Jahren	Ø ND	Festsetzung Obergrenze	Festsetzung Untergrenze	Grund der Abweichung
5.18	Software ALKIS	5 - 10	7	10		Spezialsoftware
6.05	Einsatzleitwagen	15 - 20	17	20		Erfahrungswert
3.16	Satelliten-Terminal	5 – 15	10	15		Keine tägliche Nutzung
3.22	Notstromspeisung	10 – 15	12	15		Kein ständiger Einsatz
5.00	Prüfungshandbuch	3 - 20	--		5	Erfahrungswert
5.07	PC Pentium 4	3 – 5	4	5		Keine tägliche Nutzung
5.22	Tafel fahrbar	18 -25	21		18	Flexibler Einsatz, da fahrbar
5.00	Regelwerk Gesundheitsämter	3 - 20	--		5	Erfahrungswert

f) **Noch nicht erhobene Beiträge** aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen

Fehlanzeige

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

g) **Fremdwährungen** der Kurs der Währungsumrechnung

Fehlanzeige

h) **Verpflichtungen aus Leasingverträgen**

Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen in folgendem Umfang

<b>Fachbereich</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Vertragsabschluss</b>	<b>Laufzeit</b>	<b>Jährliche Kosten</b>
FB 5	Opel Agila LIP 245	04/2005	1 Jahr	1.588.- €
FB 5	Opel Meriva LIP 229	11/2005	1 Jahr	2.583.- €
FB 5	Opel Meriva LIP 204	12/2006	1 Jahr	2.604.- €

**2.4.3 sonstige Erläuterungen zu Bilanzpositionen**

Hinsichtlich der Veränderung des Anlagevermögens und der Sonderposten, der Forderungen und Verbindlichkeiten wird auf die dem Anhang beigefügten Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitspiegel verwiesen, die entsprechend erläutert sind (**⇒ vgl. Ziffern 2.1 bis 2.3**). Die sonstigen Bilanzpositionen sind nachstehend kurz erläutert:

a) **Liquide Mittel**

Der Bestand der liquiden Mittel hat sich im Laufe des Jahres 2006 von 9.906 T€ um 7.958 T€ auf nunmehr 1.948 T€ vermindert. Die Veränderung spiegelt zusammen mit der Neuaufnahme von Darlehen zur Liquiditätssicherung in Höhe von 11 Mio. € das Ergebnis der Finanzrechnung wider. Während in der Planung (ohne Neuaufnahme von Liquiditätsdarlehen) ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 21.141 T€ (vgl. Nachtragshaushalt 2006) erwartet worden war, ist nunmehr in der Finanzrechnung ein Finanzierungssaldo von rd. 18.958 T€ zu verzeichnen. Hinsichtlich der wesentlichen Veränderungen wird auf die Erläuterungen zur Finanzrechnung verwiesen. Der extrem hohe Eröffnungsbestand an liquiden Mitteln ist stichtagsbezogen, hier wirkt sich eine Kassenbestandsverstärkung durch Kassenkredit zum Jahresende 2005 für Anfang Januar 2006 zu leistende Zahlungen aus.

b) **Aktive Rechnungsabgrenzung**

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

Der Bestand der aktiven Rechnungsabgrenzung hat sich gegenüber der Eröffnungsbilanz um rd. 421 T€ auf nunmehr 4.890 T€ erhöht. Veranschlagt sind hier Zahlungen, die im abgelaufenen Jahr 2006 zu einer Auszahlung geführt haben, jedoch erst Aufwand des Folgejahres/der Folgejahre darstellen. Im Einzelnen wird auf die nachfolgende tabellarische Übersicht verwiesen, die einzelnen Rechnungsabgrenzungsposten werden im übrigen noch kurz inhaltlich erläutert:

Art der aktiven RAP	EB	Änderung der EB	Zugang 2006	Abgang 2006	Stand 31.12.2006	Veränderung
Investitionskostenzuschuss Workflow	16.000,00	16.000,00	0,00	4.000,00	12.000,00	-4.000,00
Investitionskostenzuschuss EB ISB			300.000,00	51.111,00	248.889,00	248.889,00
Investitionskostenzuschuss Toplehenschule	983.333,00	983.333,00	0,00	50.000,00	933.333,00	-50.000,00
Investitionskostenzuschuss FB 2	39.175,00	39.175,00	0,00	900,00	38.275,00	-900,00
ARAP Sozial- und Jugendhilfe	2.404.977,00	2.404.977,00	2.295.587,70	2.404.977,00	2.295.587,70	-109.389,30
Investitionskostenzuschuss Wohnraumap.			47.207,64	5.410,62	41.797,02	41.797,02
RAP KRZ-Kosten	20.000,00	20.000,00	0,00	20.000,00	0,00	-20.000,00
Investitionskostenzuschuss Revision	4.750,00	4.750,00	0,00	1.000,00	3.750,00	-1.000,00
Investitionskostenzuschuss FB 5			4.600,00	615,00	3.985,00	3.985,00
RAP Beamtenbezüge Jan.	571.449,40	571.449,40	581.912,28	571.449,40	581.912,28	10.462,88
RAP Umlage Versorgungskasse	428.884,00	428.884,00	439.728,00	428.884,00	439.728,00	10.844,00
RAP Zinsen/Tilgung Darlehen	0,00	0,00	110.158,05	0,00	110.158,05	110.158,05
RAP FB 2	0,00	0,00	529,56	0,00	529,56	529,56
RAP FB 4 - Ersatzgelder	0,00	0,00	179.542,80	0,00	179.542,80	179.542,80
sonstige RAP	0,00	0,00	26,40	0,00	26,40	26,40
<b>Bestand Aktive Rechnungsabgrenzung:</b>	<b>4.468.568 €</b>	<b>4.468.568 €</b>	<b>3.959.292 €</b>	<b>3.538.347 €</b>	<b>4.889.514 €</b>	<b>420.945 €</b>

Bei den **Rechnungsabgrenzungen aus Investitionskostenzuschüssen** handelt es sich um Zuwendungen für Investitionen an Dritte, die mit einer mehrjährigen und einklagbaren Gegenleistungsverpflichtung verbunden sind. Diese Zahlungen sind gem. § 43 Abs. 2 GemHVO als Rechnungsabgrenzung zu aktivieren und entsprechend der Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung aufzulösen.

Im übrigen handelt es sich bei den aktiven **Rechnungsabgrenzungen** um **Zahlungen im Jahr 2006 für Aufwand des Folgejahres**, beispielhaft zu nennen sind die Zahlung der Beamtenbezüge und Versorgungskassenbeiträge bereits Ende Dezember für den Januar des Folgejahres sowie Leistungen der Jugend- und Sozialhilfe, die nach den Bestimmungen des SGB ebenfalls monatlich im vorhin gezahlt werden. Hier wurde in 2006 die Auszahlung der Leistungen durch Einbuchung einer aktiven Rechnungsabgrenzung bewirkt, diese wird in 2007 durch eine entsprechende Aufwandsbuchung aufgelöst. Die Buchungssystematik stellt sich wie folgt dar:

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

In 2006:



In 2007:



### c) Allgemeine Rücklage / Ausgleichsrücklage

Die Entwicklung der allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage wird unter Ziffer 3.4.2 im Hinblick auf die Budgetentwicklung 2006 und die vorliegende Finanzplanung bereits umfassend dargestellt, insoweit wird auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

### d) Jahresüberschuss / Fehlbetrag

Der in der Bilanz ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 19.322.348,53 € resultiert dem Ergebnis der Jahresrechnung 2006 in Höhe von 19.321.980,71 € (vgl. Gesamtergebnisrechnung) und einem Fehlbetrag der Ergebnisrechnung des NKF – Pilotbereichs Revision aus dem Jahr 2005 in Höhe von 367,82 €. Der Pilothaushalt wurde im Jahr 2005 in Höhe der kassenwirksam werdenden Zahlungen durch einen Zuschuss aus dem Kernhaushalt ausgeglichen (Ausgleich der Finanzrechnung), die um 367,82 € schlechtere Ergebnisrechnung wurde dagegen nicht ausgeglichen.

Da bisher ein Haushaltsausgleich für den Pilotbereich durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage nicht herbeigeführt wurde, ist nunmehr der Betrag in Höhe von 19.322.348,53 € aus der Ausgleichsrücklage in Anspruch zu nehmen. Im Rahmen des Nachtragshaushalts 2006 wurde eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 18.115.777.- € festgesetzt, die tatsächlich erforderliche Inanspruchnahme geht um 1.206.571,53 € über die geplante Inanspruchnahme hinaus. Die höhere Inanspruchnahme ist gegenüber der Bezirksregierung gem. § 75 Abs. 5 GO NW anzuzeigen. Die wesentlichen Faktoren, die zu einer Verschlechterung der Ergebnisrechnung geführt haben, werden nachstehend noch erläutert (**⇒ vgl. Ziffer 3.5 und 4 - Berichte der Fachbereiche**).

### e) Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Die positive Ertragsentwicklung im Bereich Rettungsdienst führt zur Ausweisung eines Sonderpostens für den Gebührenaussgleich, insoweit wird zunächst auf die Ausführungen unter Ziffer 3.5.1 – Entwicklung der Gebühreneinnahmen – verwiesen.

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Jahresüberschüsse kostenrechnerischer Einrichtungen müssen nach § 6 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in den folgenden drei Jahren ausgeglichen werden und sind gem. § 43 Abs. 6 GemHVO als Sonderposten für den Gebührenaussgleich in der Bilanz auszuweisen.

Kostenüberdeckungen stellen eine Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft der Gebührenzahler dar, diese Überdeckung bei der Gebührenkalkulation für die Folgejahre zu berücksichtigen. Aufgrund der Ertragsentwicklung ist eine Anpassung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst bereits zum 01.07.2007 erfolgt, die in den Folgejahren zu erwartenden Kostenunterdeckungen werden durch Inanspruchnahme des gebildeten Sonderpostens gedeckt.

### **f) Pensionsrückstellungen**

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten, die von der Westfälisch-Lippische Versorgungskasse in Münster in Zusammenarbeit mit der Heubeck AG, Köln, erstellt werden. Die Differenz der Berechnungsergebnisse zu den Bilanzstichtagen wird der Rückstellung zugeführt (Erhöhung der Rückstellung bei aktiven Beamten) bzw. führt zu einer teilweisen Auflösung der Rückstellung (Verminderung der Rückstellung bei Versorgungsempfängern). Im Rahmen der versicherungsmathematischen Berechnung zum 31.12.2006 wurde die Senkung der Zuwendung der Beamten im Dezember 2006 berücksichtigt, was bei ansonsten unveränderten Daten zu Einsparungen von rd. 1,8 % führte. Unter Berücksichtigung der sonstigen Effekte (Berücksichtigung der Fluktuation, struktureller Veränderungen etc.) sanken die bilanzierten Rückstellungen im Ergebnis um rd. 1,1 Mio. €.

### **g) Rückstellungen für Deponien und Altlasten**

Die Rückstellungen für Deponien und Altlasten vermindern sich im Budgetvollzug 2006 um rd. 10 T€, nachdem eine vorzunehmende Rückstandsuntersuchung der Boden- und Bauschuttdeponie Kalletal - Bavenhausen durchgeführt und abgerechnet werden konnte.

### **h) Passive Rechnungsabgrenzung (PRAP)**

Der Bestand der Passiven Rechnungsabgrenzung hat sich im Budgetvollzug 2006 um rd. 485 T€ von 2.137 T€ auf nunmehr 1.652 T€ vermindert. Eingebucht sind hier Einzahlungen des abzuschließenden Haushaltsjahres 2006 oder der Vorjahre, die einen Ertrag erst des Folgejahres / der Folgejahre darstellen.

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

Art der passiven RAP	EB	Änderung der EB	Zugang 2006	Abgang 2006	Stand 31.12.2006	Veränderung
Gebühren Liegenschaftskataster	1.946.670,73	1.946.670,73	0,00	295.733,58	1.650.937,15	-295.733,58
Verwaltungsgebühren FB 2	700,00	700,00	0,00	700,00	0,00	-700,00
UVG-Landesanteil Januar 2006	88.673,00	88.673,00		88.673,00	0,00	-88.673,00
Landeszuweisung Feuerschutz	7.500,00	7.500,00	0,00	7.500,00	0,00	-7.500,00
Zuweisung LWL Luftfahrtausstellung OWL	36.000,00	36.000,00	0,00	36.000,00	0,00	-36.000,00
Zinsen Kassenkredit	8.115,00	8.115,00	0,00	8.115,00	0,00	-8.115,00
Leistungen Altersteilzeit Bundesagentur	7.123,10	7.123,10	0,00	7.123,10	0,00	-7.123,10
Kostenerstattung Hilfe zur Pflege	8.372,79	8.372,79		8.372,79	0,00	-8.372,79
Kostenerstattung Jugendhilfe	31.858,40	31.858,40		31.405,40	453,00	-31.405,40
Bußgeldeinzahlungen	1.630,40	1.630,40		1.630,40	0,00	-1.630,40
<b>Bestand Passive Rechnungsabgrenzung:</b>	<b>2.136.643,42</b>	<b>2.136.643,42</b>	<b>0,00</b>	<b>485.253,27</b>	<b>1.651.390,15</b>	<b>-485.253,27</b>

Soweit Einzahlungen für 2006 bereits zum 31.12.2005 in der Kasse verbucht waren, sind diese als PRAP in der Eröffnungsbilanz bilanziert und im Laufe des Jahres 2006 weitestgehend ertragswirksam aufgelöst worden.

Lediglich im FB 5 haben verschiedene Kommunen, Versorgungsunternehmen und sonstige Dienstleister bereits vor einigen Jahren eine Vorfinanzierung zur Forcierung der Digitalisierung und Automatisierung des Liegenschaftskatasters bereitgestellt. Entsprechende Auskünfte aus dem Liegenschaftskataster erhalten die Einzahler vereinbarungsgemäß daher zunächst kostenfrei gegen Verrechnung mit der Vorschusszahlung. In Höhe der tatsächlichen Inanspruchnahme der Auskünfte wird der in die Eröffnungsbilanz eingestellte PRAP ertragswirksam aufgelöst. Für 2006 wurden Auskünfte in einem Gegenwert von rd. 296 T€ in Anspruch genommen.

**i) Summenblatt der Bilanz / nicht zugeordnete Positionen**

Die Schlussbilanz weist im Summenblatt nochmals das Jahresergebnis sowie die Summen Aktiva und Passiva aus, zusätzlich werden nicht zugeordnete Positionen in Höhe von 7.958.608,79 € ausgewiesen. Es handelt sich hier um die Veränderung der liquiden Mittel im Laufe des Jahres 2006 für den Kassenhaushalt insgesamt. Der Ausweis spiegelt daher nochmals das Ergebnis der Finanzrechnung:

Ergebnis Finanzrechnung	- 18.958.608,79 €
<u>Neue Kassenkredite</u>	<u>+11.000.000,00 €</u>
Inanspruchnahme Liquidität	<u>- 7.958.608,79 €</u>

### **3. Allgemeiner Jahresrückblick, Lagebericht**

#### **3.1 Rückblick auf die Umstellung der Haushaltswirtschaft**

Der Kreis Lippe hat als einer der ersten Kreise in NRW zum 01.01.2006 die bisherige kamerale Haushaltsplanung und Haushaltsführung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement - NKF - umgestellt. Die Umstellung erfolgte nicht schrittweise für einzelne Aufgabenbereiche, sondern für das gesamte Haushalts- und Rechnungswesen. Es gelten daher nun für die Haushaltsplanung, die Haushaltsführung und den Rechnungsabschluss die Bestimmungen des Gesetzes über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Neues Kommunales Finanzmanagementgesetz NRW – NKFG NRW) vom 16.11.2004.

Die Umstellung bedeutete sowohl für die Mitarbeiter der Verwaltung, als auch für die Entscheidungsträger der Politik eine Abkehr von gewohnten Instrumenten und Darstellungen, an deren Stelle im NKF neue, aussagekräftigere und nachhaltigere Informations- und Planungsinstrumente getreten sind.

Der Kreis Lippe hat sich in den verschiedenen Bereichen des NKF sehr sorgfältig und mehr als 1 ½ Jahre in einem NKF – Projekt mit 4 Teilprojektgruppen auf die Umstellung vorbereitet. Viele inhaltliche und technische Fragestellungen waren zu beantworten und Vorbereitungen für den laufenden Geschäftsbetrieb zu treffen. So wurden beispielsweise

- insgesamt über 30 verschiedene intensive Schulungen und Informationen der verschiedenen Zielgruppen durchgeführt,
- die Produktstruktur und die dahinterliegende Buchungssystematik und Kontierung an die endgültige Struktur lt. Gesetz angepasst,
- das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen erfasst, bewertet und die Abschreibungen ermittelt,
- Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Forderungen ermittelt und bewertet sowie
- die Organisationsstruktur der neuen NKF - Finanzbuchhaltung den neuen Anforderungen angepasst.

Trotz der umfangreichen Vorarbeiten stellten sich viele Detailfragen sowohl zur technischen als auch zur systematischen Buchungsabwicklung erst im Rahmen der Haushaltsausführung

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

2006, die in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Rechenzentrum und der Revision im Haus, vereinzelt durch Inanspruchnahme des NKF - Forums NRW, geklärt werden konnten.

Darüber hinaus hat sich in einigen Punkten gegenüber der Haushaltsplanaufstellung 2006 zwischenzeitlich auch die vom Innenministerium NW vertretene Rechtsauffassung geändert.

Insoweit waren im Rahmen der Haushaltsausführung z.T. auch größere Abweichungen von der ursprünglichen Budgetplanung zu verzeichnen, zu nennen sind hier beispielhaft:

- die Passivierung der in der Vergangenheit gezahlten Investitionspauschalen des Landes in der Eröffnungsbilanz sowie deren ertragswirksame Auflösung (⇒ +688T€ - vgl. auch Ziffer 3.5.1. – Schlüsselzuweisungen)
- die Bildung von Rückstellungen für die in 2006 drohenden Betriebsverluste der Eigenbetriebe (-4.712 T€)
- die bilanztechnische Verbuchung der Ersatzleistungen der Eigenbetriebe (-2.180 T€ - Erstattung von Zins- und Tilgungsleistungen für Altdarlehen) sowie
- die veränderte Abbildung der Durchführungsmaßnahmen in den Landschaftsplangebieten sowohl in der Ergebnis- als auch der Finanzrechnung

Nähere Erläuterungen finden sich auch bei den entsprechenden Fachbudgets. (⇒ vgl. *Berichte der Fachbereiche unter Ziffer 4*)

Weitere Schwerpunkte der Arbeiten in 2006 waren:

- die Abstimmung des laufenden Buchungsgeschäfts in der neuen KIRP-Kassenbuchhaltung, die das bis Ende 2005 noch genutzte alte HKR-Kassenverfahren abgelöst hat,
- die Vorbereitung des Entwurfs der Eröffnungsbilanz und die Begleitung der Prüfung durch die Revision,
- die Einführung der Anlagenbuchhaltung und der Inventarisierungssoftware KAI sowie
- der Aufbau des NKF - Berichtswesens

### **Grundzüge des NKF**

Mit der Einführung des NKF verfolgt das Land Ziele, die für die weiteren Perspektiven der Kommunen entscheidende Bedeutung haben:

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

- Sicherung und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Qualität der Leistungen sowie der Steuerung der Kommune durch konsequente Produktorientierung und Steuerung über Ziele und Kennzahlen
- Die Abkehr vom Geldverbrauchs-konzept hin zum Ressourcenverbrauchs-konzept bedeutet die Darstellung des gesamten Ressourcenverbrauchs und Ressourcenaufkommens einer Kommune: Aufwand und Ertrag anstelle bisheriger Ausgaben und Einnahmen
- Förderung nachhaltiger Haushaltswirtschaft und intergenerativer Gerechtigkeit sowie die Einführung eines einheitlichen Rechnungswesen für die Kommune einschließlich ihrer Sondervermögen, Beteiligungen und Eigengesellschaften
- Mehr Transparenz im kommunalen Haushalt für die Bürgerinnen und Bürger

Die neuen Regelungen der Gemeindehaushaltsverordnung orientieren sich neben den bisherigen Regelungen für die Haushaltsplanung und den Haushaltsvollzug nun auch an den kaufmännischen Standards des Handelsgesetzbuches, soweit nicht kommunale Besonderheiten Abweichungen davon erforderlich machen. In diesem neuen Rechnungswesen der Kommunen sind die kaufmännischen Erfolgsgrößen „Aufwand“ und „Ertrag“ der zentrale Rechnungsstoff. Der Haushalt ist und bleibt das zentrale Steuerungs- und Rechenschaftsinstrument im kommunalen Haushaltsrecht.

Die Jahresrechnung besteht (§ 95 Abs. 1 GO NW) aus:

- der Ergebnisrechnung,
- der Finanzrechnung,
- den Teilrechnungen,
- der Schlussbilanz,
- dem Anhang und
- dem Lagebericht

Die Komponenten des neuen Haushaltsrechts in der Übersicht:



## Jahresabschluss zum 31.12.2006



Ressourcenverbrauch und Ressourcenaufkommen werden in der **Ergebnisrechnung** durch Erträge und Aufwendungen als Rechengrößen abgebildet, die ausgeglichen sein müssen, damit die Aufgabenerledigung dauerhaft gesichert ist.

Die Ein- und Auszahlungen, bei denen nunmehr zwischen „laufenden“ Ausgaben und Investitionsausgaben unterschieden wird, sowie der erforderliche Kreditbedarf werden in der **Finanzrechnung** ausgewiesen. Sie geben Auskunft über die Eigenfinanzierungsfähigkeit der Kommune und sind neben der Ergebnisrechnung sowie der Bilanz eine weitere Informationsquelle zur Beurteilung der finanziellen Situation der Kommune. Die Finanzrechnung ist in ihren Grundzügen mit dem bisherigen kameralen Haushaltsplan vergleichbar, wobei allerdings die bisherige strenge Unterteilung in Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt nicht mehr besteht.

Im Gegensatz zur Finanzplanung werden in der Gesamtfinanzrechnung erstmals auch die Neuaufnahme und Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) ausgewiesen.

Die in der Jahresrechnung abzubildenden **Teilrechnungen** nach Produktbereichen bilden die Verbindung zwischen dem an sie anknüpfenden Ressourcenverbrauch und den angestrebten Zielen und Wirkungen. Die produktorientierte Gliederung ist deshalb das führende Gliederungsprinzip für den Haushaltsplan und die Jahresrechnung. Die abzubildenden Produktbereiche sind verbindlich vorgegeben. Auf die Darstellung der einzelnen Teilrechnungen im Detail wurde im Zuge des 1. NKF - Jahresabschlusses verzichtet, hierzu wird auf die Saldenübersichten unter Ziffer 1.6 verwiesen.

Im Rahmen der Jahresrechnung bildet die **Schlussbilanz** das zentrale Element der drei Rechnungskomponenten, sämtliche andere Rechnungskomponenten sind vorher abzuschlie-

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

Ben. Insbesondere die Bildung bzw. die Fortschreibung von Rückstellungen ist zu klären, darüber hinaus ist die Anlagenbuchhaltung abzuschließen und die Abschreibungen sind zu buchen.

Das in der Ergebnisrechnung der Kommune ermittelte Rechnungsergebnis wird im Rahmen des Jahresabschlusses auf den Bilanzposten Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag gebucht. Dies bewirkt bei einem positiven Ergebnis eine Eigenkapitalerhöhung, bei einem negativen Ergebnis eine Eigenkapitalminderung (Ausgleichsrücklage).

Der in der Finanzrechnung ermittelte Zahlungsbestand stellt den Bestand an Liquiden Mitteln in der Bilanz dar, ebenso wird der Kassenkreditbestand zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

### **Übernahme der Altdatenbestände in das NKF – System**

Aus dem bisherigen Haushalts- und Kassenverfahren waren verschiedene Altdatenbestände in die NKF - Systematik zu übertragen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen nachstehend die wesentlichen Bereiche der Altdatenübernahme kurz dargestellt werden:

#### ➤ **Kasseneinnahmereste**

Die zum Bilanzstichtag 31.12.2005 nicht realisierten Forderungen der Kasse wurden teilweise maschinell, weitgehend jedoch manuell auf die NFK - Konten (Personen- und Forderungskonten) übertragen. Insgesamt waren rund **2.000** Kasseneinnahmereste mit einem Forderungsvolumen in Höhe von rd. **6,6 Mio. €** für die Eröffnungsbilanz manuell zu erfassen.

Realisierte Kasseneinnahmereste aus Vorjahren spiegeln sich in der Jahresrechnung 2006 lediglich in der Finanzrechnung wider, da es sich um Erträge aus Vorjahren handelt, insoweit war die in die Eröffnungsbilanz eingestellte Forderung auszubuchen.

#### ➤ **Haushaltsausgabereste**

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2005 wurden Haushaltsausgabereste nur im unabdingbar notwendigen Umfang bereitgestellt. Im Vermögenshaushalt wurden diese gebildet für zum Bilanzstichtag bereits erbrachte, aber noch nicht abgerechnete Leistungen. Entweder lagen zum 31.12.2005 Rechnungen noch nicht vor oder aber der Zahlungstermin lag im Folgejahr.

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Die noch offenen Zahlungen wurden als Verbindlichkeit bzw. Rückstellung in die Eröffnungsbilanz übernommen, die Ergebnisrechnung wurde lediglich im Rahmen bereits zu berücksichtigender Abschreibungen berührt. In der Finanzrechnung sind die entsprechenden Zahlungen berücksichtigt. Alle übrigen Ansätze wurden soweit notwendig neu erfasst.

### ➤ **Kamerale Verwah- und Vorschusskonten**

Auf Verwah- und Vorschusskonten wurden in der Vergangenheit Ein- und Auszahlungen gebucht, die einer Haushaltsstelle (noch) nicht zugeordnet werden konnten bzw. erst nach endgültiger Abrechnung (Vorschüsse) im Haushalt verbucht wurden.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2005 vorhandene Bestände auf den Verwah- und Vorschusskonten waren bilanztechnisch als sonstige Forderungen (Vorschüsse) bzw. als sonstige Verbindlichkeiten (Verwahr) zu erfassen.

Insgesamt waren Verwahrgeldbestände in Höhe von rd. **27,1 Mio. €** (inkl. Kassenkredite, vgl. nachstehend) und Vorschüsse in Höhe von rd. **4,3 Mio. €** in das NKF zu überführen und in der Eröffnungsbilanz zu bilanzieren.

### ➤ **Kassenkredite**

Kassenkredite wurden kameral im Rahmen des in der Haushaltssatzung festgelegten Höchstbetrages aufgenommen, die Zahlungsabwicklung (Neuaufnahme und Rückzahlung) wurde aber i.d.R. über Verwahrkonten abgewickelt, d.h. es erfolgte keine Verbuchung auf Haushaltsstellen. Im Rahmen der kameralen Jahresrechnungen war daher bisher die Entwicklung der Kassenkredite nicht nachvollziehbar.

Das NKF sieht für die liquiditätsmäßige Abwicklung von Kassenkrediten erstmals gesonderte Buchungskonten vor, in der Gesamtfinanzrechnung werden die Aufnahme und die Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung ausgewiesen, in der Bilanz werden die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung auf der Passivseite (Verbindlichkeiten) dargestellt.

Insoweit war der auf Verwahrkonten zum 31.12.2005 verbuchte Kassenkreditbestand in Höhe von 22 Mio. € als Verbindlichkeit in die Eröffnungsbilanz des Kreises Lippe zu übernehmen.

➤ **Kalkulatorische Kosten**

Für Kostenrechnende Einrichtungen wurden in der kameralen Rechnung bisher angemessene Abschreibungen und eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals zur Gebührenkalkulation als Ausgaben veranschlagt. Da diese Ausgaben nicht kassenwirksam wurden, erfolgte eine zentrale Vereinnahmung in der allgemeinen Finanzierung (Einzelplan 9).

Mit der Umstellung auf das NKF mit den führenden Rechnungsgrößen „Aufwand“ und „Ertrag“ werden nach der Vermögensbewertung die Abschreibungen auf das Anlagevermögen bereits als Aufwand in der Ergebnisrechnung erfasst. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, nachrichtlich evt. Differenzen zwischen bilanzieller und kalkulatorischer Abschreibung sowie eine angemessene Verzinsung des Eigenkapitals in den Teilergebnisrechnungen auszuweisen.

➤ **Allgemeine Rücklage**

Die kameraler allgemeine Rücklage sollte zum einen durch einen Mindestbestand die ständige Liquidität der Kasse sicherstellen, zum anderen sollte die Mittelansammlung für Ausgaben des Vermögenshaushalts in künftigen Jahren ermöglicht werden. Der Bestand der allgemeinen Rücklage zum Bilanzstichtag 31.12.2005 wurde - je nach Art der Geldanlage - entweder unter den Bilanzpositionen:

- „Liquide Mittel“ (Kassenbestand und Bankguthaben),
- „Wertpapiere des Umlaufvermögens (kurzfristige Geldanlagen) oder
- „Wertpapiere des Anlagevermögens (langfristige Geldanlagen)

auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die allgemeine Rücklage stellt auf der Passivseite der Bilanz den Saldo zwischen sämtlichen Aktivposten und sämtlichen Passivposten der Bilanz (außer der allgemeinen Rücklage selbst) dar. Es handelt sich bei der Bilanzposition also um eine rein rechnerische Größe, die keinen direkten Bezug zu der bisher bekannten kameralen allgemeinen Rücklage hat.

## 3.2 Praktische Veränderungen durch das NKF

### Informationen zum Umfang des Buchungsgeschäfts beim Kreis Lippe in 2006:

#### Finanzbuchhaltung

Anzahl Haushaltsstellen alt rd.	1.500
Anzahl Produkte	111
Anzahl Produktsachkonten rd.	9.300

Anzahl Datensätze im Personen-Stammdaten-Management:	15.853
Anzahl gescannter Belege rd.	17.000
Anzahl KIRP – Buchungen rd.	32.000
Anzahl bebuchter Produktsachkonten (x 2,7) rd.	87.000
Anzahl bebuchter Sachkonten Finanzbuchhaltung (x4) rd.	340.000

#### Zahlungsbwicklung

Anzahl Vorgänge Zahlungsabwicklung rd.	405.000
Anzahl Buchungen Zahlungsabwicklung (x2) rd.	800.000

### Anzahl Buchungen auch Sachkonten insgesamt **1.140.000**

Die Einführung des NKF beim Kreis Lippe hat es erforderlich gemacht, die Finanzsoftware KIRP an die Anforderungen des NKF anzupassen. Hierfür war es notwendig, alle Konten und die nunmehr **111 Produkte** neu einzurichten, die Produktsachkonten zu bilden, die Fachbereichsbudgets abzugrenzen und anzulegen und das "Personen Stammdaten Management – PSM" zu überarbeiten. Allein für die Überarbeitung des PSM waren 8.154 Daten aus der Zentralen-Adress-Datei (ZAD) und 11.388 Daten aus dem bisher geführten PSM durchzusehen. Aktuell sind 15.853 Daten im PSM erfasst. Ferner war das Berichtswesen an die Anforderungen des NKF anzupassen. Hierzu gehörte auch die Erfassung von Kennzahlen im Programm "ProFIS".

Aufgrund der besonderen Anforderungen des NKF war es außerdem notwendig, ein vollständig neues Kassenprogramm (KIRP - Kasse) einzuführen. Dazu wurden in 2005 entsprechende Stammdaten in die Software eingepflegt. Darüber hinaus fanden umfangreiche Schulungen der MitarbeiterInnen statt. Die besondere Herausforderung für die MitarbeiterInnen der Zahlungsabwicklung war dabei die gleichzeitige Umstellung sowohl der Buchungssystematik als auch der Software. Trotz intensiver Vorbereitung ergaben sich auch hier im laufenden Buchungsgeschäft noch einige Probleme und Unklarheiten, die im Laufe des Jahres bereinigt wurden.

Die Umstellung von der Kameralistik auf das NKF zum 01.01.2006 hat auch eine Reihe von organisatorischen Veränderungen mit sich gebracht. So ist die dezentrale Buchung (dezentrale HÜL) in den einzelnen Fachbereichen aufgegeben und stattdessen im Fachbereich

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Service unter dem Dach des neuen Fachgebiets "Finanzen, Controlling, Beteiligungen" sowohl die Zahlungsabwicklung (früher: Kreiskasse) als auch die zentrale Geschäftsbuchführung und eine zentrale Stelle zur Buchung aller Rechnungen (zentrale Buchungsstelle) eingerichtet worden.

Weiter ist das Produkt Beteiligungen in das Budget des Fachbereichs Service überführt worden. Bis auf die Auflösung des ehemaligen Produktes "Zentrale Dienste" ist die Produktstruktur des Fachbereichs Service ansonsten unverändert geblieben.

Die neue Organisationseinheit des Fachgebiets "Finanzen, Controlling, Beteiligungen" mit ihren Aufgaben stellt sich wie folgt dar:



Zeitgleich mit dem NKF ist die papierlose Bearbeitung aller Zahlungsvorgänge eingeführt worden. Hierbei werden z.B. Rechnungen direkt nach ihrem Eingang beim Kreis Lippe gesamt und in ein elektronisches Format umgewandelt. Die Papierrechnung wird anschließend nicht mehr benötigt. Weitere eigene Belege (Vermerke, Berechnungen, Aufteilungen, Buchungsanordnungen und sonstige zahlungsbegründende Unterlagen) werden aus der

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

elektronischen Sachbearbeitung am PC direkt in den papierlosen Zahlungsverkehr eingespeist.

Mit Hilfe der neuen Software "E-Work" erfolgt anschließend die weitere Bearbeitung innerhalb eines "Workflows", d.h. die beteiligten MitarbeiterInnen (Controller, Sachbearbeiter, Vorgesetzte und schließlich die zentrale Buchungsstelle) erhalten einen elektronischen Vorgang, der papierlos bearbeitet werden kann. Hierbei werden die zur Buchung in KIRP erforderlichen Angaben von den MitarbeiterInnen in den zuständigen Fachgebieten in eine Bildschirmmaske eingegeben. Nach kennwortgeschützter Freigabe der Buchung durch die freigabeberechtigte Person (i.d.R. Vorgesetzte) werden die Daten anschließend in der Finanzbuchhaltung auf Plausibilität geprüft und gebucht. Die bisher benötigte manuelle Unterschrift, z.B. die Bestätigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit, ist nicht mehr erforderlich ist.

Der Umfang des neuen Buchungsgeschäfts in Haushalt und Zahlungsabwicklung hat sich im NKF gegenüber der Kameralistik erhöht. Ursache hierfür ist unter anderem, dass zum einen im NKF bei einer Buchung sowohl die Finanz- als auch die Ergebnisrechnung und damit jeweils zwei Produktsachkonten angesprochen werden (X4). In der Kameralistik wurde hingegen nur eine Haushaltsstelle bebucht. Zum anderen wird im NKF, soweit dies erforderlich ist, eine Rechnung verursachungsgerecht unterschiedlichen Produkten zugeordnet, was zur Folge hat, dass bei der Buchung einer Rechnung auch mehrere Produkte mit den entsprechenden Produktsachkonten bebucht werden. In der Kameralistik ist die Buchung bis auf wenige Ausnahmefälle nur über eine Haushaltsstelle erfolgt.

So werden nun auch die Personalkosten verursachungsgerecht und aufgeschlüsselt nach Art der Bezüge (Beamte, tariflich Beschäftigte, Beitrag zur Versorgungskasse Beamte, Beitrag zur Versorgungskasse Beschäftigte, etc.) den einzelnen Produkten zugeordnet. Dieses Buchungsverfahren erfolgt mittlerweile aber weitgehend automatisiert über ein Schnittstelle des Personalabrechnungsverfahrens zur Buchhaltungssoftware. Insgesamt findet man im Produkthaushalt nach NKF durch die Unterteilung auf die einzelnen Produkte daher wesentlich mehr Produktsachkonten als Haushaltsstellen im kameralen Haushalt. Aktuell sind in KIRP rd. **9.300 Produktsachkonten** eingerichtet, im letzten kameralen Haushalt 2005 waren dagegen „lediglich“ rd. **1.500 Haushaltsstellen** im Kernhaushalt geplant bzw. bebucht.

Der deutlich erhöhte Umfang des Buchungsgeschäfts wird auch durch folgende Zahlen verdeutlicht:

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Im Jahr 2006 sind insgesamt rd. **17.000 Einzelbelege** über E-Work seitens der Fachbereiche, in den Sonderhaushalten (Sozialhilfe überörtlicher Träger, Zweckverband Naturpark Eggegebirge/Südlicher Teutoburger Wald sowie Abfallwirtschaftsverband Lippe) und für den Landeshaushalt gebucht worden. Darüber hinaus gibt es aber auch Buchungen, die nicht über E-Work sondern über Vorverfahren (Anlagenbuchhaltung, LOGA für das Personalwesen, OK.FIS-VA für Steuern und Abgaben, etc.) gebucht werden oder Buchungen, wie Stornobuchungen, zu denen keine Belege in E-Work vorhanden sind. In Summe hat dies zu fast **32.000 KIRP-Buchungen** geführt. Hierbei sind nicht erfasst die große Anzahl von Einzelauszahlungen, die aus den Fachanwendungen (Soziales, Jugend, etc.) im Datenträgeraustausch über Sammel Listen ausgezahlt werden oder Einzahlungen, die direkt aus den Fachanwendungen (z.B. Straßenverkehr, Ordnungsangelegenheiten) gebucht werden.

Wie oben bereits erläutert werden in einer Buchung oft mehrere Produktsachkonten angesprochen. Im Ergebnis wurden hierdurch im Jahr 2006 in KIRP von Seiten der Buchungsstelle über **87.000 Einzelpositionen** gebucht. Dies ergibt im Durchschnitt 2,7 Positionen pro Buchung. Diese Buchungen erfolgt doppisch (Soll und Haben), in der Regel auch in Ergebnis und Finanzrechnung, so dass hier insgesamt rd. **340.000 Buchungen auf Sachkonten** erfolgt sind.

Durch die Zahlungsabwicklung (ehem. Kreiskasse) sind insgesamt über **406.000 Kasseneinzahlungen** vorgenommen worden. Diese Zahl enthält alle Ein- und Auszahlungen auf Bankkonten des Kreises Lippe sowie sonstige Kassenvorgänge wie die Buchung von ungeklärten Zahlungseingängen und -ausgängen, die Buchung von Bankrückläufern oder Zahlwegumbuchungen, insbesondere die Buchung von Ratenfälligkeiten. Da auch hier zumeist Sachkonten bebucht werden, werden hier über **800.000 Buchungen** auf Sachkonten vorgenommen.

### **3.3 Anforderungen an den neuen Jahresabschluss**

Mit der Einführung des NKF wird die bisherige kamerale Jahresrechnung nunmehr ab dem Jahr 2006 durch den doppischen Jahresabschluss ersetzt.

➤ **Gesetzliche Anforderungen an die kamerale Jahresrechnung**

Bisher sah § 93 GO a.F. vor, dass in der Jahresrechnung das Ergebnis der Haushaltswirtschaft einschließlich des Standes des Vermögens und der Schulden nachzuweisen war. Die Jahresrechnung war vom Kämmerer aufzustellen, vom Landrat festzustellen und innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres durch den Landrat dem Kreistag vorzulegen. Gemäß § 94 GO a.F. war schließlich die durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung bis zum 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres durch den Kreistag zu beschließen. Der Beschluss durch den Kreistag war der Aufsichtsbehörde anzuzeigen und öffentlich bekannt zu machen.

Die Jahresrechnung umfasste gemäß § 39 GemKVO a.F. neben weiteren Anlagen den kassenmäßigen Abschluss und die Haushaltsrechnung. Diese beiden Bereiche sind zwei verschiedene Abschlussarten, sie können jedoch nicht voneinander getrennt werden.

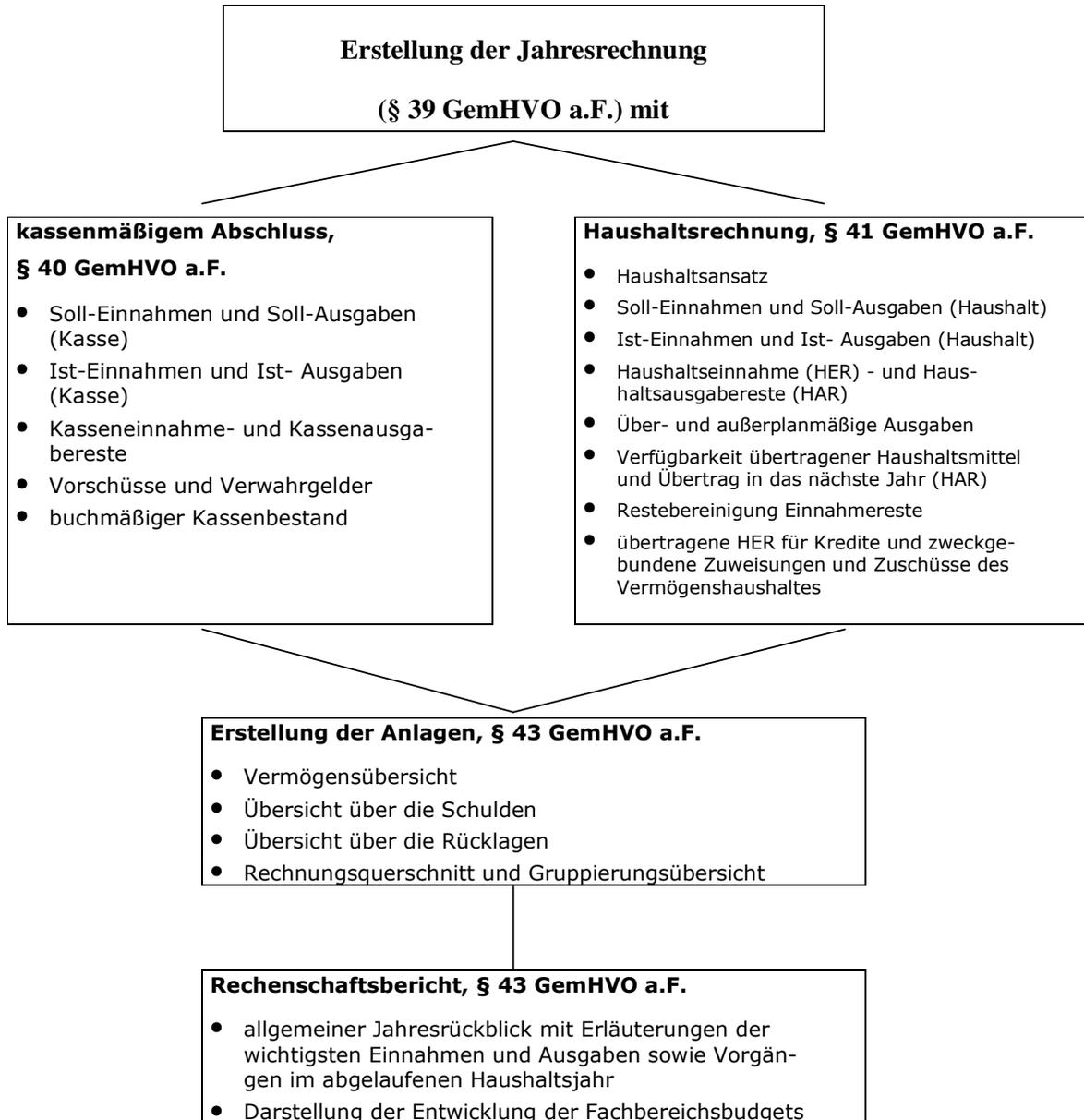
Nach § 34 GemHVO a.F. waren die Kassenbücher zum Ende des Haushaltsjahres abzuschließen, Haushaltsjahr war nach § 77 Abs. 4 GO a.F. das Kalenderjahr. Also war das Ende des Haushaltsjahres der 31.12.. Nach diesem Abschlusstag konnten nur noch Abschlussbuchungen (z.B. Umbuchungen, Zuführungen an Rücklagen, aber keine Ist-Buchungen) vorgenommen werden. Der kassenmäßige Abschluss, der sich aus dem Abschluss der Buchungsunterlagen der Kasse (Zeit- und Sachbuch) zum Jahresabschluss ergab, war die erste Stufe der Haushaltsrechnung.

Das Ergebnis der Kassenrechnung wurde dann durch das Hinzufügen weiterer Angaben wie Haushaltsansatz, über- bzw. außerplanmäßigen Ausgabenbewilligungen und Haushaltsreste zur Haushaltsrechnung erweitert. Darüber hinaus waren in der Haushaltsrechnung als Soll-Einnahmen und Soll-Ausgaben alle Beträge nachzuweisen, die bis zum Ende des Haushaltsjahres fällig geworden oder darüber hinaus nicht mehr als drei Jahre gestundet worden waren. Aus diesem Grund hatten der jeweils zuständige Fachbereich und die Kasse sorgfältig zu prüfen, welche Einnahmen und Ausgaben noch im Haushaltsjahr fällig wurden. Beispielsweise hatte das Steueramt eine am 20.12. fällige Jagdsteuerzahlung zum Soll zu stel-

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

len, auch wenn bereits bekannt war, dass der Betrag in dem Jahr nicht mehr eingehen würde.

Im Einzelnen sah die Erstellung der Jahresrechnung gemäß § 39 GemHVO a.F. wie folgt aus:



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

### ➤ **Gesetzliche Bestandteile des Jahresabschlusses nach NKF**

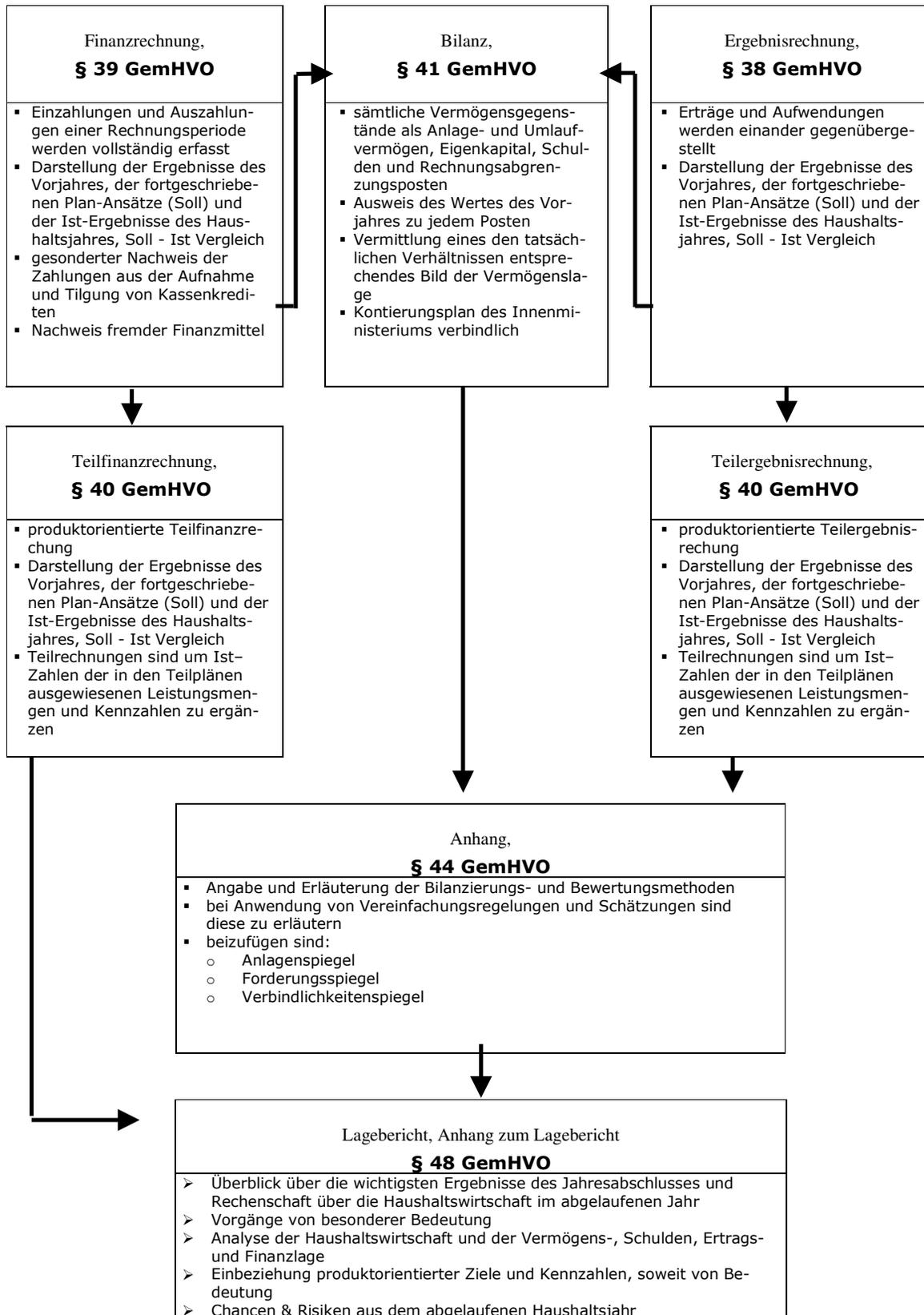
Der Jahresabschluss gemäß NKF ist nunmehr in § 95 GO und in § 37 GemHVO geregelt. In ihm ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen. Er muss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln und ist zu erläutern.

Der Jahresabschluss ist wie die Jahresrechnung vom Kämmerer aufzustellen, vom Landrat zu bestätigen und innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres durch den Landrat dem Kreistag vorzulegen. Gemäß § 96 GO ist die durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung bis zum 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres durch den Kreistag durch Beschluss festzustellen. Neu hinzugekommen ist die Regelung, dass der Kreistag zugleich über die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages beschließt. Der Beschluss durch den Kreistag ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen und öffentlich bekannt zu machen.

Die Elemente des Jahresabschlusses sehen wie folgt aus:



# Jahresabschluss zum 31.12.2006



➤ **Gegenüberstellung Jahresrechnung und Jahresabschluss**

Der doppische Jahresabschluss unterscheidet sich in vielen Bereichen von der bisherigen kameralen Jahresrechnung. Neben der Funktion der Abrechnung von Buchungsvorfällen in der Ergebnis- und Finanzrechnung wird im doppischen Jahresabschluss eine (Schluss-)Bilanz erstellt. Sie enthält Informationen, die es bisher in der kameralen Jahresrechnung nicht gab. Die (Schluss-)Bilanz ist ein wichtiger Bestandteil des Jahresabschlusses und stellt sämtliche Vermögensgegenstände, das Eigenkapital und die Schulden des Kreises dar. In ihr werden Bestände zum Eröffnungs- und Abschlusszeitpunkt ausgewiesen. Damit wird im doppischen Jahresabschluss entgegen der kameralen Jahresrechnung das kommunale Vermögen erstmals den Schulden gegenüber gestellt und damit das Eigenkapital der Kommune ermittelt.

Ganz neu hinzugekommen ist die Aufstellung über die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes, Landrat, Kämmerer, Kreistagsmitglieder mit Name, Vorname, Beruf, Mitgliedschaften in Gremien, Organen von Beteiligungen des Kreises sowie Mitgliedschaft in Organen sonstiger Unternehmen. Diese Vorschrift gewährleistet die notwendige Transparenz über die Verantwortlichkeiten für das haushaltswirtschaftliche Handeln des Kreises.

In der kameralen Jahresrechnung konnte abgelesen werden, wann und wofür Einzahlungen oder Auszahlungen geleistet worden sind. Es konnte jedoch nicht abgeleitet werden, welche Wertveränderungen mit diesen Ein- und Auszahlungen verbunden waren. Mit Hilfe des Jahresabschlusses nach NKF ist es nunmehr möglich, nicht nur Einnahmen und Ausgaben sondern auch Aufwendungen und Erträge und damit die Wertveränderungen periodengerecht darzustellen. Somit wird erstmalig im Haushalt der vollständige Ressourcenverbrauch ausgewiesen.

Der doppische Jahresabschluss und der Haushaltsplan nach NKF sind nahezu identisch aufgebaut. Hierdurch ist es möglich, nicht nur Soll-Ist-Vergleiche durchzuführen. Weiter wird im Jahresabschluss nach NKF durch die Produktorientierung ausgewiesen, welche Ergebnisse mit welchen eingesetzten Mitteln erzielt worden sind, und nicht allein wie bisher, wie viel Geld eingesetzt worden ist.

Insgesamt hat der Jahresabschluss für die Verwaltung damit auch die Funktion, der Politik gegenüber Rechenschaft über die tatsächliche Aufgabenerledigung, die Einhaltung des Haushaltsplans und die wirtschaftliche Entwicklung der Kommune zu geben. Zudem können die Kreistagsmitglieder im Jahresabschluss überprüfen, inwieweit die politischen bzw. strategischen Zielsetzungen umgesetzt und welche Mittel dafür verwendet wurden. Der doppi-

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

sche Jahresabschluss trägt damit insgesamt zur Verbesserung der Steuerungsmöglichkeiten bei.

### ➤ **Praktische Anforderungen an den neuen Jahresabschluss**

An den Jahresabschluss nach NKF stellen sich gegenüber der kameralen Jahresrechnung neue praktische Anforderungen.

Durch die Ergebnis- und Finanzrechnung ist es im Gegensatz zur Kameralistik im NKF nunmehr möglich, auch nach Ablauf des Haushaltsjahres (01.01. bis 31.12.) weiter Aufwands- und Ertrags-Buchungen (Ergebnisrechnung) auf das bereits abgelaufene Haushaltsjahr vorzunehmen. Hierdurch wird sichergestellt, dass der jeweilige Aufwand und Ertrag auch dem Haushaltsjahr zugeordnet wird, in dem er entstanden ist. In der Kameralistik war dies bisher nicht möglich. Das Buchungsgeschäft war bis auf die erforderlichen Abschlussbuchungen (insbesondere Umbuchungen) bis zum 31.12. des Haushaltsjahres zu beenden.

Der doppische Jahresabschluss ist wie die kamerales Jahresrechnung innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres dem Kreistag vorzulegen. Da jedoch weiterhin Buchungen auf das abgelaufene Haushaltsjahr vorgenommen werden, erschwert dies die rechtzeitige Vorlage des Jahresabschlusses. Es ist fraglich, ob dieser Zeitpunkt überhaupt realisiert werden kann. Die Vorlage der Jahresrechnung innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres ist aus diesem Grund seitens des Gesetzgebers äußerst knapp bemessen.

In diesem Zusammenhang haben sich die kommunalen Spitzenverbände mit Schreiben vom 11. April 2007 an den Innenminister gewandt und auf Änderungsbedarfe im Zusammenhang mit der Einführung des NKF hingewiesen. Hierin wurde u.a. angeführt, dass nach Auffassung der Mitgliedskommunen die notwendigen Vorarbeiten zur Erstellung der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, der Bilanz und des Anhangs innerhalb von drei Monaten nicht geleistet werden können. Es wurde angeregt, die Frist für die Zuleitung des bestätigten Entwurfs des Jahresabschlusses durch den Landrat an den Kreistag auf zumindest ½ Jahr (Stichtag 30.06.) zu verlängern.

In der Kameralistik bestand die Jahresrechnung bisher aus dem kassenmäßigen Abschluss und der Haushaltsrechnung (vgl. obige Ausführungen). Im Jahresabschluss nach NKF müssen nunmehr die Anlagenbuchhaltung, der Kassenabschluss, die Finanzrechnung, die Ergebnisrechnung sowie die Bilanz überprüft werden. Dabei sind folgende Schwerpunkte der Überprüfung anzuführen:

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

### Anlagenbuchhaltung:

- Erfassung aller Anlagenzugänge und –abgänge
- Aktivierung von Anlagen im Bau (AIB)
- Buchung der Jahres-Abschreibungen (AfA)
- Auflösung der Sonderposten (ertragswirksame Auflösung) entsprechend der AfA
- Erstellung des Anlagenspiegels

### Kassenabschluss:

- Abstimmung der Finanzrechnungs- und Geldbestandskonten

### Finanzrechnung:

- Sind sämtliche Einzahlungen und Auszahlungen erfasst?
- Wurden die Konten den richtigen Finanzrechnungspositionen zugeordnet?
- Stimmt der Ausweis in den Teilfinanzrechnungen?

### Ergebnisrechnung:

- Erfassung von sämtlichen Aufwendungen und Erträgen (Vollständigkeit u. Periodenzuordnung)
- Erfassung richtiger Konten/Kostenstellen/Kostenträger
- Erfassung und Bewertung von aktivierten Eigenleistungen
- Überprüfung der Darstellung von Teilergebnisrechnungen

### Bilanz:

- Bewertung des Anlagevermögens
- Abstimmung von Forderungen und Verbindlichkeiten
- Abstimmung Bankkonten, Kassenbestände
- Bewertung/Einstellung/Auflösung von Rückstellungen
- Überprüfung der Abrechnungskonten (Aktive Rechnungsabgrenzungsposten, Passive Rechnungsabgrenzungsposten)

Die Anzahl der Buchungen gegenüber der Kameralistik deutlich erhöht. Dies hat zur Folge, dass der erforderliche Kontenabgleich sowie die durchzuführende Fehlerkorrektur von Falschbuchungen aufwendiger geworden ist.

## **3.4 Allgemeine Budgetentwicklung im Laufe des Jahres**

### **3.4.1 Budgetentwicklung der Gemeinden und Gemeindeverbände**

Die finanzielle Situation der Kommunen in Deutschland<sup>4</sup> hat sich in 2006 insgesamt verbessert. Die Entwicklung der Einnahmen stand im Zeichen eines Anstiegs der kommunalen Steuereinnahmen. Sie stiegen im Haushaltsjahr 2006 um rund 5 Mrd. € auf 60,6 Mrd. € (+ 11,6 %) gegenüber 2005 erheblich an. Dabei verbesserten sie sich in allen wichtigen Bereichen über die Projektionen der vorangegangenen Steuerschätzungen hinaus, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch der massive Einbruch der Einnahmen in den Vorjahren und das insgesamt gesunkene Niveau der Einnahmen.

Der Anstieg der kommunalen Ausgaben in 2006 betrug 1,9 %. Dieser Anstieg fällt in Anbetracht der erneut überdurchschnittlich gestiegenen kommunalen Sozialaufwendungen, nach dem SGB II (insbes. Kosten für Unterkunft und Heizung der Empfänger von Arbeitslosengeld II, die zu rd. 70 % die Kommunalhaushalte belasten) und dem SGB XII, insgesamt noch gering aus. Bei einer Zunahme der gesamten Ausgaben für soziale Leistungen um 5,3 % war dies u.a. nur möglich durch eine Reduzierung der Personalaufwendungen um 1,7 %.

Bei den Ergebnissen 2006 weisen die Kommunalhaushalte noch einen negativen Finanzierungssaldo aus. Allerdings konnte durch die Ausgabenbegrenzung, vor allem aber durch die unerwartet positive Steuereinnahmenentwicklung, das Gesamtdefizit in den Kommunalhaushalten, das 2005 per Saldo noch bei 2,3 Mio. € gelegen hatte, 2006 abgebaut werden. Der insgesamt leicht positive kommunale Finanzierungssaldo des vergangenen Jahres ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Haushalte vieler Kommunen nach wie vor defizitär waren und sind.

Ein Zeichen dafür, dass die kommunale Finanzlage weiter angespannt bleibt, ist der neue Höchststand der Kassenkredite zu Ende September 2006 mit rund 27,6 Mrd. €, was einen Anstieg um 3,9 Mrd. € gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet.

---

<sup>4</sup> Quelle: Deutscher Städtetag vom 09.02.2007 – 20.06.2006 D

Am Ende des Jahres 2006 befanden sich in NRW<sup>5</sup> 197 der 427 Städte, Gemeinden und Kreise in der Haushaltssicherung. Von diesen 197 verfügten wiederum 115 über ein nicht genehmigtes Haushaltssicherungskonzept, weil sie hierfür die grundsätzlichen Rahmenbedingungen der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung nicht erfüllen konnten. In den ersten Monaten des Jahres 2007 ist die Anzahl der Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept leicht auf 190 gesunken, die Zahl der Kommunen mit nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept beträgt 113 (Stand: 10. Mai 2007). In Lippe sind aktuell 7 Kommunen (2006 = 8) in der Haushaltssicherung, hiervon haben 3 kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept.

### **3.4.2 Budgetentwicklung des Kreises Lippe**

Der Kreis Lippe hat am 23.01.2006 seinen ersten Haushalt gemäß "Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF)" zur Beratung in die Politik eingebracht, dieser ist am 13.03.2006 vom Kreistag des Kreises Lippe beschlossen worden. Damit gehört der Kreis Lippe zu einer der ersten Kommunalverwaltungen in Nordrhein-Westfalen, die das mit Gesetz zur Einführung eines Neuen Kommunalen Finanzmanagement für Gemeinden in Nordrhein-Westfalen vom 16.11.2004 neu eingeführte Haushalts- und Rechnungswesen für Kommune umgesetzt hat.

Gemäß § 75 Abs. 2 Satz 2 und 3 GO NW muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Die Verpflichtung zum Haushaltsausgleich gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann.

Bei Haushaltsaufstellung betrug im Ergebnisplan der Gesamtbetrag der Erträge 248.738 T€ und der Gesamtbetrag der Aufwendungen 260.118 T€. Damit lag im Ergebnisplan ein Fehlbetrag in Höhe von 11.380 T€. In dieser Höhe ist eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage im Haushalt vorgesehen worden, so dass der Haushalt 2006 insgesamt ausgeglichen aufgestellt werden konnte.

Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2006 lagen die endgültigen Umlagegrundlagen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz noch nicht vor, die allgemeine

---

<sup>5</sup> Kommunalfinanzbericht des IM NRW von Mai 2007

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Finanzierung wurde anhand der 1. Modellrechnung zum GFG 2006 geplant. Im Rahmen der Festsetzung des GFG 2006 reduzierten sich die Umlagegrundlagen nur noch geringfügig. Insoweit sind keine nennenswerten Veränderungen bei den Kreisumlagen zu verzeichnen. Die Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen vom Land haben sich ebenfalls leicht reduziert. Darüber hinaus haben sich geringe Minderausgaben bei der Landschaftsverbandumlage ergeben, die ebenfalls auf die reduzierten Umlagegrundlagen zurückzuführen sind.

Im Bericht zum 31.08.2006 über die Budgetentwicklung beim Kreis Lippe zeichnete sich im Rahmen des Budgetvollzugs eine Deckungslücke in Höhe von 6.670 T€ im Gesamtergebnisplan und damit ein Fehlbetrag im Gesamtergebnisplan in Höhe von insgesamt 18.104 T€ an. Der ansteigende Fehlbetrag resultierte aus erheblichen Budgetverschlechterungen im Fachbereich 3 - Jugend, Soziales und Gesundheit, während sich die Budgetverbesserungen und -verschlechterungen der übrigen Fachbereiche nahezu kompensiert haben. Insbesondere ist die Budgetverschlechterung auf Kostensteigerungen bei folgenden Bereichen zurückzuführen:

• Hilfen bei Krankheit und Alter	-850 T€
• Grundsicherung für Arbeitssuchende	-3.972 T€
• Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts	-137 T€
• Grundsicherung im Alter	-1.118 T€
• Kindertageseinrichtungen	-323 T€
• Heimerziehung	-370 T€

Diese Kostensteigerungen konnten nur zum Teil durch höhere Zuweisungen des Landes für die Umsetzung von Hartz IV in Höhe von 1.038 T€ kompensiert werden. Hinzu zeichneten sich ebenfalls eine Budgetverschlechterung bei der sonstigen allgemeinen Finanzwirtschaft durch geringere Zinserträgen aus Rücklagen in Höhe von 375 T€ sowie steigenden Zinsen für Liquiditätsdarlehen in Höhe von 400 T€ ab, was zu einer weiteren Budgetverschlechterung von insgesamt 775 T€ geführt hat.

Diese negative Entwicklung hat es erforderlich gemacht, dass der Kreistag des Kreises Lippe den 1. Nachtrag zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 am 25.09.2006 beschlossen hat. Die Verpflichtung zum Erlass der Nachtragssatzung ergibt sich aus den § 81 Abs. 2 Ziffer 1 GO NW i.V.m. den §§ 53 ff. KrO NW, wonach der Kreis unverzüglich eine Nachtragssatzung zu erlassen hat, wenn sich zeigt, dass trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit ein erheblicher Jahresfehlbetrag entstehen wird und der Haushaltsausgleich nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann.

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Wie oben dargestellt konnte bereits bei Haushaltsaufstellung der Haushaltsausgleich nur durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 11.380 T€ sichergestellt werden. Unter Berücksichtigung der Hochrechnungen des Berichtes zum 31.08.2006 ist im Rahmen des Nachtragshaushaltes die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Gesamtergebnisplanes um 6.735.758.- € auf insgesamt 18.155.777.- € angehoben worden.

In der Haushaltssatzung war zudem der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden können, auf 40.000 T€ festgesetzt. Die erheblichen Kostensteigerungen im Laufes des Jahres 2006 insbesondere für die Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie im Alter, verbunden mit teilweise erheblichen Vorfinanzierungen auf zu erwartende Landeszuweisungen, machten zudem die Anhebung des Kassenkreditrahmens um 5.000 T€ auf 45.000 T€ erforderlich.

Der Abschluss des Jahres 2006 weißt eine weitere Verschlechterung um 1.206 T€ auf. Diese resultiert weitestgehend aus einer bisher nicht veranschlagten Zuführung zu Rückstellungen für drohende Betriebsverluste der Eigenbetriebe in Höhe von 4.712 T€, veränderte Verbuchung der Tilgungserstattungen der Eigenbetriebe in Höhe von 2.180 T€, sowie Saldoverbesserungen insbesondere bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II in Höhe von 894 T€, Unterhaltsvorschuss in Höhe von 1.083 T€ und der Allgemeinen Finanzierung in Höhe von 1.266 T€.

Für den Haushaltsausgleich 2006 wird damit – über die in der Nachtragssatzung hinausgehende veranschlagte Entnahme in Höhe von 18.155.777.- € - eine weitere Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 1.206 T€ erforderlich. Der Haushalt gilt aber weiterhin als ausgeglichen, da der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann (Haushaltsausgleich gemäß § 75 Abs. 2 GO).



**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

Die Entwicklung des Haushalts des Kreises Lippe stellt sich damit insgesamt wie folgt dar:

<b>Entwicklung des kommunalen Haushalts</b>								
	Ist-Wert Vor- vorjahr  TEUR	Ist-Wert Vor- Jahr  TEUR	Haushaltsjahr		Plan-Werte Hj + 1, Hj. + 2, Hj +3  TEUR			
			Ist-Wert	Plan-Wert				
			TEUR	TEUR				
<b>Erträge</b> (insgesamt)	./.	./.	255.165	249.660	265.093	275.914	276.618	
<b>Aufwendungen</b> (insgesamt)	./.	./.	274.487	267.776	277.168	278.257	277.648	
<b>Jahresergebnis</b> (n. Ergebnisplan)	./.	./.	-19.322	-18.116	-12.075	-2.344	-1.030	
<b>Ausgleichs- rücklage</b>	Anfangsbestand	./.	47.142	48.706	27.820	15.745	13.401	
	Verringerung (-)	./.	19.322	18.116	12.075	2.344	1.030	
	Zuführung (+)	./.	0	0	0	0	0	
	Schlussbestand	./.	27.820	30.590	15.745	13.401	12.371	
<b>Haushaltsausgleich</b> (Ja/Nein)	./.	./.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
<b>Allgemeine Rücklage</b>	Anfangsbestand	./.	94.253	94.253	94.253	94.253	94.253	
	Verringerung (-)	./.	0	0	0	0	0	
	Verringerung (in %)	./.	0	0	0	0	0	
	Zuführung (+)	./.	0	0	0	0	0	
	Schlussbestand	./.	94.253	94.253	94.253	94.253	94.253	
<b>Genehmigung für die Verringerung</b> (Ja/Nein)	./.	./.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	
<b>Haushalts- sicherungs- konzept</b>	Verringerung >25%	./.	0	0	0	0	0	
	Verringerung 2 x >5%	./.	0	0	0	0	0	
	allgem. Rücklage </=0	./.	0	0	0	0	0	
<b>Genehmigung für die o.a. Verringerung und HSK</b> (Ja/Nein)	./.	./.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	



## **3.5 Wesentliche allgemeine Ertrags- und Aufwandspositionen**

### **3.5.1 Ertragspositionen**

#### **Kreisumlage**

Zur Ermittlung des Umlagebetrages wurde das bis zum Jahr 2005 praktizierte Umlageberechnungsmodell weiterentwickelt. Hiermit hat sich eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Städte und Gemeinden und des Kreises Lippe befasst und Vorschläge entwickelt.

Durch die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements – NKF - beim Kreis Lippe zum 01.01.2006 hätten sich Auswirkungen auf den Kreisumlagebedarf ergeben, insbesondere durch die künftige Veranschlagung von Abschreibungen und die Vornahme von Rückstellungen. Da das NKF jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten in den lippischen Kommunen eingeführt wird, ist vereinbart worden, das Verfahren zur Berechnung der Kreisumlage für den Übergangszeitraum bis zu einer flächendeckenden Einführung des NKF in Lippe aus Gründen der Vergleichbarkeit in der bisherigen Systematik weiterzuführen.

Für die Berechnung der Kreisumlage wurden die Werte zum Zeitpunkt der 1. Hochrechnung für das Jahr 2005 zugrunde gelegt, spätere Kostenveränderungen wurden nicht berücksichtigt. Im Haushaltsjahr 2005 wurde aufgrund der Haushaltslage der Städte und Gemeinden auf die Veranschlagung eines Betrages in Höhe von 6.380 T€ verzichtet, die Veranschlagung sollte im Jahr 2006 erfolgen und ist zunächst bei der Berechnung der Kreisumlage in die Berechnungsgrundlage einbezogen worden.

Ohne weitere Anpassungen des Berechnungsmodells (Ausnahme: Einbeziehung der Neufinanzierung des Landestheaters in Höhe von 269 T€) hätte sich gemäß der folgenden Berechnung für das Jahr 2006 ein Zahlbetrag der Kreisumlage in Höhe von 141.647 T€ ergeben:

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

<b>Fortzuschreibende Kreisumlage 2005</b>	<b>134.362</b>
<b>Kreisumlage</b>	
Veränderungsfaktor 2004 - 2005, Abrechnung	+ 1.434
Veränderungsfaktor 2005 - 2006	- 2.979
Abrechnung Zahlbetrag 2005	+ 4
<b>Zwischensumme</b>	<b>- 1.541</b>
<b>Landschaftsverbandsumlage</b>	
<b>Veränderung 2006 Ansatz – Ansatz 2005 (gleiche Höhe wie Zahlbetrag)</b>	<b>- 1.304</b>
<b>SGB XII</b>	
Sozialhilfe Veränderung 2006-2005	+ 1.500
Grundsicherung Ansatz 2006-2005	+ 800
<b>Summe Veränderungen</b>	<b>+ 2.300</b>
<b>SGB II – Hartz IV Saldo keine Veränderung</b>	<b>0</b>
<b>Landestheater</b>	<b>+ 269</b>
<b>fortzuschreibende Kreisumlage 2006 im Berechnungsmodell</b>	<b>134.086</b>
<b>Abrechnung Sonderfaktoren</b>	
Abrechnung Sozialhilfe BSHG 2004	+ 117
Veränderung Sozialhilfe SGB XII Hochrechnung 2005- Ansatz 2005	+ 1.392
Veränderung Grundsicherung SGB XII Hochrechnung 2005-Ansatz 2005	+ 864
Abrechnung Grundsicherung 2004	+ 112
<b>Abrechnung LWL-Umlage 2005 Ansatz – Zahlbetrag</b>	<b>- 1.304</b>
<b>Zwischensumme</b>	<b>+ 1.181</b>
<b>Geschobene Abrechnungsbeträge aus Vorjahr</b>	
LWL-Umlage	+ 1.526
Sozialhilfe 2003/2004	+ 3.946
Grundsicherung 2003/2004	+ 908
<b>Summe</b>	<b>+ 6.380</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>141.647</b>

Im Rahmen der weiteren Arbeit der Arbeitsgruppe Kreisumlage wurde festgehalten, dass die bisherige Systematik zunächst weitergeführt und ergänzend ein Faktor "Strukturausgleich" auf der Grundlage eines Haushaltsvergleichs zwischen Kreis Und kreisangehörigen Städte und Gemeinden eingeführt werden solle. Ziel dieses Vergleichsfaktors war es, ohne in eine Aufgabenkritik einzusteigen, ein Verfahren für eine an der konkreten Finanzsituation der Gemeinden orientierten Umlagefestsetzung nach objektivierbaren Kriterien zu entwickeln.

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Grundlage für einen Haushaltsvergleich ist der strukturelle Haushaltsausgleich des Verwaltungshaushalts der Kommunen und des Kreises. Dieser sagt aus, ob eine Kommune ihren Haushalt ausgleichen (Fehlbetrag/Überschuss) kann und darüber hinaus, ob die laufenden Betriebs- und Finanzeinnahmen die laufenden Ausgaben ohne Investitionstätigkeit decken. Der Ausgleichsbetrag des Jahres 2006 hatte sich wie folgt berechnet:

Durchschnittswert der Haushaltsvolumina Kommunen 2003- 2005	558.269 T€
Durchschnittswert der Haushaltsvolumina des Kreises 2003-2005	232.123 T€
=	41,58%
Durchschnittswert strukturelles Defizit Kommunen 2003- 2005	-41.350 T€
davon 41,58%	-17.193 T€
Durchschnittswert strukturelles Defizit Kreises 2003-2005	7.814 T€
Differenz	9.379 T€
davon Ausgleichsbetrag pauschal 65 % rd.	6.096 T€

Der daraus ermittelte Entlastungsbetrag der Kommunen bei der Kreisumlage ist schließlich in Höhe von 5.048 T€ bei der Kreisumlage einbezogen worden. Darüber hinaus ist zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit ein Betrag von 500 T€ in den Haushalt eingestellt worden.

Des Weiteren hat der Kreis auf den Nacherhebungsbetrag in Höhe von 6.380 T€ verzichtet. Daneben ist eine besondere Kostenumlage für die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhoben worden. Dementsprechend wurde eine zusätzliche Kostenerstattung durch die Städte und Gemeinde in Höhe von 17.300 T€ bei dem Produkt 005.003.001 – Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II- in den Haushalt eingeplant. Näheres wird unter Punkt 2.5.1.2 erläutert.

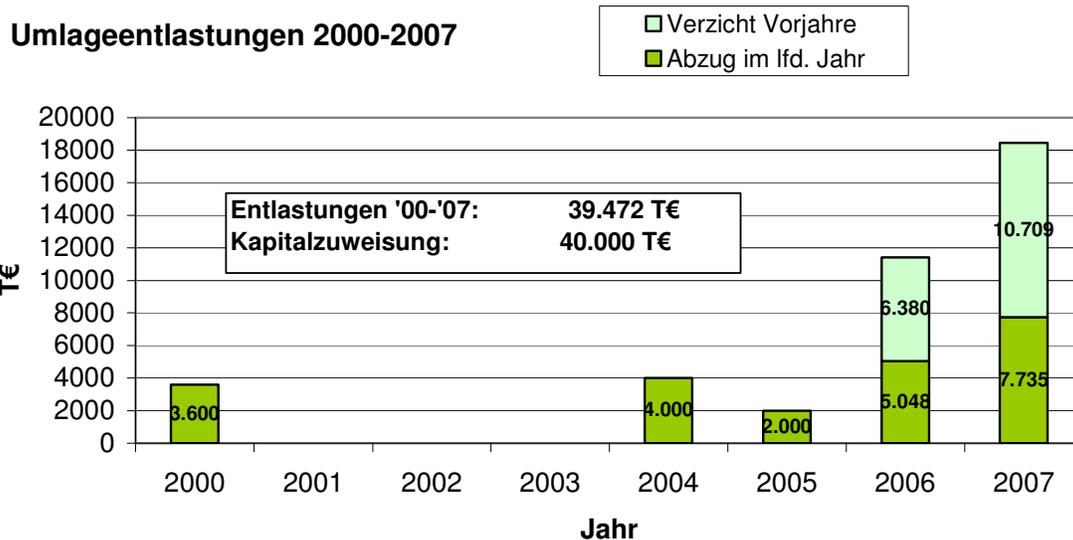
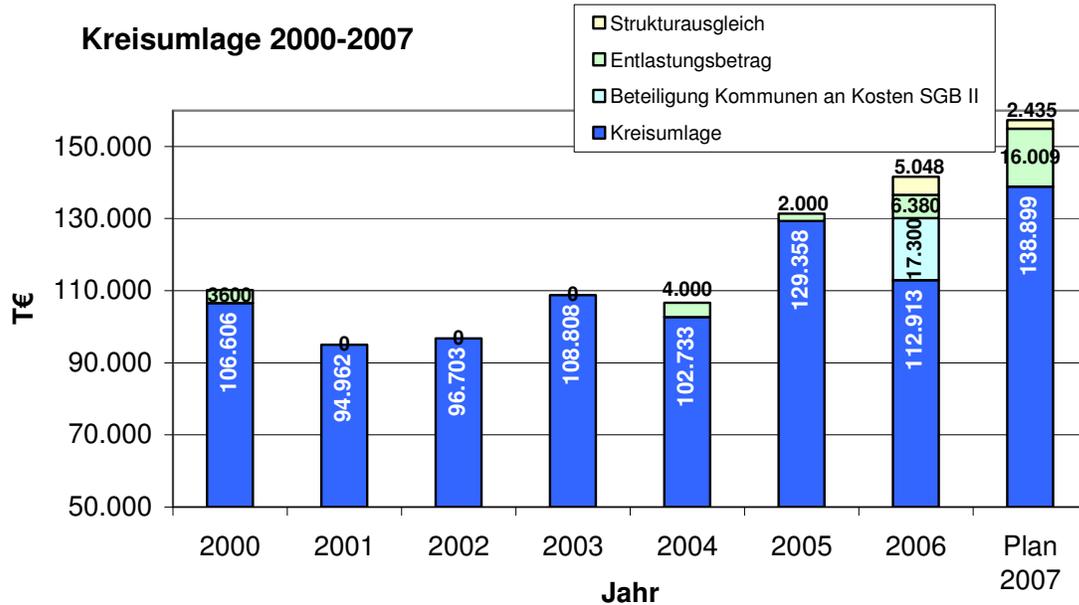
Unter Berücksichtigung aller genannten Zahlen hat sich damit für das Jahr 2006 ein Umlagebetrag für die Erhebung der Allgemeinen Kreisumlage in Höhe von **112.919 T€** ergeben:

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

Ausgangsbetrag (fortzuschreibender Umlagebetrag)	<b>134.362 T€</b>
Steigerungen (Sozialhilfe Ansatz 2006-Stand 1. Hochrechnung, Landestheater)	<b>+2.569 T€</b>
Senkungen (Einnahmeentwicklung 2006, Anpassung LWL - Umlage 2005, Verbesserung gegenüber Ansatz )	<b>-2.845 T€</b>
<b>Fortzuschreibender Kreisumlagebetrag 2006</b>	<b>134.086 T€</b>
Sozialhilfesteigerung 2005, Stand 1. Hochrechnung gegenüber Ansatz	<b>+2.485 T€</b>
LWL -Umlage aus 2004, Verbesserung gegenüber Ansatz	<b>-1.304 T€</b>
Nicht erhobene Beträge im Haushalt 2005	<b>+6.380 T€</b>
<b>Zwischensumme (Zahlbetrag 2006 im Modell alt)</b>	<b>141.647 T€</b>
Verzicht auf Nachforderung aus 2005	<b>-6.380 T€</b>
Weitere Senkung der Kreisumlage gegenüber Bedarf, wie dargestellt	<b>-5.048 T€</b>
Senkung in Höhe der Kostenbeteiligung Hartz IV, wie dargestellt	<b>-17.300 T€</b>
Umlagebetrag 2006	<b>112.919 T€</b>

Die Kreisumlage wurde entsprechend in den Haushalt 2006 eingestellt. Da zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung die endgültigen Umlagegrundlagen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz noch nicht vorlagen, wurde der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage anhand der 1. Modellrechnung zum GFG (Umlagegrundlagen 307.760.655) errechnet und mit 36,691 Hebesatzpunkten festgesetzt.

Unter Berücksichtigung der endgültigen Umlagegrundlagen 2006 (307.740.80) ergibt sich in der Jahresrechnung ein um 6 T€ geringfügig verminderter Kreisumlagezahlbetrag in Höhe von 112.913 T€.



### Kosten nach dem SGB II / SGB XII

Am 21.02.2006 ist eine Vereinbarung zwischen dem Kreis Lippe und den Städten und Gemeinden über die Abrechnung der Kosten, die dem Kreis Lippe durch die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB II entstehen, abgeschlossen worden. Folgende Kosten sollten danach nicht über die allgemeine Kreisumlage sondern im Zuge einer gesonderten Kostenumlage im Haushaltsjahr 2006 abgerechnet werden:

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

- Leistungen nach dem § 22 SGB II (Kosten der Unterkunft einschließlich Heizkosten)
- Leistungen nach § 23 SGB II (einmalige Beihilfen)
- Leistungen nach § 16 Abs. 2 S. 2 Nr. 1-4 SGB II, soweit es um die Inanspruchnahme der Hilfe im Einzelfall geht.

Weiter wurde vereinbart, dass die Verteilung des Kostenerstattungsbetrages nach den Umlagegrundlagen des Gemeindefinanzierungsgesetzes – GFG erfolgt. Ferner sah die Vereinbarung vor, dass die Kostenerstattung maximal in der Höhe der gemeindlichen Entlastung durch den Wegfall der alten Kostenerstattung in Höhe von 50 % der Kosten der Hilfe zum Lebensunterhalt (bis 2004) und der Personalkostenerstattung für durch die ARGE Lippe Pro Arbeit GmbH eingesetztes gemeindliches Personal erfolgt, wodurch der Höchstbetrag für den abzurechnenden Aufwand im Haushaltsjahr 2006 auf 17.3000.000,- € festgesetzt worden ist. Die Abrechnung der Kosten aufgrund des tatsächlichen Aufwandes des Kreises Lippe zum 15.02.2007 hat sich wie folgt dargestellt:

<b>Kostenentwicklung Hartz IV in 2006</b>		
	<b>Planung 2006*)</b>	<b>RE 2006</b>
<b>Belastung Kreis:</b> Kosten der Unterkunft, Einmalige Beihilfen, etc.	56.400.000 €	60.682.181 €
<b>Entlastung Kreis:</b> Kostenbeteiligung Bund, Kostenbeteiligung Land (GFG), etc.	37.268.000 €	38.761.410 €
<b>Netto-Belastung</b>	<b>19.132.000 €</b>	<b>21.920.771 €</b>
<b>Anteil Städte und Gemeinden</b>	<b>17.300.000 €</b>	<b>17.300.000 €</b>
<b>zusätzliche Belastung Kreis</b>	<b>1.832.000 €</b>	<b>4.620.771 €</b>

\*) ursprünglicher Haushaltsansatz

Danach haben im Jahr 2006 die Netto-Belastung des Kreises Lippe den vereinbarten Höchstbetrag um 4.620.771 € überschritten, so dass gemäß der Vereinbarung für die Abrechnung der Kosten des Jahres 2006 der Höchstbetrag in Höhe von 17.300.000,00 € maßgebend war.

### Jugendamtsumlage

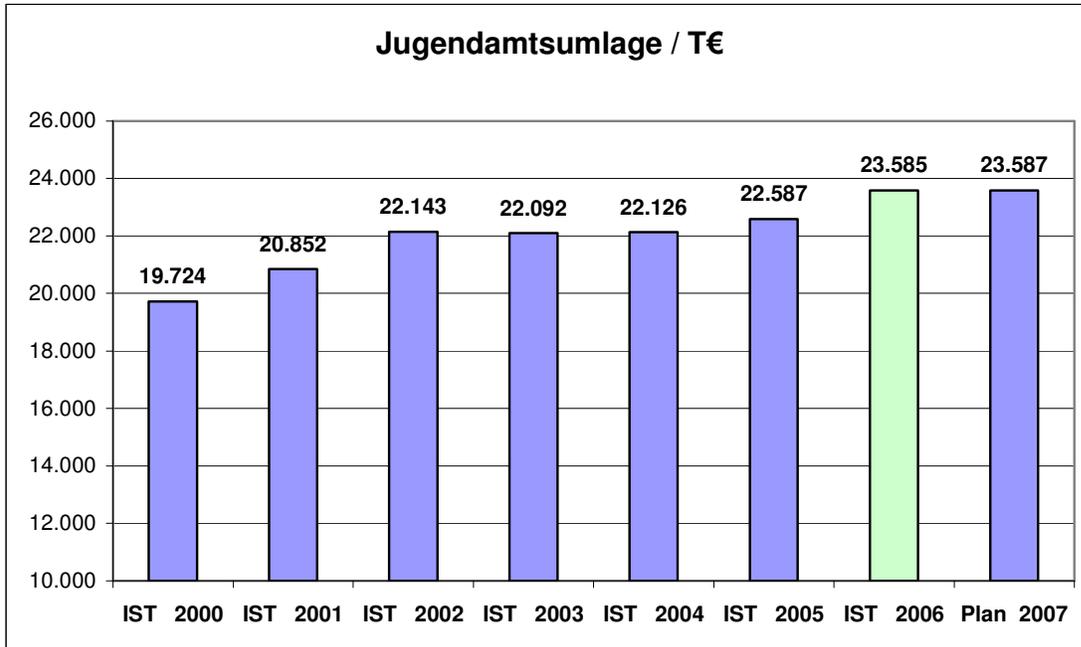
Der umlagefähige Aufwand im Bereich der Jugendhilfe ist gegenüber dem Ansatz 2005 um 1.000 T€ auf 23.587 T€ angehoben worden. Die Erhöhung war aufgrund gestiegener umlagefähiger Aufwendungen insbesondere in den Bereichen wirtschaftliche Jugendhilfe (ambu-



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

lante Leistungen) und Kindertageseinrichtungen (Abrechnungen mit den Einrichtungsträgern) erforderlich.

Aufgrund der 1. Modellrechnung zum GFG 2006 wurde ein Hebesatz in Höhe von 18,313 Prozentpunkten in der Haushaltssatzung festgesetzt. Durch die mit Festsetzung GFG 2006 verminderten Umlagegrundlagen ergeben sich geringe Mindereinnahmen von 2 T€.



### Erziehungsberatungsumlage

Der Ansatz der Erziehungsberatungsumlage hat sich gegenüber dem Jahr 2005 um 50 T€ auf nunmehr 601 T€ erhöht. Die Erhöhung war erforderlich geworden, da in dieser Höhe Fördermittel des Landes eingeschränkt worden sind. Aufgrund des relativ geringen Hebesatzes von 0,230 Prozentpunkten ergeben sich nur minimale Abweichungen vom Planansatz durch die veränderten Umlagegrundlagen.

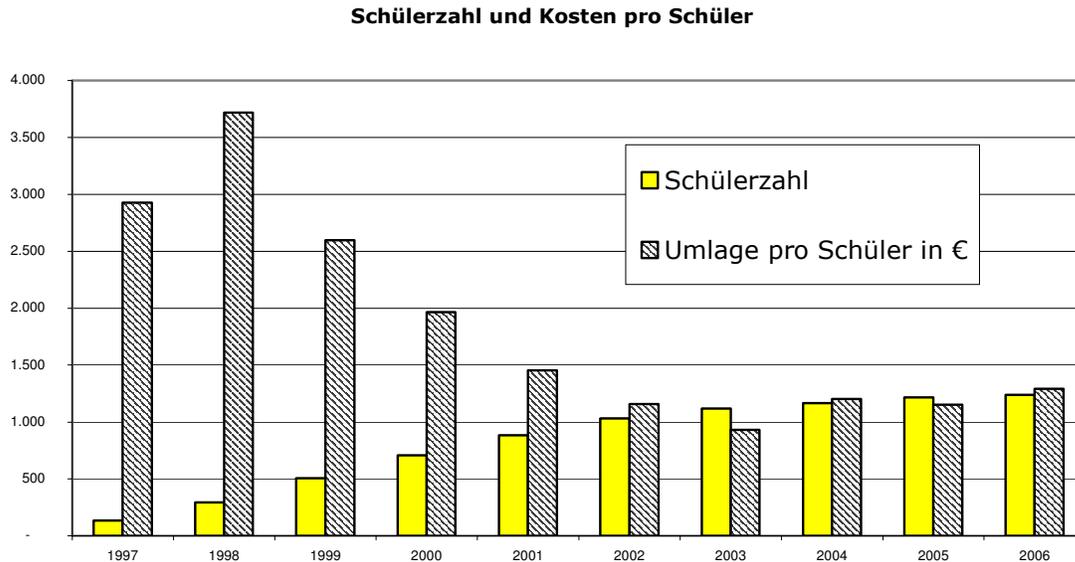
### Gesamtschulumlage

Der umlagefähige Aufwand für die Karla – Raveh -Gesamtschule in Lemgo wird als Mehrbelastung zur Kreisumlage von den Städten und Gemeinden erhoben, die SchülerInnen in die Kreisgesamtschule entsenden. Eine Erhöhung der Gesamtschulumlage um 200 T€ gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 1.600 T€ war erforderlich geworden, da die Umlage in den vergangenen Jahren den umlagefähigen Aufwand nicht decken konnte.



## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Zum Stand 15.10.2005 haben 1.239 SchülerInnen die Gesamtschule besucht. Danach lag für das Jahr 2006 eine Umlage pro Schüler in Höhe von 1.291,36 € vor. Die Entwicklung der Schülerzahl sowie die Umlage pro Schüler kann der nachfolgenden Grafik entnommen werden:



Nach Gründung der Gesamtschule zum Schuljahr 1996/1997 sind zwischenzeitlich alle Klassen eingerichtet und die Kosten pro Schüler nunmehr auf nahezu konstantem Niveau.

Die Erhebung der Umlage erfolgt gemäß der gesetzlichen Vorschriften des GFG nach den Umlagegrundlagen, so dass in der Haushaltssatzung für jede Stadt und Gemeinde ein gesonderter Hebesatz festgesetzt worden ist.

Durch die veränderten Umlagegrundlagen der GFG Festsetzung ergeben sich auch bei der Gesamtschulumlage nur minimale Mindereinnahmen gegenüber dem Planansatz.

### **Zuweisungen im Rahmen des GFG**

Die vom Land festgesetzte Schlüsselmasse in Höhe von 4.962.384 T€ wurde gegenüber dem Vorjahr um 5,8 % gekürzt (u.a. Abzug der Kreditierung aus 2005). Die maßgebliche Referenzperiode wurde vom 01.07. des Vorvorjahres bis 30.6. des Vorjahres auf den 1.10. des Vorvorjahres bis 30.09. des Vorjahres neu festgelegt. Damit entfallen künftig die Abrechnungen aus Vorjahren.

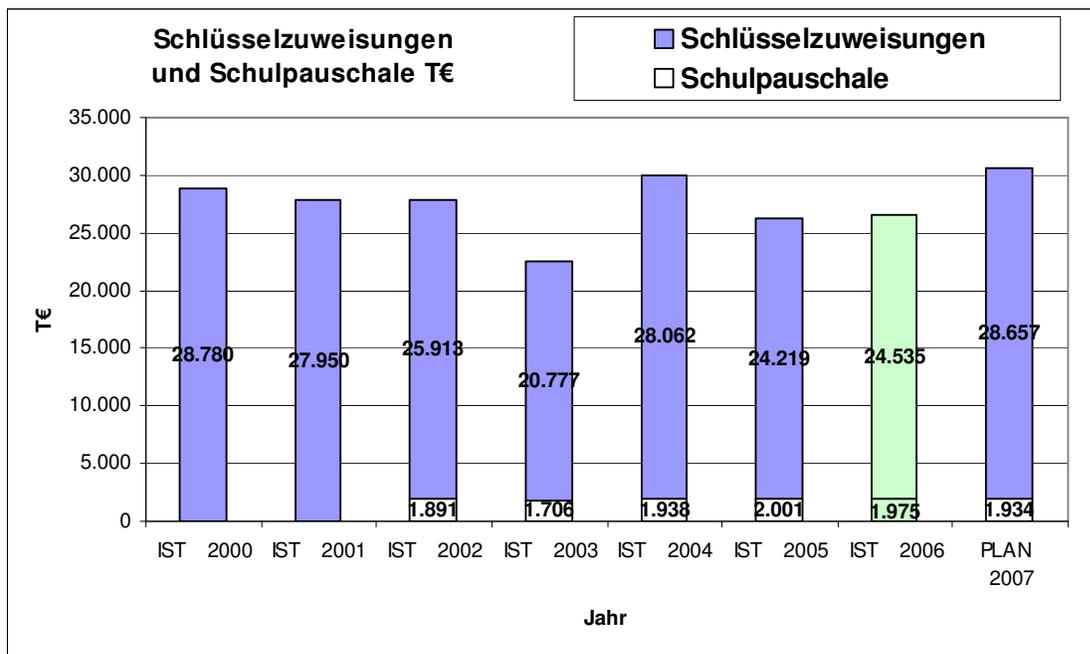
## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Die **Schlüsselzuweisungsbeträge** wurden wie folgt festgelegt:

Gemeinden	3.894.894 T€ (-5,8%)
Kreise	580.700 T€ (-5,8%)
Landschaftsverbände	486.790 T€ (-5,8%)

Auf den Kreis Lippe sind im Jahr 2006 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 24.535 T€ (+316 T€ gegenüber Festsetzung 2005) entfallen. Durch die im Rahmen der GFG -Festsetzung leicht veränderten Umlagegrundlagen waren bei den Schlüsselzuweisungen Mindereinnahmen in Höhe von rd. 6 T€ gegenüber dem Planansatz 2006 zu verzeichnen.

Die **Schulpauschale** wurde wie im Vorjahr auf insgesamt unverändert 460.000 T€ festgesetzt, auf den Kreis Lippe sind davon 1.975 T€ (-26 T€ gegenüber Festsetzung 2005) entfallen. Veränderungen bei der Festsetzung zum GFG gegenüber der 1. Modellrechnung haben sich nicht ergeben.



Insgesamt hat das Land Mittel in Höhe von 168,65 € je SchülerIn bereitgestellt, was nahezu dem Betrag des Vorjahres je SchülerIn entspricht. Grundlage für die Berechnung war die amtliche Schulstatistik zum 15.10.2004. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich 11.711 SchülerInnen an den Schulen in Trägerschaft des Kreises Lippe. Die Entwicklung der Schulpauschale stellt sich in den vergangenen Jahren wie folgt dar:

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

	2002 *)	2003 *)	2004	2005	2006
Verteilmasse Schulpauschale	500.000 T€	420.000 T€	460.000 T€	460.000 T€	460.000 T€
maßgebliche Schülerzahl	10.753	10.986	11.405	11.851	11.711
Kreis Lippe					
Zahlbetrag je SchülerIn	186,52 €	155,30 €	169,95 €	168,83 €	168,65 €
Zahlbetrag Schulpauschale	2.006 T€	1.706 T€	1.938 T€	2.001 T€	1.975 T€

\*) Kreditierung eines Betrages in Höhe von 40 Mio. € im Jahr 2002; Einbehaltung im Jahr 2003

Der Anteil des Kreises Lippe aus den **Zuweisungen und Zuschüssen nach § 33 GFG (Wohngelderstattung Hartz IV)** wurde im Haushaltsplan des Kreises in Höhe von 3.998 T€ (+621 T€ gegen über dem Ansatz 2005) veranschlagt. Seitens des Landes Nordrhein-Westfalen ist im Laufe des Jahres 2006 beschlossen worden, die Verteilung der Wohngeldentlastung mit einer Gesamthöhe von ca. 290 Mio. € im Jahr 2006 nicht mehr im GFG, sondern im Ausführungsgesetz zum SGB II zu regeln. In § 7 Abs. 2 AG SGB II ist nunmehr geregelt, dass die Wohngeldentlastung im Verhältnis der für das Vorjahr gemeldeten Kosten der Unterkunft zwischen den Aufgabenträgern verteilt wird. Auszahlungszeitpunkt ist je hälftig der 30. Juni und der 30. November. Darüber hinaus hat sich die Wohngelderstattung Hartz IV an den Kreis Lippe um 1.038 T€ auf nunmehr 5.036 T€ erhöht. Die erhöhte Zuweisung des Landes ist im Zuge des ersten Nachtragshaushalts 2006 entsprechend veranschlagt worden.

Die **Investitionspauschale des Landes** gemäß § 17 GFG betrug sowohl nach der 1. Modellrechnung als auch nach der Festsetzung 589 T€ (-150 T€ gegenüber Festsetzung 2005). Abweichungen zwischen dem Haushaltsansatz und dem Jahresergebnis haben sich insoweit nicht ergeben.

Im Rahmen der Haushaltsplanung wurde noch davon ausgegangen, dass die allgemeine Investitionspauschale keine Verwendungsvorgabe im engeren Sinn beinhaltet. Insoweit wurde gem. § 43 Abs. 4 GemHVO nur im Gesamtfinanzplan die entsprechende Einzahlung ausgewiesen, die Zahlung wurde zunächst als Sonderrücklage passiviert. Bei Investitionen in entsprechender Höhe war im Rahmen des Jahresabschlusses die Umschichtung in die allgemeine Rücklage vorgesehen. Diese Auffassung wurde seinerzeit auch durch das NKF – Forum NW bestätigt.

Nunmehr hat das Land NW in der 2. Auflage der Handreichungen zum NKF betont, dass die allgemeine Investitionspauschale eine – wenn auch allgemeine – Zweckbindung für investive Ausgaben beinhaltet und daher gem. § 43 Abs. 5 GemHVO in der Bilanz als Sonderposten

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

zu passivieren und entsprechend der Nutzungsdauer der damit beschafften Vermögensgegenstände ertragswirksam aufzulösen sei.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wurde davon abgesehen, die allgemeine Investitionspauschale konkret einzelnen Vermögensgegenständen zuzuordnen, diese hätte einen unverhältnismäßig hohen Arbeits- und Buchungsaufwand erzeugt. Ausgehend von einer durchschnittlichen Nutzungsdauer der aktuell in der Anlagenbuchhaltung aktivierten Wirtschaftsgüter von rd. 9 Jahren waren auch die Investitionspauschalen der Jahre 1997 bis 2005 noch anteilig in der Eröffnungsbilanz (Änderung des festgestellten EB) zu passivieren. Zusammen mit der anteilig aufzulösenden Investitionspauschale 2006 ergab sich ein in der Haushaltsplanung nicht berücksichtigter Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten rd. 628 T€.

Die gesamten Zuweisungen im Rahmen des GFG haben sich somit gegenüber dem Vorjahr um 1.799 T€ erhöht:

Angaben in T€	2005	2006	Veränderung
Schlüsselzuweisungen	24.219	24.535	316
Erstattung § 33 GFG	3.377	5.036	1.659
Schulpauschale	2.001	1.975	-26
Investitionspauschale	739	589	-150
<b>Insgesamt</b>	<b>30.336</b>	<b>32.135</b>	<b>1.799</b>

### Jagdsteuer

Die Einnahmen aus Jagdsteuer haben sich gegenüber dem Vorjahr um 63 T€ reduziert und betragen nunmehr insgesamt 164 T€. Grund hierfür ist eine Änderung der Jagdsteuersatzung des Kreises Lippe und eine Reduzierung des Hebesatzes von 22,5 auf 16,0 Prozentpunkten zum 01.04.2006. Durch die Reduzierung des Hebesatzes wird den erheblichen Leistungen der Jäger Rechnung getragen, die diese für die Allgemeinheit, u.a. Geld- und Sachleistungen sowie Arbeitseinsatz für den Natur-, Biotop- und Artenschutz, erbringen. Zudem entsorgen Jäger im Straßenverkehr getötetes, nicht mehr verwertbares Wild freiwillig kostenlos. Eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht nicht. Der Rückgang bei den Einnahmen aus der Jagdsteuer entspricht den Kosten, die auf die öffentliche Hand zukommen würden, wenn der Straßenbaulastträger die Entsorgung des Fallwilds selber vornehmen müsste.

### **Zinserträge**

Insgesamt konnten im Haushaltsjahr 2006 gegenüber dem Ansatz des Nachtragshaushaltes Finanzerträge in Höhe von 146 T€ erzielt werden, die sich wie folgt zusammen setzen:

#### **a) Erträge aus Geldanlagen**

Der Haushaltsansatz aus Zinserträgen ist im Zuge des Nachtragshaushalts von ursprünglich 1.475 T€ um 375 T€ reduziert worden und beträgt nunmehr 1.100 T€. Die Erträge aus den aufgelegten Spezialfonds betragen im Jahr 2006 insgesamt 1.077 T€. Damit liegt das Ergebnis um 23 T€ unter den geplanten Ansatz des Nachtragshaushalts.

Ursächlich für die stark rückläufige Entwicklung der Zinserträge war die in 2006 auch weiterhin zu verzeichnende Zurückhaltung auf dem Kapitalmarkt. Die Zinserträge aus den Fondsanlagen sind im Einzelnen aus der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

	<b>Erträge gesamt</b>	<b>Anteil Kreis Lippe</b>	<b>Anteil Gemeinden</b>	<b>Anteil Dritter</b>
Lippe CoFonds	410.913 €	0 €	410.913 €	
KLILI	399.352 €	0 €		399.352 €
Lippe CS	950.352 €	950.352 €		
Defiv-Fonds	1.168.930 €	125.315 €		1.043.615 €
Lippe West - KA	1.578 €	1.578 €		
<b>Summe</b>	<b>2.931.125 €</b>	<b>1.077.244 €</b>	<b>410.913 €</b>	<b>1.442.967 €</b>

#### **b) Erträge aus der Optimierung des Kreditgeschäfts**

Darüber hinaus waren im Jahr 2006 nicht veranschlagte Erträge aus der Optimierung des Kreditgeschäfts in Höhe von 148 T€ zu verzeichnen. Konkret handelt es sich hierbei um Zinersparnisse aus Swap-Geschäften beim Abschluss von Krediten, die sich bei positivem Verlauf durch Ausgleichszahlungen der Kreditinstitute im Haushalt widerspiegeln.

#### **c) Zinsen von Termingeldern, Kontokorrentzinsen**

Durch Optimierung der Verfahrensabläufe mit der Sparkasse Detmold in der Abrechnung zwischen Giro- und Termingeldkonto konnte eine Budgetverbesserung in Höhe von 21 T€ erzielt werden.

### **Gebühreneinnahmen nach Fachbereichen**

Im Jahr 2006 wurden insgesamt 21.024 T€ Erträge aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren erzielt. Damit wurde der Ansatz in Höhe von 18.215 T€ insgesamt um 2.809 T€ weit überschritten, von denen jedoch nur 248 T€ dem Kreishaushalt zufließen.

#### ➤ **Rettungsdienst**

Die Mehrerträge aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren resultieren maßgeblich aus Mehrerträgen des Regiebetriebes Bevölkerungsschutz – Bereich Rettungsdienst – in Höhe von 2.568 T€.

Der Rettungsdienst im Kreis Lippe wird als kostenrechnende Einrichtung im Regiebetrieb Bevölkerungsschutz geführt. Dieses bedeutet, dass sowohl Defizite als auch Überschüsse innerhalb von 3 Jahren auszugleichen sind (vgl. § 6 Kommunalabgabengesetz NRW – KAG). Im Jahr 2004 hatte der Rettungsdienst mit einem Fehlbetrag in Höhe von 580 T€ abgeschlossen (nähere Einzelheiten hierzu können dem Geschäftsbericht des Jahres 2004 entnommen werden). Aus diesem Grund hatte der Kreistag am 27.06.2005 eine Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst beschlossen, in der die rettungsdienstlichen Gebühren unter Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt sinkenden Einsatzzahlen im Rettungsdienst erhöht worden sind. Nach Anpassung der Gebühren konnte bereits im Jahr 2005 ein Überschuss erwirtschaftet werden, so dass ein Betrag in Höhe von 312 T€ an den Kreishaushalt zurück erstattet worden ist.

Im Jahr 2006 ist im Bereich Rettungsdienst durch eine gestiegene Anzahl von Notfalleinsätzen mit Rettungstransportwagen sowie Notarzt-Einsätze insgesamt ein Überschuss in Höhe von 2.568 T€ erzielt worden. Aus diesem Überschuss ist das noch bestehende Restdefizit aus dem Jahr 2004 in Höhe von 268 T€ an den Kreishaushalt zurückgeführt worden. Die weiteren Mehrerträge des Rettungsdienstes stehen zur Deckung des allgemeinen Kreishaushaltes nicht zur Verfügung. Der verbleibende Überschuss in Höhe von 2.560 T€ ist vielmehr entsprechend den Regelungen des KAG der Gebührenaussgleichsrücklage für den Rettungsdienst zugeführt worden.

Eine erneute Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst im Kreis Lippe mit reduzierten Gebührensätzen ist zwischenzeitlich am 18.06.2007 durch den Kreistag beschlossen worden, so dass in den nächsten drei Jahren die Gebührenaussgleichsrücklage wieder abgebaut werden kann (vgl. Vorlage 87/2007).

➤ **Straßenverkehr**

Die Mehrerträge sind weitestgehend im Bereich Zulassung erzielt worden. Wie bereits bei den Erläuterungen zum Fachbereichsbudget Ordnung zum Haushalt 2006 angeführt, sollen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge in ihren wesentlichen Teilen harmonisiert werden. Um dieses Ziel erreichen zu können, ist zum 01.10.2005 in Deutschland eine neue Fahrzeugdokumentation eingeführt worden. Danach ersetzt nunmehr die Zulassungsbescheinigung Teil I den bisherigen Fahrzeugschein, die Zulassungsbescheinigung Teil II den bisherigen Fahrzeugbrief.

Grundsätzlich behalten alle bisher ausgefertigten Fahrzeugdokumente ihre Gültigkeit. Der Austausch der Papiere erfolgt immer dann, wenn die Zulassungsbehörde Änderungen in den Fahrzeugpapieren vorzunehmen hat - ausgenommen davon ist die Anschriftenänderung des Fahrzeughalters innerhalb des Zulassungsbezirks. Ein Nebeneinander vom neuen Teil I der Zulassungsbescheinigung und dem „alten“ Fahrzeugbrief oder umgekehrt ist nicht möglich, so dass der Austausch der Papiere immer komplett erfolgen muss. Weiter haben sich die Gebühren wegen der aufwändigeren Sicherheitsmerkmale geändert. Für die Ausstellung eines neuen Teil I erhöhen sich die Gebühren um 0,70 Euro/Fall. Ein neuer Teil II kostet wie bisher 3,60 Euro, der Umtausch von "alt" zu "neu" 5,10 Euro.

➤ **Fachbereich Vermessung und Kataster**

Die Gebühreneinnahmen im Fachbereich Vermessung und Kataster sinken in Höhe von insgesamt 117 T€, weitestgehend bei den Produkten Auftragsvermessungen, Übernahme von Vermessungen und Benutzung des Liegenschaftskatasters. So wurden im Jahr 2006 weniger gebührenträchtige Vermessungen vorgenommen als noch bei Haushaltsplanaufstellung erwartet. Insgesamt handelt es sich hierbei um konjunkturbedingte Ertragsrückgänge, die die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland widerspiegelt.

Der Fachbereich Vermessung und Kataster schließt insgesamt mit einem Überschuss gegenüber dem Planansatz 2006 in Höhe von 160 T€ ab. Der Überschuss ist unter anderem auf die positive Entwicklung der Personalaufwendungen zurückzuführen. Hier konnten Einsparungen in Höhe von 158 T€ erreicht werden (vgl. 3.5.2).

➤ **BUS (insbesondere Bauen und Wohnen)**

Bezüglich der Entwicklung der Gebührenerträge im Bereich Bürger- und UnternehmerService (BUS) wird auf die Erläuterungen der Budgetentwicklung unter Punkt 4.7 verwiesen.

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**
**➤ Zusammenfassende Betrachtung nach Fachbereichen**

Im Einzelnen stellen sich die Erträge aus Gebühren nach Fachbereichen wie folgt dar:

Bezeichnung	Planansatz in Euro	Anordnung in Euro	Vergleich Ansatz/Ist in Euro
Allg. Sicherheit und Ordnung	100.100,00	137.583,27	37.483,27
Tiergesundheit und Tierschutz	92.200,00	91.988,33	-211,67
Lebensmittel- und Fleischhygieneüberwachung	311.000,00	306.881,28	-4.118,72
Ausländer-/Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	176.100,00	194.989,60	18.889,60
Straßenverkehr	3.859.600,00	4.132.548,73	272.948,73
<b>Fachbereich Ordnung</b>	<b>4.539.000,00</b>	<b>4.863.991,21</b>	<b>324.991,21</b>
Leitstelle	28.950,00	56.514,00	27.564,00
Rettungsdienst	6.845.000,00	9.412.962,80	2.567.962,80 <sup>*)</sup>
<b>Regiebetrieb Bevölkerungsschutz</b>	<b>6.873.950,00</b>	<b>9.469.476,80</b>	<b>2.595.526,80</b>
Elternbeiträge	3.510.000,00	3.416.629,69	-93.370,31
sonstiges Jugend und Soziales	29.794,00	9.537,45	-20.256,55
Gesundheit	193.040,00	214.373,30	21.333,30
<b>Fachbereich Jugend, Soziales und Gesundheit</b>	<b>3.732.834,00</b>	<b>3.640.540,44</b>	<b>-92.293,56</b>
Abfallentsorgung und Abfallwirtschaft	502.600,00	461.698,40	-40.901,60
Natur- und Landschaftspflege	92.000,00	101.497,89	9.497,89
<b>Fachbereich Umwelt</b>	<b>594.600,00</b>	<b>563.196,29</b>	<b>-31.403,71</b>
<b>Fachbereich Vermessung und Kataster</b>	<b>1.572.650,00</b>	<b>1.455.856,32</b>	<b>-116.793,68</b>
<b>Polizeiverwaltung</b>	<b>95.700,00</b>	<b>104.074,90</b>	<b>8.374,90</b>
<b>BUS (insb. Bauen und Wohnen)</b>	<b>807.000,00</b>	<b>927.202,66</b>	<b>120.202,66</b>
<b>Summe Verwaltungs- und Benutzungsgebühren</b>	<b>18.215.734,00</b>	<b>21.024.338,62</b>	<b>2.808.604,62</b>
<b>Abzüglich Erträge Rettungsdienst, die der Gebührenausgleichsrücklage zugeführt werden</b>			<b>2.560.446,89</b>
<b>Summe Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, die dem Kreishaushalt zufließen</b>			<b>248.157,73</b>
<sup>*)</sup> Von den gesamten Erträgen aus Gebühreneinnahmen des Rettungsdienstes fließen zur Deckung des noch offenen Fehlbetrages aus dem Jahr 2004 dem Kreishaushalt 267.901,54 € zu. Die verbleibenden Erträge in Höhe von 2.560.446,89 € werden der Gebührenausgleichsrücklage für den Rettungsdienst zugeführt.			

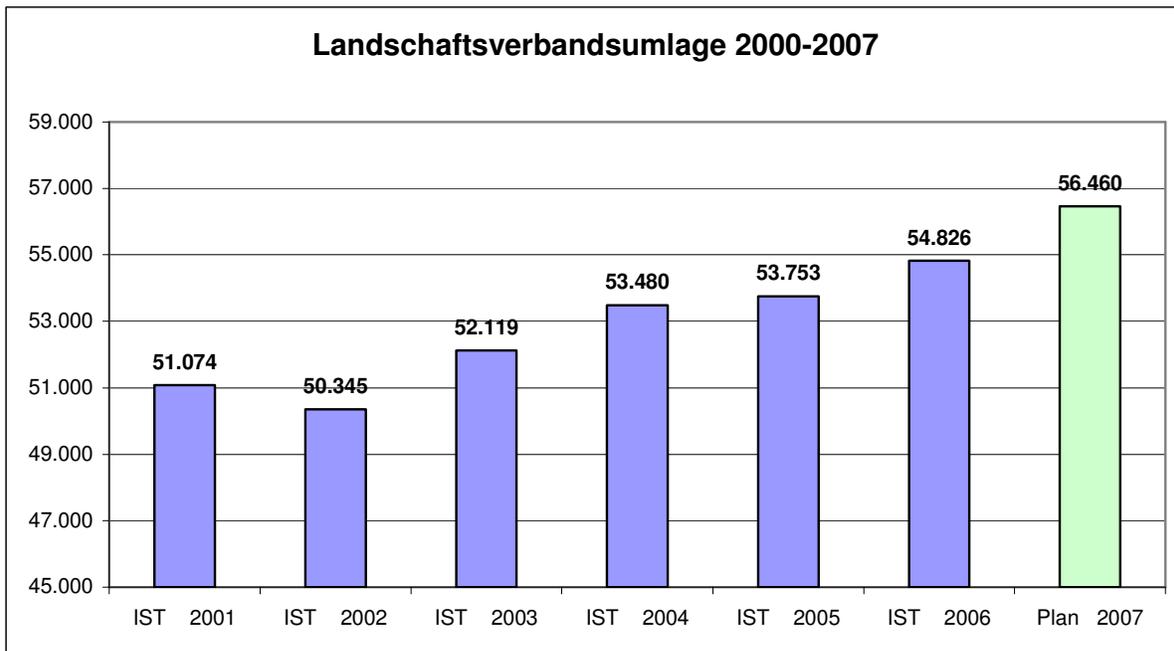
Sofern im Einzelfall bekannt war, dass die Weiterverfolgung von Forderungen derzeit aussichtslos ist, wurde eine Wertberichtigung durch Abschreibung von Forderungen gebucht. Im Rahmen der Haushaltsausführung wurde mit der Niederschlagung der Haupt- und Nebenforderungen zunächst zentral das Produkt Kasse belastet, im Jahresabschluss ist der Aufwand aus der Niederschlagung der Hauptforderung weitgehend verursachungsgerecht auf die Ausgangsprodukte und damit in die Fachbereichsbudgets umgebucht worden. Die Abschreibungen sind in der Jahresrechnung bei dem Produktsachkonto 5731000 – Abschreibung auf Forderungen – ausgewiesen. Insgesamt wurde ein Betrag in Höhe von rd. 60 T€ niedergeschlagen. Mangels ausreichender Erfahrungswerte wurde auf eine pauschale Forderungsberichtigung zunächst verzichtet.

### **3.5.2 Aufwandspositionen**

#### **Landschaftsverbandsumlage**

Der Hebesatz der Landschaftsverbandsumlage ist im Haushaltsplan des Landschaftsverbandes für das Jahr 2006 unverändert in Höhe von 16,5 Prozentpunkten beschlossen worden. Absolut hat dies jedoch aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlagen einen Anstieg der Landschaftsverbandsumlage um 52.200 T€ auf nunmehr 1.364.500 T€ (+3,8%) zur Folge gehabt. Für das Jahr 2006 hatte der Kreis Lippe in Folge eine Landschaftsverbandsumlage in Höhe von 54.826 T€ zu bezahlen, was einen Anstieg gegenüber dem Jahr 2005 um 1.073 T€ bedeutet. Gegenüber dem Planansatz 2006 sind Minderausgaben in Höhe von 4 T€ zu verzeichnen, die aus den geänderten Umlagegrundlagen resultieren.

Die Entwicklung der Landschaftsverbandsumlage der Jahre 2000 bis 2006 kann der nachfolgenden Grafik entnommen werden:



**Personalaufwendungen und Personalauszahlungen**

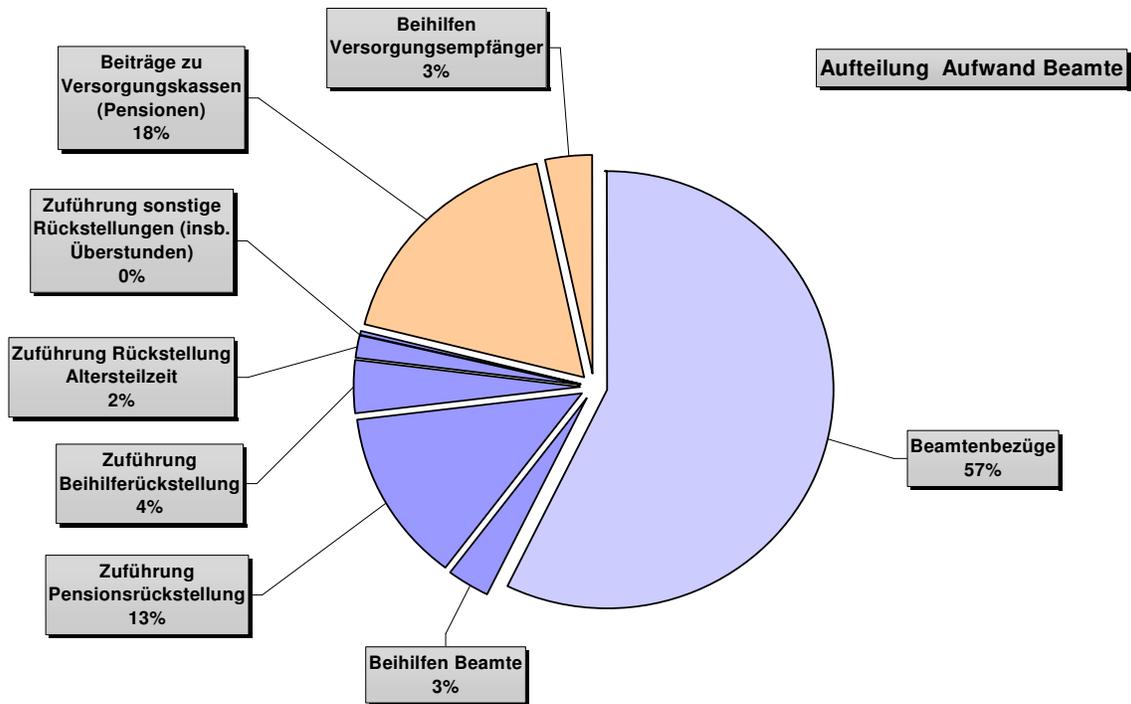
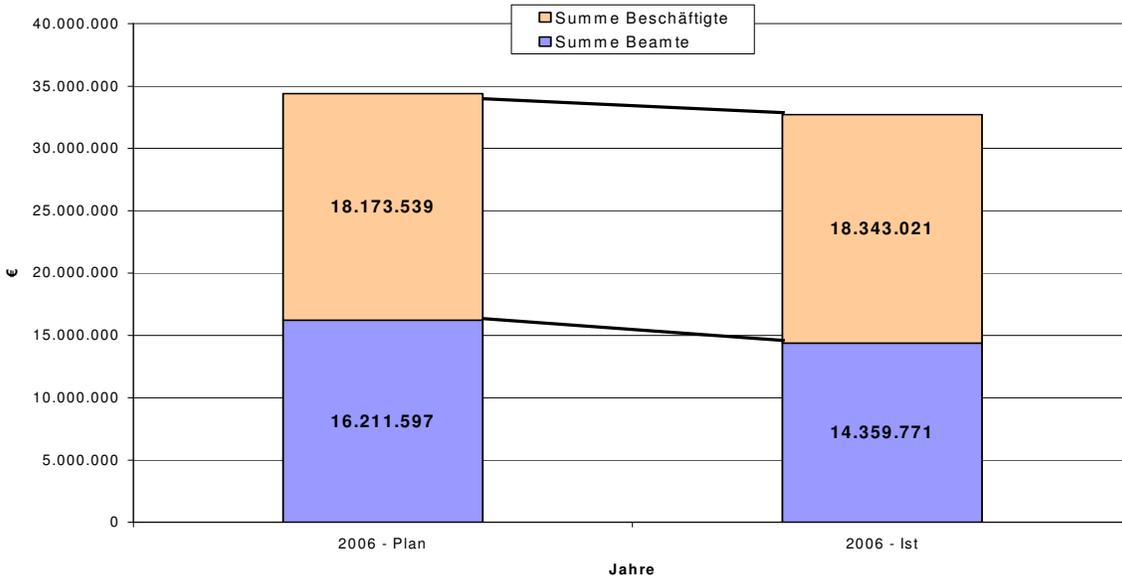
Fachbereich	Ansatz 2006 in T€	RE 2006 in T€	Veränderung in T€
<b>1 - Service</b>	6.367	5.972	-395
<b>2 - Ordnung</b>	5.965	5.609	-356
<b>2 - Regiebetrieb Bevölkerungsschutz</b>	1.358	1.265	-93
<b>3 - Jugend, Soziales und Gesundheit</b>	9.572	9.098	-474
<b>4 - Umwelt</b>	2.829	2.786	-43
<b>5 - Vermessung und Katas- ter</b>	4.392	4.234	-158
<b>9.1 - Referat</b>	769	700	-69
<b>9.2 - Revision</b>	923	824	-99
<b>9.3 Kreispolizeibehörde</b>	595	570	-25
<b>BUS - Bürger- und Unter- nehmerservice</b>	1.616	1.645	+29
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>34.386</b>	<b>32.703</b>	<b>-1.683</b>

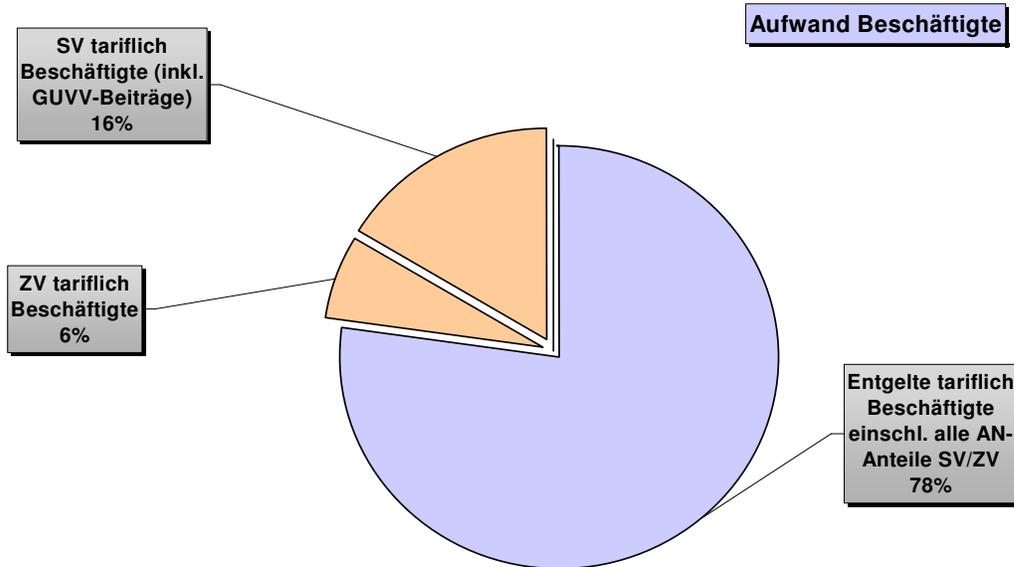
**Auswertung der Personalaufwendungen**

Bezeichnung	2006 - Plan	2006 - Ist	Diff. Ist / Plan
Beamtenbezüge	8.419.597	8.231.507	-188.090
Beihilfen Beamte	465.000	423.727	-41.273
Zuführung Pensionsrückstellung	2.450.000	1.820.702	-629.298
Zuführung Beihilferückstellung	375.000	562.574	187.574
Zuführung Rückstellung Altersteilzeit	0	264.400	264.400
Zuführung sonstige Rückstellungen (insb. Überstunden)	0	32.014	32.014
Beiträge zu Versorgungskassen (Pensionen)	4.057.000	2.550.007	-1.506.993
Beihilfen Versorgungsempfänger	445.000	474.841	29.841
<b>Summe Beamte</b>	<b>16.211.597</b>	<b>14.359.771</b>	<b>-1.851.826</b>
Entgelte tariflich Beschäftigte einschl. alle AN- Anteile SV/ZV	14.049.941	14.159.718	109.777
ZV tariflich Beschäftigte	1.132.359	1.155.652	23.293
SV tariflich Beschäftigte (inkl. GUVV-Beiträge)	2.977.239	3.016.153	38.914
Personalnebenaufwendungen / -auszahlungen	14.000	11.498	-2.502
<b>Summe Beschäftigte</b>	<b>18.173.539</b>	<b>18.343.021</b>	<b>169.482</b>
<b>Summe</b>	<b>34.385.136</b>	<b>32.702.792</b>	<b>-1.682.344</b>

PK - Erstattungen	1.462.000	1.376.000	-86.000
<b>Netto erfolgswirksam</b>	<b>32.923.136</b>	<b>31.326.792</b>	<b>-1.596.344</b>

Aufteilung des Personalaufwandes nach Gruppen





Das Rechnungsergebnis der Personalaufwendungen 2006 ergibt Einsparungen in Höhe von rd. 1,7 Mio. €. Diese entfallen im Wesentlichen auf den Bereich der Versorgungsaufwendungen. Hier wurde die Senkung der Zuwendung der Beamten im Dezember 2006 auch in die versicherungsmathematische Berechnung der Pensionsrückstellungen übernommen, was zu Einsparungen von rd. 1,5 Mio. € führte.

Die Personalaufwendungen für Beschäftigte sanken um rd. 0,2 Mio. €. Mehraufwendungen für erhöhte Zuführungen zu den Beihilferückstellungen für Beamte und den Zuführungen zu sonstigen Personalrückstellungen (insbesondere für Altersteilzeit) konnten durch geringere Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für aktive Beamte kompensiert werden. Daneben führte die Fortsetzung der sparsamen Haushaltsführung im Personalbereich zu weiteren Konsolidierungsbeiträgen.

Verschiebungen von Personalaufwendungen zwischen den Fachbereichen ergaben sich im Wesentlichen durch Personalumsetzungen, -veränderungen und notwendige Anpassungen.

### **Zinsaufwand**

Im Zuge des Nachtragshaushaltes 2006 musste der Höchstbetrag der Kassenkredite im Rahmen der Haushaltsermächtigung aufgestockt werden. Darüber hinaus war aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung eine Zinssteigerung bei den Kassenkrediten zu verzeichnen.

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Diese beiden Entwicklung haben zur Folge gehabt, dass eine Aufstockung des Ansatzes für Zinsen aus Liquiditätsdarlehen im Rahmen des Nachtrageshaushaltes um 400 T€ erforderlich geworden ist. Nach der durchgeführten Aufstockung des Ansatzes liegt nunmehr im Ergebnis insgesamt eine Einsparung um 8 T€ bei den Zinsaufwendungen für Darlehen und Kassenkredite vor.

### **3.6 Wesentliche Einzahlungen und Auszahlungen**

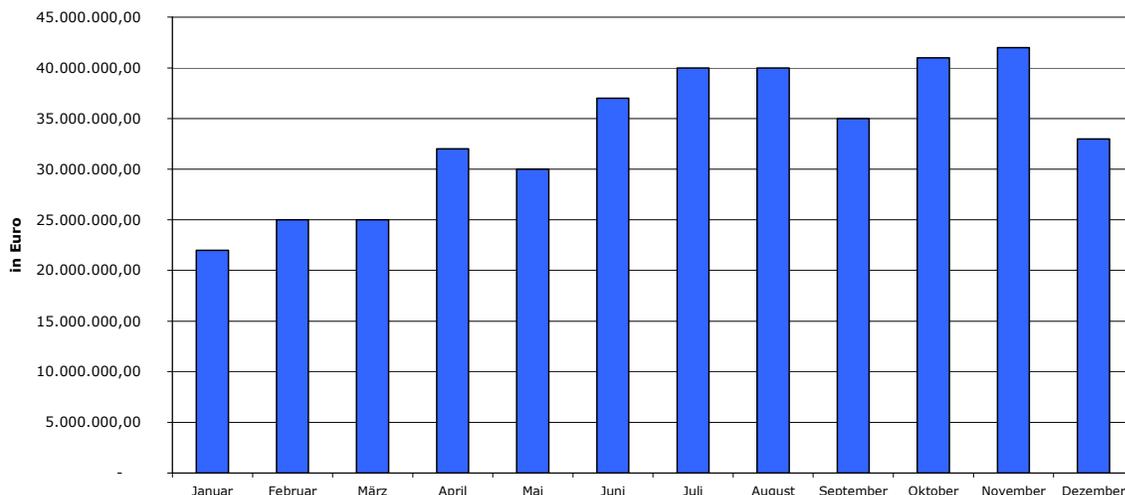
Gesondert erläutert werden nur Positionen, die sich nicht bereits bei den Erträgen und Aufwendungen widerspiegeln.

#### **Entwicklung des Kassenkreditbestandes**

Insbesondere aufgrund der Budgetentwicklung im Fachbereich 3, aber auch aufgrund der zunächst ausbleibenden Kompensationsleistungen des Landes für Wohngeldersparnisse musste im Zuge des Nachtragshaushaltes 2006 der Höchstbetrag der Kassenkredite im Rahmen der Haushaltsermächtigung von ehemals 40 Mio. € auf insgesamt 45 Mio. € aufgestockt werden.

Die Entwicklung der Bestände der Kassenkredite jeweils zum Ende des Monats kann der nachfolgenden Grafik entnommen werden:

**Bestände der Kassenkredite im Jahr 2006  
jeweils zum Ende des Monats**



## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

Die Grafik zeigt erhebliche unterjährige Schwankungen, deren Ursache insbesondere in den Zahlungsterminen des Landes NRW zu finden ist. So erfolgt die Zahlung der Schlüsselzuweisungen des Landes nicht monatlich kontinuierlich, sondern jeweils zum Ende der Monate Januar, März (jeweils Abschlagszahlungen), Juni, September und Dezember. Die Kompensationsleistungen des Landes für Wohngeldersparnisse sind hälftig erst zum 31. August und zum 30. November 2006 ausgezahlt worden, dem stehen die monatlichen Mehraufwendungen des Kreises für die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II. Teil gegenüber. Gleiches gilt für die Kostenbeteiligung des Bundes an den Leistungen der Grundsicherung im Alter. Der Zahlbetrag in Höhe von rd. 1,4 Mio. € ist ebenfalls erst Mitte August hier eingegangen und musste daher rd. 8 Monate vorfinanziert werden. Besonders nachteilig ist auch, dass der Kreis dauerhaft im Umfang eines Monats (rd. 1,5 Mio. €) die Bundeserstattungen nach dem SGB II vorfinanzieren muss; d.h. der Kreis muss sofort seinen Anteil an die Bundesagentur zahlen, wartet aber selbst rd. 1. Monat auf die Bundeserstattung. Dieser unbefriedigende Zustand hängt mit dem bürokratischen Abrechnungsverfahren zwischen der Bundesagentur für Arbeit, den Ländern und der Bezirksregierung zusammen. Der aktuelle Zinsaufwand des Kreises Lippe beläuft sich auf rd. 60.000 €.

Insgesamt hat sich herausgestellt, dass die im Jahre 2006 vorgenommene Erhöhung des Kassenkreditrahmens notwendig war, um die Zahlungsfähigkeit des Kreises Lippe zu gewährleisten.

**Wesentliche Investitionen**

Die wesentlichen Investitionen im Jahr 2006 stellen sich wie folgt dar, auf die nachfolgenden Erläuterungen wird verwiesen:

Erhöhung Eigenkapital Klinikum Lippe GmbH *)	4.600.000 €
Investitionskostenzuschuss Topehlschule *)	1.000.000 €
Investitionskostenzuschuss Eigenbetrieb Straßen *)	1.000.000 €
Auszahlungen für Baumaßnahmen Lipperlandhalle, Schulen und Straßen (Resteabwicklung)	923.210 €
Stammkapitaleinlage Landestheater gGmbH *)	739.500 €
Investitionskostenzuschuss EB Immobilien- und Gebäudewirtschaft (BITS)	300.000 €
Grunderwerb aus Ausgleichs- und Ersatzgeldern	176.327 €
Erwerb eines Einsatzleitwagens	159.972 €
Kauf einer Intensivtrage	84.225 €
Auszahlungen für Grunderwerb (Baumaßnahmen EB Straßen – Resteabwicklung)	80.000 €
Invest Fachbereich 5	66.768 €
Einrichtung einer NEF-Wache Klinikum Detmold	66.055 €
Grunderwerb im Bereich Landschaftspflege	63.236 €
Wohnraumanpassungsmaßnahmen	47.208 €
Kauf eines 4. Innenteils für die stat. Verkehrsüberwachung	39.944 €
Kauf eines Messfahrzeuges	27.869 €
Erwerb einer Filmbühne für die Straßenverkehrsüberwachung	23.692 €

\*) Finanzierung durch die Veräußerung von Finanzanlagen (Fondsentnahmen)

➤ **Erhöhung Eigenkapital Klinikum Lippe GmbH**

In seiner Sitzung am 15.07.2002 hat der Kreistag des Kreises Lippe (DS Nr. 87 und 102/2002) beschlossen, den ersten Bauabschnitt des Gesamtprojekts Klinikum Detmold mit einem Förderbetrag von bis zu 11,7 Mio. € durch die Auflösung der aus den Wesertalerlösen angelegten Spezialfonds zu bezuschussen.

In enger Abstimmung mit dem Klinikum, unter Berücksichtigung des geplanten Baufortschritts und der vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landes Nordrhein-Westfalen zur Zuteilung der Landesmittel wurde der Kreisanteil von 11,7 Mio. € im Rahmen der Finanzpla-

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

nung in die Haushaltsjahre 2004 bis 2007 eingestellt, der für 2007 vorgesehene Förderbetrag in Höhe von 4.600 T€ ist planmäßig abgeflossen.

### ➤ **Investitionskostenzuschuss Topehlschule**

Der Kreistag des Kreises Lippe hat ebenfalls am 15.07.2002 – DS Nr. 82/2002 beschlossen, den Bau der Topehlschule mit einem Betrag von 1.000 T€ zu unterstützen. Der Zuwendungsbescheid an die Stiftung Eben – Ezer über einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 1.000.- T€ ist bereits im September 2005 anlässlich der Grundsteinlegung übergeben worden, zahlungswirksam sind diese Gelder entgegen der ursprünglichen Planung aber erst in 2006 geworden.

### ➤ **Investitionskostenzuschuss Eigenbetrieb Straßen**

Weiter war im Beschluss vom 15.07.2002 enthalten, dass 1.000 T€ für die Finanzierung von Straßenbaumaßnahmen vorgesehen werden sollen. Die entsprechenden Mittel wurden im Jahr 2006 im Haushaltsplan veranschlagt. Der Investitionskostenzuschuss wurde im Laufe des Haushaltsjahres planmäßig bereitgestellt.

### ➤ **Auszahlungen für Baumaßnahmen Lipperlandhalle, Schulen und Straßen (Restabwicklung)**

Nach kameraler Rechnungslegung sind bereits in den Vorjahren Haushaltsausgabereste für bereits vergebene und durchgeführte, aber noch nicht abschließend abgerechnete Baumaßnahmen für die Bereiche Lipperlandhalle, Schulen und Straßen eingestellt worden. Diese kameralen Haushaltsausgabereste wurden als sonstige Rückstellung in die Eröffnungsbilanz des Kreises Lippe überführt und werden nach abschließender Sachverhaltsklärung lediglich zahlungswirksam abgewickelt. Im Jahr 2006 wurden insgesamt Auszahlungen in Höhe von 923 T€ geleistet. Die in 2006 nicht verausgabten Mittel wurden im Budget 2007 erneut veranschlagt (EB ISB: 120 T€; EB Schulen 299 T€).

### ➤ **Stammkapitaleinlage Landestheater gGmbH**

Im Jahr 2006 ist das Landestheater Detmold neu strukturiert worden. Der Kreis Lippe hält nunmehr an der neu gegründeten Gesellschaft 49 Prozent und damit den größten Anteil. Für die erforderliche seitens des Kreises Lippe zu leistende Stammkapitaleinlage bei der Landestheater Detmold GmbH waren im Haushalt 2006 1.480 T€ veranschlagt worden. Von diesen Mitteln ist lediglich ein Betrag in Höhe von 739,5 T€ zahlungswirksam geworden.

**Jahresabschluss zum 31.12.2006****➤ Investitionskostenzuschuss EB Immobilien- und Gebäudewirtschaft (BITS)**

Zur Finanzierung von Ersatzbeschaffungen wurde dem Eigenbetrieb BITS ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 300 T€ bereitgestellt. Dieser soll den Übergang auf eine entgeltfinanzierte Abrechnungspraxis erleichtern. Der Investitionskostenzuschuss wurde planmäßig bereitgestellt.

**Tilgung und Neuaufnahme von Krediten**

Die vorgesehene Kreditermächtigung in Höhe von 2.847 T€ wurde nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen. Neue Kredite wurden in Höhe von 1.000 T€ aufgenommen. Die Einsparungen bei den Kreditaufnahmen sind im Wesentlichen auf Minderausgaben bei den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit zurückzuführen. So wurden allein im Bereich Bevölkerungsschutz Investitionen in Höhe von rd. 1.000 T€ im Jahr 2006 nicht realisiert und im Jahr 2007 neu veranschlagt.

Im Jahr 2006 wurden Kredite in Höhe von 1.745 T€ getilgt. Damit hat sich der Bestand der Kredite im Laufe des Jahres insgesamt um rd. 745 T€ reduziert. Umschuldungen von Krediten wurden in Höhe von 3.504 T€ vorgenommen.

Im Ergebnis beträgt der Bestand der Verbindlichkeiten nunmehr zum Ende des Jahres 2006 insgesamt 68.947.541 €. Die Zu- und Abgänge sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

	<b>Stand 01.01.2006</b>	<b>Zugänge/ Abgänge</b>	<b>Stand 31.12.2006</b>
<b>Verbindlichkeiten aus Krediten</b>	<b>69.692.739</b>	<b>-745.198</b>	<b>68.947.541</b>
- von verbundenen Unternehmen	0	200.000	200.000
- von Beteiligungen	0	0	0
- von Sondervermögen	0	0	0
- vom öffentlichen Bereich	26.179.109	1.417.136	27.596.245
... vom Bund	4.000.000	0	4.000.000
... vom Land	22.179.109	-701.567	21.477.542
... von Gemeinden/GV	0	0	0
... von Zweckverbänden	0	0	0
... vom sonst. öff. Bereich	0	2.118.703	2.118.703
... von sonst. öff. Sonderrechnung	0	0	0
- vom privaten Kreditmarkt	43.513.630	-2.362.334	41.151.296
... von Banken und Kreditinstituten	43.002.630	-2.362.334	40.640.296
... von übrigen Kreditgebern	511.000	0	511.000

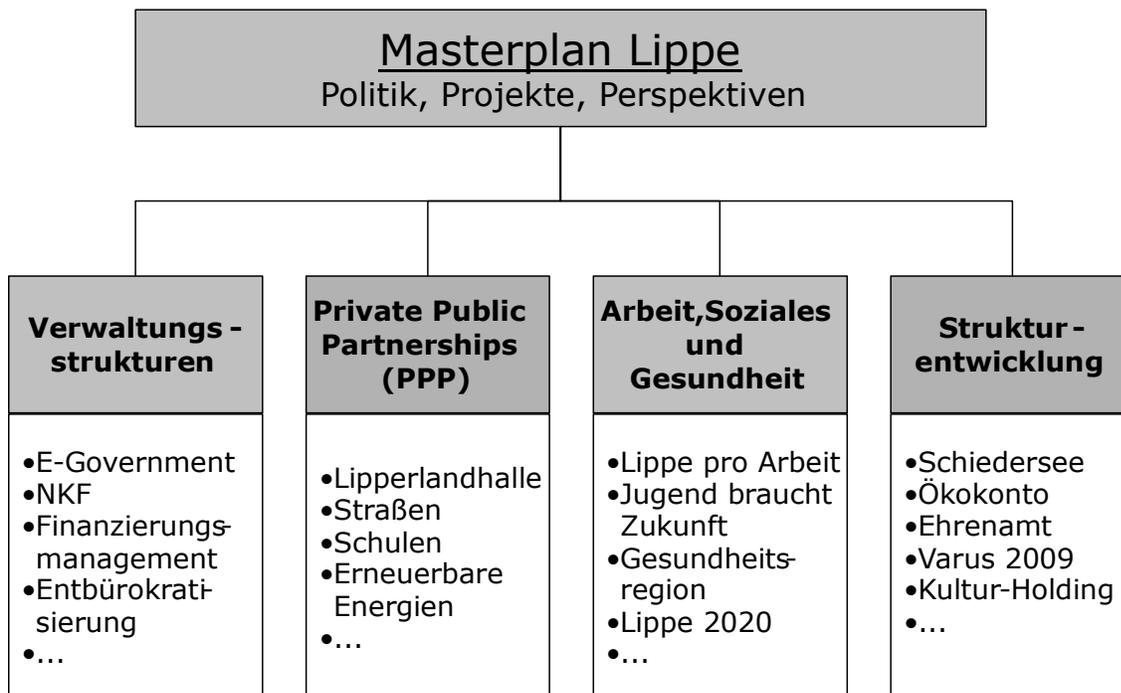
### **3.7 Wesentliche Entwicklungen und fachübergreifende Projekte**

#### **3.7.1 Masterplan Lippe**

Der Kreis Lippe hat im Jahr 2006 erstmalig einen umfassenden "Masterplan Lippe" erstellt. Hierin werden wichtige Ideen und Projekte für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung des Kreises Lippe sowie im Wesentlichen die übergreifenden und strategischen Ziele des Kreises für die nächsten Jahre dargestellt.

Die einzelnen Projekte berücksichtigen die neuen Handlungserfordernisse, die sich der Kreis Lippe aufgrund der angespannten Finanzlage und durch die demografische Entwicklung veränderten Rahmenbedingungen für die Leistungserbringung stellen muss.

Die einzelnen Themenbereiche sind dem nachfolgenden Diagramm zu entnehmen:



Im Nachfolgenden wird der derzeitige Sachstand einzelner Projekte näher dargestellt:

**3.7.2 Dienstleistungsunternehmen/Bürger- & UnternehmerService**

**1999.** Seit der Einrichtung des "alten" Bürgerservice 1999 wurde über eine unter organisatorischen und personellen Gesichtspunkten und an den Bedürfnissen verschiedener Zielkundengruppen ausgerichteten Ausweitung des Leistungsangebotes des Bürgerservice nachgedacht. Mit dem Projekt „Bürger- und UnternehmerService des Kreises Lippe“ (BUS) sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die bisher in diesem Kontext angestellten Überlegungen zu konkretisieren und zeitnah zu realisieren.

**2005.** Anfang des Jahres 2005 wurde die Organisationseinheit des Bürger- und UnternehmerService geschaffen. Diese organisatorische Maßnahme beinhaltet im Wesentlichen eine Zusammenführung der Organisationseinheiten, die aufgrund ihrer Aufgabenstruktur eine besonders große Nähe zu Bürgern und Unternehmern besitzen und viele ihrer Tätigkeiten im direkten Bürger- oder Unternehmerkontakt bearbeiten. Neben dem schon etablierten Bürgerservice gehören insbesondere die Bereiche des Empfangs, der Telefonzentrale und des Bauordnungs- und -planungswesen sowie des Brandschutzes dazu.

**2006.** Die Einrichtung eines integrierten Bürger- und UnternehmerService (BUS) konnte im Jahr 2006 nunmehr nahezu abgeschlossen werden. So ist die Machbarkeitsuntersuchung zur Struktur und zu den Leistungsbereichen des BUS erstellt worden. Im Ergebnis hat die Studie die deutliche Ausweitung und Stärkung des bisherigen BürgerService zu einem umfassenden "Bürger- und UnternehmerService" sowie den Aufbau eines Behördennetzwerkes Lippe zur koordinierten Bearbeitung unternehmensrelevanter Vorgänge vorgeschlagen. Die Umsetzung dieser Vorschläge sind zum einen durch die Ausweitung der Aufgaben des BUS mit Schnittstellen zum Bürger erreicht worden. Konkret werden seit dem Jahr 2006 Aufgaben aus dem Vermessungs- und Katasterbereich (Erstellung von Auszüge aus dem Liegenschaftskataster) im BUS wahrgenommen. Weitere Aufgabeübernahmen werden zur Zeit geprüft.

Zum anderen ist am 22.08.2006 eine Rahmenvereinbarung zum Behördennetzwerk zwischen den im Baugenehmigungsverfahren beteiligten Institutionen unterzeichnet worden. Durch die Unterzeichnung haben alle Teilnehmer ihren Willen zur Teilhabe am behördenübergreifenden Netzwerk zur Etablierung einer wirtschaftsnahen Verwaltung in Lippe dokumentiert. In einem nächsten Schritt sollen nunmehr Zielvereinbarungen mit konkreten Fristen für die einzelnen Genehmigungsverfahren sowie Dienstleistungen festgelegt werden. Diese sollen im Herbst 2007 unterzeichnet werden. Darüber hinaus konnte intern die Geschäftsprozessoptimierung im Bereich Planen und Bauen abgeschlossen werden.

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

Damit hat der Kreis Lippe im Jahr 2006 mit der Einrichtung des neuen BUS einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Entwicklung in Lippe geleistet und einen wichtigen Schritt in die weitere Bürger- und wirtschaftsnahe Ausrichtung der Entscheidungswege und Genehmigungsverfahren der öffentlichen Verwaltung getan. Der BUS ist nunmehr die zentrale Anlaufstelle für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen.

### **3.7.3 Jugend braucht Zukunft**

Ein wichtiger Schwerpunkt im Jahr 2006 war das Projekt "Jugend braucht Zukunft", welches als Ziel hatte, die Ausbildungsplatzsituation in Lippe zu verbessern. Lippe gehört bundesweit zu den Regionen mit der jüngsten Bevölkerung. So wächst der Anteil der 16 bis 25-jährigen von derzeit 38.716 bis 2010 um 3,6 % auf 40.174. Aufgrund dieser demographischen Besonderheit in Lippe verlassen auch in den nächsten Jahren vermehrt junge Menschen das Schulsystem und streben eine Ausbildung an.

Um der immer größer werdenden Schere auf dem Ausbildungsmarkt zwischen Angebot und Nachfrage entgegen zuwirken, haben sich unter der Federführung des Kreises Lippe die Agentur für Arbeit Detmold, die Lippe pro Arbeit gGmbH, die Netzwerk Lippe gGmbH, die IHK Lippe zu Detmold, die Handwerkskammer OWL zu Bielefeld, die Kreishandwerkerschaft Lippe, die Bezirksregierung Detmold, der Arbeitgeberverband Lippe e.V., der LIFT e.V. und der Deutsche Gewerkschaftsbund zu dem gemeinsamen Projekt zusammengefunden und eine gemeinsame Kooperationsvereinbarung geschlossen. Ein Kernpunkt dieser Vereinbarung ist die Einrichtung einer neuen Koordinierungsstelle für den Übergang von der Schule in den Beruf, kurz "SchuB", in der künftig alle ausbildungsrelevanten Maßnahmen modelliert werden.

Darüber hinaus sind mit Beginn des Schuljahres 2006/2007 an den Berufskollegs des Kreises Lippe entsprechend dem Bedarf Plätze für eine vollzeitschulische berufliche Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen als Schulversuch eingerichtet worden.

Weiter beteiligt sich der Kreis Lippe an dem Projekt "Erfolgreich in Ausbildung". Bei diesem Projekt werden in Anlehnung an das Konzept des Hamburger Hauptschul-Modells Hauptschulabgänger/innen durch Lehrer/innen, sog. "Übergangskoaches", Berufsberater/innen der Agentur für Arbeit und Personalfachleute aus Unternehmen beraten und begleitet. Sie sollen in engem Austausch die Stärken, Interessen und Neigungen der Schüler/innen ermitteln, bei der Berufsberatung begleiten und die Schüler/innen gezielt bei der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz unterstützen.

#### **3.7.4 Weiterentwicklung der Lippe Pro Arbeit gGmbH**

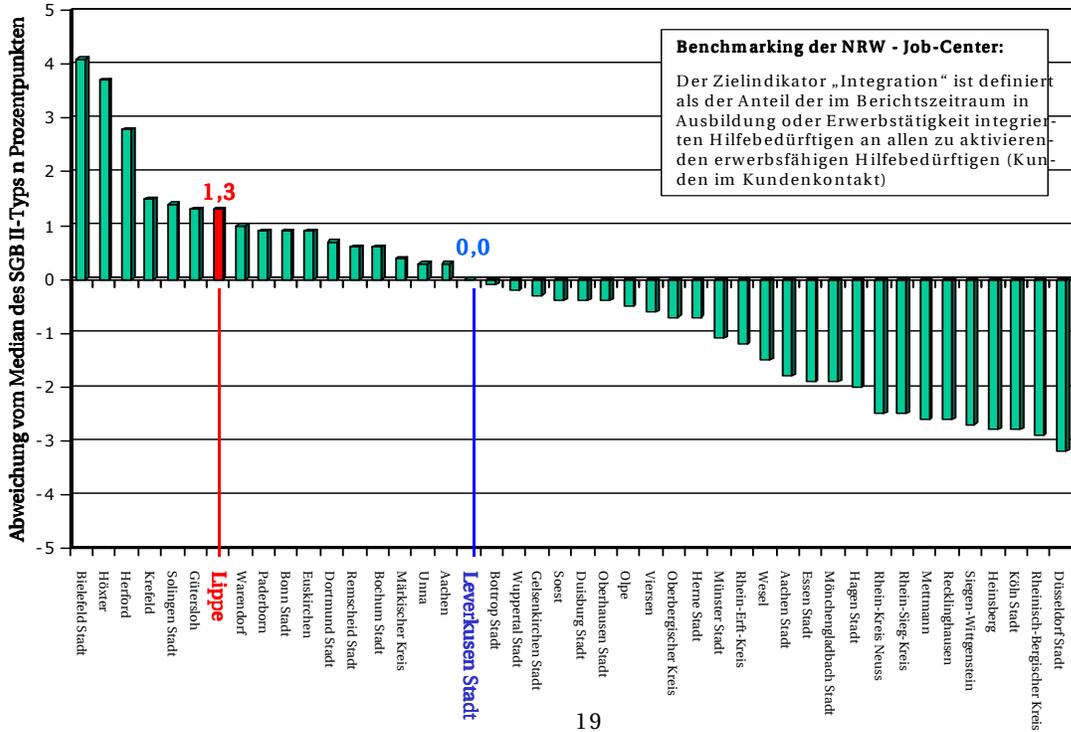
Die Aufgaben nach dem SGB II werden seit 2005 von der Lippe Pro Arbeit gGmbH wahrgenommen. Zwischen der Gesellschafterversammlung der Lippe pro Arbeit und der Geschäftsführung sind im März 2006 zur Weiterentwicklung der Lippe pro Arbeit gGmbH folgende Ziele vereinbart worden:

- Verringerung der Hilfebedürftigkeit
- Verbesserung der Integration in Erwerbsfähigkeit
- Verbesserung der Eingliederung der unter 25-jährigen
- zeitnahe Sicherung des Lebensunterhaltes
- Steigerung von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit

Nach Abschluss des ersten vollständigen Geschäftsjahres kann die Lippe pro Arbeit gGmbH erste Erfolge aufweisen. So steht sie im Vergleich zu anderen Regionen ganz oben bei den Integrationsleistungen. Neben den absolut sinkenden Zahlen bei den Arbeitslosen kann die Lippe pro Arbeit auch bei den Integrationsquoten mit rund 24 Prozent bei den unter 25-jährigen bzw. 19 Prozent bei den über 25-jährigen gute Zahlen vorweisen.



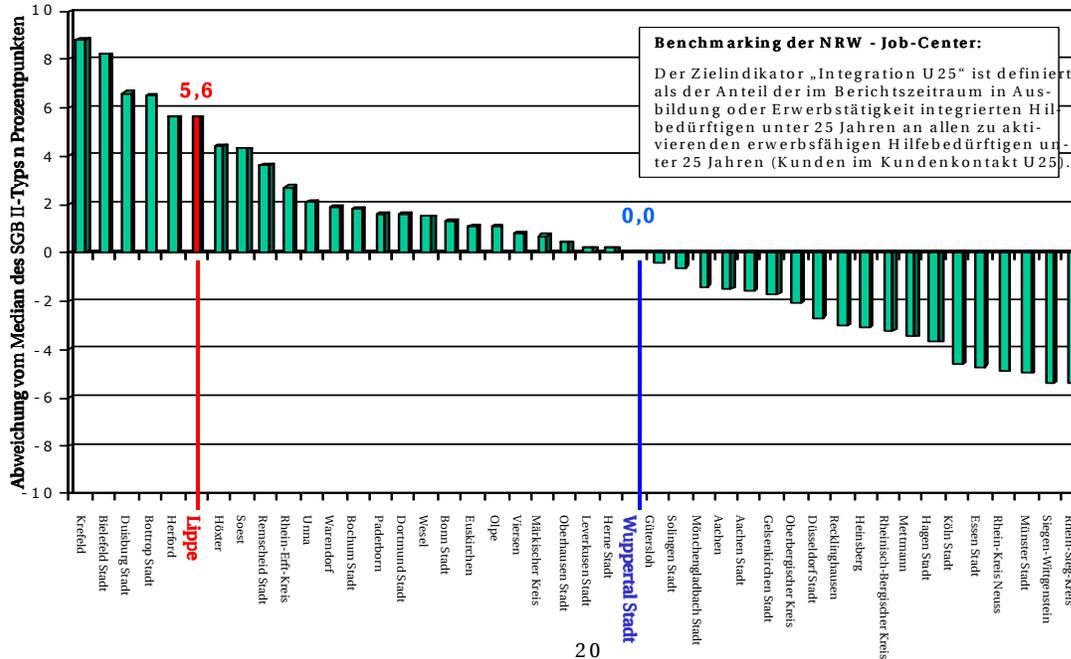
Arbeits- und Sozialmarktentwicklung
- Anteil Integrationen an Kunden im Kundenkontakt (Stand: Juni 2007) -



19



Arbeits- und Sozialmarktentwicklung
- Anteil Integrationen U25 an Kunden im Kundenkontakt (Stand: Juni 2007) -



20

### **3.7.5 Weiterführung des Projektes "eGovernment"**

Der Masterplan Lippe sieht ebenfalls die Weiterführung des Projektes "e-Government" vor. Ziel hierbei ist die Erarbeitung eines Maßnahme- und Umsetzungsplanes zur Beschaffung und Einführung der neuen Verfahren in Kooperation mit den Kreisen / Kommunen und dem KRZ sowie die Erarbeitung eines Vorschlages zur Einbeziehung des IT-Bereiches des Kreises Lippe in die zukünftige Gesamtstrategie.

Seit dem 01.01.2007 sind nunmehr sämtliche eGovernment-Aktivitäten in Form eines Projektes gebündelt worden. Die Federführung obliegt einer im Fachbereich 5 angesiedelten Stabsstelle, in der auch verstärkt die Aufgaben der ganzheitlichen IT-Steuerung wahrgenommen werden.

Das Gesamtprojekt ist in die Bereiche Portal (Verwaltungsplattform) und Geschäftsprozess-Management unterteilt worden. Daher werden einerseits fachliche Anforderungen an das zukünftige Kreisportal erarbeitet, andererseits werden ausgewählte Geschäftsprozesse wie Ratsinformationssystem, Beschwerdemanagement, eProcurement, digitales Baugenehmigungsverfahren sowie der Einsatz geografischer Systeme in speziellen Bereichen (Raum- und Bauleitplanung, Schulamtsverwaltung / Schulentwicklungsplanung, Straßen- und Unterhaltungsmanagement, Tierseuchenbekämpfung, Umweltplanung, Verkehrslenkung) näher analysiert und Vorschläge für die Sollprozesse erarbeitet. Dazu wird auch auf die bereits im Rahmen der eGovernment-Kooperation in OWL erarbeiteten Sollkonzepte zurückgegriffen. Auf die weiteren Ausführungen des Fachbereichs Vermessung und Kataster unter Punkt 2.7.6 wird verwiesen.

### **3.7.6 Durchführung einer Produktkritik**

Nach Einführung des NKF zum 01.01.2006 ist es ein Hauptanliegen, den bereits in 1999 eingeführten Produkthaushalt hinsichtlich der Ziele und Kennzahlen weiter zu entwickeln und zu optimieren. Erste Schritte sind bereits erfolgreich umgesetzt worden. Zudem war es notwendig, in 2006 weitere nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten und kurz- bzw. mittelfristig umzusetzen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kreises Lippe zu erhalten.

Aus den vorgenannten Gründen wurde deshalb im Rahmen eines Projektes eine umfassende Produktkritik durchgeführt. Dabei sollten neben einem Beitrag zur Haushaltskonsolidierung auch eine Verbesserung der Produktkennzahlen erreicht und der zielorientierte Ressourceneinsatz der Produkte überprüft werden.

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

Konzeptionell stützte sich die Projektarbeit auf fachliche Vorschläge insbesondere der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Im Schwerpunkt wurden nach einer entsprechenden Produktanalyse genau die Produkte des Kreises untersucht, die aufgrund ihrer inhaltlichen Bedeutung und ihres besonders hohen Ressourcenaufkommens (Aufwand/Ertrag) den größten Konsolidierungserfolg versprochen.

Die Ergebnisse sind bereits in den Produkthaushalt 2007 eingeflossen. Insgesamt lassen sich aus der Produktkritik resultierenden finanzielle Auswirkungen in Höhe von 5.827.000 € vorweisen.

### **3.7.7 PPP-Modell "Straßen im Kreis Lippe"**

Ein weiteres Projekt des Masterplans Lippe ist die Weiterführung des PPP – Verfahrens auf der Grundlage der Machbarkeitsstudien I und II. Mit seiner Entscheidung vor Weihnachten hat der Kreistag die Voraussetzungen geschaffen, für die Leistungen Planung, Bau, Finanzierung und bauliche Unterhaltung der Kreisstraßen ein europaweites Vergabeverfahren einzuleiten sowie das bereits eingeleitete Auswahlverfahren für rechtliche sowie technische und wirtschaftliche Beratung fortzuführen und entsprechende Beratungsaufträge zu erteilen.

### **3.7.8 Projekt "Lippe 2020 – Gemeinsam in die Zukunft"**

Der demografische Wandel wird auch in Lippe gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen. Im Rahmen des Zukunftsprojektes "Lippe 2020 – Gemeinsam in die Zukunft" gilt es die demografische Entwicklung zu analysieren und Handlungsempfehlungen und Maßnahmen zu entwickeln, um die Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit des Kreises Lippe für die Zukunft zu sichern und den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Aus diesem Grund wurde bereits im Jahr 2005 ein Zukunftsbüro eingerichtet. Das Zukunftsbüro ist als zentrale Steuerungseinheit für die Koordinierung und die Leitung des Gesamtprojektes zuständig. Das Aufgabenspektrum ist in sieben Handlungsfelder unterteilt worden. Für die einzelnen Handlungsfelder wurden Ansprechpartner benannt, die gemeinsam mit dem Zukunftsbüro an der Entwicklung von Einzelmaßnahmen auf der Grundlage einer Situationsanalyse arbeiten.

Die Struktur und die einzelnen Handlungsfelder ergeben sich aus der nachfolgenden Darstellung:



Der erste Projektbericht 2006 liegt zwischenzeitlich vor. In ihm werden in den einzelnen Handlungsfeldern eine Anzahl von Einzelprojekten und Maßnahmen definiert, die Projektorganisation beschrieben und Realisierungszeiträume genannt.

Darüber hinaus konnte im Jahr 2006 die Sozialraumkonferenz Blomberg erfolgreich abgeschlossen werden. Diese wurde vom Zukunftsbüro des Kreises Lippe sowie Ansprechpartnern der einzelnen Handlungsfelder des Projektes "Lippe 2020" mit Know-how und analytischen Hilfestellungen begleitet. Die allgemeine demografische Entwicklung wird nach derzeitigen Analysen im Vergleich zum gesamten Kreisgebiet in Blomberg extremer ausfallen als in den übrigen kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Seitens der Stadt Blomberg sind daher etwa 150 Vertreter von Verbänden, Vereinen und aus der Wirtschaft eingeladen worden, konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln, wie die Zukunftsfähigkeit der Stadt aufgrund der demografischen Entwicklung sichergestellt werden kann. Mehr als 100 Teilnehmer haben diese Einladung angenommen und an drei Tagen Handlungsempfehlungen für die Themenfelder "Familie und Schule", "Schule im Übergang zur Ausbildung und Beruf", "Wirtschaft und Arbeit" sowie "Gesundheit, Senioren und behinderte Menschen" erarbeitet.

**Weitere besondere Projekte****3.7.9 25-jähriges Jubiläum des Kreishauses**

Ein Höhepunkt des Jahres 2006 war der Tag der offenen Tür, zudem Landrat Heuwinkel aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums des Kreishauses am 29.10.2006 geladen hat. An diesem Tag haben sich etwa 6.500 Besucher über das Aufgabenspektrum der Kreisverwaltung, das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit vielen Aktionen und Präsentationen vermittelt haben, einen Einblick verschafft. Anhand zahlreicher Infostände, Präsentationen, Aktionen, Vorträge und Führungen konnten sich die Lipperinnen und Lipper über die derzeitigen Projekte und den Alltag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung informieren.

**3.7.10 Neustrukturierung des Landestheaters Detmolds**

Seine Funktion als Kulturträger hat der Kreis Lippe im Jahr 2006 durch die Neustrukturierung des Landestheaters Detmold unterstrichen, an dessen neu gegründeten Gesellschaft er mit 49 Prozent den größten Anteil hält. Weitere Gesellschafter sind die Stadt Detmold, der Landesverband Lippe, die Stadt Paderborn, der Kreis Paderborn, die Stadt Bad Oeynhaus und der Verein zur Förderung des Landestheaters Detmold e.V..

**3.7.11 Tag der "Erneuerbaren Energien"**

Als Schwerpunkt hat sich der Fachbereich Umwelt im Jahr 2006 das Thema der "Erneuerbaren Energien" auf die Agenda geschrieben. Mit dem ersten Tag der erneuerbaren Energien am 29.04.2006 machte der Kreis Lippe innovative und bereits im Betrieb befindliche Anlagen der breiten Öffentlichkeit zugänglich. Gezeigt wurden Anlagen, die mit Biomasse, Photovoltaik, Geothermie und nachwachsenden Rohstoffen Strom oder Wärme erzeugen. Ebenso waren Holzfeuerungsanlagen und Blockheizkraftwerke zu besichtigen sowie andere Anlagen, die mit Wasser- und Sonnenkraft arbeiten.

**3.7.12 Lipperlandhalle**

Die Lipperlandhalle hat ein Jahr nach dem großen Umbau und ihrer Neueröffnung ihren Anspruch als zentrales Event-Zentrum im Kreisgebiet unterstrichen. Erster Höhepunkt des Jahres war die Aufführung der Oper AIDA. Groß war die Resonanz auf das Angebot, die Fußball-WM auf Großbildleinwänden in der Lipperlandhalle zu verfolgen. Rund 3.500 Besucher ließen sich von der Stimmung in der Lipperlandhalle bei den Fußballspielen begeistern.



## 4. Teilrechnungen der Fachbereiche mit Erläuterungen

### 4.1 Teilrechnung FB 1

<b>Teilrechnung FB 1 - Service</b>			
<b>Teilergebnisrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Erträge	6.361.221,00 €	4.195.113,49 €	-2.166.107,51 €
Aufwendungen	31.987.119,00 €	36.019.220,83 €	4.032.101,83 €
<b>Saldo</b>	<b>-25.625.898,00 €</b>	<b>-31.824.107,34 €</b>	<b>-6.198.209,34 €</b>
<b>Teilfinanzrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Einzahlungen	6.572.635,00 €	9.837.147,08 €	3.264.512,08 €
Auszahlungen	40.698.592,00 €	39.853.871,26 €	-844.720,74 €
<b>Saldo</b>	<b>-34.125.957,00 €</b>	<b>-30.016.724,18 €</b>	<b>4.109.232,82 €</b>

**Teilergebnisrechnung Fachbereich 1**

Die Teilergebnisrechnung für den Fachbereichs 1 verschlechtert sich im Zuschussbedarf gegenüber der Planung um rd. 6,2 Mio. €. Ursache hierfür sind im Wesentlichen Mehraufwendungen und Mindererträge beim Produkt „Zuführung an die Eigenbetriebe“ (015 001 003) in einem Volumen von rd. 6,8 Mio. € (siehe Erläuterungen zum Produkt 015 001 003). Ohne dieses Produkt ergibt sich eine Verbesserung des Zuschussbedarfs in Höhe von rd. 600.000 €, die sich aus Einsparungen bei den Personalaufwendungen in Höhe von rd. 400.000 € und den sonstigen Minderaufwendungen / Mehrerträgen in Höhe von rd. 200.000 € zusammensetzt.

**Produkt 015 001 003 - Zuführung an die Eigenbetriebe**

Das Ergebnis verschlechtert sich gegenüber den Planungen um rd. 6.822 T€. Bedingt ist dieses Ergebnis zum einen durch gegenüber der Planung rückläufige Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 2.181 T€ und steigende Transferaufwendungen in Höhe von 4.703 T€. Hierzu im Einzelnen:

Die Eigenbetriebe haben bei Eigenbetriebsgründung anteilig zum Investitionsvolumen der vergangenen Jahre Altschulden übernommen und bilanziert, die Darlehen werden aber weiterhin vom Kreis Lippe bedient. Insoweit sind anteilige Zins- und Tilgungsleistungen an den Kernhaushalt zu erstatten. Bei Aufstellung des ersten NKF - Haushalts wurden diese Zahlungen in vollem Umfang ertrags- und zahlungswirksam veranschlagt. Lediglich die Zinsleistungen stellen jedoch einen Ertrag dar, die anteiligen Tilgungsbeträge können lediglich zahlungswirksam verbucht werden und vermindern andererseits die in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Forderungen gegen Sondervermögen.

Die wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen dem Kreis Lippe – Kernhaushalt – und dem Eigenbetrieb ISB – Sparte Gebäudewirtschaft – waren darüber hinaus im Laufe des Jahres 2006 Gegenstand von Erörterungsgesprächen. Im Sinne einer beiderseitigen Bilanzbereinigung wurde eine gegenseitige Abstimmung und weitgehende Ausbuchung der wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten angestrebt. Die Verbindlichkeiten des EB ISB – Sparte Gebäudewirtschaft – wurden mit sonstigen Forderungen des EB gegen den Kernhaushalt aufgerechnet, insoweit sind hier die ursprünglich eingeplanten Zins- **und** Tilgungsleistungen nicht erzielt worden.

Darüber hinaus sind abweichend von den Planungen (vgl. Vorbericht zum Haushalt 2006) im Rahmen der Budgetausführung erstmals Zuführungen zu Rückstellungen in Höhe der voraus-

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

sichtlichen Betriebsverluste der Eigenbetriebe aufwandswirksam gebucht worden. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen die Jahresrechnungen der Eigenbetriebe noch nicht vor, es ist aber davon auszugehen, dass sich das Betriebsergebnis im Bereich der Planansätze bewegen wird. Daher wurden in Höhe der geplanten Betriebsverluste (EB ISB: -2.466.081 €; EB Schulen: -2.245.914.- €; **Gesamt: 4.711.995.- €**) aufwandswirksam Rückstellungen gebildet. In Höhe des tatsächlichen eintretenden Betriebsverlustes wird eine außerplanmäßige Abschreibung auf Finanzanlagen gem. § 35 Abs. 5 GemHVO zu buchen sein.

### **Personalaufwendungen**

Die Personalaufwendungen vermindern sich um rd. 395.000 €. Wesentliche Ursache hierfür ist die Veränderung der versicherungsmathematischen Berechnung der Pensionsrückstellungen aufgrund der Senkung der Zuwendung der Beamten im Dezember 2006. Dieser Effekt wirkt sich grundsätzlich in allen Fachbereichen aus. Weitere Einzelheiten können den zusammenfassenden Erläuterungen im allgemeinen Teil dieses Geschäftsberichts entnommen werden.

### **Sonstige Veränderungen**

Die sonstigen Minderaufwendungen / Mehrerträge in Höhe von rd. 200.000 € betreffen insbesondere die Produkte „Personalbetreuung“ (001 004 001), „Finanzmanagement“ (001.004.005) und „Beteiligungen“ (015.001.002).

Bei einer Zahl von Sachkonten waren sowohl Mehraufwendungen (z. B. bei Zuweisungen / Zuschüssen) und Mindererträge (bei verschiedenen Erstattungspositionen) als auch Minderaufwendungen (bei Beiträgen zum Kommunalen Schadensausgleich, verschiedenen Beratungskosten etc.) und Mehrerträge (z. B. bei den Zuschüssen des Arbeitsamts für Altersteilzeit) zu verzeichnen. Im Ergebnis erbrachten die Veränderungen eine Verbesserung in Höhe von rd. 200.000 €.

### **Teilfinanzrechnung Fachbereich 1**

Die Teilfinanzrechnung für den Fachbereichs 1 verbessert sich im Zuschussbedarf gegenüber der Planung um rd. 4,1 Mio. €. Ursache hierfür sind im Wesentlichen die Buchung der ungeklärten Einzahlungen der Kasse (Produkt 001 004 006) im Volumen von rd. 2,3 Mio. €, Verbesserungen in den Produkt „Beteiligungen“ (015 001 002, rd. 650.000 €) und „Zuführungen an die Eigenbetriebe“ (015 001 003, rd. 450.000 €) sowie Einsparungen bei den Personalausgaben in Höhe von rd. 460.000 €.

**Produkt 001 004 006 - Kasse (Zahlungsabwicklung)**

Alle Geldeingänge des Kreises, die nicht unmittelbar zugeordnet werden können, werden zunächst auf einem bilanziellen Verbindlichkeitenkonto und einem Einzahlungskonto der Finanzrechnung (ungeklärte Einzahlungen Produkt Kasse) gebucht. Am Bilanzstichtag betrug der Kontenbestand rd. 2,3 Mio. €.

**Produkt 015 001 002 - Beteiligungen**

In der Teilfinanzrechnung verbessert sich das Produkt Beteiligungen gegenüber dem Planansatz insgesamt um rd. 654 T€. Neben sonstigen Budgetveränderungen wirkt sich hier insbesondere die zunächst verminderte Stammkapitaleinlage bei der Landestheater Detmold GmbH aus. Von den ursprünglich veranschlagten 1.480 T€ sind lediglich 739,5 T€ zahlungswirksam geworden. Da die Stammkapitaleinlage rücklagenfinanziert wurde, sind bei der allgemeinen Finanzierung entsprechend verminderte Entnahmen aus Rücklagen zu verzeichnen.

**Produkt 015 001 003 - Zuführungen an die Eigenbetriebe**

In der Teilfinanzrechnung verbessert sich das Produkt gegenüber dem Planansatz insgesamt um rd. 448 T€. Nicht in vollem Umfang liquiditätswirksam geworden sind die ursprünglich veranschlagten Resteabwicklungen für die Baumaßnahmen im EB ISB – Sparte Straßen – und EB Schulen.

Hier sind nach kameraler Rechnungslegung bereits in den Vorjahren Haushaltsausgabereste für schon vergebene und durchgeführte, aber noch nicht abschließend abgerechnete Baumaßnahmen eingestellt worden. Zum Teil wurden auch Einbehaltungen von den Rechnungsbeträgen zwecks Mängelbeseitigung vorgenommen. Diese kamerale Haushaltsausgabereste wurden als sonstige Rückstellung in die Eröffnungsbilanz des Kreises Lippe überführt und werden nach abschließender Sachverhaltsklärung lediglich zahlungswirksam abgewickelt. Die in 2006 nicht verausgabten Mittel wurden im Budget 2007 erneut veranschlagt (EB ISB: 120 T€; EB Schulen 299 T€).

**4.2 Teilrechnung FB 2**

<b>Teilrechnung FB 2 - Ordnung</b>			
<b>Teilergebnisrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Erträge	6.795.915,00 €	7.452.632,74 €	656.717,74 €
Aufwendungen	9.197.137,00 €	8.689.284,39 €	-507.852,61 €
<b>Saldo</b>	<b>-2.401.222,00 €</b>	<b>-1.236.651,65 €</b>	<b>1.164.570,35 €</b>
<b>Teilfinanzrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Einzahlungen	6.795.915,00 €	6.991.359,15 €	195.444,15 €
Auszahlungen	9.031.843,00 €	8.796.663,50 €	-235.179,50 €
<b>Saldo</b>	<b>-2.235.928,00 €</b>	<b>-1.805.304,35 €</b>	<b>430.623,65 €</b>

### **Erläuterungen**

Die Ergebnisrechnung des FB 2 (ohne Regiebetrieb Bevölkerungsschutz) ergibt im Saldo im Vergleich zum Plan 2006 eine Verbesserung um rd. **1.160 T€ €**.

Von den 1.160 T€ entfallen ca. 356 T€ auf Einsparungen im Personalkostenbereich (s. Bericht „Personalaufwendungen“ unter Punkt 3.5.2 ).

Weitere erhebliche Planabweichungen ergeben sich bei den Erträgen in den Produkten „Verkehrsüberwachung“ und „Polizeiliche Ordnungswidrigkeiten“ (zusammen +172 T €) sowie im Bereich der Produktgruppe „Fahrzeugzulassungen“ mit einem Ertragsplus in Höhe von 373 T€, werden im Folgenden erläutert.

Auf der Aufwandsseite schlägt als größerer Posten eine Einsparung bei den Betriebskostenzuschüssen an die Tierkörperbeseitigungsanstalt zu Buche (- 69 T€).

### **Produkt 002 006 001 „Verkehrsüberwachung“**

Im Produkt „Verkehrsüberwachung“ werden die Erträge aus der mobilen und stationären Verkehrsüberwachung verbucht. Der Planansatz 2006 lag ursprünglich bei 700 T€ (mobil) und 625 T€ (stationär). Die Mitte des Jahres 2006 erstellte Hochrechnung ließ deutliche Mindererträge befürchten, so dass in der Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung des Kreises Lippe für das Haushaltsjahr 2006 (Vorlage 119/2006) die Ertragsansätze auf 547 T€ (mobil) und 429 T€ (stationär) reduziert wurden. Zumindest bei der mobilen Verkehrsüberwachung sind die Mindererträge jedoch nicht eingetreten.

Nachdem in der zweiten Jahreshälfte 2006 eine durchgehend stabile Besetzung des Radarwagens sichergestellt werden konnte und darüber hinaus in den Monaten September und Oktober 2006 eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Geschwindigkeitsverstößen festgestellt wurde, konnte der ursprüngliche Planansatz von 700 T€ erreicht werden. Im Vergleich zum geminderten Nachtragsansatz ergibt sich somit ein Plus in Höhe von 153 T€.

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

Bei der stationären Geschwindigkeitsüberwachung blieb die ursprünglich geplante Fallzahl deutlich unter den Erwartungen. Scheinbar gewöhnen sich Verkehrsteilnehmer immer mehr an die bestehenden Messanlagen und richten ihr Fahrverhalten entsprechend ein, was entsprechend präventiv zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beiträgt. Es wurden rd. 480 T€ an Erträgen verbucht werden, 51 T€ mehr als im Nachtrag angenommen.

### **Produkt 002 006 002 „Polizeiliche Ordnungswidrigkeiten“**

Hier sind ebenfalls Veränderungen bei den Erträgen zu berichten. Zwar wurden die geplanten Fallzahlen –gerechnet wurde mit 14.600 Verstößen– knapp erreicht, doch lag das durchschnittlich verhängte Bußgeld unter dem kalkulierten Schnitt. Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass etwa 32 T€ weniger Ertrag erzielt wurde (764 T€ statt 796 T€).

### **Produktgruppe „Fahrzeugzulassungen“**

Zur Produktgruppe „Fahrzeugzulassungen“ gehören die Produkte 002 008 001 „Zulassungen“ und 002 008 002 „Überwachung der Halterpflichten“. Bei beiden Produkten haben sich die Erträge bei dem Vergleich Plan-Ergebnisrechnung deutlich unterschiedlich entwickelt, insgesamt ist jedoch eine Ertragssteigerung bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (Verwaltungsgebühren) um 258 T€ eingetreten.

Eine deutliche Zunahme der Fallzahlen bei den Steuer-, Versicherungs- und Mängelanzeigen mit den sich daraus ergebenden Verwaltungsmaßnahmen und ein verbessertes Verfahren zur Realisierung offener Forderungen haben zu einer Ertragssteigerung im Produkt „Überwachung der Halterpflichten“ geführt.

So ist der Gesetzgeber endlich einer alten Forderungen der Kommunen nachgekommen (der Kreis Lippe hatte dem Land bereits 1999 entsprechende Vorschläge unterbreitet), so dass nunmehr Zulassungen von KFZ in Lippe nur dann von der Zulassungsstelle vorgenommen werden, wenn der Halter zunächst ggf. bestehende Außenstände (Gebühren, Auslagen für zurückliegende Amtshandlungen im KFZ - Bereich) beglichen hat. Aktuell (Juli 2007) werden auf diese Weise mtl. rd. 10.000 € Außenstände vereinnahmt. Aufgrund von Buchungsfehlern sind diese Mehrerträge in 2006 allerdings dem Produkt „Zulassungen“ zugeflossen, wobei bei der Vielzahl der betroffenen Vorgänge eine genaue Summe nur unter erheblichem Aufwand zu ermitteln ist.

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

Die Fallzahlentwicklung im Produkt „Zulassungen“ entspricht in etwa den Plandaten. Dementsprechend ist auch die Ertragssituation stabil. Mehrerträge sind bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten zu verzeichnen. Hier hat die Verpachtung der Schilderprägestelle im Vergleich zum Plan einen Mehrertrag in Höhe von 115 T€ gebracht.

**4.3 Teilrechnung RB Bevölkerungsschutz**

<b>Teilrechnung</b>			
<b>Regiebetrieb Bevölkerungsschutz</b>			
<b>Teilergebnisrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Erträge	8.182.541,00 €	10.752.527,33 €	2.569.986,33 €
Aufwendungen	8.718.467,00 €	11.727.117,38 €	3.008.650,38 €
<b>Saldo</b>	<b>-535.926,00 €</b>	<b>-974.590,05 €</b>	<b>-438.664,05 €</b>
<b>Teilfinanzrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Einzahlungen	7.481.308,00 €	6.300.675,24 €	-1.180.632,76 €
Auszahlungen	8.809.866,00 €	7.012.875,01 €	-1.796.990,99 €
<b>Saldo</b>	<b>-1.328.558,00 €</b>	<b>-712.199,77 €</b>	<b>616.358,23 €</b>

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

Die Ergebnisrechnung des **Regiebetriebes Bevölkerungsschutz** ergibt im Saldo im Vergleich zum Plan 2006 trotz erheblich gesteigener Gebühreneinnahme eine Verschlechterung um rd. 438.000 €. Diese Verschlechterung steht im Zusammenhang mit der Entwicklung des Produktes 002 010 002 „Rettungsdienst“ in den vergangenen Jahren: nach Ablösung des restlichen Fehlbetrages aus 2004 wurde der Gebührenüberschuss dem Sonderposten "Gebührenaussgleichsrücklage" zugeführt. Im Einzelnen:

Im Jahr 2004 schloss das Produkt „Rettungsdienst“ mit einem Fehlbetrag in Höhe von 579.553,11 € ab, vgl. entsprechendes Haushaltsdefizit des Jahres 2004. Nach erfolgter Gebührenerhöhung im Rettungsdienst sollte dieser Fehlbetrag mittelfristig kompensiert und dem Kreishaushalt wieder zugeführt werden. Bereits im Jahr 2005 konnte wegen gesteigener Fallzahlen im Rettungswesen ein erheblicher Teil zurückgezahlt werden, was aber zum Zeitpunkt der Budgetaufstellung 2006 noch nicht absehbar war. So wurde für das Jahr 2006 mit einem höheren Überschuss des Produktes „Rettungsdienst“ gerechnet als tatsächlich nötig war. Folgende Übersicht veranschaulicht die Entwicklung:

Produkt „Rettungsdienst“ (Salden):

Jahr	Plan	Rechnungsergebnis	Differenz
2004:	0,00 €	-579.553,11 €	-579.553,11 €
2005:	0,00 €	+311.651,57 €	311.651,57 €
2006	+609.554,00 €	+267.901,54 €	-341.652,46 €

ausgeglichenen Unterdeckung aus 2004: 579.553,11 €.

Damit ist der Ausgleichsbetrag vollständig an den Kreishaushalt zurückgeführt worden. Die Entwicklung der Fallzahlen im Rettungsdienst und die dadurch eingenommenen Gebühren, sowie um rd. 100 T€ geringere Leistungsverrechnungen mit dem Produkt Leitstelle (Vgl. allgemeine Ausführungen zu Personalkosten Ziffer 3.5.2), hatten zur Folge, dass im Jahr 2006 neben dem Ausgleich des Fehlbetrages ein Betrag in Höhe von insgesamt **2,56 Mio. €** in den Sonderposten für den Gebührenaussgleich gebucht werden konnte. Dieser Sonderposten wird nach erfolgten Gebührensenkungen im Jahr 2007 in den kommenden Jahren langsam wieder abgebaut.

Die weiteren ca. 96.000 € Verschlechterung haben ihre Ursache in den Produkten 002 009 001 „Serviceleistungen des Feuerwehrausbildungszentrums“ und 002 009 002 „Katastrophenschutz“. In beiden Produkten sind schlugen höhere Aufwendungen für Abschreibungen zu Buche als kalkuliert.

**4.4 Teilrechnung FB 3**

<b>Teilrechnung</b>			
<b>FB 3 - Jugend, Soziales und Gesundheit</b>			
<b>Teilergebnisrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Erträge	53.843.476,00 €	56.909.117,18 €	3.065.641,18 €
Aufwendungen	143.596.450,00 €	144.807.015,91 €	1.210.565,91 €
<b>Saldo</b>	<b>-89.752.974,00 €</b>	<b>-87.897.898,73 €</b>	<b>1.855.075,27 €</b>
<b>Teilfinanzrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Einzahlungen	54.265.146,00 €	53.794.872,41 €	-470.273,59 €
Auszahlungen	146.532.075,00 €	146.302.107,41 €	-229.967,59 €
<b>Saldo</b>	<b>-92.266.929,00 €</b>	<b>-92.507.235,00 €</b>	<b>-240.306,00 €</b>

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**
**Teilergebnisrechnung FB 3**

Nachdem im Rahmen des Nachtrages 2006 bereits die noch notwendigen Mittel für den laufenden Haushalt 2006 bereitgestellt wurden, kann der FB 3 das Jahr 2006 insgesamt mit einem positiven Ergebnis in Höhe von 1,85 Mio. € in der Ergebnisrechnung abschließen.

Das Ergebnis teilt sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche auf:

	<b>Saldo Plan einschl. Nachtrag</b>	<b>Saldo Ergebnis</b>	<b>Veränderung</b>
Schule, Kultur, Sport	4.275.778,00 €	4.156.049,08 €	119.728,92 €
Soziales	58.053.262,00 €	57.710.754,73 €	342.507,27 €
Jugend	24.802.709,00 €	23.526.380,96 €	1.276.328,04 €
Gesundheit	2.621.225,00 €	2.504.778,69 €	116.446,31 €
<b>Gesamt</b>	<b>89.752.974,00 €</b>	<b>87.897.963,46 €</b>	<b>1.855.010,54 €</b>

Alle Bereiche haben ein positives Ergebnis, d.h. die im Saldo bereitgestellten Mittel wurden nicht vollständig verbraucht. Hervorzuheben ist hier jedoch die Jugendhilfe, die mit 1,276 Mio. € maßgeblich zu dem Ergebnis beiträgt.

**Bereich Jugend:**

Das gute Ergebnis in der Jugendhilfe ist im Wesentlichen auf überplanmäßige Erträge bei dem Produkt Unterhaltsvorschussleistungen zurückzuführen.

**Produkt 006 003 007 - Unterhaltsvorschussleistungen**

Im Rahmen dieser Hilfe erhalten alleinerziehende Elternteile Unterhalt für ihre Kinder, sofern der unterhaltsverpflichtete Elternteil keinen Unterhalt zahlt. Für die durch den Kreis vorgeleistete Hilfe besteht grundsätzlich ein Rückforderungsanspruch gegenüber dem unterhaltspflichtigen Elternteil.

Dieser lässt sich jedoch häufig gar nicht oder nur sehr zeitverzögert realisieren, so dass sich hier Ansprüche des Kreises aufsummiert haben, die erstmals im Rahmen der Einführung des NKF zum Soll gestellt wurden. Die UVG-Leistungen werden zu 46,67 % vom Land erstattet, so dass auch die eingenommenen Unterhaltsbeiträge zu 46,67 % an das Land abzuführen sind. Dies wurde jedoch bereits innerhalb der Jahresrechnung berücksichtigt. Es verbleibt noch ein "Überschuss" in Höhe von 1,08 Mio. € zugunsten des Kreishaushaltes. Inwieweit

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

diese Forderungen vollständig zu realisieren sind oder ggf. in den Folgejahren auch Abschreibungen auf Forderungen zu buchen sein werden, bleibt abzuwarten.

### **Wirtschaftliche Jugendhilfe**

Die Haushaltsmittel im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe waren insgesamt auskömmlich, nachdem im Rahmen des Nachtrages rd. 370 T€ für die stationäre Eingliederungshilfe für Behinderte zusätzlich bereitgestellt wurden. Diese Fälle wurden im Budget 2006 erstmals gesondert mit einem eigenen Produktsachkonto dargestellt. Es zeigte sich jedoch, dass dieser Ansatz zu gering kalkuliert wurde.

Bei den stationären Hilfen zur Erziehung konnte der positive Trend, der bereits im Vorjahr einsetzte, auch in 2006 gehalten werden. Dies ist auf eine konsequente Beibehaltung der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen zurückzuführen.

### **Produkt 006 001 001 - Kindertageseinrichtungen**

Mit der Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) zum 01.08.2006 hat das Land seine vorherige Beteiligung am Ausgleich nicht erzielter Elternbeiträge aufgegeben. Unabhängig von der Höhe der erzielten Elternbeiträge, die seit dem 01.08.2006 kommunal durch Satzung geregelt sind, finanziert das Land die Betriebskosten der Tageseinrichtungen seitdem einheitlich mit 30,5%.

Da das Elternbeitragsaufkommen beim Kreisjugendamt Lippe unterdurchschnittlich ist, war zu befürchten, dass sich die Landeskürzungen in der Summe rechnerisch mit einer Budgetverschlechterung von rd. 500 T€ auswirken würden. Durch gezielte Gegensteuerungsmaßnahmen auf der Grundlage der demographischen Entwicklung wurden zum neuen Kindergartenjahr die Angebote dem Bedarf angepasst, so dass die Ausgaben verringert werden konnten.

Im Rahmen des Nachtragshaushaltes wurden darüber hinaus gehende Budgetveränderungen bereits angepasst, so dass der Bereich der Kindertageseinrichtungen insgesamt im Rahmen der Jahresrechnung mit einem Defizit in Höhe von nur rd. 100 T€ abschließen konnte. Dieses Defizit konnte innerhalb des Jugendhilfebudgets ausgeglichen werden.

**Bereich Soziales:**

Der Bereich Soziales schließt insgesamt mit einem Saldoüberschuss in Höhe von rd. 340 T€ ab. Dies war jedoch nur möglich, nachdem im Rahmen des Nachtrages bereits zusätzliche Mittel bereitgestellt wurden. Dank der guten konjunkturellen Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2006 wurden schließlich bei dem Produkt "Grundsicherung für Arbeitssuchende" weniger SGB II-Mittel benötigt als dies zur Mitte des Jahres noch den Anschein hatte.

Die wesentlichen budgetbeeinflussenden Produkte werden nachfolgend kurz erläutert:

**Produkt 005 003 001 - Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II**

Seit 01.01.2005 wird diese im Rahmen der Hartz IV-Reform eingeführte Leistung anstelle der früheren Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG und der Arbeitslosenhilfe gewährt. Anspruchsberechtigt sind alle erwerbsfähigen Personen und deren Angehörige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können.

Der Kreis Lippe ist Träger der Unterkunft- und Heizkosten sowie einmaliger Bedarfe. Die Unterkunft- und Heizkosten wurden in 2006 mit 29,1 % vom Bund erstattet.

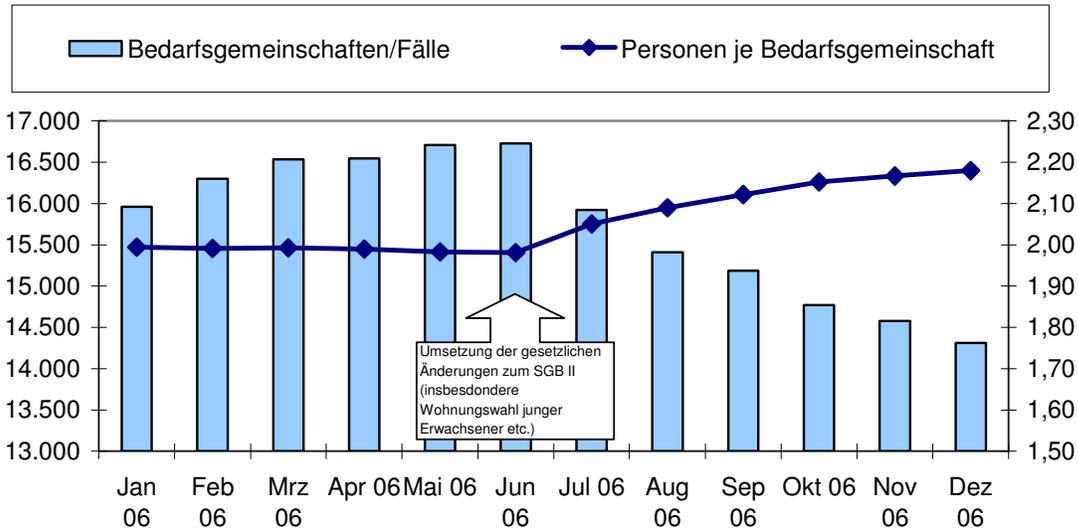
Bei der Budgetplanung für 2006 wurde auf der Basis des Vorjahresniveaus kalkuliert. Es zeigte sich jedoch im Laufe des Jahres ein Fallzahlenanstieg, der erst in der zweiten Jahreshälfte zurückging, so dass die Fallzahlen im Jahresdurchschnitt mit 15.750 Bedarfsgemeinschaften deutlich über den Vorjahreszahlen mit 14.600 Bedarfsgemeinschaften lagen.

Die Budgetansätze wurden im Rahmen des Nachtrages entsprechend korrigiert. Da die Fallzahlen und die Ausgaben zum Ende des Jahres stärker als erwartet zurückgingen, konnte das Produkt schließlich mit einem deutlichen Saldoüberschuss abschließen und trägt damit zu dem guten Ergebnis des Sozialhilfebereiches bei.

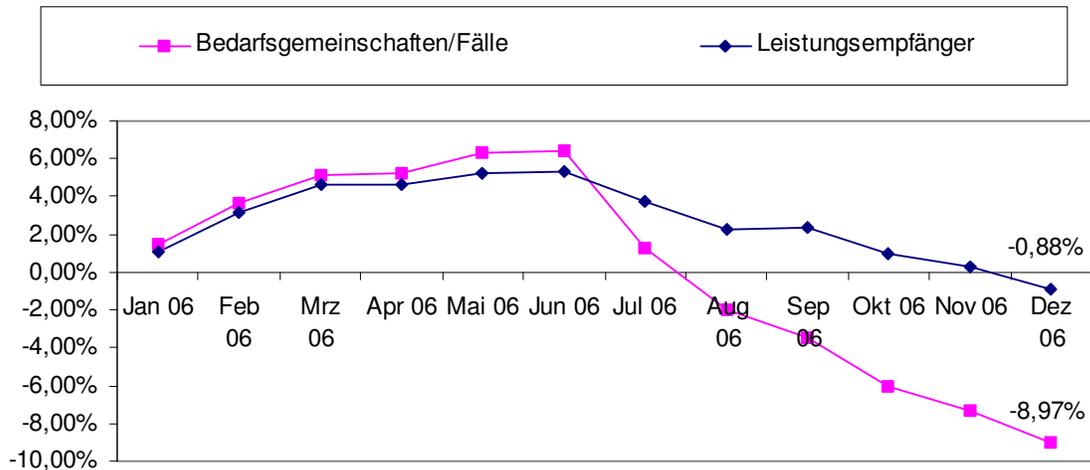
Allerdings steht die Senkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften auch im Zusammenhang mit den gesetzlichen Änderungen im Leistungsrecht des SGB II im Jahre 2006, was insbesondere auch Auswirkungen auf die Zahl der Personen je Bedarfsgemeinschaft hatte. Dies wird aus der folgenden Übersichten deutlich. Die Fallzahl = Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Leistungsbezug muss also immer auch mit der Entwicklung der Zahl der Personen in einer Bedarfsgemeinschaft gesehen werden.



### Anzahl Bedarfsgemeinschaften SGB II Keis Lippe 2006



### % - Veränderung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger SGB II Kreis Lippe 2006 (Dez.05 = 100%)



#### **Produkt 005 003 003 - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit**

Seit Einführung der Hilfe zum 01.01.2003 sind hier steigende Fallzahlen und auch steigende Ausgaben pro Fall zu verzeichnen. Auch in 2006 ist der Mittelwert wieder um 250 Fälle gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

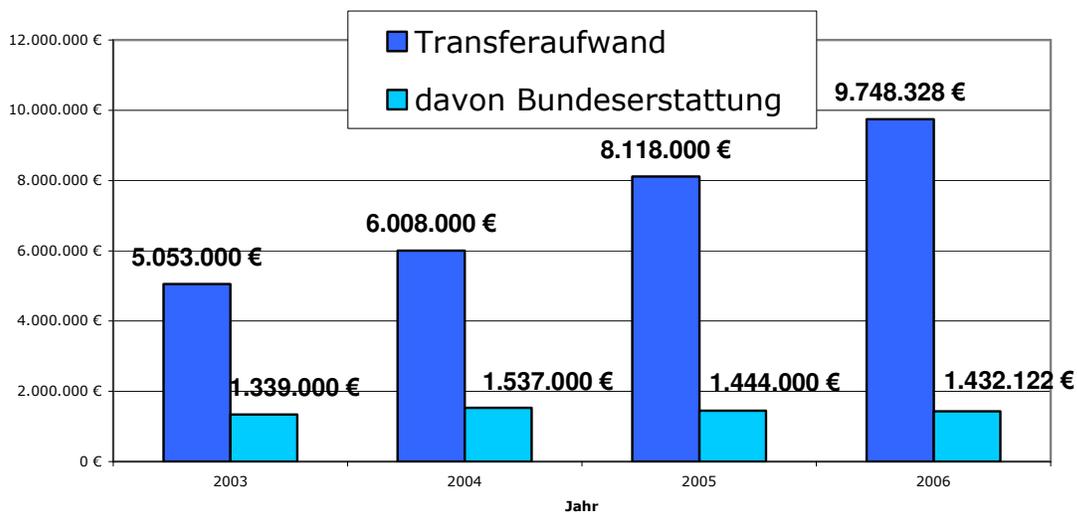
Die meisten Hilfeempfänger erhalten diese Leistung ab Vollendung des 65. Lebensjahres oder bei bereits früher einsetzender Erwerbsunfähigkeit bis an ihr Lebensende. Entspre-

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

chend der demografischen Entwicklung steigt die Zahl der Leistungsberechtigten kontinuierlich an.

Auch wenn gegenüber dem Vorjahr mit höheren Budgetansätzen geplant wurde, überstiegen die Zuwächse die Planungen. Das sich abzeichnende Defizit von rd. 1,2 Mio. € wurde bereits im Rahmen des Nachtrages angepasst. Auf die Ausführungen unter Ziffer 5.2.3 wird verwiesen.

### Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit



### **Produkt 005 002 003 - Krankenhilfe**

Der o.g. Fallzahlenanstieg bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit wirkt sich auch bei der Krankenhilfe aus, weil ein Großteil der Leistungsberechtigten aus diesem Personenkreis stammt. Es zeigt sich, dass viele Personen im Alter über keinen oder keinen ausreichenden Krankenversicherungsschutz verfügen.

Die Krankenhilfe für diesen Personenkreis erfolgt nach § 264 SGB V, wonach die Krankenkassen gegen Kostenerstattung die Krankenhilfe vorleisten. Die Erstattung für die ärztliche Behandlung erfolgt über Kopfpauschalen; Leistungsaufwendungen wie z.B. Arzneimittel, Zahnbehandlung, Krankenhauskosten, Hilfsmittel etc. werden dagegen von den Krankenkassen detailliert und personenbezogen abgerechnet. Diese Abrechnungen mit der AOK erfolgen ca. 9 Monate zeitversetzt und sind nur schwer zu kalkulieren. Im Rahmen des Nachtragshaushaltes wurden die Ansätze bei der Krankenhilfe bereits um 850 T€ angehoben. Trotzdem reichten diese Mittel nicht aus. Im Rahmen der Jahresrechnung ist ein weiteres

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

Defizit in Höhe von rd. 400 T€ entstanden, da für 2006 noch eine Rückstellung in Höhe von 665 T€ gebildet werden musste für die Abrechnung der Quartale III + IV. 2006. Dieses Defizit konnte jedoch innerhalb des Sozialhilfebudgets ausgeglichen werden.



**4.5 Teilrechnung FB 4**

<b>Teilrechnung FB 4 - Umwelt</b>			
<b>Teilergebnisrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Erträge	1.066.260,00 €	1.212.257,31 €	145.997,31 €
Aufwendungen	4.532.105,00 €	4.051.584,41 €	-480.520,59 €
<b>Saldo</b>	<b>-3.465.845,00 €</b>	<b>-2.839.327,10 €</b>	<b>626.517,90 €</b>
<b>Teilfinanzrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Einzahlungen	1.247.060,00 €	1.310.117,54 €	63.057,54 €
Auszahlungen	5.553.172,00 €	4.586.621,64 €	-966.550,36 €
<b>Saldo</b>	<b>-4.306.112,00 €</b>	<b>-3.276.504,10 €</b>	<b>1.029.607,90 €</b>

### **Allgemeines**

Das Budget des Fachbereiches 4 - Umwelt für das Haushaltsjahr 2006 schließt in der **Teilergebnisrechnung** mit einem Ist-Ergebnis (Endsaldo) von ca. – 2,840 Mio. € ab. Gegenüber dem Planansatz hat sich das Ergebnis um ca. **626 T€** verbessert. Somit konnte der FB 4 einen positiven Anteil zum Gesamtergebnis des Kreishaushaltes beitragen.

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit der **Teilfinanzrechnung** beläuft sich im Ist-Ergebnis auf ca. -3,023 Mio. €, so dass sich hieraus im Vergleich zum Planansatz eine Verbesserung von rd. **257 T€** ergibt. Der Saldo der Investitionstätigkeit weist ein Ist-Ergebnis von ca. –253 T€ auf. Gegenüber dem Planansatz hat sich eine positive Veränderung von rd. **773 T€** entwickelt, Minderausgaben insgesamt rd. 1,3 Mio. €.

#### ➤ **Erweiterung des Bürger- und Unternehmerservice (BUS)**

Zum 01.08.2006 sind die Aufgaben der Wohnungsbauförderung (Produkte 010 003 001 – Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen und 010 003 002 – Überwachung / Sicherung von Sozialwohnungen) in den Bürger- und Unternehmerservice (BUS) verlagert worden. Aus Gründen einer vereinfachten Darstellung bzw. aus technischen Gründen werden die Jahresergebnisse für die beiden o.g. Produkte der Wohnungsbauförderung noch beim FB 4 – Umwelt ausgewiesen.

#### ➤ **Wegfall des Produktes 010 003 003 – Abbau von Fehlsubventionierung**

Das 2. Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen NRW (2. AFWoG NRW) ist durch das Fehlbelegungsrechtsänderungsgesetz vom 23.05.2006 (FehlÄndG NRW) rückwirkend zum 01.01.2006 aufgehoben worden. Damit ist die Auftragsgrundlage für das Produkt 010 003 003 – Abbau von Fehlsubventionierung – weggefallen. Anstelle der Planung für 2006 sind daher Abwicklungsaufgaben getreten, die im Haushaltsjahr 2006 nahezu abgeschlossen werden konnten. Dieses Produkt ist ab 2007 entfallen.

#### ➤ **Landeszuweisungen in der Produktgruppe Natur und Landschaft**

Die Produktgruppe 013 001 – Natur und Landschaft war im Haushaltsjahr 2006 wiederum im wesentlichen durch den Umstand geprägt, dass die Landeszuweisungen im Bereich der Landschaftsbehörde nicht im geplanten Umfang realisiert werden konnten. Dies hat seine Ursachen u.a. in der Reduzierung der hierfür zur Verfügung stehenden Landesmittel sowie einer verstärkten Prioritätensetzung seitens der Bewilligungsbehörde. Soweit möglich wurden die korrespondierenden Ausgabeansätze reduziert.

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

### ➤ Erträge

Die für den Fachbereich 4 insgesamt geplanten Erträge konnten in der Teilergebnisrechnung vollständig realisiert und darüber hinaus Mehrerträge in Höhe von rd. 146 T€ erzielt werden. In allen Bereichen vereinzelt zu verzeichnende Ertragsausfälle, die im wesentlichen durch fehlende bzw. geringere Landesförderungen/-erstattungen und geringere Buß- und Zwangsgeldeinnahmen verursacht worden sind, konnten durch Reduzierung der zugehörigen Aufwände bzw. durch Mehrerlöse in den Bereichen Wasser- und Abfallwirtschaft mehr als vollständig kompensiert werden.

### ➤ Aufwände

Die Aufwände konnten in fast allen Fachgebieten durch sorgsames Wirtschaften gesenkt werden. Daneben machten sich die Reduzierungen der Aufwände aufgrund der fehlenden bzw. geringeren Landesförderungen bemerkbar.

### ➤ Zielabgleich

Die im Produktplan 2006 in den Erläuterungen zum Fachbereichsbudget "Fachbereich 4 – Umwelt" angegebenen fachlichen Schwerpunkte und Perspektiven der einzelnen Fachgebiete konnten im Rahmen der haushaltsrechtlichen Vorgaben weitestgehend umgesetzt werden. Aufgrund der Reduzierung der Landesförderungen konnten die Maßnahmen zur Umsetzung der Landschaftsplanung nicht im vorgesehenen Umfang durchgeführt werden. Entsprechend dem Rückgang der Landesförderung wurden die korrespondierenden Ausgabeansätze – soweit möglich – ebenfalls reduziert.

#### **2.7.6.1 Einzelne Fachgebiete**

##### **Produktbereich „010 003 – Mittelbewilligung, Wohnungswirtschaft“**

Die Aufgaben der Wohnungsbauförderung sind zum 01.08.2006 in den Bürger- und Unternehmensservice (BUS) verlagert worden bzw. entfallen (vgl. obige Ausführungen). Aus Gründen einer vereinfachten Darstellung bzw. aus technischen Gründen werden die Jahresergebnisse für die Produkte der Wohnungsbauförderung noch beim FB 4 – Umwelt ausgewiesen. In diesem Bereich haben sich die Verwaltungsgebühren besser als geplant entwickelt.

**Produktgruppe „013 001 – Natur und Landschaft“**

➤ **Landschaftsplanung und FFH – Gebietsumsetzung**

Schwerpunkt der Arbeit im Produkt 013 001 001 "Freiraumschutz und -entwicklung" ist neben den laufenden Stellungnahmen zu Drittplanungen und sonstigen Vorhaben weiterhin - u.a. aufgrund des Beschlusses des Kreistages vom 02.07.2001 - die Umsetzung der FFH-Richtlinie über die Landschaftsplanung mit dem Ziel der flächenhaften Fertigstellung bis zum Jahr 2008 gewesen. So konnten mit Personalkostenförderung des Landes NRW bereits in der Vergangenheit einige Landschaftspläne fertig gestellt und damit die geschlossene Vereinbarung eingehalten werden.

Aufgrund dieser Vorreiterrolle des Kreises Lippe im Regierungsbezirk Detmold erklärte sich das Land in 2004 bereit, die Erstellung der restlichen Landschaftspläne nochmals mit einer Personalkostenförderung von 80 % zu versehen. Hierdurch konnte eine Stelle eingerichtet werden, die seit dem 15.11.2004 befristet bis zum 15.11.2006 besetzt war. Im Jahr 2006 konnten die Landschaftspläne Lage und Oberes Begatal, in denen die FFH-Gebiete "Hardisser Moor" und "Begatal" liegen, sowie der Landschaftsplan Detmold entsprechend der Vereinbarung fertig gestellt werden. Die Personalkostenförderung des Landes sowie die befristet eingerichtete Stelle sind zum 15.11.2006 entfallen, während die abgeschlossene Vereinbarung für 2007 und 2008 noch die Verpflichtung zur Fertigstellung der Landschaftspläne Extertal und Lemgo umfasst.

**Übersicht über Stand der Landschaftsplanung**

<b>Bezeichnung</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
									Soll u. Ist
bisher rechtskräftige Landschaftspläne (Fläche)	309 qkm	422 qkm	422 qkm	475 qkm	475 qkm	475 qkm	785 qkm	785 qkm	942 qkm
Verhältnis zur Gesamtkreisfläche	24,8 %	33,9 %	33,9 %	38,1 %	38,1 %	38,1 %	63,1 %	63,1 %	75,6 %

Die für 2006 vorgesehene Fortführung der Landschaftsplanung konnte im vollen Umfang erreicht werden.

**Kreiskulturlandschaftsprogramm**

Einen weiteren wichtigen Punkt bildete die Realisierung von **Landschaftspflegemaßnahmen** in Landschaftsplan- und Naturschutzgebieten. Als Voraussetzung hierzu wurden in vielen Bereichen vertragliche Vereinbarungen mit den Grundstückseigentümern abgeschlossen. Zur Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung in schutzwürdigen Bereichen und zur Anlage und Pflege von Hecken und Obstwiesen konnte im Jahr 2006 aufgrund befristeter Mittelkürzungen, die in erster Linie landesweit nur Vertragsverlängerungen ermöglichten, nur 1 Vertrag abgeschlossen werden. Für das MUNLV galt das Jahr 2006 als Übergangsjahr für die 2007 neu beginnende EU-Förderperiode (2007-2013). Mittel für neue Hecken- und Obstwiesenverträge standen nicht zur Verfügung.

**Kreiskulturlandschaftsprogramm  
Extensivierungsverträge**

Vertragsabschlüsse/Jahr	Fläche
1995-1999	470 ha
2000	330 ha
2001	475 ha
2002	277 ha
2003	232 ha
2004	156 ha
2005	420 ha
2006	3 ha

**Kreiskulturlandschaftsprogramm  
Heckenverträge/Obstwiesenverträge**

Vertragsabschlüsse/Jahr	Anzahl
2001	27
2002	27
2003	16
2004	12
2005	31
2006	-

➤ **Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes**

Die Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes erfolgt im Rahmen der Gewährung von Zuschüssen für Hecken-, Kopfweiden- und Obstwiesenpflege bzw. -anlagen, Grunderwerb von Verbänden für Naturschutzzwecke und im Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden – Unser Dorf hat Zukunft“.

**Zuschüsse für den ehrenamtlichen Naturschutz**

Jahr	Anzahl Maßnahmen	verausgabte Mittel
2001	37	34.260,00 €
2002	11	8.221,76 €
2003	41	37.470,78 €
2004	40	44.024,00 €
2005	30	27.543,50 €
2006	47	31.334,00 €

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Da wie 2005 sehr viele Förderanträge vorlagen, wurden erheblich mehr Maßnahmen bezuschusst als ursprünglich geplant. Die Mehrkosten wurden im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit durch Einsparungen an anderer Stelle aufgefangen.

### ➤ **Ökokonten**

Im Hinblick auf den vorgesehenen Ausbau von Ökokonten ist anzumerken, dass der Bedarf an Kompensationsflächen aus diesem Pool in 2006 trotz offensiver Angebotspolitik eher stagnierte. Dieses ist u.a. darauf zurückzuführen, dass Kompensationsflächen (Ökokonten) durch die jeweiligen Städte und Gemeinden selbst sowie durch private Anbieter im Kreis Lippe angeboten werden. Um bei einer eventuell steigenden Nachfrage nach derartigen Flächen zeitnah reagieren zu können, stehen neben dem Ökokonto auch Flächen des Kreises Lippe im Rahmen eines Flächenpools zur Verfügung.

### ➤ **Landschaftspflege**

Im Produkt 013 001 002 "Landschaftspflege" war die Arbeit schwerpunktmäßig darauf gerichtet, die Landschaftspläne umzusetzen bzw. die im Verfahren befindlichen über einvernehmliche Regelungen mit den Betroffenen vorzubereiten. Darüber hinaus wurde der Vertragsnaturschutz (s. oben Kreiskulturlandschaftsprogramm) weitergeführt.

Unterjährig ist festgestellt worden, dass die bei der Haushaltsplanung lediglich im Teilfinanzplan veranschlagten Ansätze für die Durchführung der Landschaftspläne durch die Buchung entsprechender Aufwendungen und Erträge auch den/die Teilergebnisplan/-rechnung berühren. Nach Genehmigung entsprechender außerplanmäßiger Aufwendungen wurde die Buchungssystematik entsprechend angepasst. Dies hatte zur Folge, dass sich für diesen Bereich – neben den Buchungsausweisen in der Teilergebnisrechnung - in der Teilfinanzrechnung die Haushaltsplanung im Bereich der Investitionstätigkeit und die Haushaltsausführung im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit wiederfinden.

Auch dieses Produkt ist von der Reduzierung der Landesförderung betroffen, so dass insoweit auf die entsprechenden obigen Ausführungen verwiesen wird. Soweit möglich, wurden die entsprechenden Ausgabeansätze reduziert.

Darüber hinaus konnte im Bereich der Investitionstätigkeit (Teilfinanzplan) der Grunderwerb gegenüber der ursprünglichen Planung nur teilweise realisiert werden.

➤ **Ausbau des grafischen Informationssystems (GIS)**

Insbesondere die im Verfahren befindlichen Landschaftspläne Extertal, Oberes Begatal, Lemgo, Lage und Detmold wurden in den Internetauftritt des Kreises Lippe integriert um einer breiten Öffentlichkeit auch über dieses Medium die Gelegenheit zu geben, sich über die Planung und Umsetzung zu informieren und somit die Akzeptanz für die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Karten, Texte und Erläuterungen sowie die Informationsbroschüre wurden benutzerfreundlich bereitgestellt.

Die in allen Landschaftsplänen festgesetzten besonders geschützten Teile von Natur und Landschaft sind darüber hinaus in das verwaltungsinterne GIS-Portal des Kreises eingepflegt worden. Sie können damit den hausinternen Organisationseinheiten als auch den beteiligten Gemeinden eine wertvolle Planungshilfe sein.

**Produktgruppe 013 002 – Wasserwirtschaft**

Im Jahr 2006 wurden im Kreis Lippe gesetzliche **Überschwemmungsgebiete** für die Gewässer Wiembecke, Berlebecke, Knochenbach und Haferbach neu festgesetzt.

Mit Datum vom 18.12.2006 wurde eine Vereinbarung zwischen dem damaligen Staatlichen Amt für Umwelt und Arbeitsschutz OWL und dem Kreis Lippe über die Aufstellung von **Hochwassergefahrenkarten** für insgesamt 11 Hauptgewässer im Kreisgebiet abgeschlossen. Diese Karten dienen der weitgehenden Information der Bevölkerung und den Ordnungsbehörden über mögliche Gefahrenabwehrmaßnahmen bei außergewöhnlichen Hochwasserereignissen.

Im Jahr 2006 wurden die Planfeststellungsunterlagen zur Errichtung einer Umflut am **SchiederSee** erstellt. Die Planfeststellungsunterlagen wurden dem Umweltminister am 02.02.2007 zur Genehmigung der Maßnahme überreicht. Es ist beabsichtigt, mit dem Bau der Umflut noch im Jahr 2007 zu beginnen.

Das **Beschäftigungsprojekt** „Wasser im Fluss“ zur Renaturierung von kleineren Gewässern wurde auch im Jahr 2006 unter Federführung des Kreises Lippe in 11 kreisangehörigen Kommunen weitergeführt.

Die Arbeiten an der Umsetzung der **Wasserrahmenrichtlinie** wurden intensiv begleitet. Die Bestandsaufnahmen des Zustandes der Oberflächengewässer und des Grundwassers sind abgeschlossen. Eine weitergehende Bewertung wird im Rahmen der Maßnahmenplanung erfolgen.

**Produktgruppe 014 001 – Klima und Boden**

Schwerpunktthemen für den Bereich **Bodenschutz** waren weiterführende Maßnahmen und Untersuchungen zur Sanierung von Altlasten im Kreisgebiet. Im Zusammenhang mit dem Flächenrecycling wurden schwerpunktmäßig Beurteilungen von stillgelegten und nicht mehr betriebenen Altstandorten vorgenommen. Ziel ist eine Wiedernutzbarmachung.

**Erneuerbare Energien und Klimaschutz** werden in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen. Der Kreis Lippe will hier eine koordinierende Funktion übernehmen. Zusammen mit Interessensvertretern und Institutionen ist durch entsprechende Veranstaltungen das Thema der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Der erste Tag der erneuerbaren Energien hat am 29. April 2006 in Lippe stattgefunden. Auch die Planungen für einen zweiten Tag, der am 1. und 2. Mai 2007 in der Lipperlandhalle stattfand, sind durchgeführt worden.

**Produktgruppe 011 001 – Abfallentsorgung u. Abfallwirtschaft**

Die Aufgabenbetreuung des **Abfallwirtschaftsverbandes** stellte auch in 2006 einen Schwerpunkt der Aufgabenwahrnehmung dar. Durch einen Beschluss der Verbandsgremien erhält der Kreis Lippe hierfür eine Personalkostenerstattung in Höhe von jährlich 71.000,-- €.

Die Anforderungen aufgrund des **Elektrogerätegesetzes** sind überwiegend vom Abfallwirtschaftsverband zu erfüllen. Seitens des Kreises war jedoch die ordnungsrechtliche Begleitung und auch die Beratung der Gewerbebetriebe sicherzustellen.

Das Ziel der gesicherten und kostenoptimierten öffentlichen **Abfallentsorgung** konnte 2006 unter Beweis gestellt werden. Die Abfallgebühren können in 2007 sogar trotz Mehrwertsteuererhöhung stabil gehalten werden. Dieser Trend wird auch für die kommenden Jahre erwartet. Das Zusammenwirken des Abfallwirtschaftsverbandes und der GAL mit den Mitgliedern hat sich sehr positiv dargestellt.

Neben dem Umbau des Kompostwerkes und Maßnahmen zur Verbesserung der Kompostqualität konnte in 10 Kommunen die Einführung einer **Saisonbiotonne** als neuer Service in 2007 vorbereitet werden. Es wird mit einer guten Resonanz gerechnet.

Die langjährige Unterstützung der lippischen Wirtschaft durch die **Gewerbeabfallberatung** in Fragen rund um das Thema Abfall soll bedarfsgerecht erweitert werden um Themen aus dem allgemeinen Umweltbereich wie z.B. Energiemanagement.

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Auf der Grundlage des Abfallwirtschaftsplanes der Bezirksregierung Detmold sowie der abfallwirtschaftlichen Daten und Strukturen im Kreis Lippe wurde im Jahr 2006 das **Abfallwirtschaftskonzept** für den Kreis Lippe als Entwurf erarbeitet. Im Dezember erfolgte die Einleitung des Verfahrens zur Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit einer Fristsetzung zur Abgabe der Stellungnahme bis zum 15.03.2007. Die endgültige Verabschiedung wird voraussichtlich Mitte 2007 erfolgen können.



**4.6 Teilrechnung FB 5**

<b>Teilrechnung</b>			
<b>FB 5 - Vermessung und Kataster</b>			
<b>Teilergebnisrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Erträge	1.728.077,00 €	1.616.545,33 €	-111.531,67 €
Aufwendungen	5.477.280,00 €	5.205.387,06 €	-271.892,94 €
<b>Saldo</b>	<b>-3.749.203,00 €</b>	<b>-3.588.841,73 €</b>	<b>160.361,27 €</b>
<b>Teilfinanzrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Einzahlungen	1.507.405,00 €	1.323.308,66 €	-184.096,34 €
Auszahlungen	5.625.155,00 €	5.470.265,42 €	-154.889,58 €
<b>Saldo</b>	<b>-4.117.750,00 €</b>	<b>-4.146.956,76 €</b>	<b>-29.206,76 €</b>

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

Die Leistungsschwerpunkte des Fachbereichs Vermessung und Kataster lagen im Jahr 2006 in folgenden Bereichen:

### **Produkt 009 002 001 - Auftragsvermessungen**

Um den noch erheblichen Nachholbedarf bei der Einmessung von nicht gebührenpflichtigen Altgebäuden gering zu halten, sind diese unter Einsatz satellitengestützte Messverfahren (GPS) bei jeder Auftragsvermessung mit eingemessen worden.

Darüber hinaus hat der Fachbereich 5 für die Gemeinde Dörentrup damit begonnen, die Erfassung und Bewertung des Infrastrukturvermögens zur Erstellung der NKF-Bilanz in Zusammenarbeit mit einem privaten Planungsbüro vorzunehmen.

### **Einführung des Europäischen Terrestrischen Referenzsystems (ETRS 89/UTM)**

Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung und der grenzüberschreitenden Nutzung digitaler amtlicher Geobasisdaten hat die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) die Grundsatzentscheidung zur Einführung eines zeitgemäßen Koordinatenbezugssystems ETRS 89 mit UTM-Abbildung getroffen. Bei dem ETRS 89 handelt es sich um das Europäische Terrestrische Referenzsystem mit Datum 1989. Mit der Einführung wird ein einheitlicher und eindeutiger Raumbezug für alle Aufgabenbereiche des öffentlichen Vermessungs- und Katasterwesens in Europa erreicht. Die Überführung des Grundrissnachweises in das ETRS89/UTM soll auf der Grundlage eines einschlägigen Erlasses bis zum 01.01.2010 erfolgen.

Mit den erforderlichen umfangreichen Vorarbeiten der Massendatenbestände ist 2006 konzeptionell begonnen worden.

### **Produkt 009 002 003 - Topografie**

Ein Aufgabenschwerpunkt dieses Produktes im Jahr 2006 bestand in der Überprüfung der topografischer Informationen. Die Ergebnisse sind anschließend in der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) und in der Digitalen Grundkarte (DGK) nach landesweit einheitlichen Kriterien dokumentiert worden. In den Jahren 2005 und 2006 wurden die Städte und Gemeinden Lage, Lemgo, Oerlinghausen und Leopoldshöhe entsprechend überarbeitet.

### **Produkt 009 002 004 - Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement**

Im Bereich dieses Produktes ist das geografische Informationssystem ausgebaut worden. Das geografische Informationssystem (GIS) bildet in einer eGovernment- Architektur ein Querschnittsmodul, um allen raumbezogenen Vorgängen in der Verwaltung durch Dienste

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

entsprechende Informationen zu liefern. Die Einbeziehung des GIS in ausgewählte e-Government-Prozesse erfolgt zur Zeit in dem dafür aufgelegten Projekt.

Für die Daten des Liegenschaftskatasters und für die Geo-Basisdaten (Landeskartenwerke, Amtliche Basiskarte, Luftbilder, ...) wird bereits (seit 2001) eine browsergestützte Auskunft im Intranet des Kreises, im Intranet für die kreisangehörigen Gemeinden und über das Internet für registrierte Benutzer angeboten. Dieser Dienst wird zur Zeit von ca. 320 regelmäßig nutzenden Personen in Anspruch genommen. Die Anzahl der abgegebenen Informationen hat sich gegenüber 2005 (824.552 Übermittlungen) in 2006 auf 1.496.842 Übermittlungen erhöht, was einer Steigerungsrate von über 80% entspricht.

### **Einführung des Amtlichen Liegenschafts-Kataster-Informationssystems (ALKIS)**

ALKIS als Nachfolgesystem für die ALK (Automatisierte Liegenschaftskarte) und das ALB (Automatisiertes Liegenschaftsbuch) wird auf Standardsoftware von Geoinformationssystem-Anbietern entwickelt. Die in 2006 vorgesehenen Eignungsprüfungen und Landeszulassungen haben sich nach 2007 verschoben. Der Kreis Lippe hat die in 2005 und 2006 laufende Phase der Voruntersuchungen und Vorbereitungen für die Datenumstellung weitgehend abgeschlossen und bereitet für 2007 die Einführung des Systems ALKIS weiter technisch und organisatorisch vor.

### **Produkt 009 002 006 - Benutzung des Liegenschaftskatasters**

Seit 2005 bestehen die technischen Voraussetzungen dafür, privilegierten Stellen wie Notaren, Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren und Behörden einen Internetzugang zum Geodaten-Server des Kreises einzurichten. Dieses System ist im Jahr 2006 ausgebaut worden und wird inzwischen von 22 Stellen genutzt. Hierdurch entsteht die Möglichkeit, unabhängig von den üblichen Öffnungszeiten der Verwaltung, aktuelle Informationen aus der Liegenschaftskarte, dem Liegenschaftsbuch mit den Eigentümerangaben, der Luftbildkarte und weiterer topografischer Karten zu erhalten. Derzeit nehmen insbesondere die Stellen das Angebot an, die zu ihrer Aufgabenerledigung besonders häufig Katasterdaten nutzen. Voraussetzung hierzu ist der Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Katasterbehörde und der Daten nutzenden Stelle.

### **Produkt 009 002 008 - Wertgutachten, Wertauskünfte und Stellungnahmen**

Zur Feststellung der Hilfebedürftigkeit prüft die "Lippe pro Arbeit gGmbH" im Rahmen der Umsetzung des SGB II u.a. das Vorhandensein und die Bewertung von nicht geschütztem Vermögen und /oder von Rechten an Grundstücken bzw. Wohnungen. Hierzu bedient sie

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

sich regelmäßig der gutachterlichen Stellungnahmen des Gutachterausschusses, eingerichtet beim Kreis Lippe.

In diesem Zusammenhang ist im Jahr 2006 eine erhebliche Steigerung der Bewertungsarbeiten zu verzeichnen. Da für diese Aufgaben in der Regel Kostenfreiheit nach Sozialgesetzbuch X gilt, besteht seitens der Privaten kein kommerzielles Interesse, diese Aufgaben durchzuführen. Die Gutachterausschüsse sind demgegenüber gesetzlich verpflichtet, diese Aufgaben durchzuführen.

### **eGovernment beim Kreis Lippe**

EGovernment bezeichnet die Abwicklung geschäftlicher Prozesse mit Hilfe elektronischer Informations- und Kommunikationstechniken. Zielsetzung ist die Beschleunigung des Verwaltungshandelns in der Form, dass die Geschäftsprozesse sowohl innerhalb der Verwaltung als auch nach außen durchgängig elektronisch abgebildet werden, um auf diese Weise auch eine verstärkte Zusammenarbeit verschiedener Behörden zu ermöglichen.

Auf der Grundlage der eGovernment-Kooperation in OWL sind bereits Sollkonzepte zu den Bereichen digitales Baugenehmigungsverfahren, e-Procurement und geografisches Informationssystem erarbeitet worden, deren Umsetzung beim Kreis Lippe angestrebt wird. Zudem sollen zeitnah ein Ratsinformationssystem und ein Beschwerdemanagement eingeführt werden.

Die Kooperation mit dem KRZ wird dabei im Jahr 2007 fortgesetzt, ein weiterer technischer Partner konnte mit T-Systems gewonnen werden. Für die Umsetzung sind allerdings noch eine Vielzahl von Überlegungen und praktische Weichenstellungen erforderlich.

Im Gegensatz zu den IT- Dienstleistungen sind die Aufgaben der ganzheitlichen IT- Steuerung bisher weder im Bereich BITS noch in einer anderen Organisationseinheit des Kreises wahrgenommen worden, so dass hier Regelungsbedarf bestand. Zur Bündelung der gesamten eGovernment-Aktivitäten der Kreisverwaltung ist seit dem 01.01.2007 eine Stabsstelle "eGovernment" im Fachbereich 5 eingerichtet worden.

**4.7 Teilrechnung BUS / Bürger- und Unternehmensservice**

<b>Teilrechnung</b>			
<b>Bürger- und Unternehmensservice - BUS</b>			
<b>Teilergebnisrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Erträge	846.400,00 €	854.119,65 €	7.719,65 €
Aufwendungen	2.711.529,00 €	2.735.160,65 €	23.631,65 €
<b>Saldo</b>	<b>-1.865.129,00 €</b>	<b>-1.881.041,00 €</b>	<b>-15.912,00 €</b>
<b>Teilfinanzrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Einzahlungen	848.500,00 €	901.845,12 €	53.345,12 €
Auszahlungen	2.707.298,00 €	2.805.503,42 €	98.205,42 €
<b>Saldo</b>	<b>-1.858.798,00 €</b>	<b>-1.903.658,30 €</b>	<b>-44.860,30 €</b>

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

Die Budgetentwicklung im BUS stellt sich bei den einzelnen Produkten im Jahr 2006 wie folgt dar:

### **Produkt 010 001 001 - Bauaufsichtliche Genehmigungsverfahren**

Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte wurden Mehreinnahmen in Höhe von 116.394 € erzielt. Dies ist auf die gute konjunkturelle Lage zurückzuführen.

### **Produkt 010 002 002 - ordnungsbehördliche Maßnahmen**

Bei den ordnungsbehördlichen Maßnahmen waren im Jahr 2006 Mindereinnahmen in Höhe von rund 45.000 € zu verzeichnen. Die Einnahmen lagen damit um 80 % unter dem Planansatz. Zum einen liegt der Grund hier in der Personalsituation in diesem Aufgabenbereich. Durch Personalwechsel, der damit verbundenen Einarbeitungszeit neuer Kräfte und die zeitweise Nichtbesetzung von Stellen konnten die Aufgaben und damit die Einnahmen nicht wie geplant realisiert werden. Zum anderen wird durch Beratungsgespräche und Vor-Ort-Termine der Erlass von gebührenpflichtigen Ordnungsverfügungen vermieden. Diese durchaus positiven und bürgerfreundlichen Maßnahmen führen im Umkehrschluss jedoch zu Mindereinnahmen in diesem Bereich.

### **Produkt 010 003 001 - Förderung von Wohnbaumaßnahmen**

Im Jahr 2006 konnten bei dem Produkt Förderung von Wohnbaumaßnahmen Mehreinnahmen in Höhe von rund 57.000 € erzielt werden. Diese resultieren aus den höheren Gebühreneinnahmen durch die Anhebung der Verwaltungsgebühren bei der Förderung von Eigenheimen von pauschal vorher 332,- Euro auf 475,- Euro ab dem 1.1.2006 und zum anderen aus der recht hohen Förderzahl bei den Eigenheimen bedingt durch den Wegfall der Eigenheimzulage (Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 17 %).

**4.8 Teilrechnung Referat**

<b>Teilrechnung</b>			
<b>Referat</b>			
<b>Teilergebnisrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Erträge	207.000,00 €	511.904,35 €	304.904,35 €
Aufwendungen	1.850.942,00 €	1.942.924,81 €	91.982,81 €
<b>Saldo</b>	<b>-1.643.942,00 €</b>	<b>-1.431.020,46 €</b>	<b>212.921,54 €</b>
<b>Teilfinanzrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Einzahlungen	207.000,00 €	511.289,67 €	304.289,67 €
Auszahlungen	2.756.961,00 €	2.916.334,54 €	159.373,54 €
<b>Saldo</b>	<b>-2.549.961,00 €</b>	<b>-2.405.044,87 €</b>	<b>144.916,13 €</b>

Im Rahmen des Budgetvollzugs ergeben sich insgesamt keine gravierenden Veränderungen gegenüber der Planung, lediglich die im Budget veranschlagte Gewinnausschüttung der Sparkasse Detmold ist in 2006 mit rd. 510 T€ um rd. 335 T€ höher als geplant (175 T€) ausgefallen. Hieraus resultieren auch höhere Projektförderungen aus der Gewinnausschüttung.



## 4.9 Teilrechnung Revision

<b>Teilrechnung</b>			
<b>Revision</b>			
<b>Teilergebnisrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Erträge	8.000,00 €	2.652,76 €	-5.347,24 €
Aufwendungen	1.056.037,00 €	938.150,70 €	-117.886,30 €
<b>Saldo</b>	<b>-1.048.037,00 €</b>	<b>-935.497,94 €</b>	<b>112.539,06 €</b>
<b>Teilfinanzrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Einzahlungen	8.000,00 €	2.652,76 €	-5.347,24 €
Auszahlungen	997.725,00 €	982.239,55 €	-15.485,45 €
<b>Saldo</b>	<b>-989.725,00 €</b>	<b>-979.586,79 €</b>	<b>10.138,21 €</b>

Wesentliche Veränderungen im Budget waren nicht zu verzeichnen. Die Reduzierung der Aufwendungen ist im wesentlichen auf die bereits im allgemeinen Teil erläuterten reduzierten Zuführungen zu Rückstellungen für Beamte zurückzuführen. Ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt lag in der Prüfung der Eröffnungsbilanz des Kreises und einem unvermindert hohen Beratungsaufwand in der Kommunal- und Finanzaufsicht der Städte und Gemeinden. Auf Erläuterungen der im übrigen nur geringfügigen Budgetveränderungen wird verzichtet.



**4.10 Teilrechnung Kreispolizeibehörde**

<b>Teilrechnung Kreispolizeibehörde</b>			
<b>Teilergebnisrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Erträge	95.700,00 €	104.274,90 €	8.574,90 €
Aufwendungen	653.162,00 €	613.224,35 €	-39.937,65 €
<b>Saldo</b>	<b>-557.462,00 €</b>	<b>-508.949,45 €</b>	<b>48.512,55 €</b>
<b>Teilfinanzrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Einzahlungen	95.700,00 €	97.172,70 €	1.472,70 €
Auszahlungen	612.875,00 €	640.624,16 €	27.749,16 €
<b>Saldo</b>	<b>-517.175,00 €</b>	<b>-543.451,46 €</b>	<b>-26.276,46 €</b>

Wesentliche Veränderungen im Budget waren nicht zu verzeichnen. Auf Erläuterungen der nur geringfügigen Budgetveränderungen wird daher verzichtet.



**4.11 Teilrechnung Allgemeine Finanzierung**

<b>Teilrechnung</b>			
<b>Allgemeine Finanzierung</b>			
<b>Teilergebnisrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Erträge	171.559.633,00 €	172.429.655,07 €	870.022,07 €
Aufwendungen	59.029.772,00 €	58.633.710,33 €	-396.061,67 €
<b>Saldo</b>	<b>112.529.861,00 €</b>	<b>113.795.944,74 €</b>	<b>1.266.083,74 €</b>
<b>Teilfinanzrechnung</b>			
	Plan 2006	Ergebnis 2006	Veränderung
Einzahlungen	199.780.069,00 €	184.890.689,71 €	-14.889.379,29 €
Auszahlungen	76.624.072,00 €	65.299.418,48 €	-11.324.653,52 €
<b>Saldo</b>	<b>123.155.997,00 €</b>	<b>119.591.271,23 €</b>	<b>-3.564.725,77 €</b>

Erläuterungen zur Budgetentwicklung in der Allgemeinen Finanzierung wurden bereits unter den Ziffern 3.5 und 3.6 des Berichts gegeben, auf weitere Ausführungen soll verzichtet werden.



## **5. Bilanzkennzahlen und Risikobewertung**

### **5.1 Kennzahlenvergleich**

Die Beurteilung einer Bilanz erfolgt in der Regel anhand einiger wichtiger betriebswirtschaftlicher Kennzahlen, die üblicherweise mit Vorjahresdaten (Zeit- oder Periodenvergleich) oder den Zahlen anderer Verwaltungen (Betriebs- und Branchenvergleich) in Relation gesetzt werden.

Dabei können die aus der Privatwirtschaft bekannten Kennzahlen nicht ohne weiteres übernommen werden, da eine Kommune möglichst wirtschaftlich hoheitliche Aufgaben und Aufgaben der Daseinsvorsorge wahrnimmt, wobei das Rentabilitätsstreben – im Gegensatz zur Privatwirtschaft - nicht auf Gewinnerzielung abstellt.

Auch ein direkter Vergleich mit Kennzahlen anderer Verwaltungen ist nur bedingt möglich, da der Kreis Lippe durch die Verlagerung wesentlicher Aufgabenbereiche in Sonderrechnungen (EB Immobilien- und Gebäudewirtschaft; EB Schulen) eine gänzlich andere Bilanzstruktur aufweist. Dies sei beispielhaft erläutert:

Kommunen verfügen i.d.R. im Bereich der Daseinsfürsorge über ein umfangreiches Infrastrukturvermögen. Eine wesentliche Bilanzkennzahl ist daher die Infrastrukturquote. Diese verdeutlicht, in welchem Umfang das kommunale Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen i.d.R. nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden. Für den Kreis Lippe kann eine derartige Quote nicht direkt aus der Bilanz abgeleitet werden, da das gesamte Infrastrukturvermögen in den EB Immobilien- und Straßenbetriebe ausgegliedert ist.

Für den Lagebericht zur Eröffnungsbilanz konnte zunächst nur die Ausgangslage des Kreises Lippe isoliert betrachtet werden (Einzelanalyse), die Darstellung wurde auf einige besonders wichtige Bilanzkennziffern beschränkt, im Rahmen der Jahresrechnung soll betrachtet werden, wie sich diese Kennzahlen – auch unter Berücksichtigung der vorzunehmenden Änderung der Eröffnungsbilanz - entwickelt haben. Zusätzlich wurden einigen Bilanzkennzahlen aus dem zwischenzeitlich vorliegenden, landesweit einheitlichen Kennzahlenset zur Analyse kommunaler Eröffnungsbilanzen bzw. Jahresabschlüsse übernommen, der zwischen dem Innenministerium NRW, den Aufsichtsbehörden der Kommunen, der Gemeindeprüfungsanstalt NRW und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfung erarbeitet und abgestimmt wurde.

### **5.1.1 Kennzahlen zur Vermögensstruktur**

$$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen} * 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Anlagenintensität gibt Hinweise auf die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge.

<b>Eröffnungsbilanz 2006</b>	<b>Änderung der Eröffnungsbilanz</b>	<b>Schlussbilanz 2006</b>
33.713.502.600 €	33.657.141.600	33.247.513.800
382.501.709 €	382.201.124	378.347.953
<b>88,14 %</b>	<b>88,06 %</b>	<b>87,88 %</b>

Die Entwicklung der Kennzahl bestätigt die Annahme, dass kommunale Bilanzen auf der Aktivseite in der Regel durch das Anlagevermögen geprägt werden. Wenn auch das Anlagevermögen insgesamt um rd. 4,1 Mio. € rückläufig ist, verändert sich die entsprechende Bilanzkennzahl nur geringfügig. Die Veränderung des Anlagevermögens ergibt sich schwerpunktmäßig durch:

- die Entnahme von Fondsvermögen zur Finanzierung von Investitionen.

Während die Investitionen für das Klinikum, die Eigenbetriebe und die Landestheater Detmold GmbH „lediglich“ zu einem Tausch innerhalb des Anlagevermögens (Verminderung Wertpapiere des Anlagevermögens, Zuwachs bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen, den Beteiligungen und den Sondervermögen) führen, ergibt sich durch den fondsfinanzierten Investitionskostenzuschuss an die Stiftung Eben - Ezer für die Topehlerschule eine Verminderung des Anlagevermögens von 1 Mio. €. Gleiches gilt für die Inanspruchnahme der Wesertal - Fondsanteile durch die Stadt Bartrup im Laufe des Jahres 2006. Hier wurde ein Betrag in Höhe von rd. 990 T€ weitergeleitet, in gleicher Höhe wurde eine in die Eröffnungsbilanz eingestellte Verbindlichkeit ausgebucht.

- die planmäßige Rückführung von Ausleihungen durch Dritte in einer Größenordnung von rd. 2 Mio. €. Zu nennen sind hier die Darlehensrückführungen durch die

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

GPZ GmbH in Höhe von	rd. 83 T€
Mitarbeiterdarlehen	rd. 37 T€
Altdarlehen EB ISB – Sparte BITS	150 T€
Altdarlehen EB ISB – Sparte Straßen	rd. 721 T€
Altdarlehen EB Schulen	rd. 1.020 T€
Sonstige Rückflüsse	rd. 11 T€

**5.1.2 Kennzahlen zur Kapitalstruktur**

$$\text{a) Eigenkapitalquote I} = \frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Eigenkapitalquote I misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Je höher die Eigenkapitalquote ausfällt, desto unabhängiger ist die Kommune von externen Kapitalgebern. Die Eigenkapitalquote kann auch bei Kommunen ein wichtiger Bonitätsfaktor sein

Eröffnungsbilanz 2006	Änderung der Eröffnungsbilanz	Schlussbilanz 2006
14.611.907.400	14.142.595.100	12.207.287.200
382.501.709	382.201.124	378.347.953
<b>38,20 %</b>	<b>37,00 %</b>	<b>32,27 %</b>

$$\text{b) Eigenkapitalquote II} = \frac{\text{wirt. Eigenkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Eigenkapitalquote II zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen durch Eigenkapital finanziert ist. Bei dieser Betrachtungsweise werden auch die Sonderposten dem wirtschaftlichen Eigenkapital zugeordnet, da es sich um Beträge handelt, die i.d.R. nicht zurückzuzahlen und nicht zu verzinsen sind.

Eröffnungsbilanz 2006	Änderung der Eröffnungsbilanz	Schlussbilanz 2006
14.876.326.500	14.651.057.000	13.000.709.000
382.501.709	382.201.124	378.347.953
<b>38,89 %</b>	<b>38,33 %</b>	<b>34,36 %</b>

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

Je höher die Eigenkapitalquoten ausfallen, desto solider und krisenfester ist die Finanzierungsstruktur zu beurteilen. Ziel des NKF ist es dabei grundsätzlich, die Eigenkapitalquote in den Folgejahren zu erhalten. Wesentliche Ursache der um rd. 4 % verminderten Eigenkapitalquote ist der im Jahresabschluss 2006 in der Ergebnisrechnung zu verzeichnenden Fehlbetrag in Höhe von rd. 19,3 Mio. €, der das Eigenkapital entsprechend mindert.

Umso wichtiger ist es daher, in den künftigen Jahren durch zielgerichtete Konsolidierungsmaßnahmen eine Reduzierung des Fehlbetrages in der Ergebnisrechnung bzw. eine in Ertrag und Aufwand ausgeglichene Ergebnisrechnung zu erreichen.

Die für den Kreis Lippe ausgewiesene Eigenkapitalquote ist dabei nicht direkt mit Daten der Nachbarkreise zu vergleichen. Die erhebliche Ausgliederung von Vermögen in die Sonderrechnungen ist zwar insgesamt bilanztechnisch ergebnisneutral, wirkt sich jedoch auf die hier abgebildete Kennzahl aus. Dies sei beispielhaft für die Eigenbetriebe des Kreises Lippe erläutert. Diese fließen mit EB - Gründung nur nach der Eigenkapitalspiegelmethode mit dem in der Bilanz ausgewiesenen Eigenkapital in die Bilanz des Kernhaushalts ein, während für die o.a. Bilanzkennzahl das wirtschaftliche Eigenkapital (d.h. Eigenkapital **zzgl.** Sonderposten) herangezogen wird. Unter Berücksichtigung der vorläufigen Schlussbilanzen der Eigenbetriebe und des Kreishaushaltes ergibt sich eine Eigenkapitalquote I in Höhe von 21,55% und Eigenkapitalquote II in Höhe von 49,78. Im Einzelnen

**Konsolidierung Bilanzsummen Kreishaushalt und Sondervermögen zum 31.12.2006**

	Bilanzsumme	Passiva				
		Eigenkapital	Sonderposten	Rückstellungen	Fremdkapital	RAP
<b>Kreis</b>	<b>378.348</b>	<b>122.073</b>	<b>7.934</b>	<b>123.049</b>	<b>123.640</b>	<b>1.652</b>
		32,26%	2,10%	32,52%	32,68%	0,44%
		<b>34,36%</b>		<b>65,64%</b>		
<b>EB Heime</b>	23.333	7.585	14	1.267	14.465	1
<b>EB ISB</b>	201.450	75.737	112.049	1.429	11.986	248
<b>EB Schulen</b>	133.882	59.121	39.873	977	33.910	
<b>Summe Eigenbetriebe</b>	<b>358.665</b>	<b>142.443</b>	<b>151.936</b>	<b>3.673</b>	<b>60.361</b>	<b>249</b>
		39,71%	42,36%	1,02%	16,83%	0,07%
		<b>82,08%</b>		<b>17,92%</b>		
<b>Gesamtsumme</b>	<b>737.013</b>	<b>264.516</b>	<b>159.870</b>	<b>126.722</b>	<b>184.001</b>	<b>1.901</b>
<b>Eliminierung Doppelpositionen</b>	<b>-170.632</b>	<b>-142.443</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-28.189</b>	
<b>Summe</b>	<b>566.381</b>	<b>122.073</b>	<b>159.870</b>	<b>126.722</b>	<b>155.812</b>	<b>1.901</b>
		21,55%	28,23%	22,37%	27,51%	0,34%
		<b>49,78%</b>		<b>50,22%</b>		

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

$$\text{c) Fremdkapitalquote} = \frac{\text{Fremdkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

<b>Eröffnungsbilanz 2006</b>	<b>Änderung der Eröffnungsbilanz</b>	<b>Schlussbilanz 2006</b>
23.373.844.400	23.569.055.400	24.834.266.800
382.501.709	382.201.124	378.347.953
<b>61,11 %</b>	<b>61,66 %</b>	<b>65,64 %</b>

Die Fremdkapitalquote gibt an, in welchem Umfang das Vermögen des Kreises Lippe fremdfinanziert wurde. Dabei werden zum Fremdkapital nicht nur die Verbindlichkeiten, sondern auch die Rückstellungen und die passiven Rechnungsabgrenzungsposten hinzugerechnet. Die Fremdkapitalquote verschlechtert sich in der Schlussbilanz gegenüber der Eröffnungsbilanz um rd. 4 %. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die im Rahmen des Budgetvollzugs um 11 Mio. € gestiegenen Liquiditätsdarlehen zurückzuführen. Auch hier wird nochmals deutlich, dass alle Anstrengungen darauf gerichtet werden müssen, in der Finanzrechnung nicht nur den Haushaltsausgleich, sondern einen Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften, um mittelfristig die Liquiditätsdarlehen zurückführen zu können.

Unter Berücksichtigung der Sondervermögen ergibt sich eine Fremdkapitalquote in Höhe von 50,22 %.

**5.1.3 Kennzahlen zur horizontalen Bilanzstruktur**

$$\text{a) Anlagendeckungsgrad I} = \frac{\text{wirt. Eigenkapital} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

<b>Eröffnungsbilanz 2006</b>	<b>Änderung der Eröffnungsbilanz</b>	<b>Schlussbilanz 2006</b>
14.876.326.500	14.651.057.000	13.000.709.000
337.135.026	336.571.416	332.475.138
<b>44,13 %</b>	<b>43,53 %</b>	<b>39,10 %</b>

Der Anlagendeckungsgrad I gibt an, in welchem Umfang das Anlagevermögen des Kreises durch Eigenkapital finanziert wurde.

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

$$\text{b) Anlagen- deckungsgrad II} = \frac{(\text{wirt. Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}) * 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

<b>Eröffnungsbilanz 2006</b>	<b>Änderung der Eröffnungsbilanz</b>	<b>Schlussbilanz 2006</b>
18.752.469.355	18.527.199.658	16.904.772.113
337.135.026	336.571.416	332.475.138
<b>55,62 %</b>	<b>55,05 %</b>	<b>50,85 %</b>

Der Anlagendeckungsgrad II gibt an, in welchem Umfang das Anlagevermögen des Kreises durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital finanziert wurde und ist Maßstab für die finanzielle Stabilität einer Verwaltung. Grundsätzlich ist hier ein hoher Anlagendeckungsgrad anzustreben. Dieser ist im Budgetvollzug 2006 insbesondere durch Fondsentnahmen und den Haushaltsfehlbetrag um rd. 4,2 % rückläufig.

$$\text{c) Transferaufwandsquote} = \frac{\text{Transferaufwendungen} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Die Kennzahl gibt an, in welchem Umfang der Haushalt durch Transferaufwendungen belastet wird. Insbesondere im interkommunalen Vergleich ist diese Kennzahl von Belang.

<b>Ergebnisplan 2006</b>	<b>Ergebnisrechnung 2006</b>	<b>Veränderung</b>
14.999.291.100	15.558.731.318	+ 559.440.218
26.407.008.800	27.079.636.569	+ 672.627.769
<b>56,8 %</b>	<b>57,46 %</b>	<b>+ 0,66 %</b>

Der Transferaufwand (Sozialhilfe, Jugendhilfe, Landschaftsverbandsumlage etc.) nimmt den größten Anteil am ordentlichen Haushaltsaufwand ein, gefolgt von den sonstigen ordentlichen Aufwendungen und den Personalaufwendungen. Bei dieser Darstellung ist allerdings zu berücksichtigen, dass nach dem für 2006 noch gültigen Kontenrahmen die Kommunalen Leistungen für Unterkunft und Heizung etc. nach dem SGB II Teil als sonstiger ordentlicher Aufwand zu buchen waren, zwischenzeitlich ist durch Änderung des finanzstatistischen Kontenrahmens eine Ausweisung ebenfalls unter den Transferaufwendungen vorgesehen.

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**

Andererseits sind auch die Betriebskostenzuschüsse an die ausgelagerten Sondervermögen EB Immobilien- und Straßenbetriebe sowie EB Schulen und die in 2006 gebuchte Zuführung zu Rückstellungen für drohende Betriebsverluste als Transferaufwand abgebildet, diese Darstellung ist im interkommunalen Vergleich zu bereinigen. Korrigiert man die Darstellung auch für 2006 entsprechend, ergibt sich folgendes Bild:

	<b>Ergebnisplan 2006</b>	<b>Ergebnisrechnung 2006</b>	<b>Veränderung</b>
Transferaufwand	14.999.291.100	15.558.731.318	
zzgl. SGB II. Teil	+5.980.500.000	+5.873.299.171	
abzgl. Eigenbetriebe	<u>-2.047.999.400</u>	<u>-2.518.310.000</u>	
	18.931.791.700	18.913.720.489	-18.071.211
ordentliche Aufwendungen	26.407.008.800	27.079.501.299	+ 672.492.499
	<b>71,69 %</b>	<b>69,85 %</b>	<b>- 1,48 %</b>

Trotz absolut gestiegener Transferaufwendungen ist, bedingt durch die im Ansatz nicht veranschlagte Bildung von Rückstellungen für drohende Verluste der Eigenbetriebe, die Quote im Jahresverlauf rückläufig. Um diesen Effekt bereinigt, ist die Quote insgesamt in etwa unverändert. Das bedeutet, dass rd. **70 %** der ordentlichen Aufwendungen des Kreises Lippe aus (bereinigten) Transferaufwendungen resultieren. Diese setzen sich wiederum schwerpunktmäßig aus Sozialhilfe- und Jugendhilfeaufwendungen sowie der Landschaftsverbandsumlage zusammen. Diese Aufwendungen sind weitgehend fremdbestimmt oder gesetzlich vorgegeben und damit nur in geringem Maße beeinflussbar.

Bei bereinigten Transferaufwendungen in Höhe von 189,1 Mio. € hat der Kreis durch Umlagen, und Finanzaufweisungen in 2006 einschließlich Hartz IV – Umlage einen Betrag in Höhe von 188,3 Mio. € und weitere Transfererträge und Kosterstattungen im Sozial- und Jugendbereich in Höhe von rd. 36 Mio. € eingenommen. Nach Abdeckung der Betriebskosten der Betriebe verbleibt ein Betrag in Höhe von rd. 10 Mio. €. Zum Vergleich: die Personalaufwendungen betragen in 2006 rd. 32,7 Mio. €.

**Jahresabschluss zum 31.12.2006**


---

$$\text{d) Abschreibungs-} \\ \text{lastquote} = \frac{\text{Bilanzielle AfA aus Anlagevermögen}}{\text{Erträge aus der Auflösung von SoPo}}$$

Die Abschreibungslastquote zeigt das Verhältnis zwischen bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten auf und ist damit ein Indikator dafür, in welchem Umfang bilanzielle Abschreibungen den Haushaltsausgleich nach NKF erschweren.

<b>Ergebnisplan 2006</b>	<b>Ergebnisrechnung 2006</b>	<b>Veränderung</b>
1.036.253	1.008.118	-28.135
115.869	710.980	+595.111
<b>8,94</b>	<b>1,42</b>	<b>-7,52</b>

Im Rahmen des Budgetvollzugs vermindert sich die Abschreibungslastquote deutlich durch erhebliche höhere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten. Die Quote hat sich durch die im Rahmen des Budgetvollzugs umgesetzte Passivierung der in den vergangenen Jahren gezahlten allgemeinen Investitionspauschalen des Landes NW (vgl. allgemeine Ausführungen unter Ziffer 3.5.1 – Zuweisungen nach dem GFG) deutlich reduziert und erleichtert damit zwar auf der einen Seite den Haushaltsausgleich nach NKF, führt andererseits durch die Passivierung der Ausgleichsrücklage zu deutlich höheren Sonderposten und damit zur Ausweisung einer entsprechend verminderten Ausgleichsrücklage und damit zu vermindertem Eigenkapital.

## **5.2 Risikobewertung / Chancen**

Das vorliegende Jahresergebnis 2006 dokumentiert – insbesondere auch durch die gegenüber dem Nachtragshaushalt 2006 nochmals verschlechterte Ergebnisrechnung – dass die Ertragskraft des Kreishaushalts insgesamt nicht ausreichend war, um die im abgelaufenen Haushaltsjahr entstandenen Aufwendungen zu decken.

Neben den bereits eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen und den zu erwartenden Mehrlösen in einzelnen Bereichen (z.B. bei den Zuweisungen des Landes Wohngeldersparnis SGB II) wird auch weiterhin eine strenge Ausgabendisziplin erforderlich sein, um mittelfristig den Haushaltsausgleich ohne Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage sicherstellen zu können. In den kommenden Jahren wird sich der Fokus insbesondere auf folgende Aufgabenfelder richten müssen:

### **5.2.1 Gesamtkonzept zur Familien-, Kinder- und Jugendförderung**

Der Kreis Lippe muss sich aufgrund geänderter Rahmenbedingungen von Bund und Land in den Bereichen Familien-, Kinder- und Jugendförderung neuen Anforderungen stellen. Beispielhaft seien hier die Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK), hier die Kommunalisierung der Elternbeiträge und die Betreuung der unter 3-jährigen Kinder, die Einführung eines Förderplanes nach dem Kinder- und Jugendfördergesetz und die Offenen Ganztagschulen angeführt.

Darüber hinaus bestehen beim Kreis Lippe in den Bereichen Familien-, Kinder- und Jugendförderung Handlungsbedarfe. So hat das Kreisjugendamt im Vergleich zu anderen Jugendämtern hohe umlagefähige Ausgaben, resultierend aus hohen einwohnerbezogenen Ausgaben bei den erzieherischen Hilfen und einem überdurchschnittlichen Zuschussbedarf im Bereich der Tagesbetreuung. Demgegenüber steht eine überdurchschnittliche Leistungsdichte bei den erzieherischen Hilfen und ein sehr differenziertes und umfangreiches Angebot an Kinderbetreuung.

Ziel des Kreises Lippe ist es, sich nicht nur als Bildungsregion, sondern auch als familien- und kindergerechte Region, in den nächsten Jahren weiter zu entwickeln. Um dieses Ziel unter den gegebenen Voraussetzungen erreichen zu können, hat der Kreistag des Kreises Lippe mit Beschluss vom 19.06.2006 die Verwaltung beauftragt, ein Gesamtkonzept für den Bereich der Familien-, Kinder- und Jugendförderung zu erarbeiten. Das Konzept sollte die demografische Entwicklung im Bereich der Jugendhilfe, die stärkere Vernetzung von Schule

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

und Jugendhilfe und die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit und Orientierungslosigkeit von Jugendlichen mit berücksichtigen. Zudem sollte das Gesamtkonzept auch einen Vorschlag zur Finanzierung enthalten und die Lebens- bzw. Einkommssituation junger Familien einerseits sowie die Finanzsituation der Städte und Gemeinden andererseits berücksichtigen.

Da es sich hierbei um ein ein komplexes und vielschichtiges Projekt handelt und der Kreis Lippe für die Initiierung und Durchführung von Veränderungsprozessen in dem komplexen Bereich der Familien-, Kinder- und Jugendförderung ganzheitliche Lösungsansätze benötigt, war vorgesehen worden, zur Erarbeitung des träger- und disziplinübergreifenden Gesamtkonzeptes eine externe Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus ist geplant, zur Begleitung des Projektes eine interne Projektorganisation zu implementieren.

Im Dezember 2006 ist daraufhin ein europaweites Ausschreibungsverfahren zur Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Familien-, Kinder- und Jugendförderung im Kreis Lippe durchgeführt Und eine Beratungsfirma mit der Erstellung des Konzeptes beauftragt worden.

Im Blick auf die Entwicklung der Finanzwirtschaft des Kreises Lippe soll das Gesamtkonzept dazu beitragen, dass in den nächsten Jahren in den Bereichen Familien-, Kinder- und Jugendförderung des Kreises Lippe Einsparpotentiale und eine wirtschaftliche Konsolidierung erreicht werden. Zudem sollen zeitgemäße Finanzierungsformen entwickelt werden. Hierdurch soll damit insgesamt eine Verbesserung der Finanzsituation in dem Produktbereich Kinder, Jugend- und Familienhilfe des Kreises Lippe erreicht werden.

### **5.2.2. Entwicklung der Kosten SGB II**

Für 2007 kann damit gerechnet werden, dass sich die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt auf die von den Kommunen zu tragenden Kosten infolge des SGB II auswirken werden. Voraussichtlich reduzierten Fallzahlen stehen jedoch wachsende Kosten pro Bedarfsgemeinschaft gegenüber.

Seitens des Landes Nordrhein-Westfalen ist im Laufe des Jahres 2006 beschlossen worden, die Verteilung der Wohngeldentlastung mit einer Gesamthöhe von ca. 290 Mio. € im Jahr 2006 nicht mehr im GFG, sondern im Ausführungsgesetz zum SGB II zu regeln. In § 7 Abs. 2 AG SGB II ist nunmehr geregelt, dass die Wohngeldentlastung im Verhältnis der für das Vorjahr gemeldeten Kosten der Unterkunft zwischen den Aufgabenträgern verteilt wird. Auszahlungszeitpunkt ist je hälftig der 30. Juni und der 30. November.

## **Jahresabschluss zum 31.12.2006**

---

Darüber hinaus deutet sich aufgrund der massiven Proteste der Kommunalverbände für 2007 zweistufiges Verfahren zur Verteilung der Wohngeldersparnisse des Landes an, der belastungsorientiert insbesondere den Kreisen in NRW zugute kommen wird. Gegenüber 2006 sind für den Kreis Lippe in 2007 nunmehr deutlich höhere Ausgleichszahlungen zu erwarten.

Die Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten, die im Jahr 2006 noch 29,1 % betrug, ist im Jahr auf 31,2 % angehoben worden.

Hinzuweisen ist auf die dem Bundesverfassungsgericht vorliegende Sammelklage einiger Kreise, die gegen die Regelungen des SGB II, insbesondere die gesetzlich geregelte Konstruktion einer ARGE von Bundes- und Kommunalverwaltung, Verfassungsbeschwerde erhoben haben. Ein Ausgang des Verfahrens im Sinne der Kläger würde erhebliche Auswirkungen auf den gesamten Leistungsbereich entfalten.

### **5.2.3 Entwicklung der Kosten für die Grundsicherung im Alter**

Aufgrund der zunehmenden Alterung der Gesellschaft ist mit einem weiteren Anstieg der Aufwendungen in diesem Bereich zu rechnen. Die Leistungen der Grundsicherung im Alter sind zum 01.01.2003 eingeführt und zum 01.01.2005 in das SGB XII. Teil integriert worden. Während die Kosten und Fallzahlen seit Gesetzeseinführung kontinuierlich gestiegen sind, hat sich die Kostenbeteiligung des Bundes nicht nennenswert verändert. Der Zuschussbedarf hat sich seit 2003 = rd. 3,7 Mio. € auf 2006 = rd. 6,7 Mio. € erhöht und wird sich 2007 erneut auf rd. 8,3 Mio. € erhöhen.

Die Kostenbeteiligung des Bundes an den Leistungen der Grundsicherung im Alter hat sich prozentual von zunächst 26,6 % auf nunmehr 14,6 % reduziert. Auch hier ist darauf hinzuwirken, dass sich der Bund seiner Kostenverantwortung für gesetzlich neu begründete Leistungsansprüche stellt. Aktuelle Überlegungen auf Bundesebene zu "Dynamisierung der Bundesbeteiligung" könnten für den Kreis Lippe jedoch bedeuten, dass die Bundesbeteiligung absolut noch weiter sinken würde. Die Kommunalen Spitzenverbände sind diesem Vorhaben jedoch bereits massiv entgegengetreten.

### **5.2.4 Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Mit Runderlass des Innenministeriums vom 27.10.2006 (33 – 46.05.00 – 9051/06) sind die Orientierungsdaten 2007 – 2010 für die Haushalts- und Finanzplanungen der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen (Orientierungsdaten 2007) bekannt gegeben worden. Danach sehen die Orientierungsdaten für die Erträge und Aufwendungen wie folgt aus:

Erträge-/Aufwendungen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
	2007	2008	2009	2010
A. Erträge				
<b>1. Steuern und ähnliche Abgaben<sup>1)</sup></b>				
<b>darunter:</b>				
- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	+ 1,5	+ 3,5	+ 4,0	+ 4,0
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	+ 9,3	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,0
- Gewerbesteuer (brutto)	- 4,0	+ 0,0	+ 4,0	+4,0
- Grundsteuer A und B	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
- sonst. Steuern u. ähnliche Erträge	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+1,0
<b>2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen</b>	+ 4,6	+ 3,0	+ 3,4	+ 2,8
<b>darunter:</b>				
- Allgemeine Zuweisungen v. Land (GFG)	+ 10,7	+ 5,2	+ 4,5	+ 2,6
<b>3. Ordentliche Erträge</b>	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,2

1) Zu den Erträgen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben in der Abgrenzung der Kontengruppe 40 gehören die Realsteuern (Kontenart 401), die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern (Kontenart 402), die sonstigen Gemeindesteuern (Kontenart 403), die steuerähnlichen Erträge (Kontenart 404) und die Ausgleichsleistungen (Kontenart 405). Zu den Ausgleichsleistungen gehören die Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich und die Leistungen für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Erträge-/Aufwendungen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
	2007	2008	2009	2010
<b>B. Aufwendungen</b>				
1. Personalaufwendungen	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
2. Versorgungsaufwendungen	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
3. Lfd. Sachaufwand	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
4. Transferaufwendungen	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
<b>darunter</b>				
- Sozialtransferaufwendungen	+ 0,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
5. Ordentliche Aufwendungen <sup>2)</sup>	+ 5,4	+ 2,6	+ 2,4	+ 1,4

2) Die starke Erhöhung der ordentlichen Aufwendungen in 2007 ist vor allem eine rechnerische Folge der Umsetzung von Orientierungsdaten für Einnahmen und Ausgaben auf neue Orientierungsdaten für Erträge und Aufwendungen unter Berücksichtigung der aus Einzelfällen bekannt gewordenen höheren bilanziellen Abschreibungen nach dem NKF gegenüber den bisherigen kalkulatorischen Abschreibungen auf Grundlage einer in einer landesdurchschnittlichen Schätzung und sollte von den Gemeinden, die bereits die Umstellung auf das NKF vollzogen haben, nicht als Signal von Möglichkeiten zur Steigerung der Aufwendungen missverstanden werden.

➤ **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für das Jahr 2007 wird auf rund 5.275 Mio. EUR geschätzt. Die Veränderungsrate in den Orientierungsdaten (+ 1,5 %) wurde auf der Grundlage des Kassenergebnisses für 2006 in Höhe von 5.199 Mio. EUR berechnet. Die Wirkungen des Steueränderungsgesetzes 2007 sind dabei noch nicht berücksichtigt. Nach den Berechnungen des BMF können die Gemeinden daraus mit Mehreinnahmen von rund 60 Mio. EUR in 2007 rechnen.

➤ **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer**

Die deutliche Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer ist in der Erhöhung der Umsatzsteuer zum 01.01.2006 von 16 % auf 19 % begründet. Insgesamt wird der Ge-

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

meindeanteil an der Umsatzsteuer für 2007 in den Orientierungsdaten mit rd. 790 Mio. EUR vorausgesetzt.

### ➤ **Gewerbesteuer**

Die Durchschnittswerte für die Aufkommensentwicklung der Gewerbesteuer sind geprägt von starken Unterschieden in der Aufkommensentwicklung jeder einzelnen Gemeinde. Die Veränderungsrate für 2007 berücksichtigt die sehr hohe Basis der Gewerbesteuererinnahmen 2006 durch unerwartet hohe Mehreinnahmen der Gewerbesteuer in 2006. Besonders in den Städten und Gemeinden, die im Jahr 2006 hohe Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer aufwiesen, ist wegen des erreichten hohen Niveaus und insbesondere bei starkem Wachstum von Vorauszahlungen in den Jahren 2005 und 2006 mit Rückgängen in 2007 und 2008 zu rechnen. Außerdem sind Mindereinnahmen aus Steuerrechtsänderungen vergangener Jahre (z. B.: Veränderung der degressiven AFA) zu erwarten.

### ➤ **Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes**

Die Orientierungsdaten des Landes NRW gehen davon aus, dass sich die allgemeinen Zuweisungen des Landes im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) weiter erhöhen werden. Die angegebenen Veränderungsdaten beziehen sich auf den Beratungsstand zum Gesetzentwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2007 (Landtag Drs. 14/2302) und zum Entwurf des Landeshaushalts 2007 und auf die Grundlagen der Steuerschätzung vom Mai 2006. Der verfügbare Verbundbetrag wird um 284,4 Mio. EUR über dem im Gesetzentwurf des GFG 2007 veranschlagten Betrag liegen. Unter Berücksichtigung dieses Mehrbetrages wird sich die Veränderungsrate der Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes (6.) für 2007 voraussichtlich auf + 15,6 % belaufen. Dieses höhere Volumen des Steuerverbundes 2007 wird ab 2008 zu geringeren Veränderungsdaten als angegeben führen.

Der Mehrbetrag bei den Verbundsteuern (vgl. vorstehende Erläuterung 4) mit einer Veränderungsrate der Schlüsselzuweisungen um voraussichtlich + 15,6 % führt gleichzeitig zu höheren Umlagegrundlagen für 2007. Dadurch werden sich die Veränderungsdaten für die Jahre 2008 bis 2010 reduzieren.

### ➤ **Fazit und Ausblick**

Die Situation der kommunalen Haushalte bleibt weiterhin angespannt. Trotz der erfreulichen Entwicklung bei den dargestellten Erträgen gemäß der Orientierungsdaten 2007 ist eine absehbare Entspannung der kommunalen Finanzsituation auf absehbare Zeit nicht zu erkennen. So sind viele Kommune trotz steigender Erträge nicht in der Lage, die laufenden Aufwendungen zu bezahlen. Hinzu kommt, dass sich die Veränderungen auf einem seit Jahren

## Jahresabschluss zum 31.12.2006

---

gesunkenem oder stagnierenden Niveau beruhen und viele Kommunen zudem die in den Vorjahren aufgenommenen Kassenkredite in Milliardenhöhe zunächst zurückzuführen haben.

Die Fehlbeträge der Kommunalhaushalte in NRW aus vergangenen Jahren belaufen sich inzwischen auf rund **12 Mrd. EUR** und steigen weiter an. Hierdurch werden trotz steigender Erträge die Haushalte der kommende Jahre belastet. Die hohen Fehlbeträge spiegeln sich in den Kassenkrediten wieder, die immer neue Höchststände erreichen. Das Volumen betrug am 31. März diesen Jahres rund **11,7 Mrd. EUR** und hat sich innerhalb von fünf Jahren mehr als vervierfacht.

Wie bereits unter Punkt 3.4 dargestellt, beträgt die Zahl der Kommune mit Haushaltssicherungskonzept 190, die Zahl der Kommunen mit nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept 113 (Stand 10. Mai 2007). Damit bleibt insgesamt festzustellen, dass die Lage der Kommunalfinanzen nach wie vor sehr angespannt ist.

Hinzu kommt, dass viele Kommunen ihre Investitionstätigkeit stark zurückgefahren haben und infolge dessen ein entsprechender Nachholbedarf besteht. Neben der Verbesserung der Liquidität, Ablösung von Altfehlbeträgen und Kassenkrediten wird daher künftig zudem die Refinanzierung von Abschreibungen / Investitionen die kommunalen Haushalte zusätzlich belasten. In den weitgehend noch kameral gehaltenen Betrachtungen zu dem Haushaltsausgleich finden sich derartige Überlegungen derzeit noch nicht wieder.

## **6. Übersicht über die Mandatsträger**

Dem Lagebericht der Jahresrechnung ist gem. § 95 Abs. 2 GO NW für die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes – soweit dieser nicht zu bilden ist – für den Bürgermeister und den Kämmerer sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, eine Übersicht beizufügen, aus der

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
2. der ausgeübte Beruf,
3. die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 AktG,
4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form und
5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen

ersichtlich sind.

Die Kreistagsmitglieder und sachkundigen BürgerInnen sind gem. § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz i.V.m. § 43 GO NW verpflichtet, Angaben zu Mitgliedschaften/Tätigkeiten in Aufsichtsgremien etc. zu machen. Diese Angaben wurden über einen Fragebogen bereits vom Sitzungsdienst erhoben und sind Grundlage der nachstehenden Tätigkeitsübersicht, auf eine eigenständige Datenerhebung wurde verzichtet.

Aufgrund der teilweise sehr detaillierten Rückmeldungen wurde die Zusammenstellung auf die gesetzlich geforderten Angaben beschränkt, insbesondere auf die Darstellung ehrenamtlichen Engagements in Vereinen etc. verzichtet.

Auf die nachstehende Übersicht wird verwiesen.

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
			(§§ 95 Abs. 2 Nr. 3 u. 5 GO / 125 AktG)		
Arning	Erhard	Lehrer/Beamter im Ruhestand			<b>Mitglied:</b> GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH GV Erholungszentrum Schieder GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH VV Weserrenaissance-Museum Schloss Brake VV Sparkassenzweckverband Lemgo
Belz	Gerd	Realschullehrer Beamter		VR Sparkasse Detmold <i>als Vertreter der Stadt Barntrop</i>	<b>Mitglied:</b> AR Klinikum Lippe GmbH AR Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH VR Abfallwirtschaftsverband Lippe AR Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe GV Klinikum Lippe GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung LV Landschaftsverband Westfalen Lippe
Brehm	Wolfgang	Personalberater selbständig			<b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung
Brinkmann	Hans	Sparkassenbetriebswirt im Ruhestand		GV Stadtwerke Oerlinghausen <i>als Vertreter der Stadt Oerlinghausen</i>	<b>Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung
Brinkmann	Rudolf	Hauptschullehrer Beamter			
Bröker	Gabrielle	Hausfrau			<b>Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Lemgo AR Landestheater Detmold GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> Kreditausschuss der Sparkasse Lemgo VR Sparkasse Lemgo

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
Bünemann	Joachim	Verbandsvorsteher Landesverband Lippe			<b>Mitglied:</b> LV Landschaftsverband Westfalen Lippe VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Netzwerk Lippe gGmbH VR Sparkasse Detmold <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH GV OWL Marketing GmbH AR Klinikum Lippe GmbH Fachbeirat der OWL Marketing GmbH GV Lippe Pro Arbeit GmbH
Diekmann	Rudolf	Abteilungsleiter im Ruhestand			<b>Mitglied:</b> Kreditausschuss der Sparkasse Detmold VR Sparkasse Detmold <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold
Dittmar	Karl	Redakteur (Kaufmann) selbständig	Geschäftsführender Gesellschafter der Dittmar Immobilien GbR, Pappenhauser Str. 4, 32108 Bad Salzuflen		<b>Mitglied:</b> LV Landschaftsverband Westfalen Lippe VV Abfallwirtschaftsverband Lippe GV Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH VV Zweckverband Werre - Weserverband GV Abfallbeseitigungs- GmbH Lippe VV Weserrenaissance-Museum Schloss Brake AR Klinikum Lippe GmbH GV Klinikum Lippe GmbH VV Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald GV Radio Lippe GmbH & Co KG <b>Stellvertr. Mitglied:</b> Stiftungsrat der "Stiftung Standortsicherung" AR Landestheater Detmold GmbH
Eichmann	Klaus Peter	Koch Angestellter			
Engewald	Dorothee	Lehrerin im Ruhestand			<b>Mitglied:</b> GV Verkehrsbetriebe Extertal, Extertalbahn GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe AR Verkehrsbetriebe Extertal, Extertalbahn GmbH

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
			(§§ 95 Abs. 2 Nr. 3 u. 5 GO / 125 AktG)		
					AR Karl Köhne GmbH AR vbe-Spedition GmbH GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH VV Abfallwirtschaftsverband Lippe VV Sparkassenzweckverband Lemgo
Georgi	Jürgen	Technischer Fernmeldebetriebsinspektor			<b>Mitglied:</b> VV Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald VV Abfallwirtschaftsverband Lippe GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe Stiftungsrat der "Stiftung Standortsicherung" GV der Netzwerk Lippe gGmbH GV der Lippe Pro Arbeit GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH GV Verkehrsbetrieb Extertal-Extertalbahn GmbH GV Erholungszentrum Schieder GmbH
Goerder	Heike	Veranstaltungsmanagement selbständig			<b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH
Grigat	Stephan	Rechtsanwalt selbständig		AR DetCon Detmold AR Stadtwerke Detmold GmbH AR Gilde GmbH VR Sparkasse Detmold Kreditausschuss Sparkasse Detmold <i>als Vertreter der Stadt Detmold</i>	<b>Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Lippe 'Pro Arbeit GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH
Grochowiak-Schieding	Manuela	Hausfrau Museumspäd. Mitarbeiterin			<b>Mitglied:</b> VR Sparkasse Lemgo Kreditausschuss der Sparkasse Lemgo Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH AR Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Lemgo GV Lippe Pro Arbeit GmbH
Grothe	Antonius	Leiter eines Kinderdorfes Angestellter		<b>Mitglied:</b> GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH GV Erholungszentrum Schieder GmbH Gewährträgersversammlung Lippi-	<b>Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold VV Landesverband Lippe <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
			(§§ 95 Abs. 2 Nr. 3 u. 5 GO / 125 AktG)		
				sche Landes- Brandversicherungsanstalt VR Lippischen Landes- Brandversicherungsanstalt <b>Stellvertr. Mitglied:</b> VR Hotel- und Gaststättenbetriebs- gesellschaft Landesverband Lippe mbH AR Staatsbad Meinberg mbH VV Weserrenaissance-Museum Schloss Brake <i>als Vertreter des Landesverbandes Lippe</i>	
Grüntgens	Maria	Altenpflegerin			<b>Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung <b>Stellvertr. Mitglied:</b> VR Sparkasse Detmold
Haushalter	Udo	Gewerkschaftssekretär im Ruhestand			<b>Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Netzwerk Lippe gGmbH VV Studieninstitut für Kommunale Verwaltung Beirat JVA Detmold <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH
Hellweg	Erika	Angestellte			<b>Stellvertr. Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH
Heumann	Dr. Lucas	Rechtsanwalt Hauptgeschäftsführer/ Angestellter	AR Müllverbrennung Bielefeld-Herford  Geschäftsführer Export Marketinggesellschaft der Holz- und Möbeler- industrie Westfalen Lippe mbH  Geschäftsführer Service		<b>Mitglied:</b> AR Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH AR Klinikum Lippe GmbH GV Klinikum Lippe GmbH AR Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH VV Verkehrsverbund Ostwestfalen Lippe AR Landestheater Detmold GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Erholungszentrum Schieder GmbH

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
			(§§ 95 Abs. 2 Nr. 3 u. 5 GO / 125 AktG)		
			Gesellschaft der Holz- und Möbelindustrie Herford mbH		LV Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Hippold	Elke	Selbständige Finanzberaterin		<b>Mitglied:</b> GV der WFZs Kalletal-Varenholz GmbH AR der Staatsbad Meinberg GmbH VV Weserrenaissance Museum Schloss Brake <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV der Erholungszentrum Schieder GmbH AR Institut für Tinnitus Forschung und Therapie GmbH <i>als Vertreterin des Landesverbandes Lippe</i>	<b>Mitglied:</b> VV Landesverband Lippe <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold
Horstmann	Herbert	Bez.-Schornsteinfegermeister im Ruhestand			<b>Mitglied:</b> VR Sparkasse Detmold VV Sparkassenzweckverband Detmold <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH VV Zweckverband Werre – Wasserverband
Hüls	Dr. Rudolf	Studiendirektor Beamter			<b>Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold <b>Stellvertr. Mitglied:</b> Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung
Humke	Wolfgang	Verlaufsleiter Angestellter		AR BVB Blomberg <i>als Vertreter der Stadt Blomberg</i>	
Ilemann	Moritz	Lehrer Beamter		<b>Mitglied:</b> GV der Erholungszentrum Schieder GmbH VR Lippische Landesbrand Versicherungsanstalt AR Institut für Tinnitus Forschung und Therapie GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> <i>als Vertreter des Landesverbandes</i>	<b>Mitglied:</b> VV Landesverband Lippe VV Sparkassenzweckverband Detmold HV Lippe Tourismus & Marketing AG VV Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH AR Landestheater Detmold GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> AR Lippe Tourismus & Marketing AG
Jesse	Norbert	Elektroingenieur Angestellter			<b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
			(§§ 95 Abs. 2 Nr. 3 u. 5 GO / 125 AktG)		
Kalkreuter	Kurt	Oberstudienrat Beamter			VV Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe VV Sparkassenzweckverband Detmold <b>Mitglied:</b> VR Sparkasse Detmold GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH AR Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH Kreditausschuss Sparkasse Detmold VV Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe GV Klinikum Lippe GmbH VV Zweckverband Werre –Wasserverband <b>Stellvertr. Mitglied:</b> Stiftungsrat der „Stiftung Standortsicherung“ VV Sparkassenzweckverband Detmold LV Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Kappe	Silvia	Hausfrau Kauffrau			<b>Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Netzwerk Lippe gGmbH GV Klinikum Lippe GmbH Beirat JVA Detmold <b>Stellvertr. Mitglied:</b> Stiftungsrat der „Stiftung Standortsicherung“ GV Lippe Pro Arbeit GmbH
Kern	Walter	Sparkassenbetriebswirt (beurlaubt), MDL			<b>Mitglied:</b> GV Netzwerk Lippe gGmbH AR Klinikum Lippe GmbH GV Klinikum Lippe GmbH VR Sparkasse Detmold
Koch	Ingrid	Angestellte Hausfrau			<b>Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Lemgo <b>Stellvertr. Mitglied:</b> Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung Kreditausschuss der Sparkasse Lemgo VR Sparkasse Lemgo VV Weserrenaissance-Museum Schloss Brake
Lehmann	Dr. Axel	Journalist			<b>Mitglied:</b>

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
		selbständig			LV Landschaftsverband Westfalen Lippe AR Klinikum Lippe GmbH GV Klinikum Lippe GmbH, GV Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH, GV Radio Lippe GmbH & Co. KG VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Lippe Pro Arbeit GmbH Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Netzwerk Lippe gGmbH AR Landestheater Detmold GmbH
Loke	Werner	Persönlicher Referent Angestellter			<b>Mitglied:</b> VR Sparkasse Detmold GV Klinikum Lippe GmbH GV Erholungszentrum Schieder GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold, VV Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung Kreditausschuss der Sparkasse Detmold GV Netzwerk Lippe gGmbH
Meier	Peter	Kundendienstberater Angestellter			<b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH
Möller	Udo	Polizeidirektor Beamter			<b>Mitglied:</b> GV Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH
Mühlenmeier	Ralf	Sonderschullehrer Beamter			<b>Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Lemgo
Müller	Hein-Peter	Hausmann Stabsfeldwebel a.D.	AR RWWE GmbH		<b>Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Abfallbeseitigungs – GmbH Lippe GV Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH VV Abfallwirtschaftsverband Lippe VV Zwecksverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald
Nagel	Friedrich-Wilhelm	Schulamtsdirektor/Beamter im Ruhestand	Mitgliedschafter Leo-Sport-Marketing GmbH (männliches Kunsttur-	<b>Mitglied:</b> GV der Staatsbad Meinberg GmbH Gewährträgerversammlung der Lip-	<b>Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH VV Landesverband Lippe

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
			(§§ 95 Abs. 2 Nr. 3 u. 5 GO / 125 AktG)		
			nen des TUS Leopoldshöhe)	pischen Landes-Brandversicherungsanstalt VR der Lippischen Landes-Brandversicherungsanstalt <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV der WFZ Kalletal-Varenholz GmbH VR der HoGaBe AR der Staatsbad Meinberg GmbH <i>als Vertreter des Landesverbandes Lippe</i>	<b>Stellvertr. Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold
Ostmann	Sylvia	Hausfrau Angestellte		Vermögensverwaltungsgesellschaft der Gemeinde Schlangen mbH, Gemeindewerke Schlangen GmbH GV der Erholungszentrum Schieder GmbH <i>als Vertreterin der Gemeinde Schlangen</i>	<b>Mitglied:</b> GV Gesellschaft f. Abfallentsorgung Lippe AR Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe AR Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH Beirat Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald VV Sparkassenzweckverband Detmold <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH GV Abfallbeseitigungs GmbH Lippe VR Abfallwirtschaftsverband Lippe VV Werre - Wasserverband VR Sparkasse Detmold
Pellmann	Wolfgang	Sparkassenbetriebswirt Angestellter			<b>Mitglied:</b> GV Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> AR Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH HV Lippe Tourismus & Marketing AG
Podewils	Bruno-Dietrich	Kriminalhauptkommissar a.D. Beamter			<b>Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Lemgo GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> Kreditausschuss Sparkasse Lemgo VR Sparkasse Lemgo AR Klinikum Lippe GmbH VV Verkehrsverband Ostwestfalen-Lippe
Pries	Andrea	Altenpflegerin Angestellte			<b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Netzwerk Lippe gGmbH VV Sparkassenzweckverband Lemgo

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
			(§§ 95 Abs. 2 Nr. 3 u. 5 GO / 125 AktG)		
Raeth	Michael	Versicherungskaufmann Angestellter			<b>Mitglied:</b> GV Betreibergesellschaft Lipperlandhalle mbH AR Lippe Tourismus & Marketing AG Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH AR Klinikum Lippe GmbH GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH
Reß	Christian	Beamter (LWL)			<b>Mitglied:</b> Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung
Schauf	Erika	Selbst. Kauffrau im Ruhestand			<b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH VR Sparkasse Detmold VV Sparkassenzweckverband Detmold
Schiek	Markus	Diplom-Finanzwirt Beamter			<b>Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH
Schleicher	Horst	Rentner			<b>Mitglied:</b> VV Abfallwirtschaftsverbandes Lippe VV Sparkassenzweckverband Lemgo
Schnülle	Rolf	Beamter im Ruhestand			<b>Mitglied:</b> VV Abfallwirtschaftsverband Lippe AR Klinikum Lippe GmbH GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Lemgo Kreditausschuss der Sparkasse Lemgo VR Sparkasse Lemgo <b>Stellvertr. Mitglied:</b> AR Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH GV Betreibergesellschaft Lipperlandhalle mbH Beirat Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald VR Abfallwirtschaftsverband Lippe AR Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe
Schüte	Gerda	Lehrerin Angestellte			<b>Mitglied:</b> VV Weserrenaissance-Museum Schloss Brake <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Erholungszentrum Schieder GmbH AR Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
			(§§ 95 Abs. 2 Nr. 3 u. 5 GO / 125 AktG)		
Schulz	Konrad	Stadtratsrat a.D. Beamter im Ruhestand			GV Klinikum Lippe GmbH <b>Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH VV Studieninstitut für Kommunale Verwaltung
Schwirsche	Olaf	Angestellter			<b>Mitglied:</b> VV Zweckverband Werre - Wasserverband <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH AR Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold Beirat Kommunales Rechenzentrum
Strate	Werner	Technischer Angestellter			<b>Mitglied:</b> GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH VV Verkehrsverbund Ostwestfalen Lippe VV Abfallwirtschaftsverband Lippe GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe <b>Stellvertr. Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold AR Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH
Streck	Erika	Angestellte			<b>Mitglied:</b> VV Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald VV Sparkassenzweckverband Detmold <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH GV Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH, GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH VR Sparkasse Detmold, VV Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe
Sundhoff	Friedrich-Wilhelm	Landwirt selbständig	Inhaber von Aktienanteilen der Lippischen Hauptgenossenschaft	AR der "Detcom" Detmold <i>als Vertreter der Stadt Detmold</i>	<b>Stellvertr. Mitglied:</b> VR Sparkasse Detmold GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe
Symalla	Sascha	Dipl.-Rechtspfleger (FH) Beamter			<b>Mitglied:</b> Beirat Kommunales Rechenzentrum <b>Stellvertr. Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold
Tolkemitt	Dirk	Ltd. Angestellter			<b>Mitglied:</b> GV Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
			(§§ 95 Abs. 2 Nr. 3 u. 5 GO / 125 AktG)		
					AR Verkehrsbetriebe Extertal - Extertalbahn GmbH AR Karl Köhne GmbH AR vbe-Spedition GmbH VR Abfallwirtschaftsverband Lippe GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH AR Klinikum Lippe GmbH GV Klinikum Lippe GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> AR Abfallbeseitigungs- GmbH Lippe AR Landestheater Detmold GmbH
Tornau	Birgit	Hausfrau			<b>Mitglied:</b> GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> GV Netzwerk Lippe gGmbH GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH
Vierегge	Kerstin	Betriebswirtin Angestellte			
Vogt	Manfred	Hausmann		VR der Sparkasse Detmold Kreditausschuss Sparkasse Detmold <i>als Vertreter der Stadt Horn-Bad Meinberg</i>	<b>Stellvertr. Mitglied:</b> VV Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald GV Netzwerk Lippe gGmbH
von der Ahe	Hans-Peter	Diplom-Verwaltungswirt Beamter			<b>Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold <b>Stellv. Mitglied:</b> VV Abfallwirtschaftsverband Lippe GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe
Weigel	Rüdiger	Versicherungskaufmann Angestellter			<b>Stellvertr. Mitglied:</b> Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung
Weitner	Fritz	Pensionär Berufssoldat a.D.		AR Gemeindewerke Schlangen <i>als Vertreter der Gemeinde Schlangen</i>	<b>Mitglied:</b> GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe <b>Stellvertr. Mitglied:</b> VV Abfallwirtschaftsverband Lippe VV Sparkassenzweckverband Detmold

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
			(§§ 95 Abs. 2 Nr. 3 u. 5 GO / 125 AktG)		

Heuwinkel	Friedel	Landrat	Mitgesellschafter der F. R. Heuwinkel Bio-Gas GmbH Eigentümer eines landwirtschaftlichen Betriebes		<b>Mitglied:</b> VR Sparkasse Detmold Kreditausschuss Sparkasse Detmold VV Sparkassenzweckverband Lemgo VR Sparkasse Lemgo VV Werre – Wasserverband VV Abfallwirtschaftsverband VR Abfallwirtschaftsverband (Vors.) VV Kommunales Rechenzentrum VV Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald GV Klinikum Lippe GmbH (Vors.) AR Klinikum Lippe GmbH (Vors.) GV Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH GV OWL Marketing GmbH Fachbeirat Tourismus OWL Marketing GmbH GV Lippe Pro Arbeit GmbH (Vors.) GV Verkehrsbetriebe Extertal–Extertalbahn GmbH (Vors.) AR Verkehrsbetriebe Extertal–Extertalbahn GmbH (Vors.) GV vbe-Spedition GmbH (Vors.) AR vbe-Spedition GmbH (Vors.) GV Karl Köhne Omnibusbetriebe GmbH (Vors.) AR Karl Köhne Omnibusbetriebe GmbH (Vors.) AR Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH (Vors.) AR Abfallbeseitigungs-GmbH Lippe (Vors.) GV Lippischer Rundfunk GmbH & CO KG AR Lippe Tourismus und Marketing AG (Vors.) Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung GV Landestheater Detmold GmbH AR Landestheater Detmold GmbH (Vors.) Beirat E.ON Westfalen Weser AG GV Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH Beirat Institut für den Mittelstand Beirat Interargem-Entsorgungs GmbH Beirat Kinder- und Jugendpsychiatrie Kreditausschuss Sparkasse Lemgo
-----------	---------	---------	---	--	---

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen (§§ 95 Abs. 2 Nr. 3 u. 5 GO / 125 AktG)	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
					Beirat Westfälische Ferngas AG VV Westf.-Lippischer Sparkassen- u. Giroverband VV und Kuratoriumsmitglied Zweckverband Weserrenaissance-Museum <b>Stellvertr. Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Betreibergesellschaft Lipperlandhalle GV Abfallbeseitigungs-GmbH Lippe
Nolting	Brigitte	Allg. Vertreterin			<b>Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold VV Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald VV Zweckverband Weserrenaissance-Museum VV Zweckverband Verkehrsverbund OWL VR Zweckverband Verkehrsverbund OWL GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH GV Erholungszentrum Schieder GmbH GV Flughafen Paderborn / Lippe GmbH GV Netzwerk Lippe gGmbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> VV Abfallwirtschaftsverband VR Abfallwirtschaftsverband AR Klinikum Lippe GmbH
Schäfer	Frank	Kämmerer			<b>Mitglied:</b> Vorstand Lippe Tourismus und Marketing AG GV Betreibergesellschaft Lipperlandhalle mbH <b>Stellvertr. Mitglied:</b> VV Sparkassenzweckverband Detmold Kreditausschuss Sparkasse Detmold VV Sparkassenzweckverband Lemgo VV Kommunales Rechenzentrum Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung GV Landestheater Detmold GmbH AR Landestheater Detmold GmbH
Gruß	Wigbert	Fachbereichsleiter			<b>Mitglied:</b> AR KVG Lippe mbH GV KVG Lippe mbH <b>Stellvertr. Mitglied</b> VV VVOWL

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Aufsichtsräten / Kontrollgremien und Privatunternehmen	Mitgliedschaft / Tätigkeit in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche und Beteiligungen (§ 95 Abs. 2 Nr. 4 GO)	
				Für sonstige Gebietskörperschaften	Für den Kreis Lippe
			(§§ 95 Abs. 2 Nr. 3 u. 5 GO / 125 AktG)		

Böke	Hans	Fachbereichsleiter			VR VVOWL <b>Mitglied:</b> Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit GV Lippe Pro Arbeit GmbH <b>Stellvertr. Mitglied</b> VV Zweckverband Weserrenaissancemuseum
Diekmann	Helmut	Fachbereichsleiter			<b>Mitglied:</b> GV Abfallbeseitigungsgesellschaft <b>Stellvertr. Mitglied</b> AR Abfallbeseitigungsgesellschaft GV Erholungszentrum Schieder GmbH VV Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald VV Werre - Wasserverband
Ostrau	Stefan	Fachbereichsleiter			

**Abkürzungen:**

AR	Aufsichtsrat
GV	Gesellschafterversammlung
HV	Hauptversammlung
LV	Landesversammlung
MV	Mitgliederversammlung
VR	Verwaltungsrat
VV	Verbandsversammlung
WFZ	Weserfreizeitzentrum

**Kreis Lippe**  
**Der Landrat**  
**Fachgebiet Finanzen,**  
**Controlling, Beteiligungen**  
**Felix-Fechenbach-Str. 5**  
**32756 Detmold**

**Redaktion**  
Uwe Bartels  
Rainer Grabbe  
Annika Helbig  
Wolfgang Lübbe

